

# NACHHALTIGKEIT ALS REFORMPRINZIP



**Karl. H. Tjaden**  
Nachhaltigkeit und  
Gewaltsamkeit

**Ulla Burchardt**  
Ein neuer politischer  
Gestaltungsansatz

**Bernd Lange**  
Nachhaltigkeit – ein  
europäischer Export-  
schlager

**Gisela Notz**  
Emanzipation durch  
Lohn für Hausarbeit?

**Im Forum**  
**DL21 u. a.:**  
Katrin Mol Kentin,  
Björn Böhning/Tanja  
Breuer, Horst Heimann,  
Christoph Meyer

von Horst Peter

„Umfragen interessieren mich nicht, abgerechnet wird am 22. September“ ist die stereotype Reaktion der Politiker, wenn die jeweils aktuellen Werte nicht günstig sind. Sie sollten allerdings interessieren. Denn jede Umfrage wird in Medien zum Event stilisiert, um daraus den Stoff für den großen Steigerungslauf zu gewinnen: schafft es Rot-Grün im Endspurt? Politikberichterstattung und Sportberichterstattung verschwimmen in ihren Grenzen. Sich nicht zu interessieren ist ein Bruch der Spielregeln. Auch der Außenseiter muss mitmachen. Sonst hätte die deutsche Fußballnationalmannschaft erst gar nicht ausreisen müssen nach Japan und Korea. Ihre Umfragewerte waren schließlich katastrophal. Das Phänomen „Völlerei und sein Team“ macht aus, wie sie die Umfragewerte bis zum Finale hin gedreht haben: am Schluss waren sie mit großer Mehrheit – genauso unrealistisch – plötzlich die Favoriten auf den Weltmeistertitel. Sie haben gegenüber den Medien durchgesetzt, dass es nicht um den Schönheitspreis geht, nicht um die großen Stars sondern um die Optimierung der eigenen Stärken und selbst der einzige, der Star sein durfte, betonte stets, dass auch der Torwart ohne die Mannschaft nichts sei. Sie setzten auf die Fans und nicht so sehr auf die Meinungsmacher in den Medien: Leistung statt Spaßgesellschaft! Die eigenen Stärken setzten sich gegen die gemachten sich mit jeder Umfrage verstärkenden Vorerwartungen durch, die Wirklichkeit gegen konstruierte Scheinwirklichkeit.

\*

Ist es bei den politischen Umfragen vergleichbar? Die Erwartungen, die sich in der Sonntagsfrage ausdrücken, sind genauso virtuell wie die Erwartungen an eine brasilianisch spielende Fußballnationalmannschaft. Die Schönspiel versprechenden Spaßpolitiker der FDP und das eine schönere Welt verheißende Glanzpapier-Kompetenzteam des den Strahlemann gebenden Stoiber ist für den politischen Ernstfall ungeeignet. Hier liegen die Chancen von Rot/Grün, wenn sie konkret vermitteln, was sie können, und zeigen, wie ihre Stärken geeignet sind, die realen Probleme der Gesellschaft und nicht nur die stimmungsgestützten Probleme der Umfragewelt anzugehen.

*Kurzum:* Die Umfragewelt hält der realen Welt nicht stand, wenn die reale Arbeit zur Lösung der Probleme ansteht: in Korea und Japan, aber auch in Deutschland.

\*

Was kann Rot-Grün und was nicht? Rot-Grün kann nicht Spaßgesellschaft. Rot-Grün kann auch nicht den Tanz um das goldene Kalb der marktradikalen neoliberalen Glaubensgemeinde: den angeblich alle Probleme lösenden freien Markt – national und global. Dieser Wettbewerb auf dem Spielfeld der neuen Mitte, der von den Medien inszeniert wird, kann nicht gewonnen werden! Aber: für den Wechsel der Spielweise ist es noch nicht zu spät.

Rot-Grün kann: sich um die Menschen kümmern, auch um Minderheiten und diejenigen, die auf dem inszenierten Spielfeld gar nicht mehr vorkommen, die Langzeitarbeitslosen, die wenig Verdienenden, die im Bildungsprozess Benachteiligten, die auf Solidarität und

Chancengleichheit Angewiesenen. Diesen Menschen glaubwürdige Perspektiven geben, bringt sie auch wieder ins politische Spielfeld zurück, bringt sie wieder an die Wahlurne.

Rot-Grün kann auch: die natürlichen Lebensgrundlagen in den Blick nehmen, wenn es gelingen soll, das Bündnis zwischen den Generationen, zwischen heute und morgen in einer Welt zu schließen.

Die Bilanz von Rot-Grün zeigt, dass zur Lösung dieser Fragen harte Arbeit erforderlich ist, dass es darum geht, sich mit egoistischen und mächtigen Interessensgruppen auseinanderzusetzen, dass es darum geht, in der Abwehr stark zu sein und auch kleine Erfolge zu erzielen. Zunächst galt es, die unsozialen Maßnahmen der Kohl-Regierung gegen Menschen zurückzunehmen. Mit dem Jump-Programm ist Rot-Grün bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit weitergekommen.

Rot-Grün hat gezeigt, dass es verlässlich ist, wenn es darum geht, der Individualisierung der großen sozialen Risiken entgegen zu wirken. Das gilt auch, wenn es mal Fehlpässe geben kann, wie bei der Rentenreform und Steuerreform oder der Gegendruck zu groß ist, wie bei der Bewältigung der gesellschaftlichen Grundfrage, dass Arbeitsfähige und Arbeitswillige keine Arbeit finden. Hier muss Rot-Grün in die Verlängerung der nächsten Legislaturperiode. Aber es gibt auch Siege – manchmal knapp – aber eben Siege.

Die Verabredung des Ausstiegs aus der Atomenergie ist ein Sieg, die Energiewende insgesamt ist ein Durchbruch. Die Öffnung der Agrarpolitik für mehr biologischen Landbau und gesündere auch konventionell hergestellte Nahrungsmittel ist ein Durchbruch auf dem Weg von Nahrungsmitteln zu Lebensmitteln. Die Einführung der Ökosteuern ist die Wende von der Defensive zur Offensive in der Durchsetzung einer nachhaltigen Entwicklung: sparsamer Verbrauch natürlicher Potenziale und Verbilligung des Faktors Arbeit im Produktionsprozess durch gezielte Reduzierung der Lohnnebenkosten.

Alles wichtige Spielzüge, die Schritte sind, die Umfragewelt und die reale Welt erfolgreich zusammen zu führen.

Eins ist klar: die realen Probleme verlangen nach dem intervenierenden Staat und auch nach staatlichen Investitionen in die Zukunft. Insofern stimmt die Formel, dass sich nur die Mächtigen und Reichen den Rückzug des Staates zugunsten des sogenannten freien Spielfelds der Kräfte der neoliberalen Ideologie leisten können. Entscheidend wird in der letzten Phase des Wahlkampfes die Unterstützung der Fans und auch die Wiedergewinnung der Fans. Die großen Erfolge der SPD waren stets in Verbindung zu sehen mit Reformprojekten, die gesellschaftliche Verbesserungen für alle als Ziel hatten.

*Kurzum:* Wenn Rot/Grün als Team seine geleistete Arbeit erfolgreich präsentiert, wird Rot/Grün den Kampf um die Veränderung der Welt als eine Allianz mit den Menschen und der Natur nach dem 22. September fortführen können.

Herausgeber/Herausgeberinnen:

- Edelgard Bulmahn (Hannover)
- Karin Benz-Overhage (Frankfurt/M.)
- Klaus Dörre (Recklinghausen)
- Katrin Fuchs (Verl)
- Christal Biemann-Hanewinkel (Halle/S.)
- Michael B. Krätke (Amsterdam)
- Uwe Kremer (Dortmund)
- Detlev von Larcher (Weyhe)
- Benjamin Mikfeld (Bochum)
- Susi Möbbeck (Magdeburg)
- Andrea Nahles (Weiler)
- Horst Peter (Kassel)
- Bene Röspehl (Hagen)
- Thomas Sauer (Mölin)
- Sigrid Skatpeß-Sperk (Kaufbeuren)
- Thomas Westphal (Dortmund)
- Ulrich Zachert (Apensee)

Redaktion:

- Thorben Albrecht
- Uta Biermann
- Björn Böhning
- Stefanie Gerszewski
- Oliver Kaczmarek
- Anja Kruke
- Dirk Meyer
- Lars Neumann
- Svea Reiners
- Reinhold Rünker
- Frank Schauf
- Frank Wilhelmy

Redaktionsmanagement:

Reinhold Rünker, logo office Leichlingen

Redaktions- und Verlagsadressen:

spw-Verlag/Redaktion GmbH  
 Postfach 12 03 33, 44 293 Dortmund  
 Telefon (Verlag) 02 31 - 40 24 10  
 Telefon (Redaktion) 02 31 - 40 14 11  
 Telefax 02 31 - 40 24 16  
 verlag@spw.de, redaktion@spw.de  
 www.spw.de

Geschäftsführung:

- Olaf Schade
- Alfred Voges

Konto des Verlages:

Postbank Dortmund  
 Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit 6 Heften im Jahr.

Jahresabonnement Euro 34,-

(bei Bankinzug Euro 32,-)

Auslandsabonnement Euro 37,-

Abbestellungen mit einer Frist

von drei Monaten zum Jahresende.

Wir freuen uns über Manuskripte und

Zuschriften. Wenn möglich, sollen

Manuskripte per E-mail oder auf einer

MS-DOS/Windows-formatierten Diskette

mit einem Ausdruck geliefert werden.

ISSN 0170-4613

© spw-Verlag/Redaktion GmbH 2002.

Alle Rechte vorbehalten.

Titelfoto:

Christian Kiel, Berlin

Satz und Gestaltung:

Ralf Schmitz, Leverkusen

Druck:

Nolte-Druck, Löhren  
 1.-2. Tausend, Juli 2002

Kurzum ..... 2

**FORUM DL21**

*Christoph Meyer*  
 Die PDS ist keine linke Alternative ..... 4

*Katrin Molkentin*  
 „Matthias Platzeck kommt!“ ..... 6

*Runder Tisch der Erwerbslosenorganisationen und Sozialhilfeinitiativen*  
 Kurz-Stellungnahme zu den Vorschlägen von Dr. Peter Hartz ..... 7

*Björn Böhning/Tanja Breuer*  
 Die Chancen des Wandels nutzen ..... 8

*Horst Heimann*  
 Kurt Schumacher, Willy Brandt und die Bundestagswahl 2002 ..... 10

*Aufruf von Klaus Staack u. a.*  
 Wählen statt Stoiber ..... 11

**NACHHALTIGKEIT ALS REFORMPRINZIP**

*Uta Biermann, Horst Peter*  
 Nachhaltigkeit als Reformprinzip – Einleitung zum Heftschwerpunkt ..... 12

*Karl-Hermann Tjaden*  
 Nachhaltigkeit und Gewaltlosigkeit ..... 13

*Ulla Burchardt*  
 Nachhaltigkeit – ein neuer politischer Gestaltungsansatz ..... 18

*Wolfgang Gründinger*  
 Nachhaltigkeit als Kern sozialdemokratischer Politik ..... 21

*Dirk Bergrath*  
 Nachhaltigkeit in der Entwicklungspolitik ..... 23

*Bernd Lange*  
 Nachhaltigkeit – ein europäischer Exportschlager ..... 26

*Michael Müller*  
 Möglichkeiten eines umweltschonenden ÖPNV ..... 31

*Uli Brand/Christoph Görg*  
 Rio plus 10 ..... 34

**INTERNATIONALE POLITIK**

*Christian Rentzsch*  
 Wo war die linke Alternative zu Chirac ..... 37

**THEORIE & STRATEGIE**

*Wolfgang Schmied-Kowarzik*  
 Marx als Philosoph (Marx in Soho) ..... 38

*Matthias Micus*  
 Was haben Vranitzky und Schröder gemeinsam? ..... 40

*Christoph Butterwegge*  
 Rechtspopulismus in der Mitte? ..... 43

*Gisela Notz*  
 Emanzipation durch Lohn für Hausarbeit? ..... 47

*Sabine Smentek und Margrit Zauner*  
 Produktivgenossenschaften als Rettungsanker der Arbeitsmarktpolitik? ..... 49

*Björn Böhning/Marc Herter*  
 Jusos: Die Erneuerung des Verbandes fortführen! ..... 51

spw intern ..... 52

*Maria-Eleonora Karsten*  
 Junior-Professuren – auch eine Chance in der universitären Personalstruktur?! ..... 53

*Harald Völker*  
 Junior-Professuren – ... der Erfolg steht noch in Frage ..... 55

Rez: Wolfgang Abendroth – Wissenschaftlicher Politiker (Horst Peter) ..... 57

Rez.: Oskar Lafontaine, Die Wut wächst (Bernd Höpken) ..... 59

# Die PDS ist keine linke Alternative

von Christoph Meyer

Die politische Mitte-Links-Brücke in Deutschland, das ist die SPD. Wenn diese Partei es unterlässt, dieses gesamte breite Spektrum zu integrieren, dann werden – je nachdem – die Positionen in der Mitte von anderen besetzt, oder es werden linke Alternativen attraktiv. Letzteres war so in den sechziger Jahren, als die Außerparlamentarische Opposition aufkam, sowie gegen Ende der Ära Helmut Schmidt, als sich die grüne Alternativpartei formierte. Stellt heute die „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) eine Alternative für eine – wie auch immer – heimatlos gewordene Linke dar?

An dieser Stelle drängen sich zwei Fragen auf. Erstens: Was bzw. wer ist für mich links?, und zweitens: Ist die PDS links?

Erstens: Links ist, wer an die Dinge herangeht, mit dem kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (Marx), wer also, positiv formuliert, gesellschaftliche und persönliche Verhältnisse schaffen (helfen) will, in denen alle Menschen in Würde, frei, solidarisch und selbstbestimmt ihr Leben gestalten können.

Historisch gesehen, wird es hier für die PDS schon schwierig. Denn sie ist die Fortsetzungspartei der SED, die als Staatspartei der DDR zwar vorgab, für die Befreiung von Unterdrückung zu stehen, deren Herrschaftspraxis aber diesen linken Anspruch als Legitimationsideologie entlarvte. Die PDS steht – weiter nach hinten blickend – in der Traditionslinie der deutschen Kommunisten, der KPD also, die in den zwanziger Jahren dem Leninschen Vorbild folgend mit der „formalen“ Demokratie brach und sich den Direktiven der in Moskau ansässigen Kommunistischen Internationale unterordnete. Sozialdemokratische Traditionen vor 1933/45 kann die PDS nicht legitimerweise für sich in Anspruch nehmen, da die Gründung der SED 1946 mit Zwangsmitteln durchgesetzt wurde und sozialdemokratisches Gedankengut, Personen und Traditionen in den Folgejahren in der DDR systematisch entweder ausgegrenzt, verfolgt und unterdrückt oder im kommunistischen Sinne instrumentalisiert und eben dadurch zerstört wurden. Die verheerende Folge war, dass die Traditi-

onlinien der demokratischen Arbeiterbewegung in ganz Ostdeutschland zerschnitten sind – und es eben eine Handvoll evangelischer Pfarrer und Bürgerbewegter waren, die die SPD im Osten als eine an Mitgliedern bis heute kleine Partei wieder gründeten.

Es ist immer wieder verwunderlich, mit welcher Kaltschnäuzigkeit sich die PDS zu Beginn der 90er Jahre den „Demokratischen Sozialismus“ auf ihre Fahnen geschrieben hat – also den antikommunistischen Kampfbegriff der SPD in den 50er Jahren, wo es zum Beispiel im Godesberger Programm der Partei von 1959 hieß: „Die Kommunisten unterdrücken die Freiheit radikal. Sie vergewaltigen die Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht der Persönlichkeit und Völker. (...) Auf dem Rücken ihrer Völker errichten sie eine wirtschaftliche und militärische Macht, die zur wachsenden Bedrohung der Freiheit wird. Darum ist die Hoffnung der Welt eine Ordnung, die auf den Grundwerten des demokratischen Sozialismus aufbaut (...).“ Der Begriff „Demokratischer Sozialismus“ taucht in Godesberg also eng zusammenhängend mit einem nahezu militanten Anti-Kommunismus auf. So wurde er denn auch von den stalinistisch geprägten Parteien des Ostens aufgenommen und verteuelt. Beides, das Verständnis des Begriffs als antikommunistisch im Westen wie im Osten, führten dazu, dass es kaum zu einer positiv fundierten Besetzung des Begriffs „Demokratischer Sozialismus“ durch die sozialistische Linke des Westens kam, denn er galt als „rechter“ Begriff. Wer den Begriff dagegen heute innerhalb der Sozialdemokratie in den Mund nimmt, läuft eher Gefahr, sich zum Linksaußenseiter zu machen. „Say the dirty word: Socialism“, wie ein Aufkleber der „Falken“ provoziert. Durch seine Benutzung in ihrem Parteinamen hat die PDS also in Fortsetzung der SED-Tradition auch noch den sozialdemokratischen Begriff des Sozialismus diskreditiert.

Ich denke, Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen sich ihrer Traditionen und Grundwerte bewusst sein, wenn es um den Umgang mit der PDS geht. Hier ist Selbstbewusstsein angezeigt. In einer Zeit, in der es offensichtlich politisch-strategisch unumgänglich geworden ist, über Koopera-



Christoph Meyer

tionen bis hin zu Koalitionen auch mit der PDS nachzudenken, ist es um so notwendiger, grundsätzliche ideologische Differenzen nicht zuzuschütten und die Grenzen zu verwischen, sondern sie klar zu ziehen bzw. zu problematisieren.

Die PDS mit ihrer Geschichte bis 1990 verkörpert in Deutschland keine linke Tradition. Insofern stimmt das Wort von Gregor Gysi auf dem Wahlparteitag im Februar 1990, die PDS sei „faktisch eine neue Partei“. Die PDS ist traditionslos – bis auf die Mitglieder. Ende 2001 waren zwei Drittel ihrer noch knapp 20.000 Mitglieder in Sachsen älter als 60, der Altersdurchschnitt lag bei 64 Jahren (zum Vergleich: Sachsen-SPD gut 5.000 Mitglieder, Altersdurchschnitt 50).

Die Zusammensetzung der Mitgliedschaft wirkt sich selbstverständlich – darüber kann die schmale telegene Führungsschicht nicht hinwegtäuschen – auf die politischen Inhalte und den politischen Stil der Partei aus. So identifiziert sich die PDS stark als Friedenspartei in der Gegnerschaft zu den verschiedenen NATO-Kampfeinsätzen der jüngeren Zeit. Dabei erfindet sie eine friedliebende Tradition, die von vielen ihrer Mitglieder bruchlos in die DDR-Zeit zurückprojiziert wird. Den militaristischen NVA-Kult mit Wehrkundeunterricht und Uniformierung bis hin zu den Kinderkadern vergessen da manche schnell. „Die DDR war immer friedliebend“, behaupteten wütende ältere PDS-Aktivisten in Dresden am Maifeiertag 2000, als sie gemeinsam mit ein paar Autonomen die SPD-Stände belagerten. Und auf die Gegenfrage, wie das 1968 war, beim Einmarsch in die Tschechoslowakei: „Das war alles in Ordnung, da sind wir gerufen worden.“

In Dresden zeigte sich im vergangenen Jahr auch, dass die Verhaftung vieler PDS-Mitglieder in der DDR-Vergangenheit zukunfts-fähige „linke“ Projekte verhindern kann. Die SPD hatte für die Oberbürgermeisterwahl

2001 ihren Landtagsabgeordneten Karl Nolle als Kandidaten vorgeschlagen. Ein Linker, der schärfste und öffentlichkeitswirksamste Gegner der Regierung Biedenkopf im Parlament. Einer, der oft auch über die Stränge schlug, der aber in Dresden für das Projekt einer rot-roten Zusammenarbeit gestanden hätte. Die PDS lehnte Nolle ab; die Kandidatur scheiterte. Der entscheidende Grund dafür waren nicht politische Diskussionen oder die Ungeschicklichkeiten der SPD. Nein, die Dresdner PDS-Führung hatte sich frühzeitig auf einen anderen Kandidaten festgelegt: Den Ex-SED-Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer, jetzt parteilos und in Berlin als Wirtschaftsberater tätig. Berghofer fiel im Vorfeld der Wahlen vor allem durch arrogante Äußerungen gegenüber den Parteien und wirtschaftsliberale Positionierungen auf. Eine PDS-Vollversammlung hob ihn trotzdem auf den Kandidatenschild. Darauf reagierte Berghofer mit der Höchststrafe: Er sagte die Kandidatur ab, mit der Begründung, er lasse sich nicht von der PDS vorschlagen. (Am Ende trat Berghofer dann zum zweiten Wahlgang doch noch an, diesmal aber wohl auf Betreiben von CDU-Unterstützern als Spalterkandidat, um die „Linke“ zu schwächen – vergeblich.) Warum unterstützte die PDS das „Phantom“ Berghofer, einen Nicht-Mehr-Politiker, der vor allem durch populistische Äußerungen, jedoch nicht durch irgendwelche linken Positionen auffiel? Eine PDS-Stadträtin meinte in einer Diskussion mit Sozialdemokraten dazu: „Wenn Berghofer Bürgermeister wird, dann wäre unsere DDR-Biographie wieder gerechtfertigt.“ Es ging also um die Rehabilitation der SED-Altkaader dadurch, dass einer der Ihren Oberbürgermeister der sächsischen Landeshauptstadt würde. Egal, welche Politik daraus folgte.

Ich behaupte also: Mindestens ebenso sehr wie von politischen Zielvorstellungen und Idealen ist die Politik der PDS geprägt durch subjektive, aus der DDR stammende Befindlichkeiten der Mitglieder und Funktionäre. Diese politisch-kulturelle Verwurzelung steht der Verwirklichung moderner linker Politik potentiell im Wege.

Darüber hinaus behaupte ich, dass die programmatische Haltung der PDS durch ihre spezifische Stellung im Parteiensystem geprägt ist. Dort, wo die PDS wie in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern mit regiert, ist keine Revolution ausgebrochen. Sie steht im Bund als Oppositionspartei am Rande; ihre fortschrittlichen Positionen laufen zur Zeit nicht Gefahr, sich dem Härtesten in der Regierungsverantwortung unterziehen zu müssen. Ausgehend von dem, was im Osten allenthalben zu beobachten ist, wäre für diesen Fall damit zu rechnen, dass sich ihr in der SED-Tradition verwurzelter Schwerpunkt durchsetzt: Die Teilhabe an der Macht und ihr Bedürfnis, als gesellschaftsfähig anerkannt zu werden.

Aber die Bäume der PDS wachsen ohnehin zur Zeit nicht in den Himmel: Die Partei ist in diesem Bundestagswahlkampf nicht interessant; denn die Rote-Socken-Kampagnen der CSU/CDU haben sich abgenutzt, und von der PDS selbst kommen keine sonderlich spannenden Akzente. Zu wenig politische Substanz – und anders als früher bei der APO und den Grünen fehlt die Verankerung und Massenbasis in einer emanzipatorischen Bewegung auf der Höhe der Zeit. Deswegen kommt sie auch kaum aus ihrer Rolle als ostdeutsche Regionalpartei heraus. Die PDS lebt davon, dass die innere, die soziale und soziokulturelle Einheit Deutschlands auch im zwölften Jahr nach der Wende nicht verwirklicht ist. Sie ist der Ausdruck eines Problems, sie steht jedoch für keine Lösung.

Die PDS ist nicht die linke Alternative. Wenn sie sich aber zu den Grundwerten der Sozialdemokratie bekennen möchte, wenn sie also aus ihrer eigenen Geschichte produktiv zu lernen imstande wäre, dann wäre das ein zivilisatorischer Erfolg – und mithin links. Menschen sind lernfähig; dies ist für Angehörige aller Parteien und Richtungen zu akzeptieren.

Nach über elf Jahren Erfahrungen mit der und Geschichte der PDS glaube ich, dass der Versuch der Vernichtung dieser Partei durch konsequentes Ausgrenzen (von der Regierungsmacht) gescheitert ist. Und gleichzeitig die SPD selbst zum Beispiel in Sachsen geschwächt aus dieser Frontstellung hervorgegangen ist. Deswegen plädiere ich dafür, auf der Grundlage einer klaren inhaltlichen Abgrenzung die Zielstellung zu verfolgen, dass die PDS sich zu einer zivilisierten, kooperations- und gegebenenfalls koalitionsfähigen Partei entwickelt. Dabei würde ich aber niemandem raten, den Sozialarbeiter für die oder in der PDS zu spielen. Die müssen sich schon selbst helfen.

Wer sich allerdings auch selbst helfen muss, das ist die SPD. Die Stärke der PDS beruht immer auch auf der Schwäche der SPD, das heißt in Ostdeutschland vor allem auf ihrer programmatischen, strukturellen und personellen Schwäche. Nur eine selbstbewusste und ihrer selbst bewusste Sozialdemokratie wird die Auseinandersetzung mit der PDS gewinnen bzw. in dieser Auseinandersetzung gewinnen. Es scheint heute allerdings vielmals so, als wenn diese Auseinandersetzung nicht gesucht, ja vielmehr gemieden wird. Wenn die ostdeutsche SPD in den Ländern, in denen sie in der Opposition ist, ihre Klängen lediglich mit der regierenden CDU kreuzt – und gleichzeitig als einzige Regierungsoption das Konzept einer „Großen Koalition“ mit eben dieser CDU verfolgt – dann ist das keine glaubwürdige Strategie, sondern lediglich der Politik gewordene Minderwertigkeitskomplex. Eine selbstbewusste Sozialdemokratie wird mehr leisten müssen.

Forum DL21

...wissen,  
 was die SPD-Linke diskutiert – spw



spw analysiert die Veränderungen im modernen Kapitalismus und zieht daraus Konsequenzen für die reformpolitische Praxis.

spw steht für die Verständigung radikalreformierender Kräfte aus dem Umfeld von SPD, Grünen und PDS.

In spw publiziert das Forum DL21.

Wir wissen: eine rot-grüne Bundesregierung allein ist keine Garantie für sozialökologische Reformen. Wer eine zivile und gerechte Gesellschaft will, muss auch gesellschaftlichen Druck organisieren.

In spw lesen Sie, was und mit wem die Linke in der SPD diskutiert, damit sozialdemokratische Grundsätze Politik werden.

spw, die ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK UND WIRTSCHAFT, erscheint 6-mal jährlich mit einem Umfang von je 60 Seiten.

Kostenloses Probeheft:  
 www.spw.de  
 oder Fax 02 31 – 40 24 16

# „Matthias Platzeck kommt!“

## SPD in Brandenburg hat die Nach-Stolpe-Ära eingeläutet

Von Katrin Mol Kentin

„Matthias Platzeck kommt“ – mit diesen Plakaten aus dem 99er Landtags-Wahlkampf hat das Landesbüro den Weg zum Parteitagsgelände ausgeschmückt. Welche Aussage darin zu deuten war, wussten die Delegierten bei ihrer Verwunderung angesichts der alten Plakatserie auf dem Weg zum Kulturhaus in Wittenberge noch nicht.

### Der Küchenclan

Bereits im vergangenen Jahr will der sogenannte Küchenclan, bestehend aus dem Staatskanzleichef Speer und Stolpe und Platzeck selbst, bei Wein und eigen gekochten Speisen beschlossen haben, was Informierte im Plakattext hätten lesen können. Manfred Stolpe würde an diesem Tag den Stab an seinen selbstgezogenen 12 Jahre jüngeren Kronprinzen übergeben.

Der Zeitpunkt war richtig gewählt. Beinahe einmal zu häufig hatte man in der Vergangenheit vom „Deichgrafen“ Platzeck als Hoffnungsträger, Nachwuchstalente oder Aspiranten für Höheres gelesen. Matthias Platzeck drohte zum Prinz Charles der Brandenburger SPD zu werden.

Stolpe selbst wollte wohl unter dem Eindruck des Biedenkopf-Abganges „Herr der Entscheidung“ bleiben und legte den für die Öffentlichkeit überraschenden Zeitpunkt mit fest. Was nüchterne Beobachter verwunderte war die Entscheidung den Landesparteitag als Ort für die Verkündung zu wählen – wohl auch eine Zusage an Platzeck.

Denn Platzeck ist anders als Stolpe eher Parteipolitiker. Obwohl er erst seit 7 Jahren Mitglied der Sozialdemokratie ist, hat er ein Netzwerk gesponnen, das Stolpe in 12 Jahren Amtszeit und Mitgliedschaft nicht gestrickt hatte. Er ist nicht nur seit 1999 Mitglied im Parteivorstand und seit 2000 Vorsitzender des Brandenburgischen Landesverbandes, er zählt sich auch selbst zum Gründungsmitglied der „Nürnberger Mitte“, trifft sich mit seinen Sinnungsgenossen gern vor Parteivorstandssitzungen, lässt sich in Antragskommissionen delegieren und führt auf Parteitag in Leitanträge ein. Dazu kommt der enge Draht zum jüngeren Amtskollegen Siegmund Gabriel. Er hat sich damit ein Kommunikationsnetzwerk schaffen lassen, das ihm bei den anstehenden Aufgaben helfen kann. Nur müssen sie sich dazu auch der inhaltlichen Auseinandersetzung

stellen, die bewusst vermieden wird. Denn wenn sie sich einigen müssten im Netzwerk der Berliner Republik oder der Nürnberger Mitte, dann würden sie nicht einmal auf den kleinsten gemeinsamen Nenner kommen, wie Sympathisanten und Mitläufer der Gruppen hinter vorgehaltener Hand zugeben.

### Vorwärts ohne Alternative

Die Übergabe wollte Stolpe dann auch als „Signal zum Aufbruch“ verstanden wissen. Ungewohnt (selbst)kritisch war er in den vergangenen Wochen in seinen Aussagen. Die Rüge des Bundespräsidenten machte ihm zu schaffen, die schlechten Umfrageergebnisse der brandenburgischen SPD könne man auch auf Fehler im Regierungshandeln und in der dazugehörigen Kommunikation zurückführen. Der Aufbau wirtschaftlich tragender Strukturen in Ostdeutschland benötige gemeinsame Antworten, die Abwanderung müsse gestoppt werden – gipfelnd in der gedanklichen Auseinandersetzung eine Große Koalition nach dem 22. September könnte dies lösen, machte er deutlich, dass er die Fragen kenne, allein die Antworten wollte er im parteipolitischen HickHack nicht mehr suchen müssen.

Eine gewisse Müdigkeit konnten Beobachter erkennen. Er übergab an einen jüngeren, der die Sache kraftvoller anpacken soll. In Platzeck hat er das Vertrauen, das es dem „ewigen Sympathikus“ vielleicht gelingt aus dem Aufschwung im Tempo einer Förderschnecke einen laufenden Igel zu machen. Er bat den Parteitag, Landesvorsitz und Amt des Ministerpräsidenten in eine Hand zu legen. Dieser Aufforderung kamen die Delegierten gern nach, mit 132 von 134 Stimmen wurde Platzeck an diesem Tag als Landesvorsitzender bestätigt. Dieses Ergebnis war auch Abschiedsgeschenk an Manfred Stolpe, aber noch vielmehr Ausdruck der einzigen Lösung für die Brandenburger.

Eine personelle Alternative hatte die Brandenburger SPD nie und so ist es jetzt an Matthias Platzeck, die Veränderungen herbeizuführen nach denen alle Beobachter der letzten Monate riefen. Kritische Stimmen gab es genügend. Gerade in den Wochen vor dem Parteitag blies ihm der Wind ins Gesicht. Allzu trübe malten die brandenburgischen Landesschreiber in ihren Kommentarspalten die Zukunft des Landes und seines Hoffnungsträgers. Durch die



Katrin Mol Kentin

Staffelübergabe fanden die kritischen Stimmen an diesem Tag kein Gehör, aber verstummen werden sie durch einen Personalwechsel allein nicht.

An diesem Tag wurde deutlich woran es in der Partei nicht nur in Brandenburg krankt. Zukunftsentwürfe sind lediglich grob skizziert in Köpfen einzelner, denen es nicht gelingt Ausdauer und Überzeugung an den Tag zu legen, um andere mitzureißen. So standen dann Jusos und der zuständige Landesminister für Bildung allein vor einem gelichteten und unkonzentrierten Saal, um Konsequenzen aus PISA zu diskutieren. Keine/r vermochte es den vorhandenen Unmut über die Bildungssituation, in die wir uns auch durch die Koalitionswänge haben drängen lassen, zu bündeln. So wurde das Antragspaket auch fast vollständig zurück an den Landesvorstand überwiesen. Kraftproben vermeiden die meisten ohnehin. Zu sehr hat der Moderationsstil der letzten Jahre die Leute schlapp gemacht. Während in westlichen Landesverbänden eher zwischen Traditionalisten und Modernisierern Verhaltensweisen denunziatorischer Kommunikation hochkommen, so wird dies in Brandenburg eher zwischen Kompromiss und Auseinandersetzung versucht anzuwenden. Matthias Platzeck hält den Kompromiss sogar für die „Seele der Politik“. Dass sich die Sozialdemokratie auch im Medienzeitalter, in dem eher geschlossen auftretende Parteien mit positiven Medienberichten belohnt werden, damit selbst ihrer Zukunftsfähigkeit beschneidet, wird den meisten Handelnden wohl erst in einigen Jahren klar. Indem wir zunehmend auf Kraftproben verzichtende und anschniegssame, loyale Parteinaturen fördern, wird der programmatische Kern der Partei zwar historisch im Programm nachlesbar bleiben, aber nicht im Handeln erkennbar werden. Denn Auseinandersetzung haben sie nicht gelernt, sie sind ihren Medienweg als „Macher“, „Retter“ oder „Hoffnungsträger“ gegangen. Zur Entscheidung fähig werden sie dadurch weniger.

Katrin Mol Kentin ist stellv. SPD-Landesvorsitzende von Brandenburg, studiert Verwaltungswissenschaften und lebt in Potsdam

Matthias Platzeck wird nicht nur Koalition und Fraktion in Schacht halten müssen, sondern auch die Partei. „Die unglaubliche Intuition für situationsadäquates Verhalten“, wie Marianne Birthler die frühere Kollegin Platzecks im Am-

pelkabinett es ausdrückt, wird dafür nicht ausreichen. Zwei Schritte nach vorn muss er auch gehen können.

„Matthias Platzeck kommt!“ – wohin wir mit ihm gehen war an diesem Tag noch

nicht Thema. Die Delegierten stiegen in ihre Autos, guckten verschmitzter zum 99er Plakat: ein Grinsen... darin zu lesen: gewusst hatte es jeder (auf seine Weise).

Forum DL21

## DOKUMENTATION

### Bundesweiter Runder Tisch der Erwerbslosenorganisationen und Sozialhilfeinitiativen

#### Zu den Vorschlägen von Dr. Peter Hartz

Arbeitslosenverband Deutschland (ALVD); Bundesarbeitsgemeinschaft Erwerbslose (BAG E); Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen (BAG SHI); Bundeserwerbslosenaus-schuß der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di (BEA); Europäische Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung; Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen (KOS); Landeskoo-ordinationen der Erwerbslosengruppen (Adressen der Organisationen siehe [www.erwerbslos.de](http://www.erwerbslos.de) / Datenbank)

Auf seinem Treffen am 25. Juni 2002 in Hannover lehnte der Bundesweite Runde Tisch der Erwerbslosen- und Sozialhilfeorganisationen die Kernpunkte der Hartz-Vorschläge Leistungskürzungen, Verschärfung der Zumutbarkeit und Ausweitung der Zeitarbeit grundsätzlich ab. Der Runde Tisch kritisiert insbesondere folgende Vorschläge:

Begrenzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes auf ein Jahr (bisher für Ältere bis zu 32 Monaten) und Pauschalzahlung während der ersten sechs Monate

Befristung der Arbeitslosenhilfe auf 12 Monate und Absenkung der Leistung auf Sozialhilfeniveau

Umkehr der Beweislast in der Frage der Zumutbarkeit eines Stellenangebots

Zumutbarkeit einer „hohen Mobilität“ bei Jungen ohne Familie

Anstellung in Zeitarbeit, auch in Form unbezahlter „Arbeit auf Probe“ oder Trainingsmaßnahmen, bei Ablehnung Reduzierung des Arbeitslosengeldes

Abschieben Älterer ab 55 Jahren, die aus der Statistik herausgenommen und bei abgesenkten Bezügen auf die Rente warten sollen

Weitere Privatisierung der Arbeitsvermittlung und Stellenabbau bei den Arbeitsämtern

Der Runde Tisch stellt fest, dass diese Maßnahmen zum Abbau der Arbeitslosigkeit nicht taugen – im Gegenteil. Sie verstärken den Druck auf Erwerbslose, immer schlechtere Arbeitsbedingungen hinzunehmen und gefährden reguläre Arbeitsplätze.

Die Organisationen des Runden Tisch warnen vor einem „Aufgehen“ der Arbeitslosenhilfe in

eine Sozialhilfeleistung. Dies wäre der schwerste und folgenreichste Einschnitt in das bundesdeutsche Wirtschafts- und Sozialsystem in den letzten Jahren. Arbeitslose und deren Familien würden in die Armut gedrängt. Niedriglohnjobs und ungeschützte Beschäftigung wären deren Perspektive. Dies beträfe zugleich die (Noch-)Erwerbstätigen, deren Arbeitseinkommen und -bedingungen durch die erzwungene „Billigkonkurrenz“ Erwerbsloser unter immensen Druck geraten würden. Und nicht zuletzt: weniger Sozialeinkommen bedeutet weniger Kaufkraft, gerade im unteren Einkommensbereich.

Der Runde Tisch hat seinen Standpunkt zu sozialen Rechten und zur Schaffung von Arbeitsplätzen formuliert und fordert die Beteiligung an der Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“. In diesem Zusammenhang äußert der Runde Tisch auch sein Unverständnis darüber, dass Peter Gasse als angefragtes Kommissionsmitglied der Einladung und Bitte um Informationen nicht nachgekommen ist.

## Auszug aus der „Dresdener Erklärung“ des Runden Tisch vom 3. März 2002

Dresdener Erklärung des Runden Tisch der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen vom 3. März 2002

„Wir (...) bieten an, über ein Gegenkonzept zu diskutieren, das auf Solidarität statt Konkurrenz basiert. Daraus wollen wir gemeinsame Handlungsperspektiven gewinnen. Wir wollen isolierte Abwehrkämpfe gegen Lohn- und Sozialraub überwinden und einen öffentlichen Diskurs über mögliche Alternativen anstoßen. Wir lassen uns von der Losung leiten, die über dem Weltsozialforum in Porto Alegre stand: Eine andere Welt ist möglich. Es liegt an uns, sie zu definieren und zu erstreiten.“

Als Erwerbslose und Sozialhilfebeziehende bringen wir in diese Debatte einen Standpunkt ein, der darauf besteht, daß wir soziale Rechte haben:

\* Wir fordern die Rücknahme von Leistungskürzungen, die Erwerbslose und Sozialhilfebeziehende in Armut drängen. Keine Abschaffung der Arbeitslosenhilfe, keine Kürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld, keine Kürzungen bei der Sozialhilfe! Wir lehnen die öffentliche Förderung unzumutbarer prekärer Beschäftigungsverhältnisse insbesondere im Niedriglohnbereich ab und erwarten die Rücknahme aller Disziplinierungsinstrumente gegen Erwerbslose und Sozialhilfebeziehende.

\* Berufsschutz und erworbene Einkommensansprüche müssen rechtlich geschützt werden.

\* Wir fordern tarifliche, existenzsichernde und armutsfeste Arbeitsplätze entsprechend unserer Qualifikation zur Gestaltung eines menschenwürdigen, selbstbestimmten Lebens. Das schließt das Recht auf aktive und umfassende Teilhabe der Einzelnen in allen Bereichen der gesellschaftlichen Entwicklung wie Wohnen, Kultur, Ausbildung, Politik und berufliche Perspektiven ein.

\* Wir fordern eine bedarfsorientierte Grundsicherung für alle, die keinen existenzsichernden Arbeitsplatz haben, in Höhe von 800 Euro + Warmmiete. Sie muß Grundlage für die gesetzliche Festlegung von Mindestlohn und Mindestrente sein.

\* Wir fordern die Anerkennung und nötigenfalls Entlohnung unserer gesellschaftlich notwendigen Arbeit in den Bereichen Hilfe zur Selbsthilfe, Arbeitslosigkeit und Armut, Familienarbeit, Pflege, Kindererziehung und Nachbarschaftshilfe, Kultur und Politik. Keine Ersetzung von Erwerbsarbeitsplätzen durch Ehrenamt!

\* Wir fordern den Ausbau und die öffentliche Förderung gemeinwohlorientierter Arbeitsplätze und die staatliche Unterstützung für von uns entwickelte soziale und Beschäftigungsprojekte.

\* Die notwendige Umverteilung von Arbeit ist sofort durch Modelle zur Arbeitszeitverkürzung und den drastischen Abbau der Überstunden umzusetzen.

\* Große Gewinne und Vermögen müssen zur Finanzierung herangezogen werden.“

# Die Chancen des Wandels nutzen

## Vorschläge zur Reform der Arbeitsvermittlung offensiv aufgreifen!

von Björn Böhning und Tanja Breuer

Die Veröffentlichung der ersten Vorschläge aus der sog. „Hartz-Kommission“ zur Reform der Bundesanstalt für Arbeit (BA) in einer Phase, in der die SPD mit wenig hoffnungsvollen Umfrageergebnissen – insbesondere in der Frage „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ – zu kämpfen hat, kann unter zwei Gesichtspunkten beurteilt werden. Zum einen liegt die strategische Bedeutung darin, dass es damit gelingen kann, die SPD hier aus der Defensive zu führen, denn bisher hat die Union keine geschlossenen – wenn nicht sogar widersprüchliche – Positionen zu bieten. Zum anderen bieten sie für die Jusos und die Linke die Chance, an einzelnen Punkten Wegmarken setzen zu können – wenn nicht von vornherein das Gesamtpaket als Teufelszeug abgetan wird. Hier geht es um ernsthafte Diskussion und die Herausforderung, die Interpretationshoheit in unserem Sinne herzustellen. An welchen Punkten dies möglich sein könnte, versuchen wir in diesem Artikel aufzuzeigen.

### Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen!

Hier haben weder die Union in ihrem Wahlprogramm noch die Hartz-Kommission schlüssige Ansätze. Dagegen muss immer wieder betont werden, dass von dem JUMP-Programm bisher über 400.000 Jugendliche profitiert haben. Nicht zuletzt mit Druck der Jusos wurde ein JUMP Plus auf den Weg gebracht, das 100.000 zusätzliche Arbeitsplätze in Ostdeutschland schaffen soll. Zusammen mit einer Job-Garantie nach der Schule und einer „Jugendteilzeithilfe“ (flexible Verknüpfung von Jugend- und Altersteilzeit) hat die SPD einige zukünftige Maßnahmen angestoßen. Die Vorschläge der „Hartz-Kommission“ bleiben hinter diesen Maßnahmen allerdings weit zurück. Schon lange führt die Realität am Arbeits- und Ausbildungsmarkt dazu, dass die Mobilität von jungen Menschen sowie die Bereitschaft notfalls auch auf den Wunschberuf zu verzichten sehr groß sind. Schwervermittelbare Jugendliche müssen persönlich angesprochen und gecoacht werden. Die Quote außerbetrieblicher, also staatlich finanzierter Berufsausbildungen insbesondere in strukturschwachen Gebieten ist schon jetzt zu hoch.

Das duale Ausbildungssystem gilt weltweit als Erfolgsmodell das wir beibehalten wollen. Die vorgeschlagenen Ausbildungszeitwertpapiere, nach der individuell für ein Anrecht auf einen späteren Ausbildungsplatz eingezahlt werden kann, führen in die falsche Richtung: Sie sind der Einstieg in eine schleichende Privatisierung der Ausbildungsfinanzierung.

### Job Garantie zügig umsetzen!

Jedem Jugendlichen muss nach der Schule ein Arbeits- oder Ausbildungsplatz angeboten werden. Wir schlagen vor, dazu die Personal-Service-Agenturen (PSA) zu nutzen. Jeder Jugendlichen, der nach der Schule arbeitslos wird, wird sofort in die PSA übernommen und erhält dort professionelle Beratung sowie ggf. Eingliederungshilfen. Nach spätestens drei Monaten ist jedem Jugendlichen, der keinen Arbeits- oder Ausbildungsplatz findet, ein solcher Platz über eine staatliche Finanzierung anzubieten. Ausweitung der Selbständigkeit: Jeder wird sein eigener shareholder?

Die Förderung personenbezogener Dienstleistungen und das Herausholen insbesondere von Frauen aus dem prekären und informellen Arbeitsmarktsegment ist das richtige Ziel. Die Förderung von Selbständigkeit kann ein geeignetes Mittel zur Reduzierung der Schwarzarbeit sein. Diejenigen, die im informellen Bereich arbeiten, müssen auf sozialversicherungspflichtiger Basis beschäftigt werden. Priorität müssen kommunale Dienstleistungsagenturen haben, die professionelle personenbezogene Dienstleistungen den Haushalten anbieten. In solchen Agenturen werden Qualifikationen für die Beschäftigten und Dienstleistungsangebote sinnvoll miteinander verknüpft. Das Modell der „Ich AG“ sieht dagegen keine Qualifikationsleistungen vor.

Darüber hinaus muss sichergestellt werden, dass „Ich-AGen oder Familien-AGen“ nicht Einfallstor für eine moderne Form des „Tagelohntums“ werden und einen flächendeckenden Niedriglohnsektor in Deutschland etablieren. Deshalb ist das französische Modell der Dienstleistungsschecks, bei dem Privatpersonen haushaltsnahe Dienstleistungen steuerlich absetzen und Beschäftig-

te tariflich und sozialversicherungsgemäß abgesichert sind, vorzuziehen.

### Leiharbeiter/innen: Wo ist der Anreiz zum Einstellen?

Der Vorschlag, die Arbeitsämter zu sogenannten Personal-Service-Agenturen nach dem Konzept der Arbeitskräftepools umzubauen, ist ein richtiger Schritt. Die öffentliche Finanzierung von Beschäftigung in Bereichen des gesellschaftlichen und infrastrukturellen Bedarfs scheint sich nun endlich durchzusetzen.

Die Hartz-Kommission schlägt vor, Arbeitslose gegen geringes Entgelt zum Arbeitslosengeld oder zur Probe an Unternehmen auszuleihen. Dies kann Wiedereingliederungen erleichtern und die Beschäftigungsfähigkeit der Betroffenen verbessern sowie Erfahrungen im Betrieb fördern. Es stellt sich allerdings die Frage, wo der Anreiz für Unternehmen liegen soll, diese „Leiharbeiter“ später auch wirklich einzustellen? So kann es im Einzelfall für den Unternehmer sinnvoller sein, statt neue Beschäftigte einzustellen, sich stets in der Personal-Service-Agentur Arbeitskräfte zu entleihen. Dies Gefahr besteht insbesondere im geringqualifizierten und projektorientierten Bereich. Einer ungezügelter „Ausleihmentalität“ müssen daher enge Grenzen gesetzt werden.

### Pauschalisierung möglich – Sozialabbau nicht!

Die Vermittlung gehört in den Mittelpunkt der Tätigkeit der Arbeitsämter. Wenn eine Pauschalisierung des Arbeitslosengeldes dazu führt, dass mehr Personal der BA für Vermittlungstätigkeiten zur Verfügung stehen, ist dieser Schritt zumindest mit einer zeitlichen Begrenzung der Pauschalisierung auf die ersten drei Monate richtig. Die Voraussetzung ist allerdings, dass die Pauschalisierung nicht zu einer Leistungsminderung führt. Der hohe Verwaltungsaufwand bei der Feststellung der Höhe des Arbeitslosengeldbezugs kann abgebaut und die Berechnung vereinfacht werden. Diese Maßnahme muss endlich durch eine moderne EDV in den Arbeitsämtern flankiert werden. Darüber hinaus ist die Ausweitung repressiver Mittel gegen Arbeitslose abzulehnen. Diese gehen am wirklichen Eingliederungs- und Orientierungsbedarf von Arbeitslosen vorbei.



### Eine bedarfsorientierte Mindestsicherung bleibt ohne Alternative

Wir Jusos haben die Verzahnung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe als einen ersten Schritt zu präventiver Arbeitsmarktpolitik begrüßt. Eine Absenkung auf Sozialhilfeniveau darf es nicht geben.

Mittelfristig kommt es darauf an, die Sozialhilfe wieder auf ihre ursprüngliche Funktion – „Hilfe zum Lebensunterhalt“ – zurückzuführen, und die Sozialversicherungssysteme durch eine steuerfinanzierte bedarfsorientierte Mindestsicherung zu ergänzen. Diese Mindestsicherung könnte mit Anrechten auf strukturbezogene Qualifizierungsmaßnahmen verknüpft werden.

### Schnelle Vermittlung mit professioneller Beratung

Die frühzeitige Suche nach einem neuen Arbeitsplatz und ein schnelles Einschalten der Arbeitsämter sind die wichtigsten Voraussetzung für eine erfolgreiche Vermittlung. Daher ist der vorgeschlagene sofortige Beginn der Vermittlungstätigkeit nach Erhalt der Kündigung sinnvoll. Dies muss obligatorisch werden. Auch der Vorschlag, die Arbeitgeber zu veranlassen, die gekündigten Mitarbeiter zur Arbeitsuche freizustellen sowie deren Profilerstellung zu unterstützen ist richtig. Um eine effiziente Vermittlungstätigkeit der Arbeitsämter sicherstellen zu können, müssen die Unternehmen gesetzlich verpflichtet werden, ihre freien Stellen, den örtlichen Arbeitsämtern zu melden. So können schnell und zielgenau Arbeitsplätze für Arbeitssuchende gefunden und vermittelt werden und nebenbei die Legenden über angebliche freie Stellen entzaubert werden.

Sinnvoll sind darüber hinaus Transfergesellschaften als Ansprechpartnerinnen für Beschäftigte, die von Arbeitslosigkeit z.B. durch Entlassungen bedroht sind. Damit können schon früh neue individuelle Beschäftigungsmöglichkeiten erörtert oder notwendige Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen eingeleitet werden. Ziel ist die schnelle Vermittlung in einen neuen Arbeitsplatz mit Hilfe professioneller Job-Manager. Entlassungswillige bzw. -tätige Betriebe sind dafür an den Kosten zu beteiligen.

### Prämien für Entlassungsdrohungen?

Die Idee, Unternehmen in Hinsicht auf arbeitsplatzsichernde Maßnahmen zu beraten und zu fördern ist sinnvoll. Deshalb muss vor allem die strukturpolitische Beratungstätigkeit der Arbeitsämter optimiert werden. Auch der Vorschlag, über die Förderung von betrieblichen Arbeitsplatzbilanzen, diejenigen Unternehmen zu unterstützen, die sich durch beschäftigungsfördernde und -sichernde Maßnahmen auszeichnen, im Grundsatz richtig.

Die Kommission schlägt allerdings vor, solchen Betrieben, die Entlassungen ankündigen, Abschläge auf die Sozialversicherungen anzubieten, sofern diese arbeitsplatzsichernde Maßnahmen ergreifen und dadurch Entlassungen verhindern. Dies würde in erster Linie Mitnahmeeffekte hervorrufen und lediglich die Sozialversicherungssysteme unterlaufen. Dagegen könnte an diesem Punkt die Diskussion um die staatliche Flankierung von Arbeitszeitverkürzung – nach dem französischen Vorbild – wieder aufgegriffen und eingespeist werden.

### Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik verzahnen!

Zu einer koordinierten Verknüpfung von Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik sind Konferenzen mit regionalen Akteuren zur Entwicklung regionalwirtschaftlicher Leitbilder sinnvoll. Erfahrungen mit solchen Konferenzen zeigen, dass die Arbeitsämter über wichtiges Wissen verfügen, das sinnvoll in das wirtschaftspolitische Strukturmanagement einbezogen werden kann. Diese Funktion muss gestärkt werden, um staatliche Fördergelder und Qualifizierungsmaßnahmen dem regionalen Bedarf anzupassen. Zudem müssen die Hartz-Vorschläge um eine strukturpolitische Säule für Ostdeutschland zum Beispiel über ein kommunales Investitionsprogramm ergänzt werden.

### Hartz für Arbeitsversicherung: „Die Arbeitslebensversicherung“

In den Vorschlägen der Hartz-Kommission werden erstmals in der regierungsnahen Diskussion unsere Vorschläge zum Aufbau einer „Arbeitsversicherung“ als Ersatz für die bisherige Arbeitslosenversicherung aufgegriffen. Dabei spielt das Konzept der „Übergangsarbeitsmärkte“ (Prof. Günter Schmid) bzw. eine präventiv angelegte Arbeitsmarktpolitik eine wichtige Rolle. Dieser Ball sollte nun aufgegriffen werden und das Konzept der Arbeitsversicherung konkret ausgestaltet werden. Zu diskutieren wäre, ob nicht die Absicherung flexibler Lebens- und Erwerbsläufe über eine (steuerfinanzierte) „Extra-Säule“ des Sozialversicherungssystems zu realisieren ist.

### Frauenspezifische Überprüfung notwendig!

Inwiefern die Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit durch die Hartz-Vor-

schläge flankiert wird, ist noch nicht absehbar. Die „Ich-AG“ zum Beispiel würde Frauen grundsätzlich stärker in unsichere Beschäftigung drängen. Wir fordern, dass die einzelnen Maßnahmen speziell auf ihre Wirkung für Frauen geprüft werden und dass sie um frauenfördernde Maßnahmen ergänzt werden. Dies sind insbesondere individuelle Wiedereinstiegsberatungen und Qualifizierungsangebote während der Erziehungszeiten. Außerdem muss der Druck auf die Unternehmen, die Arbeitszeiten an den Bedürfnissen von Frauen auszurichten, erhöht werden.

### Fazit

Klar muss sein, dass die Hartz-Kommission die Aufgabe hatte, die Vermittlungstätigkeit der BA zu optimieren. Wir begrüßen, dass auch weitergehende – arbeitsmarktpolitische – Vorschläge unterbreitet wurden, die nun offensiv diskutiert werden müssen. Klar ist aber auch, dass es keinen Freibrief gibt: Die Schmerzgrenze ist da, wo Repression verschärft wird und die Messlatte für den Erfolg bleiben die geschaffenen Arbeitsplätze.

Zur Ehrlichkeit gehört aber auch, dass ohne einen sinnvollen „policy-mix“ aus Wachstumsförderung, öffentlicher Finanzierung von Beschäftigung, Reform der Arbeitsmarktpolitik und flexibler Absicherung von Lebens- und Erwerbsläufe eine *alleinige* Reform der BA im Sande verlaufen wird. Dies muss auch klar sein, wenn Prognosen auf den Abbau der Arbeitslosigkeit abgegeben werden. Darüber hinaus heißt die entscheidende Frage, wie die Unternehmen sinnvoll zur Finanzierung und Reformierung der Arbeitsmarktpolitik herangezogen werden können. Bei der anstehenden Parteikonferenz müssen wir eine integrierte Strategie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den Mittelpunkt stellen. Ohne ein offensives Aufgreifen der Hartz-Vorschläge und konsistente alternative Reformvorschläge wird dies der Linken nicht gelingen.

Forum DL21



Foto: Christian Kiel (Berlin)

# Der 50. Todestag von Kurt Schumacher am 20. August 2002

– und eine Rede Willy Brandts zum 20. Todestag Schumachers am 20. August 1972

Von Horst Heimann

Wie im Jahr 2002 begann auch im August 1972 der Wahlkampf. CDU/CSU wollten damals mit der Hetzparole „Freiheit statt Sozialismus“ die Regierung Brandt ablösen. Von historischem Bewusstsein und dem Wissen um die Bedeutung der Geschichte für die Gestaltungs- und Zukunftsfähigkeit der SPD zeugt es, dass Willy Brandt am 20. August 1972 in Bonn eine Rede zum 20. Todestag Kurt Schumachers hielt, auf den sich CDU/CSU in ihrer Kampagne gegen Brandt beriefen. Mit dem Titel seiner Rede „Der Auftrag des demokratischen Sozialismus“ trat er selbstbewusst und offensiv der reaktionären Parole „Freiheit statt Sozialismus“ entgegen. Mit seiner Rede wollte er „noch vor dem Wahlkampf einiges zurechtrücken, war zurechtgerückt werden muss“ und einigen „Wahlkampfstrategen der anderen Seite dies ins Stammbuch“ schreiben: „Kurt Schumacher – damals von der selben CDU bekämpft, die ihn heute gelegentlich als Kronzeugen in Sachen Antikommunismus in Anspruch nimmt – war einer der großen Männer des demokratischen Sozialismus: Er wollte – wie die Generation August Bebel und wie wir heute – Freiheit und Gerechtigkeit, Einzel- und Gemeinschaftsinteresse im Geiste der Solidarität miteinander verbinden.“

(1972 wollten das übrigens auch 45,8% der Wähler!) Und Brandt nahm Schumacher gegen die Geschichtsklitterung von CDU/CSU in Schutz: „Auf Kurt Schumacher sollte sich nicht berufen, wer all das giftig bekämpft, wofür er gelitten und gekämpft hat“.

Von der „Ewigen Wiederkehr des Gleichen“ bei CDU/CSU zeugt es, wenn Kohl in seiner Wiederauferstehungsrede vor dem CDU-Wahlparteitag am 17. Juni nicht nur Schumacher, sondern auch Willy Brandt als Kronzeugen in Anspruch nahm, um die SPD als demokratisch unzuverlässig zu diffamieren.

Obwohl die SPD ihr programmatisches Selbstverständnis weiterentwickelt hatte,

betont Willy Brandt, dass sich Godesberg nicht gegen Schumacher entwickelt hat: „Von Schumacher aber stammt ja doch das Wort, dass in der... Sozialdemokratischen Partei nicht mehr danach gefragt werden solle, woher einer die letzten Impulse seines politischen Wirkens bezieht. Das heißt, es sei in diesem Zusammenhang nicht von Belang, ob der einzelne von der Bergpredigt oder von Kant oder von Marxschen Theorien ausgeht; ob er aus der Religion, der Philosophie oder der Gesellschaftswissenschaft schöpft.“

Obwohl die SPD „nicht als Religionsersatz aufzufassen“ ist, ist in ihr andererseits „auch nicht ein bloßer Zusammenschluss zur Regelung politischer Tagesgeschäfte zu sehen.“ Sie bleibt „nach ihrem modernen Selbstverständnis eine Willensgemeinschaft und eine Ideengemeinschaft, die sich orientiert an ethischen Grundwerten, an Vorstellungen davon, wie die Menschen in ihren engeren Lebensbereichen, im Staat und in der Welt würdig miteinander leben können.“

Zu diesem „modernen Selbstverständnis“ gehören natürlich auch Vorstellungen über „die Organisationsformen der Wirtschaft“, und dazu gehört die Einsicht: „Ein Die-Dinge-sich-selbst-überlassen in Wirtschaft und Gesellschaft – das, was man Laissez-faire nennt – hat die Auflösung dieses Konflikts, die solidarische Verbindung zwischen Einzelinteresse und Gemeinschaftsinteresse, nie zustande gebracht. Immer musste für den Ausgleich vermittelt, musste in den Wirtschaftsablauf interveniert werden. Und immer wieder haben die Stärkeren, die Privilegierten es als „gefährlichen Sozialismus“ bezeichnet, wenn zugunsten der vielen, der Schwächeren interveniert wurde. Kurt Schumacher war davon überzeugt, dass die politische Macht die ökonomische kontrollieren kann.“

Auch wenn Schumacher die „traditionelle Fassade des Klassenkampfes“ abbauen

wollte, „verzichtete er nicht darauf, den ‚Klassenkampf von oben‘ zu geißeln“. Demokratie war für ihn nicht nur eine Staatsform, sondern bedeutete nach seinen eigenen Worten, die „Lebensverhältnisse nicht einfach aus der Hand der Machthaber entgegenzunehmen, sondern mit zu gestalten“.

Trotz aller Veränderungen würde heute Schumacher mit uns feststellen, dass sich in einer Hinsicht „wenig verändert hat: Die Anti-Sozialismus-Kampagnen der Privilegierten und der Rückwärtsgewandten haben sich fortgesetzt – vom Kaiserreich über die Weimarer Republik bis in unsere Tage.“ Aber Willy Brandt erkennt auch positive Veränderungen im politischen Bewusstsein der großen Mehrheit: Einst von den Gegnern als „gemeingefährlicher Sozialismus“ bekämpfte Reformen werden jetzt von allen als selbstverständlich anerkannt: „Wer wagte heute noch, wie die damaligen Widersacher des Sozialismus, die staatliche Kranken- und Rentenversicherung, ... die Erwerbslosenversicherung als „sozialistisch“ abzulehnen und zu bekämpfen!“

P. S. Die gesamte Rede ist nachzulesen in dem von Iring Fetscher herausgegebenen Band „Geschichte als Auftrag – Willy Brandts Reden zur Geschichte der Arbeiterbewegung“, Berlin/Bonn 1981.

2. P. S. Nach den vielen Zitaten aus dem Jahr 1972 sei noch ein Zitat aus dem Jahr 2002 nachgetragen, und zwar von Albrecht Müller, der 1972 den Wahlsieg von Willy Brandt (45,8%) organisiert hatte: „Die in den sozialdemokratischen Parteien bestimmenden Kräfte, jene, die sich auch Modernisierer nennen, sind Gefangene ihrer Anpassung an das konservative Milieu und die dort virulenten Ideologien. Sie sind deshalb blind dafür, dass Millionen Menschen Orientierung suchen. Und sie merken gar nicht, wie modern die traditionellen Erkenntnisse der Sozialdemokratie, ihre Werte und Konzeptionen sind und wie desavouiert und gescheitert die Wirtschaftsliberalen und Konservativen mit ihrer Ideologie sind.“ (Frankfurter Rundschau, 27.05.2002)

# Wählen statt Stoiber

## Wir wissen, was auf dem Spiel steht

Bei der Bundestagswahl hat die SPD nur dann eine Chance, wenn sich Tausende engagieren und Hunderttausende wählen gehen, die tief verunsichert sind. Dieses Engagement und die Mobilisierung von vielen wird nur gelingen, wenn die Sozialdemokraten glaubhaft machen können, dass sie einen eigenen sozialen und demokratischen Weg gehen.

### **Sozial verantwortlich und für die Demokratie lebenswichtig ist,**

klar und deutlich zu sagen: Soziale Sicherheit und gerechte Verteilung sind elementar für das Wohlergehen der Mehrheit der Menschen und die Stabilität des Gemeinwesens. Nur Reformen, die der Mehrheit der Bevölkerung dienen und nicht nur einigen wenigen, die der Mehrheit Sicherheit geben, statt sie weiter in die Unsicherheit zu treiben, werden die Menschen nicht für rechtsradikale Rattenfänger anfällig machen. Deshalb unterstützen wir die SPD, wenn sie das europäische Modell der Sozialstaatlichkeit zur Richtschnur ihrer weiteren politischen Arbeit macht.

### **Sozial gerecht und demokratisch verantwortlich ist,**

konsequent alle Möglichkeiten der Wirtschafts- und Finanzpolitik auszuschöpfen, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Sich von den Heilsbotschaften der Marktradikalen leiten zu lassen, ist einfach falsch und teuer. Wir haben keinerlei Anlass, der neoliberalen Ideologie zu folgen, deren falsche Ratschläge ganze Volkswirtschaften ruiniert haben.

### **Sozial vernünftig und für Demokraten selbstverständlich ist,**

anzuerkennen, dass sowohl der Markt als auch der Staat wichtige Aufgaben haben. Die Frage, was öffentlich bereit gestellt werden soll und was privat produziert wird, ist eine praktische und keine ideologische Frage. Deshalb halten wir die Vorstellung, Privatisierung, Deregulierung und Liberalisierung seien die Lösung all unserer Probleme, für abwegig. Immer mehr Menschen erkennen, dass der Staat nicht ausgedient hat.

### **Richtig ist: Nur die wirklich Reichen können sich einen armen Staat leisten.**

Es kann nicht angehen, dass man in unserer Gesellschaft keinen Cent zum Gemeinwohl beiträgt und trotzdem als angesehener Bürger gilt. Wir halten es für skandalös, dass Steuerflucht und Spekulation salonfähig sind und erwarten von der SPD, dass sie in der neuen Legislaturperiode energisch dagegen vorgeht. Für mehr Verteilungsgerechtigkeit zu sorgen, ist nicht überholt, sondern überfällig. Wir erwarten von Sozialdemokraten, dass sie dafür sorgen, dass auch in Zukunft Bildung, Gesundheit und persönliche Sicherheit nicht vom Geldbeutel abhängen. Ganztagschulen sind eine Antwort auf soziale Ungleichheit.

Für sozialdemokratische Wähler bleibt es selbstverständlich, die Probleme zwischen den Völkern zuallererst friedlich zu lösen. Die Regierung Schröder ist auf dem richtigen Weg, wenn sie die Hilfe für die Entwicklungsländer forciert. Wir unterstützen die SPD, wenn sie eine Außen- und Sicherheitspolitik Europas betreibt, die nicht weiter das Anhängsel amerikanischer Interessen ist. Wir unterstützen die SPD, wenn sie ihre eigene Erkenntnis von 1989 weiterhin ernst nimmt, dass die Ökologie ein zentrales Anliegen ist. Die SPD hat wichtiges geleistet, um das Problem der Integration ausländischer Mitbürger anzugehen. Den inzwischen eingeschlagenen Weg abzubrechen, wäre gefährlich.

### **Wir wissen, was auf dem Spiel steht.**

Wir wollen, dass die Leistungen der rot-grünen Koalition Bestand haben: Das reicht vom neuen Mietrecht bis zum neuen Betriebsverfassungsgesetz, vom verbesserten Behindertenrecht zur Erhöhung von Bafög und Kindergeld, vom Tariftreuegesetz zum verbesserten Urheberschutz. Der Ausstieg aus der Atomenergie, die Einführung der Ökosteuer, die Förderung regenerierbarer Energien und des biologischen Landbaus sind Meilensteine für den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft. Auf dem Weg zu einem demokratischen und föderalen Europa hat sich die Bundesregierung unzweideutig engagiert.

Die SPD und die rot-grüne Bundesregierung stehen für Weltoffenheit, Liberalität und Zukunftsfähigkeit, während das Gespann Stoiber/Beckstein Provinzialismus, sozialen Rückschritt und geistige Enge verkörpert und Arbeitnehmerrechte abbaut. Es wäre verheerend, wenn die sozialen und ökologischen Reformen nach der Bundestagswahl zurückgedreht würden, wenn in Europa konservative und rechtspopulistische Kräfte den Weg in die Zukunft weiter versperren.

### **Nur wenn die SPD am 22. September wieder die stärkste Fraktion im Bundestag stellt, ist diese Gefahr zu bannen. Wir können es uns nicht leisten, abseits zu stehen. Deshalb rufen wir auf zur Wahl der SPD.**

*Niels Annen, Peter Brandt, Fred Breinersdorfer, Ernst Breit, Wibke Bruhns, Friedel Drautzberg, Hasso Düvel, Katja Ebstein, Hella Eckert, Jürgen Flimm, Uwe Friedrichsen, Günter Grass, Michael Guggemos, Michael Hamburger, Gert Heidenreich, Hannelore Hoger, Hanns Dieter Hüsch, Klaus Hurrelmann, Inge Jens, Walter Jens, Klaus Klemm, Reinhard Klimmt, Matthias Kollatz, Wilfried Kuckelkorn, Dieter S. Lutz, Rune Mields, Ulrich Mignon, Hans Mommsen, Albrecht Müller, Oskar Negt, Siegfried Neuenhausen, Jürgen Peters, Will Quadflieg, Eva Rühmkorf, Peter Rühmkorf, Hans-Joachim Schabedoth, Werner Schaub, Dieter Scholz, Friedrich Schorlemmer, Rolfrafael Schröder, Olaf Schwencke, Frank Spieth, Klaus Staeck, Gerhard Steidl, Johano Strasser, Frank Teichmüller, Wolfgang Völz, Eduard Wörmann, Edo Zanki*

Infos bei: Aktion für mehr Demokratie c/o Staeck/Strasser, 69010 Heidelberg, Postfach 102063

Spendenkonto: Klaus Staeck / AMD, Postbank Karlsruhe Nr. 197438-750, BLZ 660 100 75 (Spendenbescheinigungen können nicht ausgestellt werden)

Ich unterstütze diesen Aufruf:

Name, Vorname

Adresse

Bitte zurück an „Aktion für Demokratie“

# Nachhaltigkeit als Reformprinzip

## Einleitung zum Schwerpunkt

Von Uta Biermann und Horst Peter

Es ist der neoliberalen Gemeinde in Wissenschaft, Medien und Politik gelungen, ihren spezifischen Reformbegriff im öffentlichen Bewusstsein als alternativlos zu verankern und mit dem Begriff der Modernisierung gleich zu setzen. Reformen haben im neoliberalen Verständnis die Funktion, dem alles regelnden Prinzip des Marktes national und international zum Durchbruch zu verhelfen.

Im neoliberalen Marktmodell der Globalisierung erscheint die Erde als ein homogener Raum, der durchgängig und durchlässig sein muss, damit Waren und Kapital ungehindert zirkulieren können. Man stelle sie sich als einen einzigen Marktplatz vor, auf dem Produktionsfaktoren dort gekauft werden, wo sie am billigsten sind (global-sourcing) und die Waren dort abgesetzt werden, wo sie den besten Preis erzielen (globalmarketing). Angetrieben wird dieser Prozess durch das Prinzip, die größtmögliche aktuelle Rendite von Kapitalanlagen (share-holder-value) durch effizienten Einsatz von Kapital, Arbeitskraft und Wissenschaften durchzusetzen.

Von diesem Prinzip sollen alle Bereiche gesellschaftlichen Lebens – Soziales, Bildung, Wissenschaft, Gesundheit, Kultur – durchdrungen werden. Daraus ergibt sich als hauptsächliche Reformforderung, die einzelnen Volkswirtschaften für den Weltmarkt fit zu halten, den jeweiligen Wirtschaftsstandort zu optimieren. Sogenannte Regulierungen wie Sozial- und Arbeitsgesetze werden als Entwicklungshemmnisse benannt und sollen dereguliert werden. Gegner solcher Reformen werden als antiquierte Traditionalisten definiert.

Wer diesem Reformbegriff eine Alternative entgegensetzen will, muss sich bewusst sein, dass es im neoliberalen Mainstream gelungen ist, dass absolute Steuerungsprinzip des Marktes bis in die weltweiten Institutionen der WTO, des IWF und der Weltbank als leitendes Reformprinzip zu verankern und zumindest in der Bevölkerung der führenden Industriestaaten positiv zu besetzen. Daraus folgt, dass eine Alternative für die Men-

schen attraktiver und erstrebenswerter sein muss.

Karl Hermann Tjaden entwickelt das Ziel nachhaltiger Entwicklung als überzeugende Alternative. Er leitet das Ziel der Reproduktion von lebendiger Arbeit und lebendiger Natur als Kern einer Reformstrategie aus einer historischen Analyse des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur ab. Er zeigt auf, dass die kapitalistisch organisierte Wirtschaft ohne staatliche Intervention die lebendige Arbeit und die lebendige Natur krisenhaft gefährdet. Nachhaltiges Wirtschaften, wie es als Prinzip der Forstwirtschaft allgemein anerkannt ist (es darf nicht mehr Wald genutzt werden, als nachwachsen kann) müsse auf alles Wirtschaften übertragen werden mit dem Ziel, auch die Lebensgrundlagen künftiger Generationen zu erhalten.

Die Vertreter eines nachhaltigen Entwicklungsweges sehen soziale und ökologische Krisen als Folge einer auf dem totalen Marktprinzip beruhenden falschen Produktions- und Konsumtionsweise an, die gründlich zu verändern ist, soll das Leben künftiger Generationen gesichert sein. Dazu ist die demokratische politische Intervention unverzichtbar, damit eine „dauerhafte Entwicklung“ möglich wird, wie sie 1987 im Bundtlandbericht definiert wird und 1992 politisches Leitbild der Umweltkonferenz von Rio wird: „Nachhaltige Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren eigenen Lebensstil zu wählen.“

Die politische Aufgabe, die sich bereits in der Gegenwart stellt, ist ein Prozess tiefgreifender Veränderungen, in denen die Nutzung der Ressourcen, die Struktur der Investitionen die Art des technischen Fortschritts, aber auch die menschlichen Lern- und Arbeitspotenziale, der gesellschaftliche Zusammenhalt, der Konsum- und Lebensstil sowie die institutionellen Strukturen mit den gegenwärtigen und zukünftigen Bedürfnissen in Einklang gebracht

werden müssen, um den Anspruch aller Menschen auf ein gesundes und produktives Leben im Einklang mit der Natur zu ermöglichen.

Damit wird Nachhaltigkeit zu einer Kategorie, die sich in gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen konkretisiert: wie wirken Produktion und der Einsatz von Wissenschaft und Technik, aber auch, ihre gesellschaftlichen Organisationsformen und die sie tragenden politischen Entscheidungen und administrativen Verfahrensweisen auf die grundlegenden Produktivkräfte des Menschen und der Natur zerstörend und verschwendend einerseits oder bewahrend und entfaltend andererseits? Nachhaltigkeit ist damit eine Kategorie, die es ermöglicht, politische und ökonomische Entscheidungen zu bewerten. Sie liefert einen politischen Maßstab für richtige oder falsche Politik. Dazu bedarf der Begriff der Konkretisierung, damit er politisch handhabbar und für die Menschen nachvollziehbar wird: Es geht um die Begrenzung von Ressourcennutzung und die Effizienz des Ressourceneinsatzes sowohl bei der Produktion als auch bei der Konsumtion. Es geht auch um die präventive Vermeidung von Gefährdungen des Lebens und der Lebensgrundlagen. Nachhaltige Politik muss deshalb langfristig das Naturvermögen genauso wie das Arbeitsvermögen reproduzieren und mit diesem Ziel national und international in den Wirtschafts- und Geldkreislauf intervenieren. Ziel ist die Reproduktion und Entfaltung der Natur und der Arbeit, was beides der Markt nicht zu leisten vermag.

Nachhaltigkeit muss sich besonders im überschaubaren Umfeld der Menschen entfalten können, damit jeder Einzelne im Sinne von Nachhaltigkeit Handlungsmöglichkeiten und auch Einwirkungsmöglichkeiten auf politische Entscheidungen sieht. Deshalb muss sich nachhaltiges Handeln unverzichtbar in der Kommunalpolitik niederschlagen.

Die Reproduktion der Arbeitskraft als der zweite Schlüsselbegriff für an Nachhaltigkeit orientierter Reformpolitik schließt sowohl die Entfaltung der Lern- und Arbeitspotenziale, als auch die gesellschaftliche Unterstützung der Menschen in Risikosituationen, die sie nicht selbst bewältigen können, durch gesellschaftliche Solidarität und die Einbettung des Einzelnen in gesellschaftliche kulturelle Zusammenhänge

*Dr. Uta Biermann, Referentin für Umweltpolitik beim SPD-Parteivorstand, lebt in Berlin  
Horst Peter, Vorsitzender des Vereins zur Förderung von Demokratie und Völkerverständigung und Sprecher der spw-HerausgeberInnen, lebt in Kassel  
Beide sind Mitglied im spw-Arbeitsausschuss*

ein. Die politische Form, dies in allen Zusammenhängen zu gewährleisten, ist die soziale und ökologische Demokratie, die Demokratiegebot und soziale und ökologische Ziele produktiv zusammenführt. So hat das Prinzip der Nachhaltigkeit eine ökonomische, ökologische, soziale und kulturelle Dimension. Es wirkt gesamtpolitisch und umfasst stets mehr als die einzelne Fachpolitik. Nachhaltige Politik ist gesellschaftliche Politik, auch im globalen Maßstab, die sich vor allem in den Handlungsfeldern Ökologie, Ökonomie, Bildung, Gesundheit, Existenzsicherung und gesellschaftlicher Zusammenhang realisiert.

Wir haben in diesem Heftschwerpunkt versucht, möglichst viele der beteiligten Handlungsebenen und betroffenen Politikfelder aufzuzeigen. Ulla Burchardt entwickelt die zentralen Eckpunkte einer Nachhaltigkeitsstrategie als sozialdemokratische Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung und Wolfgang Gründinger plädiert dafür, dass rot-grün Nachhaltigkeit jetzt in der praktischen Po-

litik auch als Handlungskonzept verwirklicht.

Bernd Lange eröffnet die europäische Dimension der Debatte und fordert mit Blick auf den Weltgipfel in Johannesburg, dass Nachhaltigkeit ein europäischer Exportschlager werden kann und muss.

Kommunale Handlungsoptionen entwickelt Michael Müller am Handlungsfeld Mobilität. Nachhaltige Verkehrskonzepte sind eine der spannendsten Herausforderungen vor dem Hintergrund der stetig wachsenden individuellen wie gesellschaftlichen Anforderungen an Mobilität. Sein Fazit: Hohe Umweltstandards fordern wichtige Innovationen und sind keines-

Foto: Christian Kiel (Berlin)



falls eine Bremse wirtschaftlicher Entwicklung.

spw 4/2002

#### Literatur

Ulla Burchardt/Reinhold Rünker, Nachhaltigkeit als Reformprinzip – Festschrift für Horst Peter, spw-Verlag Dortmund 2002

Ulrike Hensel/Joachim Schuster, Mehr Beschäftigung durch nachhaltige Mobilität?, spw-Verlag Dortmund 2002

# Nachhaltigkeit und Gewaltsamkeit

## Historische und theoretische Bemerkungen

Von Karl Hermann Tjaden

1. Die Wörter Nachhaltigkeit und Gewaltsamkeit, Gewalttätigkeit eingeschlossen, hängen einem mittlerweile zum Hals heraus. Das liegt nicht nur daran, dass Politiker und Journalisten sie oft nahezu beliebig verwenden und alles und jedes als Maßnahmen dafür bzw. dagegen verkaufen möchten. Grund dafür ist auch die tatsächliche Vielfalt von Erscheinungen und Entwicklungen der Wirklichkeit, auf die diese Begriffe irgendwie anwendbar sind, was leicht Verwirrung und Überdross hervorruft. Eben deshalb ist aber an diesen Worten schon etwas dran. Es gibt vielfältige Verletzungen von Nachhaltigkeit und vielfältige Vorkommnisse von Gewaltsamkeit mit gemeinsamen Grundzügen, nicht nur in dieser Gesellschaft, sondern auch in ihrer Vorgeschichte, und das erlaubt es, diesbezügliche Begriffe zu bestimmen, mit denen man dem Gelaber entgegenreten kann.

2. Nachhaltigkeit ist seit dem 18. Jh. als eine Regel der Forstwirtschaft aufgekommen

und bedeutet hier, dass auf einer bestimmten Forstfläche dem Wald in einem bestimmten Zeitraum nicht mehr Holz entnommen werden darf als gleichzeitig nachwächst. Vorher, manchenorts bis in das 19. Jahrhundert hinein, hatten landwirtschaftliche Nutzungen und die Siedlungs- und Gewerbeentwicklung nicht nur in Deutschland zur Übernutzung und daher Verringerung der Wälder geführt: im Umgang mit den Wäldern hatte Gewaltsamkeit vorgeherrscht. Seit dem Bericht der Brundtland-Kommission der UN von 1987 wird der Begriff Nachhaltigkeit zur Kennzeichnung einer gesellschaftlichen Entwicklung gebraucht, in der – weltweit – den Bedürfnissen der gegenwärtigen Generationen Rechnung getragen wird, ohne die Fähigkeit künftiger Generationen zu gefährden, ihren eigenen Bedürfnissen zu entsprechen. Den Nachkommen, aber auch den gegenwärtigen Menschen insbesondere in unterentwickelten Ländern soll in dieser Hinsicht möglichst wenig Ge-

walt angetan werden. Schon in der forstwirtschaftlichen Wortverwendung steckt, dass Nachhaltigkeit und Gewaltsamkeit negativ aufeinander bezogen sind: Nachhaltigkeit heißt Nicht-Gewaltsamkeit, Gewaltsamkeit ist Nicht-Nachhaltigkeit. Angestrebt wird hier eine (irgendwie geartete) Reproduktion der verbrauchten Produkte, was die Reproduktion aller erforderlichen Produktionsgrundlagen impliziert, bezogen auf konkrete Raum- und Zeiteinheiten. Der Brundtlandsche Begriff der Nachhaltigkeit bezieht sich, natürlich weit umfassender, auf die Reproduktion der Mittel zum Leben sowie von Lebensgrundlagen der Menschen überhaupt im globalen und Generationenmaßstab und macht außerdem deutlich, dass die Herstellung einer nachhaltigen gesellschaftlichen Entwicklung aufeinander abgestimmte Veränderungen von Ressourcennutzungen, Investitionsverhalten, Techniklinien und Institutionen erfordert, die auf eine Steigerung der gegenwärtigen und künftigen Potentiale menschlicher Bedürfnisbefriedigung abzielen.

Das bedeutet, dass bei Unterlassung solcher Veränderungen jene Potentiale beschränkt oder ganz vernichtet werden. (WCED 1987,

43 und 46, ferner Czeskleba-Dupont 2001, 6ff) Wir können folgern, dass jede Beschränkung solcher Potentiale durch Förderung ihnen entgegenstehender Produktionslinien Gewaltbarkeit bedeutet. Beispielsweise sind Regierungsmaßnahmen, die den Erdölverbrauch, die Investitionen im Kraftfahrzeugbau oder in der Chlorchemischen Industrie und den motorisierten Individualverkehr erleichtern oder steigern helfen ebenso Akte von Gewaltbarkeit wie der Verzicht auf offensive Beschäftigungspolitik zum Abbau von Massenarbeitslosigkeit. Eine irgendwie geartete Reproduktion notwendiger Mittel und der natürlichen Grundlagen des Lebens der Menschen in möglichst vollem Umfang ist also heute der Hauptgedanke des Doppelbegriffs „Nachhaltigkeit/Nicht-Gewaltbarkeit“ im Gefolge der im 18. Jh. begründeten Tradition. Zu dieser hatte übrigens auch Karl Marx mit seinem Hinweis darauf beigetragen, dass die kapitalistische Produktion, „die Springquellen alles Reichtums untergräbt, die Erde und den Arbeiter“, was er mit der Forderung verband, die Gesellschaften hätten die „Erde [...] den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen“, eine gewiss noch ziemlich fortschrittsgläubige Vorstellung. (Marx, MEW 23, 530 und MEW 25, 784) Das ist alles noch ziemlich abstrakt, aber wir werden später konkreter.

**Geschichte der Mensch-Natur-Beziehungen**

3. Zunächst einmal reichen gewaltsame Eingriffe von Menschen in den Naturhaushalt und seine nicht-nachhaltigen Nutzungen

**Gewaltsame Eingriffe von Menschen in den Naturhaushalt und seine nicht-nachhaltigen Nutzungen reichen viel weiter zurück als die Anfänge der kapitalistischen Produktionsweise.**

reichen viel weiter zurück als die Anfänge der bürgerlichen Gesellschaft und vor allem ihrer kapitalistischen Produktionsweise. Was die menschengemachten Probleme in den Beziehungen zwischen menschlicher und außermenschlicher Natur betrifft, so dürften sie in frühen menschlichen Gesellschaften, in denen man vom Sammeln, Aasverwerten und Jagen lebte, freilich noch kaum existiert haben. Die Reproduktion der pflanzlichen und tierlichen Lebensmittel und die der Menschen, die sich diese aneigneten, erfolgte im Zuge einer weitgehend ungestörten natürlichen Reproduktion der gesamten biotischen und abiotischen Basis der jeweiligen Gesellschaft innerhalb eines bestimmten Raums und Zeitabschnitts. Menschengemachte Störungen der Nachhaltigkeit und Äußerungen von Gewaltbarkeit gab es als gesellschaftliche Dauerbrenner aber erst dann und dort, wo Landwirtschaft (und mit ihr bald Gewerbe und Handel) zur Grundlage des Lebensunterhalts geworden war. (vgl. die Studien von Lambrecht, Tjaden, Tjaden-Steinhauer, sie sind Grundlage der folgenden historischen Analyse.)

4. Wo und als der Anbau von Pflanzen und ggf. auch die Aufzucht von Tieren zur Basis menschlicher Subsistenz wurden, wurde die stete Reproduktion von Mitteln und Grundlagen des Lebens zum zentralen Problem der Gesellschaften. Nachhaltigkeit durch stete Wiederherstellung der Ausgangsbedingungen von Landwirtschaft war schwer zu erreichen und wurde darüber hinaus immer wieder durch Effekte der agrarischen Produktion selber konterkariert, Gewaltbarkeit

wurde zum Grundverhältnis der Menschen zu den zu Nutzobjekten herangezuchteten Tieren und Pflanzen und wurde außerdem in bestimmten gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen zueinander zur Norm. Warum war das so und wie sah das aus? Ökonomisch vor allem auf Landwirtschaft basierende Gesellschaften jeden Typs müssen zumindest die agrarischen Produkte wie die vernutzten Produktionsfaktoren – Pflanzen, Tiere, menschliche Arbeitskräfte und Geräte – kontinuierlich reproduzieren. Und auf längere Sicht konnte man sich auf diese wirtschaftliche Kernaufgabe nicht beschränken, weil deren Lösung an den Unterhalt und das Wohlergehen weiterer Kategorien der Bevölkerung (z. B. Kinder, gewerbliche Arbeitskräfte) ebenso gebunden war wie an die Erhaltung und Erneuerung weiterer Momente des Naturhaushalts (z. B. Bodenfruchtbarkeit, Wasserzufuhr).

Die spezifischen Inputs und Outputs der agrarischen Produktion – der ersten historischen Form einer kontinuierlichen Produktion von Gütern und insofern Prototyp jeder Güterwirtschaft – tendierten aber gerade zur Untergrabung solcher (engeren wie weiteren) Lebensgrundlagen: durch Ernährungsmängel, Seuchenerreger, Nährstoffentzug, Bodenversalzung, Wasserverschmutzung und durch eine Vielzahl anderer Schädigungen. Nachhaltiges Wirtschaften war so, wenn überhaupt, nur mit großen Anstrengungen zu bewerkstelligen und wurde durch Bodenerschöpfung, Krankheiten, Missernten oder Umweltzerstörung immer wieder infrage gestellt, so dass zumal bei Bevölkerungswachstum oft Hungersnöte vorkamen. Zur Gewaltbarkeit bei der Nutzung der pflanzlichen und tierlichen Mitlebewelt, besonders augenfällig beim Zugvieh, kamen Arbeitszwang für Bäuerinnen, Bauern und ihre Kinder sowie Gewalt im Verhältnis zu fremden Leuten. Entsprechend dem breiten Spektrum der Reproduktionsprobleme beziehen sich somit „Nachhaltigkeit“ und „Gewaltbarkeit“, sobald sie historisch konkret gefasst werden, auf ein weiteres Feld als bei einer engefassten ökologischen Sichtweise. Seit der „Neolithischen Revolution“, so beginnt deutlich zu werden, ist Nachhaltigkeit eine Anforderung an ökonomische wie außerökonomische Praxis, die sich zunächst auf die Erneuerung und den Schutz agrarischer Produktionselemente, aber auch auf den Unterhalt der übrigen Bevölkerung und die Bewahrung des übrigen Naturhaushalts in der Gesellschaft bezieht; zugleich ist Gewaltbarkeit seither ein Grundzug ökonomischer wie außerökonomischer Praxis, der vorab in die Grundbeziehungen der Menschen zur tierlichen und pflanzlichen Mitlebewelt eingeschrieben ist, darüber hinaus aber auch wesentliche Beziehungen zwischen produzierender und nicht-produzierender Bevölkerung und das Verhältnis zu Nachbargesellschaften prägt.



Foto: Christian Kiel (Berlin)

5. Agrarbasierte Gesellschaften haben sich historisch oft rasch in Gesellschaften verwandelt, die wesentlich durch sozial-ökonomische, familial-patriarchale und politisch-staatliche Ungleichheiten gekennzeichnet waren. Gesellschaftliche Verhältnisse von Armut und Reichtum, elterlich-eheliche Gewaltverhältnisse sowie inner- und zwischenstaatliche Gewaltverhältnisse bedeuten an sich eine Nichtachtung von Nachhaltigkeit, weil die Bedürfnisse der jeweils unterdrückten Bevölkerungsgruppen unzureichend befriedigt werden, ebenso wie sie eine Verfestigung von Gewalt darstellen, weil sie andauernde Ungleichverteilungen von Vermögen und Gütern verschiedenster Art sowie von Möglichkeiten der Selbstentfaltung und der Selbstbestimmung beinhalten. Eines der frühesten, wenn nicht das früheste Beispiel hierfür ist die Entstehung der südmesopotamischen Stadtstaaten-Gesellschaften vor rund 5.000 Jahren. In ihnen verbanden sich im Zeichen einer solchen gesellschaftlichen Ungleichheit eine letztlich destruktive, tendenziell monokulturelle Agrar- und Kommerzökonomie mit patriarchaler Gewalt und Ungleichstellung von Frauen und Kindern sowie mit staatlicher Gewalt und Entmündigung von Untertanen und Ausländern. Die Zivilisation, von der heute soviel in einem eingengt-eurozentrischen Sinn die Rede ist, war geboren, und sie sollte schließlich alle heute existierenden Gesellschaften sämtlicher Kulturen umfassen, einige Reste indigener gentilizischer Gesellschaften einmal ausgenommen.

Zivilisation ist der Inbegriff von gesellschaftlicher Ungleichheit, von Raubbau an Menschen, Mitlebewelt und übriger Natur und von ökonomischer, patriarchaler und staatlicher Gewalt.

Im Fortschritt dieser Zivilisation wuchs das Potential innerer und äußerer kriegerischer Konflikte, mit den daraus resultierenden Verletzungen von Mensch und Umwelt. Diese zivilisatorische Dreieinigkeit von Ungleichheit, Raubbau und Gewalt lässt sich gut an Beispielen altorientalischer und westlich-europäischer Gesellschaften verfolgen, vom alten Mesopotamien über die europäische Antike und die Feudalgesellschaften im Mittelalter bis zur modern-bürgerlichen Gesellschaft, also an Gesellschaften des – im Anschluss an Karl Marx – so genannten westeuropäischen Wegs der Gesellschaftsgeschichte, der zum heute dominierenden Kapitalismus geführt hat, darunter das Rom der Antike und unsere mittelalterlich Feudalgesellschaft. Sie gehören zu denjenigen Wirtschaftsgesellschaften, die systematisch Tiere als Quelle von Bewegungsenergie und mineralische Bodenschätze als Materialquelle nutzen und in denen effektivierende technische Entwicklungen durch das gesamte historisch-geografische Milieu begünstigt wurden – womit auch Gewaltanwendungen erleichtert und Nachhaltigkeitserwägungen

verdrängt wurden. Ohne Beachtung dieser eurotypischen Aggressivität in den Mensch-Natur-Beziehungen lässt sich der Aufstieg des „Abendlands“ gar nicht verstehen. Doch selbst im Westen Europas gab es zumindest eine Gesellschaft, die zwar durch gesellschaftliche Ungleichheiten und Gewaltverhältnisse gekennzeichnet war, aber doch mit erheblichem Erfolg versucht hat, die Verletzungen der pflanzlichen und tierlichen Mitlebewelt, die in jeder Pflanzen- und Tierproduktion angelegt sind, durch geschickte Nutzungen der natürlichen Potentiale zu beschränken, nämlich die muslimische Gesellschaft in Al-Andalus. Aktuelle Studien zur Gesellschaftsgeschichte Alt-Amerikas führen, soweit absehbar, wohl zu dem Resultat, dass die Gesellschaften der Hochkulturen dieses Kontinents nicht zuletzt deshalb durch die Europäer unterjocht werden konnten, weil ihr historisch-geografisches Milieu sie zuvor zu einem milderen Umgang mit der Natur genötigt hatte, was weniger Möglichkeiten zur Entwicklung gesellschaftlicher Gewalttätigkeit eröffnete, auch wenn es diese hier selbstverständlich ebenfalls gab. (Grundlegend hierzu: Diamond 2000; Lentz 2000)

#### **Nachhaltigkeit und kapitalistische Wirtschaftsweise**

6. Es waren nicht zuletzt verschiedenartige Verfügungsgewalten über Vermögen, Menschen und Güter, die durch Gewaltrechte (darunter partikulare Eigentumsrechte) abgesichert wurden, was im Westen Europas die schließlich Herausbildung einer kapitalistischen Produktionsweise gefördert hat. Hier gab es dann drei Besonderheiten:

Erstens ist die kapitalistische Wirtschaft eine (aus Gründen der Konkurrenz und des Profits) auf Wachstum der erzeugten Güter und Dienste ausgerichtete Ökonomie, die sich, auch bei verstärktem Gewicht von immateriellen Outputs und finanzkapitalistischen Transaktionen, hierzu vor allem der Steigerung von Arbeitsproduktivität mit technischen Mitteln bedient. Daher das gewaltige Wachstum der Sachgütermengen und der Stoff- und Energieumsätze mit den bekannten Negativeffekten für Arbeitsvermögen und Naturpotentiale.

Zweitens ist die Reproduktion der Produktionsbasis innerhalb der Wirtschaft, ungeachtet ihrer Ausweitungen, grundsätzlich auf die Restitution der Produktionsfaktoren – Arbeitskraft und Produktionsmittel – beschränkt, wodurch bekanntlich Arbeitslose

und Nicht-Erwerbspersonen außen vor bleiben und verbrauchte „freie Güter“ und Schäden durch externe Effekte ebenfalls unberücksichtigt bleiben – bestärkt durch den kapitalistischen Schein, dass der Wertersatz verbrauchter Faktoren ihrem Realersatz gleichkomme. Das bedeutet, zumal im Kontext fortschreitender Internationalisierung der Wirtschaft, dauernde Massenarbeitslosigkeit und Abschiebung in Armut, Gesundheitsschäden und Verwüstungen der außermenschlichen Natur im Zuge und aufgrund wirtschaftlicher Leistungssteigerung, was unverträglich mit dem Ziel der Nachhaltigkeit ist, aber auch ein untrügliches Zeichen von Gewalttätigkeit.

Drittens ist kapitalistische Produktion seit ihren Anfängen faktisch global mit Arbeitskräften und Na-

turressourcen, mit den Bevölkerungen und Naturhaushalten anderer, nichtkapitalistischer Gesellschaften verflochten. Vor allem ging und geht es bei der Plünderung der Kolonien, Halbkolonien und Postkolonien um die Senkung des inländischen Kapitalaufwands für Rohstoffe und Arbeitskraft (Nahrungsmittel) und um die Überwälzung unerwünschter Produktionsfolgen in Gestalt von Warenüberschüssen und schädlichen Stoffen auf die ausländischen Gesellschaften.

Entsprechende Nutzungen und Belastungen von außer(neo)europäischen Arbeitsvermögen, Naturpotentiale, Bevölkerungskategorien und Umweltbestandteile gehören wenn nicht zum System, so doch zur Historie kapitalistischer Ökonomien. Diese haben zudem die Möglichkeiten nachhaltigen und gewaltarmen Wirtschaftens in jenen Gesellschaften eingengt, wenn nicht gar – wie bei vielen indigenen Gesellschaften – vernichtet, durch unmittelbare Gewalt, aber auch durch den Kulturkontakt selber, vom Transfer der Mikroorganismen über die Investitionsaktivität bis zur Indoktrination einer waren- und technifiketischistischen Ideologie. Die dadurch gesetzten globalen Konfliktpotentiale sind inzwischen stärker allgegenwärtig als je zuvor. (Crosby 1981; Wolf 1986; Sauer 2000)

7. Bei der Förderung von Nachhaltigkeit und der Eindämmung der Gewalttätigkeit des Wirtschaftens geht es also um die Erhaltung, d. h. den Schutz bzw. die Wiederherstellung und Entfaltung der Lebenskräfte und Arbeitsvermögen aller Mitglieder der Bevölkerung sowie der Wirkkräfte und Naturpotentiale aller Elemente des Naturhaushalts einer jeden Gesellschaft. Es handelt sich stets um

### **Es geht um die Erhaltung und Entfaltung der Lebenskräfte und Arbeitsvermögen aller Mitglieder der Bevölkerung sowie der Wirkkräfte und Naturpotentiale aller Elemente des Naturhaushalts einer jeden Gesellschaft**

www.sozialismus.de

Sozialismus 2002

Willy Reichel: Kampf um das Recht  
 Christoph Ehlscheid/Richard Rohmert/Manfred Scherbaum: Alles »Flexi« – Auch der Streik?  
 Forum Gewerkschaften: Chancen für die Zukunft der Arbeit? Kritik an der Zukunftsdiskussion der IG Metall  
 Michael D. Yates: Wirtschaftskrise und Krise der US-Gewerkschaften; Der Tanz beginnt erst: Rossana Rossanda im Gespräch mit Sergio Cofferati (CGIL); Bernhard Sander: Frankreich nach den Wahlen; Helmut Peters: Die chinesischen Bauern vor ihrer »Befreiung« durch den Markt; Florian Weis: Wahlen im Land des keltischen Tigers; Redaktion Sozialismus: Nahost – Mit einem »Schutzzaun« zum Frieden?



Redaktion Sozialismus: Zeit für Taten? Karl Georg Zinn: Alternativen in Zeiten der Krise; Joachim Bischoff/Klaus Steinitz: Was erwartet uns nach den Septemberwahlen? Dierk Hirschel: Vorhang zu – Ende des Dritten Weges

Marxismus und Demokratie: Kampf um das Recht – Gespräch mit Uwe-Jens Heuer

Christoph Ehlscheid/Richard Rohmert/Manfred Scherbaum: Alles »Flexi« – Auch der Streik?

Forum Gewerkschaften: Chancen für die Zukunft der Arbeit? Kritik an der Zukunftsdiskussion der IG Metall

Michael D. Yates: Wirtschaftskrise und Krise der US-Gewerkschaften; Der Tanz beginnt erst: Rossana Rossanda im Gespräch mit Sergio Cofferati (CGIL); Bernhard Sander: Frankreich nach den Wahlen; Helmut Peters: Die chinesischen Bauern vor ihrer »Befreiung« durch den Markt; Florian Weis: Wahlen im Land des keltischen Tigers; Redaktion Sozialismus: Nahost – Mit einem »Schutzzaun« zum Frieden?

Stichwort: Unterer Wendepunkt (Fritz Fiehler)

Supplement: John Bellamy Foster/ Horst Heining, Geschichte der Imperialismus- und Monopoltheorie

Abo: € 62,- (erm. € 44,-)  
 Probeheft: Redaktion Sozialismus  
 St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg  
 Fax 040/280 505 68  
 e-Mail: redaktion@sozialismus.de

eine sowohl geobiogene wie anthropogene Reproduktion – um Erneuerungs- und Ersatzvorgänge, die von der außermenschlichen Natur selber und von den Menschen geleistet werden bzw. zu leisten sind.

Dieser weite Begriff von Reproduktion geht offenbar erheblich über ökonomistische Horizonte hinaus. Reproduktion der Bevölkerung und ihres Arbeitsvermögens erfordert auch einen Gesundheits- und Arbeitsschutz, der noch den heute vermeintlich vernachlässigbaren Beeinträchtigungen Rechnung trägt. Dabei kommt es besonders auf Prävention durch Verringerung von Gefährdungen unter Berücksichtigung unterschiedlicher Empfindlichkeiten an, ohne dass vergessen werden darf,

dass es bereits massenhafte Schädigungen gibt. (Vgl. Fabig 2000) Und sie verlangt eine Bildung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen im Sinne zukunftsfähigen Tuns und Lassens, die nicht auf Auslese, sondern auf Entfaltung ihrer vielfältigen Fähigkeiten setzt und die sie nicht in Zwangslagen bringt, welche Gegengewalt provozieren. (Vgl. Laitko 2002, Reichel 2002)

Reproduktion des Naturhaushalts und seiner Naturpotentiale erfordert einen Natur- und Umweltschutz, der nicht der Illusion anhängt, man könne ein zugebautes Stück Landschaft gegen ein freigehaltenes Schutzgebiet anderswo eintauschen, und der die Vielfalt möglicher Naturnutzungen bedenkt und offenhält. (Das ist der Sinn von Roos/Streibel 1979 – im Anschluss an ökologische Konzepte – entwickelten Konzeption des Naturpotentials.) Für eine solche Reproduktion schließlich ist eine auf Nachhaltigkeit gerichtete Entwicklung der Raumordnung und von Siedlung und Landschaft unverzichtbar, die in der Regel gegen ökonomische Interessen durchzusetzen ist. (Richter/Weise/Biehler 2001) Schließlich, aber keineswegs zuletzt, schließt der erweiterte Begriff der Erhaltung, der Erneuerung oder Wiederherstellung der Lebensgrundlagen der Gesellschaft den Verzicht auf kriegerische Mittel der Politik und den Abbau der Verhältnisse gesellschaftlicher Ungleichheit ein, Schlechterstellungen von Frauen und ausländischen Bürger/innen eingeschlossen – im Sinne des UN-Konzepts, wonach den Bedürfnissen aller Mitglieder bereits der gegenwärtigen Generation zu entsprechen sei.

**Strategien nachhaltiger Politik heute**

8. Jeder weiß, dass die Propagierung und die Realisierung solcher Zielvorstellungen ungefähr so viel miteinander zu tun haben

wie Himmel und Erde. Immerhin sollte man aber wissen, wovon man redet, und das scheint nicht immer der Fall zu sein. Möglicherweise z. B. dann nicht, wenn jemand eine zugleich wirtschaftlich erfolgreiche wie ökologisch verträgliche wie sozial gerechte Entwicklung der Gesellschaft fordert. Was das Verhältnis von wirtschaftlichem Erfolg und sozialer Gerechtigkeit anbetrifft, so ist es sicherlich gut, wenn Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht entkoppelt werden sollen. Grundsätzlich zu beachten ist aber, dass in das Wachstum kapitalistischer Wirtschaft soziale Ungleichheit eingebaut ist, in der Weise, dass wirtschaftlicher Erfolg – auf deutsch: Realisierung von

**Jeder weiß, dass die Propagierung und die Realisierung solcher Zielvorstellungen ungefähr so viel miteinander zu tun haben wie Himmel und Erde.**

Profit – soziale Ungleichheit voraussetzt und stets aufs neue hervorbringt. Was das Verhältnis von ökologischer Verträglichkeit und wirtschaftlichem Erfolg betrifft, so ist zu sagen: Die Lebensgrundlagen einer jeden Gesellschaft sind ein komplexes geobi-

ogenes Gefüge ökologischer Systeme stofflicher, energetischer und informationeller Beziehungen zwischen menschlichen Lebewesen, anderen Lebewesen und unbelebter Natur. Jede Art von Güterproduktion und -konsumtion – selbstverständlich auch eine irgendwie sozialistisch organisierte – wirkt auf diese Geo-Biosphäre störend ein, so dass von Verträglichkeit grundsätzlich nicht die Rede sein kann. Im Sinn von Nachhaltigkeit gesellschaftlicher Entwicklung ist es denn vielmehr,

1. technische Interventionen in die Geo-Biosphäre nach Möglichkeit zu vermeiden oder zumindest milder und angepasster zu gestalten,
2. die ökologischen Systeme an den Stellen protektiv zu organisieren, wo dennoch in sie eingegriffen werden muss, und
3. Potentiale so weit wie möglich mit differenzierten Methoden zu reproduzieren, wenn sie durch nicht vermeidbare technische Interventionen verletzt sind, die das ökonomische System der Produktion, Zirkulation, Distribution und Konsumtion von Waren hervorbringt.

An erster Stelle steht aber eben eine Reduzierung und Umorientierung jener technischen Interventionen, und zwar im Sinne eines Niedrigenergiepfades, einer Verringerung und Entgiftung der Stoffumsätze sowie einer Erhaltung der Informationsvielfalt im technischen Umgang der Menschen mit der außermenschlichen Natur. (Czeskleba-Dupont 2001, 6ff) Damit ist zugleich ein Maßstab für die Erneuerung oder Wiederherstellung der Sachgüter, Sachanlagen und Bauten vorgegeben: nicht alle Kraftwerke, Chemieanla-



gen, Automobilfabriken und Autostrassen müssen auf die Dauer erhalten werden.

9. Nachhaltige, gewaltarme gesellschaftliche Entwicklung ist weder durch bloße moralische Appelle noch (wie die untergegangenen sozialistischen Gesellschaften zeigen) durch bloße Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln zu erreichen, so unmoralisch der wirtschaftliche Raubbau an den gesellschaftlichen Lebensgrundlagen auch sein mag und so destruktiv die kapitalistische Produktionsweise insbesondere bezüglich der „Mensch“-„Natur“-Beziehungen auch ist. (Zu den Mensch-Natur-Beziehungen im ehemals real existierenden Sozialismus vgl. den verdienstvollen Sammelband: Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung, 2001) Die Techniken der raubbauhaften Wirtschaft sind nun einmal installiert, das dazugehörige Kapital der Unternehmen ist investiert, und auch die übrigen gesellschaftlichen Machtverhältnisse haben sich seit Jahrhunderten aufgebaut. Aber denkbar und machbar sind Reformen im Sinne einer Strategie der Förderung von Nachhaltigkeit und der Einschränkung von Gewalt, z. B. durch Lenkung von Investitionen, Technikumbau, Umwelt- und Gesundheitsvorsorge, Aus- und Umbau des Bildungswesens und Steuerung der Flächenentwicklung, wobei man sich über die gewaltigen Schwierigkeiten keine Illusionen machen sollte, die bereits mit der Operationalisierung der Ziele solcher Reformpolitiken von „unten“ und von „oben“ verbunden sind.

Schwierigkeiten rühren aber bekanntlich vor allem daher, dass entgegenstehende Verfügungsgewalten, bewehrt mit entsprechenden Verfügungsrechten, einzuschränken sind, durch aufgeklärte, wirksame Gegengewalt oder durch rechtliche Mittel. Mitbestimmungseinrichtungen einerseits und Eingriffsrechte des Staates andererseits, z. B. im Chemikalien-, Wasser- und Immissionschutzrecht, sind hierzulande Ansätze entsprechender Einschränkungen ökonomischer Verfügungsgewalten und Gewaltrechte, und auch die Ökosteuer und das Dosenpfand sollte man nicht einfach verlachen. Beispiele aus anderen Bereichen sind gesetzliche Normen zugunsten einer gewaltfreien Erziehung und solche zum Schutz vor häuslicher Gewalt ebenso wie Normen zugunsten fach- und standortgerechter landwirtschaftlicher Verfahren und solche zum Schutz der Tiere. Woran es mangelt, sind nicht so sehr rechtliche Möglichkeiten und Regelungsansätze, sondern ist, über die hinreichende Implementation letzterer hinaus, die politische Strategie, die sie verbindet und jene Möglichkeiten auszuschöpfen sucht.

10. Wir brauchen, hört man oft, eine andere Kultur des Umgangs miteinander, eine andere Wirtschaftskultur, eine andere Kultur des Umgangs mit der Natur. Deren Wesen könnte darin bestehen, dass sie einer Nachhaltigkeit und Gewaltarmut gesellschaftlicher Ent-

Foto: Christian Kiel (Berlin)



wicklung entgegenkommt. Gehen wir davon aus, dass eine Abschaffung der in unserer Gesellschaft bestehenden Machtverhältnisse und Verfügungsgewalten in Ökonomie, Familie, Politik und in anderen Bereichen nicht in Sichtweite ist, dann spricht für das Kultur-Argument immerhin die Vermutung, dass in bestimmter Weise veränderte Handlungs- und Verhaltensweisen diese Gewaltverhältnisse mildern und abschwächen könnten. Das trifft zu, wenn und sofern man unter Kultur die Art und Weise versteht, mit einmal gegebenen Gewaltverhältnissen umzugehen. Da kann man sich durchaus andere Einstellungen und Vorgehensweisen in der Handhabung der zwischenmenschlichen und der „Mensch“-„Natur“-Beziehungen als die hierzulande vorherrschenden vorstellen. Beispiele gibt es zuweilen noch in benachbarten Gesellschaften mit ebenfalls kapitalistischer Produktionsweise. Kern einer auf Nachhaltigkeit gerichteten Wirtschaftskultur wäre insbesondere eine entsprechende Einschränkung der Verfügungsgewalten über Sachanlagen, Arbeitskräfte und Erzeugnisse durch rechtliche Normen und betriebliche Praxis, das heißt eine entsprechende Kontrolle der zugrundeliegenden Machtpositionen.

Kultur ist gut, Kontrolle ist unverzichtbar.

spw 4/2002

#### Literatur:

- Ambrose, S. H., 1998: Late Pleistocene human population bottlenecks, volcanic winter, and differentiation of modern humans. In: *Journal of Human Evolution* 34, 632-651
- Crosby, A. W., 1991: *Die Früchte des weißen Mannes, Ökologischer Imperialismus 900-1900* (Ecological Imperialism [dt.]), Frankfurt-M., New York
- Czeskleba-Dupont, R., 2001: Restructuring societal metabolism for sustainable world-system development, Contributed paper to the 25th anniversary conference The Modern World System in the Lonque Du-rée, Fernand Braudel Center Binghamton University

Diamond, J., 2000: *Arm und Reich, Die Schicksale menschlicher Gesellschaften* (Guns, Germs, and Steel [dt.]), Frankfurt-M.

Fabig, K. R., 2000: Das Multiple Chemikalien-Sensitivitäts-Syndrom (MCS). In: *Hamburger Ärzteblatt* (12), 600-603

Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung, Hrsg., 2001: *Naturschutz in den Neuen Bundesländern – Ein Rückblick*, Berlin

Laitko, H., 2002: Wissensgesellschaft und Nachhaltigkeit. In: *Z – Zeitschrift Marxistische Erneuerung* 13, Heft 49, S. 48-54

Lambrecht, L./Tjaden, K. H./Tjaden-Steinhauer, M., 1998: *Gesellschaft von Olduvai bis Uruk, Soziologische Exkursionen*, Kassel

Lentz, D. L., 2000: *Imperfect Balance, Landscape Transformations in the Precolumbian Americas*, New York

Marx, K., 1968/69: *Das Kapital*, MEW 23/24/25, Berlin (DDR)

Moegling, K., Peter, H., 2001: *Nachhaltiges Lernen in der politischen Bildung*, Opladen

Reichel, K., 2002: Intifada in Erfurt. In: *Ossietyky* 5, Heft 10, S. 331-332

Richter, U./Weise, P./Biehler, H., Hrg. 2001: *Nachhaltige Siedlungs- und Flächenentwicklung in Großstadtre-gionen*, Berlin

Roos, H./Streibel, G., 1979: *Umweltgestaltung und Ökonomie der Naturressourcen*, Berlin (DDR)

Sauer, G. W., 2001: *Die ökologische Herausforderung, Umweltzerstörung als sicherheitspolitische Determinante*, Wiesbaden

Tjaden, K. H., 2000: Techniklinien und Geschichtsverket-tungen. In: *Z – Zeitschrift Marxistische Erneuerung* 42, 91-107

Tjaden, K. H., 2002: Anforderungen aus Sicht der Geistes- und Sozialwissenschaften [an die Ökosystemfor-schung]. In: Fränze, O. [et al.], Hrg., *Handbuch der Umweltwissenschaften, Grundlagen und Anwendungen der Ökosystemforschung*, Landsberg, Teil II.1-2 [8. Erg. Lfg.]

Tjaden-Steinhauer, M./Tjaden, K. H., 2001: *Gesellschaft von Rom bis Ffm, Ungleichheitsverhältnissen in West-Europa und die iberischen Eigenwege*, Kassel

Tjaden-Steinhauer, M./Tjaden, K. H., 2002: *An Ape's View of Human History*. In: *Das Argument*, Heft 2 (im Druck)

WCED 1987: *World Commission on Environment and Development, Our Common Future*, Oxford, New York

Wolf, E. R., 1986: *Die Völker ohne Geschichte, Europa und die andere Welt seit 1400* (Europe and the People With-out History [dt.]), Frankfurt-M., New York

# Nachhaltigkeit – ein neuer politischer Gestaltungsansatz

von Ulla Burchardt

Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung, bei der UNCED-Konferenz in Rio 1992 von nahezu allen Staaten der Welt als die Reformperspektive des 21. Jahrhunderts akzeptiert, ist ein ur-sozialdemokratisches Projekt.

## Nachhaltigkeit – sozialdemokratische Antwort auf die Globalisierung

Die Solidarität zwischen den Generationen, internationale Verantwortung, gerechte Verteilung von Lebenschancen und mehr Demokratie sind Eckpfeiler des Weges der nachhaltigen Zukunftssicherung und identisch mit sozialdemokratischer Programmatik. Nachhaltigkeit ist mehr als Umwelt- und Entwicklungspolitik. Sie ist Leitlinie einer Weltinnenpolitik, die auf eine dauerhafte Sicherung von Frieden, Sicherheit, Wohlstand und Demokratie ausgerichtet ist und kulturelle Vielfalt fördert – und damit eine Antwort auf die Herausforderungen und Probleme der Globalisierung.

Zwischen der Vorstellung des „planenden Staates“ aus den 70er Jahren und dem neoliberalen „Laissez-faire“ bietet das Leitbild Nachhaltigkeit eine dritte Option. Es gibt Orientierung, und zwar in doppelter Hinsicht, als

- *wertorientierte Zukunftsvision* („Gut leben“) verbindet sich mit dem Leitbild die zukunftsfähige Vorstellung einer Welt, die durch einen schonenden Umgang mit den elementaren Lebensgrundlagen und eine gerechte Verteilung von Lebenschancen in Bezug auf Arbeit, Einkommen, Bildung und Teilhabe geprägt ist und Wohlstand und Lebensqualität im globalen Maßstab auf eine Weise ermöglicht, die kommende Generationen in ihren Entfaltungsmöglichkeiten nicht einschränkt. Nachhaltigkeit vermittelt eine Perspektive, aus der sich eine gemeinsame Vorstellung von Zukunft, die neue Richtung des Fortschritts entwickeln kann. Im notwendigen Such- und Lernprozess kann nachhaltige Entwicklung die Funktion einer Orientierungsmarke, eines Kompasses erfüllen.

- Als *handlungsorientiertes Zukunftsprogramm* beschreibt das Leitbild Nachhaltigkeit die Aufgaben für verantwortliches Handeln in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft

und weist Wege zu deren Lösung. Es geht um die Sicherung von Ressourcen in dreifacher Hinsicht:

Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen, Bewahrung einer intakten Umwelt als Voraussetzung menschlicher Existenz, Gesundheit und Wohlstand.

Sicherung des Produktivpotenzials in Form von Infrastruktur, Bildung und Forschung sowie Erwerbsmöglichkeiten, um die Deckung der materiellen Bedürfnisse zu gewährleisten.

Sicherung der gesellschaftlichen Handlungsmöglichkeiten. Dazu gehören Chancengleichheit, Teilhabe und Solidarität als Voraussetzung sozialen Zusammenhalts.

Der immer wieder geforderte Ausgleich zwischen ökonomischer, ökologischer und sozialer Dimension der Nachhaltigkeit bedeutet keine Gleichrangigkeit: die Grenzen der Natur sind der einzig limitierende Faktor einer nachhaltigen Entwicklung. Sie zu missachten, bedeutet ökonomischen Fortschritt und soziale Sicherheit aufs Spiel zu setzen. Die ökonomische und die soziale Dimension der Nachhaltigkeit ruhen auf dem Fundament der Ökologie. Für die hochentwickelten Länder lässt sich „Nachhaltigkeit“ auf die einfache Formel bringen: mehr Wohlstand und mehr Lebensqualität durch weniger Energie- und Ressourcenverbrauch, weniger Schadstoffe, Emissionen und Abfälle.

Mit dieser Formel verbinden sich eine Fülle säkularer Herausforderungen, unter denen der Schutz des Weltklimas und die Notwendigkeit eines energiepolitischen Kurswechsels nur die in der aktuellen Diskussion gegenwärtigste darstellt. Ein verantwortlicher Umgang mit Stoffen, eine deutliche Reduzierung des Flächenverbrauchs, verstärkte Anstrengungen im Natur- und Artenschutz sind vordringliche Aufgaben. Nicht weniger essentiell sind Probleme wie die Gewährleistung der Trinkwasserversorgung im globalen Maßstab oder die Sicherstellung der Welternährung angesichts des anhaltenden Verlusts fruchtbarer Ackerflächen.

Nachhaltigkeit – eine strategische Aufgabe  
Nachhaltigkeit lässt sich nicht „von oben“ verordnen. Das Zukunftsprogramm einer nachhaltigen Entwicklung kann nicht allein vom Staat umgesetzt werden. Erforderlich

ist eine umfassende Modernisierung von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat. Nicht nur technologische, sondern vor allem auch soziale und institutionelle Innovationen sind gefragt. Notwendig sind neue Produkte und Produktionsverfahren, neue Technologien und neue Arbeitsformen, aber auch neue Konsummuster und Verhaltensweisen, denn ein nachhaltiges Politikangebot braucht entsprechende Nachfrage.

Überall dort, wo nachhaltigkeitsrelevante Entscheidungen getroffen werden, müssen Strukturen geprüft und verändert werden, wenn sie einer nachhaltigen Entwicklung im Wege stehen.

Diese Herausforderung stellt sich überall dort, wo über die Richtung des Fortschritts entschieden wird. Und das geschieht, direkt oder indirekt, an vielen Orten der Gesellschaft gleichzeitig: in den Vorstandsetagen der Unternehmen, wo Entscheidungen über neue Produkte getroffen werden, in Forschungslabors und Entwicklungsabteilungen, in Verbänden, Behörden, Gewerkschaften und nicht zuletzt durch Konsumentinnen und Konsumenten beim Kaufverhalten an der Ladentheke.

Für Parlament und Regierung ist Nachhaltigkeit zu aller erst eine Herausforderung für das politische Management. Notwendig ist mehr Kooperation, Koordination und Vernetzung der verschiedenen Fachpolitiken und ihre gemeinsame Ausrichtung an verbindlichen langfristigen Zielvorgaben. Nachhaltigkeit ist mehr als Umweltpolitik. Es gibt kaum ein Ressort, das nicht in der Pflicht ist, wenn es um Beiträge zu einer nachhaltigen Entwicklung geht. Die Erarbeitung einer übergreifenden Strategie ist die logische Konsequenz dessen.

## Nachhaltigkeit als roter Faden der Regierungspolitik

Rot-Grün hatte sich deshalb im Koalitionsvertrag darauf verständigt, das Projekt „Nachhaltigkeitsstrategie“ in Angriff zu nehmen. Damit sollte zugleich eine zentrale Verpflichtung der in Rio 1992 unterzeichneten Agenda 21 eingelöst werden, die in ihrem Kapitel 8 den Unterzeichnerstaaten die „Verabschiedung einer auf eine nachhaltige Entwicklung ausgerichteten nationalen Strategie“ auferlegt. In der Ära Kohl wurde diese Verpflichtung verschleppt und ignoriert.

Für die Sozialdemokratie stand und steht dahinter aber mehr als die Einlösung einer Zusage. Die Nachhaltigkeitsstrategie ist ein Kernstück unserer Reformpolitik. Sie zeich-

net die langen Linien dieser Politik vor und verdeutlicht, in welche Richtung sich Deutschland entwickeln soll und welche Weichenstellungen dafür notwendig sind. An die Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ der 13. Wahlperiode anknüpfend hat die SPD-Bundestagsfraktion in der neuen Legislaturperiode eine eigene Querschnittsarbeitsgruppe nachhaltige Entwicklung eingerichtet, um die Bundesregierung bei der Arbeit an der Nachhaltigkeitsstrategie zu fördern und zu fordern. Ihr gehören Fachpolitiker aller relevanten Ressortausschüsse an. Die Arbeitsgruppe hat unter anderem ein detailliertes Anforderungsprofil für die Strategie formuliert und im Bundestag beschließen lassen. Eine zentrale Anliegen der Arbeitsgruppe war es im übrigen, die Chancen der sozial-ökologischen Modernisierung herauszustellen und nach außen und in die Partei zu kommunizieren. Mit Vertretern aus Unternehmen und Gewerkschaften, Wissenschaft und Forschung haben wir Chancen und Herausforderungen einer an Nachhaltigkeit orientierten Politik diskutiert. Und wohl als einzige Parlamentsfraktion in Europa hat die SPD-Fraktion die Europäische Nachhaltigkeitsstrategie zum Thema gemacht und zur Diskussion Vertreter des Europäischen Parlaments und der EU-Kommission eingeladen.

### Der Weg zur Nachhaltigkeitsstrategie

Basierend auf den Vorarbeiten und Empfehlungen des Bundestages und der SPD-Fraktion hat die Bundesregierung zunächst ein institutionelles Arrangement geschaffen. Es wurde ein „Green Cabinet“, ein Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung, eingerichtet. Ihm gehören die beamteten Staatssekretäre aller relevanten Bundesministerien an. Vertreten sind die Ressorts Umwelt, Wirtschaft, Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Finanzen, Arbeit und Soziales, Bildung und Forschung, Familie, Frauen, Senioren und Jugend, Gesundheit, Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Verkehr, das Bundesinnenministerium und das Auswärtige Amt.

Die Nachhaltigkeitsstrategie ist ein Projekt der gesamten Bundesregierung. In der Federführung durch das Bundeskanzleramt kommt dies zum Ausdruck. Aufgabe des „Green Cabinet“ war es, die Nachhaltigkeitsstrategie zu erarbeiten und dem Kabinett zur Entscheidung vorzulegen.

Neu ist auch der Rat für nachhaltige Entwicklung – kein weiteres wissenschaftliches Beratungsgremium unter vielen und auch kein klassisches Repräsentanzorgan für gesellschaftliche Gruppeninteressen. Es geht nicht um den Austausch von Verbandspositionen. Die 17 vom Kanzler berufenen Mitglieder vertreten zwar unterschiedliche gesellschaftliche Akteure: Umwelt- und Unternehmensverbände, Gewerkschaften, Kirchen,

### Politik im Nachhaltigkeitstest

Das Prinzip Nachhaltigkeit als Qualitätskategorie für Politik beschreibt den Politikprozess, der in Richtung einer Strategie Nachhaltiger Entwicklung führt und bewertet einzelne Politikprojekte, ob sie den Anforderungen nachhaltiger Entwicklung entsprechen oder entgegenstehen. Dazu lässt sich das Prinzip Nachhaltigkeit durch Zuordnung zu Kriterien für Nachhaltig konkretisieren:

- Generationengerechtigkeit;
- Reproduktion von lebendiger Arbeitskraft und lebendiger Natur, Chancengleichheit;
- Gesellschaftlicher Interessenausgleich und Zusammenhalt;
- Vorsorgeprinzip für Entfaltung menschlicher und natürlicher Potentiale;
- Vermeidung von Gefährdungen für Mensch und Natur;
- Effizienter Ressourceneinsatz bei allen politischen Entscheidungen;
- Transparenz der Wirkungen technologischer Projekte;
- Partizipation und Kooperation;
- Regionalisierung.

Die Strategie nachhaltiger Entwicklung muss sich niederschlagen in der ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Dimension der Politik in wichtigen politischen Handlungsfeldern.

Wir wollen auf den folgenden Seiten des Schwerpunkts die Bilanz der Rot-Grünen Regierung, die Forderungen des SPD-Regierungsprogramms (2002–2006) und die Forderungen des Wahlprogramms der CDU/CSU (2002–2006) in den Feldern Wirtschafts- und Finanzpolitik, Umweltpolitik, Sozial- und Arbeitspolitik, Bildungspolitik in den wichtigsten Projekten einer Nachhaltigkeitsprüfung unterziehen.

(Bewertung: sehr gut, gut, befriedigend, ausreichend, mangelhaft)

Das Ergebnis der Nachhaltigkeitsprüfung ist eindeutig: Während sich in den wichtigen politischen Handlungsfeldern Nachhaltigkeit als eine strategische Perspektive für Rot/Grün und auch für die SPD konstituiert ist bei der CDU Nachhaltigkeit eine reine Leerformel.

Ein Richtungswahlkampf bietet die Chance, mit einer an Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit orientierten Strategie gesellschaftlich zu mobilisieren.

Wissenschaften, internationale Organisationen. Im Vordergrund stehen aber eindeutig die Einzelpersonlichkeiten; Profil statt Proporz ist die Devise.

Vom Rat werden konkrete lösungsorientierte Vorschläge zur Nachhaltigkeitsstrategie erwartet. Und er soll mit dazu beitragen die öffentliche Kommunikation und den Dialog über die Ziele einer nachhaltigen Entwicklung anzustoßen. Seine Berufung über die Dauer der Legislaturperiode hinaus macht deutlich, dass es um ein Projekt geht, das längerfristig angelegt ist und nicht mit dem Weltgipfel in Johannesburg im Sommer 2002 endet. Der Vorsitz des Rates liegt bei Volker Hauff, der 1987 Mitglied der Brundtland-Kommission der Vereinten Nationen war und damit für Kompetenz, Erfahrung und personelle und inhaltliche Kontinuität steht.

Im April 2001 haben Rat und Staatssekretärsausschuss ihre Arbeit aufgenommen. Im November 2001 legte der Rat ein erstes Positionspapier vor mit weitreichenden Zielen und Handlungsempfehlungen für die Nachhaltigkeitsstrategie, im Dezember 2001 präsentierte der Staatssekretärsausschuss seinen ersten Entwurf.

Bereits in der Koalitionsvereinbarung war festgelegt, dass die Nachhaltigkeitsstrategie „im Dialog mit den wichtigsten gesellschaftlichen Gruppen“ erarbeitet werden sollte. Die Einbindung der Öffentlichkeit war deshalb ein wesentliches Element der Strategieentwicklung. Noch bevor der erste Entwurf vorgelegt wurde, hat die Bundesregierung die Grundlinien ihrer Strategie im Internet zur öffentlichen Diskussion gestellt. Vier Wochen lang konnten Bürgerinnen und Bürger Stellung nehmen und ihre Vorstellungen zu den Leitbegriffen der Strategie äußern. Auf Basis der Ergebnisse dieser ersten Dia-

logphase wurde der erste Entwurf der Strategie erarbeitet und Ende Dezember der Öffentlichkeit vorgestellt. Ab Mitte Januar war er jederzeit über das Internet einsehbar. Über ein Dialogforum im Internet konnte jeder Interessierte kommentieren, kritisieren und Anregungen für die Überarbeitung geben.

Parallel dazu fanden Anhörungen mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Anspruchsgruppen wie Umweltverbänden, Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft und Verbraucherschützern statt. Und viele Organisationen und Institutionen – vom DGB über den BDI bis zu den Umweltverbänden – haben sich detailliert schriftlich geäußert.

Die Ergebnisse diesen breiten gesellschaftlichen Dialogs fanden Eingang in die Überarbeitung des Entwurfs, so dass im April 2002 die Strategie im Bundeskabinett beschlossen werden konnte.

### Eine neue Form des politischen Managements

Die Nachhaltigkeitsstrategie ist ein politisches Novum in der Bundesrepublik. Zum ersten Mal legt eine Bundesregierung ein Dokument vor, in dem sie ihre langfristigen Pläne skizziert, sich selbst zum Teil weit in die Zukunft reichende Ziele vorgibt und zur öffentlichen Diskussion stellt. Das ist mutig und ambitioniert und vor allem ein deutlicher Zugewinn an politischer Kultur, eine moderne Variation der berühmten Formel Willy Brandts „mehr Demokratie wagen“. Nachhaltigkeit hat damit – nach langen Jahren theoretischer Diskussion – endlich den Weg in die politische Praxis gefunden. Es ist gelungen, das Leitbild vom Kopf auf die Füße zu stellen. Die Werte und die Vision, für die Nachhaltigkeit steht, werden auch für diejenigen unmittelbar einsichtig und greif-

## Politik im Nachhaltigkeitstest – Teil 2

### Wirtschafts- und Finanzpolitik

Bilanz von Rot-Grün	SPD-Programm	CDU/CSU Programm	Bewertung
<ul style="list-style-type: none"> <li>→ Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit (Interessenausgleich, Kooperation)</li> <li>→ Senkung der Sozialversicherungsbeiträge von 42,3% auf 40,9% im Rahmen der ökologischen Steuerreform (Effizienter Ressourceneinsatz)</li> <li>→ Ausweitung der Mitbestimmung durch Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes (Partizipation)</li> <li>→ Zukunftsinvestitionsprogramm für die Bereiche Energie, Verkehr, Forschung (ökologischer Umbau)</li> <li>→ Rückführung der Staatsverschuldung (Politikfähigkeit der künftigen Generationen)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>→ Fortführung des Bündnisses</li> <li>→ Wettbewerbsfähige und nachhaltige Wirtschaft</li> <li>→ Orientierung des Wachstums an Nachhaltigkeit und Umweltverträglichkeit (ökologischer Umbau der Wirtschaft)</li> <li>→ Wissen und Können aktivieren (Entfaltung der Potentiale der Menschen)</li> <li>→ Qualität der Arbeit durch Arbeitszeitgestaltung, Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz (Vorsorgeprinzip, Vermeidung von Gefährdungen)</li> <li>→ Fortführung der Rückführung der Staatsverschuldung</li> <li>→ Zielgenauer Einsatz der Haushaltsmittel (Effizienz)</li> <li>→ Fortführung des Zukunftsinvestitionsprogramms bis 2007</li> <li>→ Letzte Stufe der ökologischen Steuerreform zum 01.01.2003</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>→ Mittelfristige Rücknahme der ökologischen Steuerreform und Steuerenkungen ohne Finanzierungskonzept sind das Gegenteil nachhaltiger Entwicklung. Damit werden künftige Generationen belastet. Damit werden auch Vorstellungen zur Stärkung der Kommunen konterkariert.</li> <li>→ Rücknahme von Nachhaltigen Maßnahmen von Rot-Grün angekündigt</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>→ Rot-Grün:</li> <li>→ Gut</li> <li>→ SPD-Programm:</li> <li>→ Gut mit Einschränkungen wegen fehlender Konkretheit und einiger Schiefen in Steuerpolitik und Rentenpolitik.</li> <li>→ CDU/CSU Programm:</li> <li>→ mangelhaft</li> </ul>

weitere Anstrengungen notwendig sein werden.

Indikatoren für das 21. Jahrhundert einfügen  
Der nächste Schritt: Zukunftsausschuss 2010  
Der Gestaltungsansatz der Nachhaltigkeitsstrategie muss weiterentwickelt werden. Dabei steht eine Frage ganz oben auf der Tagesordnung:

Wie lässt sich Nachhaltigkeit auch im Deutschen Bundestag als Langfrist- und Querschnittsaufgabe verankern? Bisher findet die Arbeit im wesentlichen in Fachausschüssen statt, die sich mit tagesaktuellen Vorlagen befassen. Diese Strukturen müssen ergänzt und erweitert werden. Noch gibt es auf parlamentarischer Ebene kein adäquates Gremium zum „Green Cabinet“ der Bundesregierung. Formal ist für die Nachhaltigkeitsstrategie bislang der Umweltausschuss federführend. Das ist weder prinzipiell noch praktisch befriedigend. Auch das Parlament braucht eine institutionelle Innovation.

Deshalb sollte der Bundestag in der nächsten Wahlperiode einen Ausschuss für nachhaltige Entwicklung, einen „Zukunftsausschuss 2010“ einrichten.

Die vordringliche Aufgabe dieses Ausschusses wird es sein, die Weiterentwicklung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie zu begleiten und zu fördern. Er soll als parlamentarischer Adressat für Vorschläge aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft zu Institutionen, Methoden und Instrumenten für ein modernes Politikmanagement im 21. Jahrhundert fungieren. Eine wesentliche Funktion kann außerdem darin bestehen, langfristige Entwicklungstrends zu analysieren und entscheidungsrelevantes Wissen für die richtigen Wege in die Zukunft handlungsorientiert aufzubereiten und Impulse für Neuerungen zu geben.

Seine Aufgabe kann und soll nicht das politische Tagesgeschäft sein, das weiterhin – auch in Bezug auf die Umsetzung der in der Nachhaltigkeitsstrategie vorgesehenen Einzelmaßnahmen – in der Zuständigkeit der Fachausschüsse liegen wird. Seine Funktion sollte die eines Frühwarnsystems, einer Denkfabrik, eines Impulsgebers und eines Dialogforums für die richtigen Zukunftspfade sein.

### Roter Faden der Regierungspolitik

Auch wenn die Nachhaltigkeitsstrategie ein großer Schritt nach vorne ist: sie ist nicht der Beginn unserer sozial-ökologischen Reformpolitik. Die hat bereits direkt nach Regierungsübernahme begonnen. Seit Herbst 1998 zieht sich das Leitbild als roter Faden durch wesentliche Reformvorhaben von Koalitionsfraktionen und Regierung, in allen wichtigen Politikfeldern wurden entscheidende Weichen gestellt.

Das betrifft ganz entscheidend die Klimaschutz- und Energiepolitik. Die eingeleitete Energiewende fußt auf den drei Säulen Effizienzsteigerung, Energieeinsparung und

bar, die bislang mit dem Begriff nur wenig verbinden konnten. Vier Begriffe stehen im Zentrum der Strategie: Generationengerechtigkeit, Lebensqualität, sozialer Zusammenhalt, internationale Verantwortung.

- „*Generationengerechtigkeit*“ bedeutet zunächst vor allem: durch einen schonenden und effizienten Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen unseren Kindern und Enkeln Entwicklungschancen und Gestaltungsperspektiven erhalten.

- „*Lebensqualität*“ ist der Begriff, der das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung vielleicht am besten erfasst. Jeder soll die Möglichkeit haben, sein Leben in die Hand zu nehmen, zu lernen und zu arbeiten, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen, und eingebettet in ein Netz sozialer Beziehungen in einer gesunden und sicheren Umwelt zu leben.

- „*Sozialer Zusammenhalt*“. Der Strukturwandel muss so gestaltet werden, dass es nicht zur Spaltung der Gesellschaft kommt.

- „*Internationale Verantwortung*“. Eine Politik die auf die gerechte Verteilung von Entwicklungschancen zwischen Nord und Süd setzt, ist aktive Krisenprävention und damit Friedenspolitik.

Diese Leitlinien machen deutlich, welche Werte und Ziele wir mit dem Leitbild verbinden. Aber Nachhaltigkeit ist eben auch ein handlungsorientiertes Zukunftsprogramm und bedarf der Konkretisierung. Wo, in welchen Feldern besteht besonderer Handlungsbedarf, wie lauten die langfristigen Ziele, wie sind sie zu erreichen, was sind die nächsten Schritte?

Die Strategie benennt acht Handlungsfelder, in denen neue Weichenstellungen notwendig sind. Für drei als prioritär ausgewählte Felder wurden detaillierte Konzepte mit Zielen und Maßnahmen entwickelt: Klimaschutz und Energiepolitik, Umwelt, Ernährung und Gesundheit sowie umweltverträgliche Mobilität. Für fünf weitere Felder wird

der konkrete Handlungsbedarf zunächst nur in Ansätzen skizziert. Im Zuge der Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie werden konkrete Konzepte, Ziele und Maßnahmen zu formulieren sein: Bildung, Innovationsförderung, Siedlungsentwicklung und Flächenverbrauch, demographischer Wandel, Globale Verantwortung.

Das Spektrum der Themen ist weit gefasst, die Aufgabe extrem anspruchsvoll. Deshalb ist es notwendig, den Prozess zu koordinieren, regelmäßig zu überprüfen, ob die eingeleiteten Maßnahmen auch die gewünschten Effekte bringen und gegebenenfalls die Richtung zu korrigieren. Das richtige Management ist entscheidend für den Erfolg der Nachhaltigkeitsstrategie.

Deshalb ist ein Kernstück der Strategie ein Konzept zur Erfolgskontrolle und Weiterentwicklung: das Managementkonzept. Grundlage ist ein Set von 21 Indikatoren – Messgrößen, anhand derer Fortschritte in Richtung Nachhaltigkeit überprüft werden können. Wo es sinnvoll und machbar war, sind diese Indikatoren mit konkreten langfristigen Zielvorgaben verbunden. So wird etwa angestrebt, die Ressourcenproduktivität bis zum Jahr 2020 gegenüber 1990 zu verdoppeln, oder den Flächenverbrauch von heute 130 Hektar pro Tag bis 2020 auf 30 Hektar pro Tag zu reduzieren. Die Indikatoren decken aber nicht nur die ökologische, sondern auch die soziale Dimension ab. So soll etwa die Zahl der Hochschulabschlüsse der unter 25jährigen bis 2010 verdoppelt und die Zahl der Studienanfänger von heute knapp 30% bis 2010 auf 40% erhöht werden.

Diese Indikatoren sind wesentliche Orientierungsmarken, wenn es an eine Überprüfung der Strategie geht, die kontinuierlich aktuellen Entwicklungen und Problemlagen angepasst werden soll. Alle zwei Jahre wird die Bundesregierung einen Statusbericht geben, der transparent macht, in welchen Bereichen Fortschritte erzielt wurden und wo

Förderung erneuerbarer Energien. Eine Fülle von Maßnahmen vom Atomausstieg, über die Öko-Steuer, das Erneuerbare-Energien-Gesetz und das 100.000-Dächerprogramm bis hin zum Programm zur energetischen Sanierung von Altbauten wurde in Angriff genommen. Auch in anderen Politikfeldern ist die Bilanz sehr vorzeigbar: in der Agrarpolitik wurde eine Wende in Richtung auf vorsorgenden Verbraucherschutz und eine nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume eingeleitet. Die Entwicklungspolitik wurde in Richtung einer globalen Strukturpolitik fortentwickelt. In der Haushaltspolitik wurde ein Kurs finanzpolitischer Stabilität eingeschlagen, der künftigen Generationen Entscheidungsspielräume eröffnet. Das sind nur wenige Schlaglichter auf eine insgesamt positive Bilanz.

### Eine neue Weltinnenpolitik

So zukunftsweisend die Vision einer nachhaltigen Entwicklung ist und so wichtig die erzielten Fortschritte auf nationaler und europäischer Ebene auch sind: die internationale Bilanz nach zehn Jahren ist noch immer ernüchternd. Der jüngst veröffentlichte Status-Bericht des UN-Generalsekretärs Kofi Annan zur Agenda 21 unterstreicht dies; im Nord-Süd-Vergleich liegt eine gerechte Verteilung der Ressourcen und Lebenschancen nach wie vor in weiter Ferne.

Die soziale und ökologische Gestaltung der Globalisierungsprozesse ist ein sozialdemokratisches Kernanliegen. Ökologische und soziale Mindeststandards weltweit zur Geltung zu bringen, Armut konsequent zu bekämpfen und faire Handelsbedingungen zu schaffen, das sind wesentliche Ziele unserer internationalen Politik,

die sich zunehmend als Weltinnenpolitik verstehen muss.

Bei aller negativen Bilanz gibt es auch positive Signale, zum Beispiel den Beschluss des UN-Millenniumsgipfels, bis 2015 die Zahl der absolut Armen um die Hälfte zu verringern. Viel wird von den finanziellen Ressourcen abhängen, die die wohlhabenden Staaten dafür zur Verfügung stellen. Dieser Zusammenhang wurde im März 2002 in Monterrey/Mexiko deshalb erstmals auf einem eigenem UN-Gipfel zu Fragen der Entwicklungsfinanzierung thematisiert, an dem etwa 50 Staats- und Regierungschefs und 200 Fachminister teilnahmen. Die Ergebnisse werden von vielen eher skeptisch beurteilt. Aber der Beschluss der EU, die öffentliche Entwicklungshilfe auf durchschnittlich 0,39% des BIP anzuheben, ist in seiner Bedeutung nicht zu unterschätzen.

Dabei ist öffentliche Entwicklungshilfe nur eine Quelle zur Finanzierung. Die Diskussion über neue Finanzinstrumente – Stichwort u.a. Tobin-Steuer – läuft und sie muss weitergeführt werden. Die Idee, die Nutzung globaler öffentlicher Güter durch globale Abgaben zu finanzieren, ist von bestechender Logik. Ob dies z.B. über eine Devisenumsatzsteuer oder, wie vom Wissenschaftlichen Beirat Globale Umweltveränderungen vorgeschlagen, über direkte Entgelte für die Nutzung der Weltmeere oder des Luftraumes erfolgen kann, ist weiterer Prüfungen würdig. Eine entscheidende Wegmarke für die zukünftige Entwicklung ist der Weltgipfel in Johannesburg im Sommer 2002. Soll die Schere zwischen Industrie- und Entwicklungsländern nicht noch weiter auseinandergehen und damit das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung in weite Ferne rücken, muss er den

Beginn eines neuen „Global Deal“ zwischen Nord und Süd bringen.

Die Bekämpfung der Armut, die wirtschaftliche Entwicklung der armen und ärmsten Länder in Einklang zu bringen mit dem Schutz knapper werdender natürlicher Ressourcen: das ist die Aufgabe, vor der die Staatengemeinschaft in Johannesburg stehen wird. Dazu sind zum einen konkrete Konzepte notwendig, um das vom Millenniumsgipfel gesetzte Ziel einer Halbierung der Armut bis 2015 zu erreichen. Und es müssen zumindest konkrete Perspektiven zur Lösung der wichtigsten Ressourcenfragen der Zukunft, allen voran der Energieversorgung und der Versorgung mit sauberem Trinkwasser, aufgezeigt werden. Ein wichtiger Punkt wird auch die institutionelle Stärkung der UN-Gremien für Nachhaltigkeit sein. Bis heute hat die wichtigste UN-Organisation für Nachhaltigkeit, die UNEP, nur den Status eines Programms. Der Etat von UNEP liegt unter dem des deutschen Umweltbundesamtes. In Johannesburg sollte deshalb das Fundament für eine Weiterentwicklung des institutionellen Rahmens der UN gelegt werden, mit der mittelfristigen Perspektive einer Art Weltorganisation für nachhaltige Entwicklung.

Erfolgreiche Vereinbarungen in Johannesburg können für die nationale, europäische und internationale Nachhaltigkeitspolitik wichtige Impulse geben. Diese Impulse aufzunehmen und in praktische Politik umzusetzen wird Aufgabe der reformerischen Kräfte in Deutschland sein: mit dem Rückenwind aus Johannesburg müssen die vorhandenen Ansätze einer sozial-ökologischen Reformpolitik produktiv vorangetrieben werden.

spw 4/2002

## Warum Nachhaltigkeit Kern sozialdemokratischer Politik werden muss

Von Wolfgang Gründinger

Mittlerweile vergeht kaum eine Haushaltsdebatte, ohne dass Hans Eichel seinen Sparkurs mit Nachhaltigkeit begründet, kaum eine Kontroverse über die Rentenreform, ohne dass dabei nicht auf den Aspekt der Generationengerechtigkeit verwiesen wird, kein Klimagipfel, ohne dass zahlreiche Umweltorganisationen das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung beschwören. Ob BDI-

Hardliner Henkel, SPD-Links Lafontaine oder CSU-Führer Stoiber: Die politische Elite in diesem Land scheint sich einig zu sein, dass das primäre Ziel für das 21. Jahrhundert lauten muss, die Politik nachhaltig zu gestalten. Das neue SPD-Grundsatzprogramm soll sogar mit einem eigenen Kapitel über „Ökologie, nachhaltige Entwicklung und Infrastruktur“ ausgestattet werden. Doch was ist

das überhaupt – „Nachhaltigkeit“? Und warum sollte auch und gerade die SPD sich diesem Leitbild verstärkt widmen?

Bis Ende des 20. Jahrhunderts tauchte der Begriff der „Nachhaltigkeit“ im politischen Kontext praktisch nicht auf. Erst ab 1987 begann die Karriere dieses Begriffs, als die von der Vollversammlung der Vereinten Nationen eingesetzte „Weltkommission für Umwelt und Entwicklung“ ihren Endbericht veröffentlichte. Darin wird nachhaltige Entwicklung definiert als eine Entwicklung, „die die Bedürfnisse der heutigen Generationen befriedigt, ohne zu riskieren, dass zukünftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse

Wolfgang Gründinger ist Mitglied des Juso-Bezirksvorstands Oberpfalz sowie Bundesvorstandsmitglied bei Youth for Intergenerational Justice and Sustainability Deutschland = YOIS Deutschland und lebt in Tierschenreuth

## Politik im Nachhaltigkeitstest – Teil 3

### Umweltpolitik

Bilanz von Rot-Grün u.a.	SPD-Programm u.a.	CDU/CSU Programm u.a.	Bewertung
<ul style="list-style-type: none"> <li>→ Ökologische Steuerreform, Entlastung des Produktionsfaktors Arbeit, Belastung des umweltschädlichen Energieverbrauchs.</li> <li>→ Umwandlung der Km-Pauschale in eine Entfernungspauschale</li> <li>→ Umfassender und unumkehrbarer Ausstieg aus der Atomenergie.</li> <li>→ Erneuerbares Energiengesetz</li> <li>→ Energieeinsparverordnung</li> <li>→ Neues Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz</li> <li>→ Bundesenergieagentur</li> <li>→ Rat für Nachhaltige Entwicklung</li> <li>→ Neues Umweltrecht mit Kernpunkt Umweltverträglichkeit und Umwelthaftungspflicht</li> <li>→ Neues Bundesnaturschutzgesetz</li> <li>→ Dosenpfandpflicht</li> <li>→ Einleitung der Agrarwende</li> <li>→ Förderung umweltgerechter Produktionsverfahren durch Gesetz zur Modulation von Direktzahlungen im Rahmen der EU Agrarpolitik</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>→ Letzte Stufe der ökologischen Steuerreform zum 01.01.2003 (Es fehlt Klarheit, wie das Prinzip des Umstehens fortgesetzt werden soll)</li> <li>→ Nachhaltige Energiepolitik</li> <li>→ Energiemix mit Schwerpunkt „Weg vom Öl“</li> <li>→ Kraft-Wärme-Kopplung</li> <li>→ Energieeffizienz</li> <li>→ Erneuerbare Energie (Verdopplung des Energieanteils bis 2010 an Stromerzeugung)</li> <li>→ Schaffung einer internationalen Agentur für erneuerbare Energien zur Exportförderung</li> <li>→ Null-Emissionsmotor</li> <li>→ Energieautonome Häuser</li> <li>→ Mobilität und integrierte Verkehrspolitik</li> <li>→ Güterverkehr vermehrt auf Schiene</li> <li>→ Förderung der Qualitätssteigerung des ÖPNV</li> <li>→ Förderung nachhaltiger Mobilität durch moderne Antriebstechnik ökologisch verträgliche Kraftstoffe</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>→ Verbraucherpolitik</li> <li>→ Starke Verbraucherververtretungen</li> <li>→ Verbraucheraufklärung und Transparenz</li> <li>→ Landwirtschaftspolitik</li> <li>→ Übernahme der Hauptforderungen des Deutschen Bauernverbandes ohne Nachhaltigkeitsbezug</li> <li>→ Energiepolitik</li> <li>→ Vollständige Öffnung der Energiemärkte (mit Nachhaltigkeitsziel nicht kompatibel)</li> <li>→ Option auf Kernenergie</li> <li>→ Klimaschutz</li> <li>→ Verdopplung des Anteils erneuerbarer Energien (ohne Zeitangabe)</li> <li>→ Kyoto vor allem durch Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente erfüllen</li> <li>→ Staatliche Energieforschungsförderung</li> <li>→ Verkehrspolitik</li> <li>→ Nötigen Energiebedarf auf Schadstoffausstoß reduzieren (kein Wort zu Mobilitätskonzepten, Veranlagung oder Vermeidung)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>→ Rot-Grün:</li> <li>→ Sehr gut</li> <li>→ (Umweltpolitik ist das positive Markenzeichen der Rot-Grünen Regierung) (Nachhaltigkeitskriterien finden Anwendung)</li> <li>→ SPD-Programm:</li> <li>→ Gut</li> <li>→ (Muss konkreter werden und stärker den Forschungsbereich durchdringen damit die Ressourcen richtig eingesetzt werden)</li> <li>→ CDU/CSU Programm:</li> <li>→ Ausreichend (durchaus diskutabile Vorstellungen, bleiben aber leerformelhaft, da Nachhaltigkeitsprinzip nicht begriffen)</li> </ul>

nicht befriedigen können.“ Der Begriff der Nachhaltigkeit bzw. der „sustainability“ stand im Mittelpunkt der Diskussion auf dem darauf folgenden UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung, dem so genannten Erdgipfel 1992 in Rio de Janeiro. VertreterInnen aus 178 Staaten einigten sich dort auf ein gemeinsames Arbeitspaket für das 21. Jahrhundert, die Agenda 21.

Inzwischen schwenkt jede Partei und jeder Verband rhetorisch auf den Nachhaltigkeitskurs sein. Tausende Gremien beschäftigen sich mit dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung. Nachhaltigkeit ist in aller Munde. Schließlich besagt dieses Leitbild verkürzt gesprochen nichts anderes, als dass künftige Generationen ebenso wie wir ein menschenwürdiges Leben führen können sollten. Wer dieses Ziel ablehnt, plädiert damit implizit gegen das Recht unserer Kinder, auf einem intakten Planeten Erde und in einer intakten menschlichen Gesellschaft zu leben.

Gerade die politische Linke meldet ihren Anspruch an, für die Idee der Nachhaltigkeit zu stehen. Schließlich forderte schon Karl Marx eine nachhaltige Entwicklung, freilich ohne sie so zu nennen: „Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie als boni patres familias den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen.“

Obwohl es mittlerweile zu einem Bestandteil der political correctness geworden ist, für Nachhaltigkeit zu sein, ist seit dem Erdgipfel in Rio nicht viel geschehen. Wirkliche Fortschritte sind nicht zu verzeichnen, in globaler Hinsicht ist die Lage heute sogar gravierender als damals. Sowohl im ökologischen als auch im sozialen und ökonomischen Be-

reich leben wir massiv auf Kosten unserer Kinder und Enkel, verstoßen wir in unverantwortlicher Weise gegen das Prinzip der Nachhaltigkeit: Treibhauseffekt, Ressourcenverknappung, atomares Risiko (zivil und militärisch), zunehmende soziale Ungleichheit, Bevölkerungswachstum usw. sind nur einige Beispiele für die Belastungen, die wir den nächsten Generationen hinterlassen.

Die Agenda 21 verstaubt in den Akten-schränken der Ministerien, während sich die drängendsten Probleme unserer Zeit verschärfen und erstmals in der Geschichte der Menschheit eine Bedrohung für das menschliche Leben an sich darstellen. „Die Bedrohung wird theoretisch wahrgenommen, aber gleichzeitig praktisch verdrängt“, warnt der SPD-Linke Hermann Scheer eindringlich, seines Zeichens Träger des Alternativen Nobelpreises. „Noch ein Jahrzehnt sorgengeschwängelter Reden, Reports und Konferenzen als Ersatz für politische Aktion wird für die Menschheit lebensgefährlich.“

Wer dieser Analyse widerspricht, verkennet den Ernst der Lage. Leider hat es die Umweltbewegung aufgegeben, das Ausmaß dieser ökologischen Krise, die auf uns zukommt, offen auszusprechen. Statt dessen argumentiert sie nun mit den wirtschaftlichen Vorteilen des Umweltschutzes, mit der Aussöhnung zwischen Ökonomie und Ökologie, als ob diese beiden Politikbereiche von gleicher gesellschaftlicher Bedeutung wären: Wirtschaft ist nur ein Teil der Umwelt und muss sich ihr daher zwangsläufig unterordnen, um langfristig bestehen zu können.

Diese argumentative Wende der Umweltbewegung hat nicht einmal in Zeiten des Neoliberalismus viel gebracht. Den „Schutz des Menschen und der Umwelt“, für den der Bundestag sogar eine Enquete-Kommission eingesetzt hatte, hebt man sich offenbar für

wirtschaftlich bessere Zeiten auf. Wie heißt es doch im Grundgesetz? „Der Standort Deutschland ist unantastbar.“ Der heute herrschende Marktfundamentalismus wird von künftigen Generationen wohl neben dem religiösen Fanatismus des Mittelalters und dem Nationalismus des 20. Jahrhunderts in die Reihe der Grundirrtümer der Menschheit aufgenommen werden. Die neoliberale Ideologie verkennt, dass Umwelt kein unendlich verfügbares Gut ist. „Gesamtwirtschaftlich ist nichts vernünftig, was ökologisch unvernünftig ist“, konstatiert demgegenüber das Berliner Programm der SPD.

Während die Grünen der neoliberalen Odyssee der Umweltverbände folgen und ihre ideologischen Wurzeln angeblichen realpolitischen Zwängen opfern, beweist das Berliner Grundsatzprogramm, dass die Sozialdemokratie für die ökologisch-soziale Revolution, für die Wende hin zur Nachhaltigkeit bereit ist. Ohne Umschweife ist dort zu lesen: „Der ökologische Umbau unserer Industriegesellschaft ist zur Frage des Überlebens geworden.“

Die SPD ist die einzige etablierte Partei, die dieser Aufgabe gewachsen zu sein scheint: CDU/CSU lehnen schon die Aufnahme eines simplen Tierschutzgebotes ins Grundgesetz ab, von Atomausstieg und Ökosteuer gar nicht erst zu sprechen. Die Neoliberalen der FDP singen das Lied der Freiheit und meinen die Freiheit des Ausbeutens von Mensch und Natur. Die PDS schwelgt noch immer in DDR-Nostalgie und würde zudem sofort das Ziel einer planwirtschaftlichen Öko-Diktatur angedichtet bekommen, wenn sie vehement mehr Umweltschutz propagieren würde. Deutschland zukunftsfähig zu machen, muss also Aufgabe der SPD werden.

Schließlich vertritt die Sozialdemokratie die Werte, die bestimmend für eine nachhaltige Politik sein müssen: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Es gibt diesen berühmten Satz von Rosa Luxemburg, dass Freiheit auch stets die Freiheit des Andersdenkenden sei. Die Freiheit des einen findet also ihre Grenze dort, wo sie die Freiheit des anderen beschneidet. Im Kontext einer nachhaltigen Gesellschaft ist Freiheit so zu verstehen, dass niemand durch seinen Naturverbrauch die natürlichen Lebensgrundlagen Anderer gefährden darf. Gerechtigkeit heißt dann, dass jeder die gleichen Möglichkeiten haben muss, auf einem intakten Planeten Erde zu leben. Solidarität schließlich bedeutet, dass man nicht einfach die konkreten Interessen künftiger Generationen übergehen darf. Nachhaltigkeit geht in dieser Wertekultur über Umweltschutz hinaus, ebenso wie der Generationenvertrag sich nicht nur auf die Rentenversicherung beschränken darf. Und Solidarität heißt in einer nachhaltigen Gesellschaft auch, dass die ArbeiterInnen aus den Atomreaktoren und Kohlekraftwerken nicht einfach auf die Straße gesetzt werden,

sondern dass man Wege und Möglichkeiten sucht, ihnen andere Arbeit zu geben. Das ist einer der Unterschiede zwischen Oskar Lafontaine und Hans Olaf Henkel, wenn sie über Nachhaltigkeit sprechen.

Nachhaltigkeit, selbst wenn sie auf die Ökologie beschränkt wird, ist kein eindimensionales Thema, sondern Voraussetzung für jegliche andere Politik. Wenn nämlich die natürlichen Lebensgrundlagen dezimiert sind, werden sämtliche anderen Politikfelder zur Makulatur. Das wusste schon Edmund Stoiber, als er unter Max Streibl im Umweltministerium tätig war und zu Recht verlauten ließ, eigentlich müsse das Umweltministerium Weisungsrecht gegenüber allen anderen Ministerien erhalten. Als Stoiber aus Opportunismus in die Staatskanzlei wechselte, vermaß er seine kühnen Worte freilich schnell wieder.

Von der existenziellen Bedeutung des Umweltschutzes abgesehen, würde eine ökologische Wende auch dem echten wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt dienen. Diese Einsicht ist im Berliner Programm der SPD so deutlich verankert wie in kaum einem anderen, egal welcher Partei, welcher Nation oder welcher Zeit.

Wichtigste Aufgabe der SPD ist es heute nicht mehr, eine gerechte Reichtumsverteilung zu erkämpfen; ihre wichtigste Aufgabe ist heute, überhaupt erst die natürlichen Grundlagen für diesen Reichtum zu erhalten. Diese beiden Ziele widersprechen sich nicht, sondern müssen in einem Zukunftsprogramm, das diesen Namen verdient, miteinander Hand in Hand einhergehen. Indem die SPD für diese ökologisch und sozial/wirtschaftlich nachhaltige Gesellschaft einsteht, ist sie die eigentliche Partei der Nachhaltigkeit.

Die sozialistische Bewegung hat schon immer gegen Missstände und Fehlentwicklungen in unserem Lande angekämpft. Sie hat die Befreiung der Arbeiterinnen und Arbeiter aus der Unterdrückung durch Profitgier erreicht. Sie hat das Frauenwahlrecht durchgesetzt und gegen die nationalsozialistische Diktatur opponiert. Sie hat in Zeiten des Kalten Krieges für eine friedliche und gerechte Welt gearbeitet und ist gegen rechte Gewalt vorgegangen. Auch wenn die rot-grüne Regierung nicht unbedingt die Krönung der langen Geschichte der SPD darstellt: Die Sozialdemokratie ist prädestiniert dafür, einzutreten für eine nachhaltige Entwicklung in Deutschland und weltweit, Front zu machen gegen die Zerstörung der ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebensgrundlagen. Wer, wenn nicht wir? Wann, wenn nicht jetzt?

spw 4/2002

# Nachhaltigkeit und Entwicklungspolitik

## Für eine Renaissance des Staates in der Entwicklungspolitik

von Dirk Bergrath

Die entwicklungspolitische Diskussion orientiert sich seit Beginn der neunziger Jahre auf die Aspekte der ökologischen Nachhaltigkeit und der Förderung von kleinen, lokalen oder regionalen Projekten unter zunehmenden Einfluss von Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs). Der (Zentral-)Staat geriet weitgehend aus dem Blickfeld einer linken Entwicklungsperspektive und wurde unkommentiert zum Spielball des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank. In der Folge ist der (Zentral-)Staat in vielen Ländern dieser Welt auf dem Rückzug, Staatszerfall ein zunehmendes Phänomen zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Erst mit den Terrorangriffen des 11. September ist das Thema wieder auf der öffentlichen Agenda, bieten doch zerfallende Staaten unbehinderte Rückzugsgebiete für Terroristen. Doch primär verhindert ein zerfallender Staat die Entwicklungsperspektive der darin lebenden Menschen. Nur ein politisch starker und ökonomisch aktiver Staat bietet – trotz aller Zwiespältigkeit der auf ihn einwirkenden Interessen – die Basis für eine erfolgversprechende Entwicklungspolitik.

### Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik

Gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung ist kein Phänomen unserer Zeit, sondern

ein langfristiger Prozess der menschlichen Entwicklung. Der Industrialisierungsprozess im Deutschland des neunzehnten Jahrhunderts etwa stellt eine erhebliche ökonomische Entwicklung dar. Diese Entwicklungen sind immer schon theoretisch beleuchtet und politisch gestaltet worden. Von daher sind Entwicklungspolitik und Entwicklungstheorie altbekannte Begriffe. Im engeren Sinne versteht man heute unter Entwicklungspolitik allerdings jene Maßnahmen, die die ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung der ehemaligen Kolonien der imperialistischen Mächte anbelangen. Relevanz erlangt sie mit der großen Entkolonialisierungswelle in den fünfziger und sechziger Jahren, weshalb die Entwicklungspolitik und –theorie als vergleichsweise junge Disziplin anzusehen sind.

### Ökologie und Entwicklung

Spätestens seit 1987 der Bericht der Brundtland-Kommission für Umwelt und Entwicklung unter dem Titel „Unsere gemeinsame Zukunft“ vorgelegt wurde, ist der Begriff der Nachhaltigkeit aus der akademischen und politischen Diskussion nicht mehr weg zu denken. Zunächst beschränkte sich der Begriff auf die ökologische Debatte, d.h. auf die Fragestellung, welche Art von wirtschaftlichem Handeln angesichts der ökologischen Folgen überhaupt noch möglich ist. Genauer

– so der Grundsatz der Nachhaltigkeit – geht es darum, durch heutiges Handeln die Handlungsoptionen in der Zukunft nicht einzuschränken. Durch den massiven Verbrauch nicht-erneuerbarer Ressourcen wird deren Verwendung in der Zukunft ausgeschlossen sowie die natürlichen Lebensgrundlagen durch Schadstoffemission gefährdet. Eine solche Verhaltensweise kann nicht als nachhaltig betrachtet werden.

Inzwischen gibt es bekanntermaßen eine Ausdehnung auf weitere Politikbereiche. So wird die Politik der Haushaltskonsolidierung ebenfalls gerne mit dem Schlagwort „nachhaltige Finanzpolitik“ beschrieben, getreu der Logik, dass heutige Verschuldung die Handlungsspielräume künftiger Generationen einschränke. Hieran lässt sich allerdings auch die mangelnde Operationalisierbarkeit des Nachhaltigkeitskonzepts aufzeigen, die im Wesentlichen daran scheitert, dass nicht nur der heutige Ressourcenverbrauch, sondern auch deren Verwendung Folgen für die Zukunft hat, die in ihrer positiven wie negativen Wirkung schwer zu bemessen sind. So müssen die höheren Staatsschulden in der Zukunft samt Zinsen getilgt werden, gleichzeitig kann aber eine Verbesserung der Infrastruktur oder die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die Produktion einer Volkswirtschaft erhöhen und zu steigenden Steuereinnahmen führen.

Wie kommt der Begriff der Nachhaltigkeit nun in die entwicklungspolitische Debatte? Dies scheint seit Beginn der neunziger Jahre über zwei Mechanismen passiert zu sein.

Zum einen gibt es eine Definition von nachhaltiger Entwicklungspolitik, die sehr stark an die ökologischen Wurzeln des Begriffs gekoppelt ist. Sie setzt an der Erkenntnis an, dass Umweltprobleme nicht an nationalen Grenzen Halt machen und – wie das prominente Beispiel CO<sub>2</sub>-Ausstoß zeigt – häufig nur global gelöst werden können. Zudem gehen reale Wohlstandssteigerungen, etwa in Form von Konsumgütern wie Autos oder Kühlschränke, mit Umweltverschmutzung einher. Gleichzeitig kann und will man nicht ernsthaft Wohlstandsverzicht für die Länder des Südens als ökologische Notwendigkeit propagieren. Es gibt kaum Möglichkeiten, aufstrebende Volkswirtschaften daran zu hindern, das westliche Wohlstandsmodell reproduzieren zu wollen. Nachhaltige Entwicklungspolitik in diesem Sinne versteht sich daher als ein Ausgleichsmechanismus zwischen den globalen Interessen der Menschheit am Erhalt der ökologischen Grundlage und dem Interesse der Länder des Südens an einer Verbesserung ihrer Wohlstandssituation, also ökonomischem Wachstum. Dieser Ansatz feiert – bei allen Schwierigkeiten und Interessenkonflikten zwischen und innerhalb der Länder des Südens und der kapitalistischen Zentren – mit der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro seinen Durchbruch in der Entwicklungspolitik.

#### Entwicklungspolitik des alten Stils

Eine zweite, durchaus komplementäre Erklärungsvariante betrachtet das Konzept der nachhaltigen Entwicklung als inhaltlich recht wagen Reflex auf die Entwicklungspolitik und –theorie der Nachkriegsära. Bis zum Ende des Ost-West-Antagonismus ist Entwicklungspolitik – entgegen mancher Beteuerung – im Wesentlichen den geostrategischen Interessen der jeweiligen Geberländer untergeordnet. Wesentliches Kriterium für finanzielle Zuwendung ist die Unterstützung der strategischen Interessen der Geld gebenden Seite. Das jeweilige Gesellschaftssystem wird dabei häufig nur pro Forma übernommen.

Für die Sowjetunion bedeutet die gewährte Entwicklungshilfe einen schmerzlichen Verlust von Ressourcen, die alternativ im Inland verwendet oder zu weitaus besseren Konditionen auf dem Weltmarkt abgesetzt werden können. Beispielhaft seien die Öllieferungen an Cuba erwähnt.

Die westlichen Industriestaaten hingegen verbinden die Entwicklungshilfe seit der zu Beginn der siebziger Jahren erfolgen-

den Wachstumsabschwächung mit binnenwirtschaftlichen Zielen. Die größer werdende Schere zwischen realer und möglicher Produktion, die – neben anderen Ursachen – auf Sättigungstendenzen zurückzuführen ist, drückt sich in unausgelasteten Kapazitäten, niedrigen Investitionsraten und hoher Arbeitslosigkeit aus. Grundsätzlich bietet die Außenwirtschaft die Möglichkeit, durch entsprechende Exportüberschüsse die unzureichende Nachfrage in Inland auszugleichen und ein höheres Beschäftigungsniveau der Faktoren Arbeit und Kapital sicherzustellen. Die alte Bundesrepublik ist ein Paradebeispiel für eine Volkswirtschaft, die durch hohe Leistungsbilanzüberschüsse die Beschäftigung höher hält als durch die binnenwirtschaftliche Nachfrage möglich. Da die Wachstumsabschwächung alle westlichen Industrieländer betrifft und auch die Absorptionskraft der Vereinigten Staaten als eines Landes mit einem strukturellen Leistungsbilanzdefizit nicht ausreicht, bleiben als Absatzmärkte eigentlich nur die Entwick-

lungsländer. Zweifellos besteht hier ein schier grenzenloser Bedarf an Infrastruktur-, Produktions- und Konsumgütern, ohne jedoch über die dafür notwendigen finanziellen Mitteln zu verfügen. Hier bietet sich die Entwicklungshilfe geradezu an, und so verkommt diese zunehmend zur Exportsubvention. Den Zugriff auf die gewährten Mittel erhalten zumeist Großunternehmen, die mit Großprojekten eine Entwicklung in den zu entwickelnden Ländern anstoßen sollen und zugleich die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Ingenieurskunst dokumentieren. Die Zahl der mit deutscher Entwicklungshilfe finanzierten Flughäfen, Staudämme und Industrieanlagen dürfte enorm sein. Entwicklungstheoretisch lässt sich dieser Ansatz mit der Neuen Ökonomischen Politik in der Sowjetunion der zwanziger Jahre vergleichen, da die Länder durch den Aufbau modernster Industriesektoren gleichsam auf ein drastisch höheres Entwicklungsniveau katapultiert werden sollen. Erfolgreich ist dieser Ansatz nicht. Dienen diese Anlagen vielleicht noch den Interessen bzw. dem Geltungsdrang der herrschenden Eliten, gehen sie doch an den realen Entwicklungsbedürfnissen vorbei.

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion fällt für die Entwicklungsländer, die sich dem realsozialistischen Lager zugerechnet hatten, der Finanzier abrupt weg. Doch

auch für die dem Westen zugewandten Ländern verändert sich die Situation. Mit dem Ende der Ost-West-Auseinandersetzung entfällt die geostrategische Notwendigkeit, aber auch die ideologische Legitimationsbasis der oben beschriebenen Art von Entwicklungshilfe. Meldungen über gravierende Menschenrechtsverletzungen und ökonomische Ausbeutung durch die herrschenden Eliten lassen sich nicht mehr unter den Teppich kehren, und so manche Regierung in den westlichen Industriestaaten möchte lieber nicht mehr daran erinnert werden, welche Machthaber bis vor kurzem noch hofiert wurden.

#### Das Ende der großen Theorien

Zeitlich zusammen fällt das Ende der Ost-West Auseinandersetzung mit dem Ende der großen entwicklungstheoretischen Debatte. In den siebziger und achtziger Jahren liefern sich die beiden großen entwicklungstheoretischen Schulen, die Dependenztheorie und die Modernisierungstheorie, heftige Auseinandersetzungen. Auf die Ursachenanalyse dieser beiden Schulen kann an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden. Was die entwicklungspolitische Handlungsempfehlung anbelangt, so legt die Dependenztheorie den Entwicklungsländern nahe, sich aus der Abhängigkeit vom Importen aus den Industrieländern zu lösen, die eigenen Märkte vor der ausländischen Konkurrenz abzuschotten und eigene Industrien aufzubauen. Die Modernisierungstheorie hingegen propagiert die Integration in den Weltmarkt und die Anziehung von exportorientierten Unternehmen auf Basis der Lohnkostenvorteile.

Die empirische Erfolgsbilanz der beiden Theorieschulen ist mehr als mager. Beide Schulen prügeln sich geradezu um die Interpretationshoheit des Erfolgs der südostasiatischen Tiger, der einzigen Länder, die im besagten Zeitraum eine relevante ökonomische Entwicklung durchlaufen. Doch deren Entwicklungsmodell kann bestenfalls als Synthese der beiden konträren Schulen betrachtet werden. Das Dilemma des Theoriestreits macht das 1992 erschienene Werk Ulrich Menzels „Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorien“ deutlich, dessen entwicklungstheoretische Konzeption für die Zukunft allerdings ebenfalls mager ausfällt. So reiht sich entwicklungspolitisch wie –theoretisch ein verlorenes Jahrzehnt an das andere.

Der Aufstieg der nachhaltigen Entwicklung in der Konsequenz der praktischen wie theoretischen Konzeptionslosigkeit stürzt sich gerade die politische Linke in den westlichen Industrieländern auf ein alternatives Entwicklungsmodell. Nicht mehr die Förderung (industrieller) Großprojekte steht im Vordergrund des Entwicklungsan-

**Nur ein politisch starker und ökonomisch aktiver Staat bietet – trotz aller Zwiespältigkeit der auf ihn einwirkenden Interessen – die Basis für eine erfolgversprechende Entwicklungspolitik.**



satzes. Kleine, überschaubare Projekte unter Einbeziehung der örtlichen Bevölkerungen sind die nachvollziehbare Perspektive. Die maroden und korrupten Zentralstaaten des Südens werden aus der Projektgestaltung heraus gehalten. Das eklante Demokratiedefizit in den meisten Entwicklungsländern scheint nicht durch die direkte Erzwingung zentralstaatlicher Reformen überwindbar, erst durch die Förderung zivilgesellschaftlicher Elemente ist eine nachhaltige Demokratisierung möglich. Was die ökonomische Entwicklung anbelangt, verabschiedet sich das Konzept der nachhaltigen Entwicklung von großindustriellen Träumen eines revolutionären „großen Sprungs nach vorne“. Anstatt die Entwicklungsländer schnellstmöglich an westliche Produktionsstandards heranzuführen, setzt eine nachhaltige Entwicklung an den vorhandenen Strukturen und Möglichkeiten an. Dazu gehört zentral die Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion auf Basis traditioneller Anbauprodukte und –methoden, um die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln sicherzustellen: eine Fähigkeit, die gerade viele afrikanische Staaten in den vergangenen Jahrzehnten immer mehr verloren haben.

Die Instrumente der staatlichen Entwicklungshilfe sind für einen solchen Entwicklungsansatz nur bedingt tauglich, sei es aufgrund organisatorischer Hemmnisse oder aufgrund möglicher diplomatischer Verwicklungen. Folgerichtig wird die Entwicklungshilfe in den neunziger Jahren immer stärker auf Nichtregierungsorganisationen (NROs) verlagert, die bei Kleinprojekten und beim Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen wesentlich effizienter arbeiten können. Dieser Paradigmenwechsel in der Entwicklungspolitik ist aus heutiger Sicht alternativlos, ebenso wie die damit verbundene Einsicht, dass auch eine erfolgreiche Entwicklung in absehbarer Zeit nicht zu einer drastischen Angleichung der Wohlstandsniveaus zwischen Norden und Süden führen wird. Angesichts der Tatsache, dass seit dem Ende des Kolonialismus nicht nur die Schere zwischen Nord und Süd größer geworden ist, sondern auch das absolute Wohlstandsniveau in vielen Entwicklungsländern gesunken ist, wäre dies allerdings auch eine reichlich illusionäre Vorstellung.

#### Der zunehmende Staatszerfall bedroht Entwicklung

Obwohl die Ansätze der nachhaltigen Entwicklung noch immer nicht hinreichend verwirklicht sind, lässt sich nach rund einer Dekade des Konzepts feststellen, dass auch die Ansätze einer nachhaltigen Entwicklung nicht den Durchbruch der Entwicklungspolitik darstellen. Im Gegenteil scheint sich die Situation des Südens – bis auf Ausnahmen – immer noch zu ver-

schlechtern, wie man selbst offiziellen Veröffentlichungen wie den Berichten über die menschliche Entwicklung der UNDP entnehmen kann. Worin sind die Ursachen zu sehen? Sicherlich trägt die Handelspolitik der Industriestaaten hierfür eine wesentliche Mitschuld. Die Entwicklungsländer haben in der Vergangenheit vorhandene Zollschränken massiv abgebaut, was für Länder ohne ein funktionierendes Steuersystem zu erheblichen Einnahmeverlusten führt. Im Gegenzug haben sich die Industrieländer, allen voran die Europäische Union, erfolgreich gegen die Öffnung ihrer Märkte gewehrt. Insbesondere die Agrarmärkte bleiben für die Länder des Südens verschlossen. Auch die Form, in der Direktinvestitionen fließen, nämlich hauptsächlich mit direktem Rückfluss der Gewinne in die Herkunftsländer, trägt nicht zu einer vernünftigen Entwicklungsperspektive bei.

Wesentlich erscheint jedoch der zunehmende Zerfall der Funktionsfähigkeit der Staaten des Südens, der in einigen Feldern von Institutionen wie dem IWF oder der Weltbank forciert wird und dem in anderen Feldern tatenlos begegnet wird.

Staatszerfall meint nicht nur die sehr dramatischen Fälle, in denen staatliche Strukturen nicht mehr existent sind beziehungsweise über keinerlei Kontrolle mehr über das Staatsgebiet verfügen. Auch diese Fälle nehmen zu, sind im öffentlichen und politischen Bewusstsein allerdings erst problematisiert worden, als durch die Terrorangriffe des 11. September deutlich wurde, dass derart zerfallene Staaten ein Rückzugsgebiet für Terroristen darstellen können. Staatszerfall kann schon an einer viel früheren Stelle ansetzen, wenn die staatlichen Strukturen nicht mehr in der Lage sind, Kontrolle über eine Krisensituation zu erlangen, die unter normalen Umständen zu bewältigen wären.

So verfolgt beispielsweise Argentinien in den neunziger Jahren auf Empfehlung des IWF eine klar angebotsorientierte Politik. Der argentinische Peso wird mittels eines *currency boards* an den US-Dollar gebunden, die Zentralbank gibt damit die Kontrolle über die Geldpolitik auf. Das soziale Sicherungssystem wird stark privatisiert, der Staat veräußert vorhandene Unternehmensbeteiligungen. Inzwischen befindet sich Argentinien in der schwersten Wirtschaftskrise seiner Geschichte, die Konzepte des IWF haben sich als fatal erwiesen. Notwendig ist jetzt die Rückgewinnung der

geldpolitischen Autonomie, Abwertung der Währung und Abfederung der wirtschaftlichen und sozialen Katastrophe durch staatliche Nachfragepolitik. Doch es ist fraglich, ob Argentinien die Wirtschaftskrise überhaupt noch engagiert genug bekämpfen kann. Der Staat hat wesentliche Instrumente aus der Hand gegeben, und es erscheint nicht ausgeschlossen, dass sich Argentinien nicht nur in einer dauerhaften Wirtschaftskrise sondern auch Staatskrise befindet.

Alle so genannten südostasiatischen Tigerstaaten zeichnen sich während des Entwicklungsprozesses durch einen extrem hohen Grad an staatlichem Interventionismus aus. Auf Druck des IWF liberalisieren sie ihre Strukturen und können die Folgen der asiatischen Finanzkrise Ende der neunziger Jahre auf Produktion und Beschäftigung nicht mehr erfolgreich bekämpfen. Die internationalen Finanzmärkte erholen sich schnell, das reale Wohlstandsniveau jedoch liegt heute noch unter dem Ausgangsniveau. Das interventionistische China hingegen, das man als Nachzügler im regionalen Entwicklungsprozess sicherlich unter den ersten Opfer einer Krise wähen würde, kann seinen Entwicklungsprozess, gemessen an den Wachstumsraten, auch während der Asienkrise stabil halten. Und schließlich zeigt der Vergleich zwischen der Transformation Russlands mit jener der mittel- und osteuropäischen Staaten, welchen Einfluss ein Zerfall der staatlichen Strukturen auf den Entwicklungsprozess hat.

Wie viel schwerer muss dieses Hemmnis auf jene Entwicklungsländer wirken, in den denen der Staat bei grundlegenden Feldern wie Infrastruktur, Rechtsordnung und innere

Sicherheit keinerlei Handlungsfähigkeit hat. Bei aller Sinnhaftigkeit einer nachhaltigen Entwicklungspolitik im Sinne der Abkehr von einer staatsfixierten Entwicklungspolitik darf der Staat nicht aus dem Blickwinkel der Entwicklungspolitik geraten. Für den afrikanischen Kontinent haben der südafrikanische Präsident Thabo Mbeki und der ni-

**Wesentlich erscheint der zunehmende Zerfall der Funktionsfähigkeit der Staaten des Südens, der in einigen Feldern von IWF oder der Weltbank forciert wird und dem in anderen Feldern tatenlos begegnet wird**

gerianische Präsident Olusegun Obasanjo den *New Plan for Africa's Development* (NEPAD) vorgelegt, der auf dem letzten Treffen der G7/G8 Staaten im kanadischen Kanas-kis diskutiert wurde und verhaltene Zustimmung der Regierungschefs fand. Der Plan ist nicht unkritisch zu betrachten, doch könnte er dazu geeignet sein, den Staat zurück in die Entwicklungspolitik zu holen. Noch ein verlorenes Jahrzehnt kann sich niemand leisten.

# Nachhaltigkeit als europäischer Exportschlager

von Bernd Lange

„Heutiges Wachstum darf auf keinen Fall die Wachstumschancen künftiger Generationen gefährden.“ (Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Barcelona, März 2002)

## I Kurzfristigkeit versus Langfristigkeit

Wir leben in einer äußerst schnelllebigen Welt übereilter und oft leider auch kurzfristiger Handlungen. Der öffentliche Diskurs benennt Flexibilität, Mobilität und Kurzfristigkeit als Kennzeichen der Modernität. Und offenbar ist dies auch die Ausdrucksform eines globalisierten Kapitalismus. Der Blick auf den stündlichen Börsenkurs gibt die Entscheidungslinie vor. Langfristige ökonomische Entscheidungen sind out. Häufig verführt der kurzfristige Erfolgsdruck zu Öko- oder Sozialdumping, werden längerfristige negative Konsequenzen unter den Tisch gekehrt. Doch niemand kann sich dauerhaft auf Kosten der eigenen Ressourcen bereichern. Auf schnellen Erfolg ausgerichtetes Handeln, rächt sich irgendwann – in Form stetig steigender Folgekosten (die dann letztendlich in Ineffizienz umschlagen) bis hin zu irreversiblen Schäden in der Umwelt aber auch gerade im sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft. Übrigens erleben wir kurzichtiges Denken häufig auch in Diskussionen über die Erweiterung der EU.

Die Sicherung von Mindesteinkommen, der Zugang zu Arbeit und zu elementaren Leistungen in der Daseinsvorsorge sind zentral für eine nachhaltige Entwicklung. Gerade im globalen Zusammenhang hat eine nachhaltige Entwicklung unmittelbar mit der Bekämpfung der Armut und dem Zugang zu Bildung und medizinischer Versorgung für alle Menschen zu tun. Die sozialen Integration ist ein wesentliches Element für unsere gemeinsame Perspektive.

Unterm Strich ist die Schonung unserer ökologischen Ressourcen der einzige Weg in die Zukunft. Bei der notwendigen Ausgestaltung solch einer nachhaltigen Entwicklung bildet die Umweltpolitik zweifelsohne das Fahrwasser, in dem sich Entwicklungen der sozia-

len Verantwortung und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit bewegen.

## II Eckpunkte der Nachhaltigkeitsstrategie

Um die Nachhaltigkeit zum Kernelement aller Politikfelder werden zu lassen, sind in der Europäische Union Eckpunkte gesetzt. Einige seien hier genannt:

1) Mit Artikel 6 verankert der Amsterdamer Vertrag formal den Umweltschutz, „insbesondere zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung“ in allen Gemeinschaftspolitiken und -maßnahmen. Das bedeutet, dass sämtliche Bereiche der gemeinschaftlichen Politik aus einem nachhaltigen Blickwinkel heraus angegangen werden. Auch müssen alle Initiativen, Beschlüsse und Vorschläge der Kommission einer Prüfung hinsichtlich ihrer Umweltauswirkungen standhalten.

2) Strategische Umweltverträglichkeitsprüfungen sind in allen Bereichen – ob in der Landwirtschaft, im Energie- oder Industriebereich oder anderswo – und auf allen Ebenen – von der kommunalen bis hin zur Länderebene – ein fester Bestand-

teil der EU- Nachhaltigkeitsstrategie: Bevor Projekte, die erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt haben können, genehmigt werden – etwa der Bau einer neuen Autobahn –, müssen ab 2004 spätestens Strategische Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) durchgeführt werden. Dies geschieht sowohl auf Projektebene als auch für die Pläne und Programme, die den Rahmen für solche Projekte bilden.

3) Das vor kurzem beschlossene, nunmehr sechste EU-Umweltaktionsprogramm bildet den ökologischen Pfeiler einer gemeinschaftlichen nachhaltigen Entwicklung. Dieser Pfeiler stützt sich auf Zielvorgaben in vier thematischen Prioritäten: Ein Schwerpunkt liegt auf dem Feld Gesundheit und Lebensqualität, ein zweiter auf Naturschutz und biologischer Vielfalt. Weiterhin zielt das Programm auf nachhaltigere Produktions- und Konsummuster durch eine bessere Ressourcennutzung und eine effizientere Abfallwirtschaft. Der vierte Bereich verfolgt die Redu-

zierung von Treibhausgasemissionen durch die Förderung der Entwicklung umweltchonenderer Alternativen. Künftig müssen alle Initiativen, Beschlüsse und Vorschläge der EU einem Nachhaltigkeits-TÜV standhalten. Besonderer Wert wird zudem auf eine Stärkung des Umweltbewusstseins der Bürger und auf deren stärkere Beteiligungsmöglichkeiten gelegt.

4) Mit der formalen Verabschiedung in Göteborg 2001 durch den Europäischen Rat und damit dem sogenannten Göteborg-Prozess wird die Verpflichtung der EU auf eine Nachhaltigkeitsstrategie durch alle EU-Institutionen komplett. Die zentralen politischen Leitlinien und Zielsetzungen der EU sind häufig mit Tagungsorten des Europäischen Rates verknüpft. Hier verschmilzt, was durch EU-Kommission und Europäisches Parlament vorbereitet wurde. Für die Nachhaltigkeitsdiskussion in der EU rücken noch zwei andere Prozesse ins Bild: der Cardiff-Prozess und der Lissabon-Prozess. Nebenbei bemerkt ist die Inflation der Prozesse ein Manko der europäischen Politik. Im Grunde weiß keiner, wovon da geredet wird und es ist sehr schwierig, das zu vermitteln.

Wenn vom Cardiff-Prozess die Rede ist, dann meint dies, dass seit 1998 Umweltaspekte in die verschiedenen Sektoren der europäischen Politik integriert werden müssen. Inzwischen sind für die verschiedenen Sektoren (Verkehr, Landwirtschaft, usw.) Verabredungen über diesen ersten Schritt erfolgt, die Umsetzung in konkrete Politik gelingt nicht immer. Im März 2000 wurde in Lissabon das strategische Ziel verabredet, die EU durch die Stärkung von Beschäftigung, Wirtschaftsreform und sozialem Zusammenhalt bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Beides hat natürlich unmittelbar Konsequenzen für die nachhaltige Entwicklung und für die Nachhaltigkeitsstrategie. Insbesondere der Lissabon-Prozess leidet unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten betrachtet zudem unter einer deutlichen Schiefelage.

In Göteborg wurde im Juni 2001 der Versuch unternommen, die Prozesse zu bündeln und eine gemeinschaftliche Strategie zur nachhaltigen Entwicklung zu generieren. Innerhalb dieser Strategie werden vier Bereiche als vorrangig hervorgehoben: Klimawandel und saubere Energien, Verkehr und Mobilität, öffentliche Gesundheit und der sparsame Umgang mit natürlichen Ressourcen. Vom Europäischen Parlament sind außer-

„Wir sind gerade dabei,  
unsere fest verwurzelten  
Werte auf dem Altar des  
Turbokapitalismus zu  
opfern“  
W. Wiedeking, Porsche-Chef

**Politik im Nachhaltigkeitstest – Teil 4**

**Sozial- und Arbeitspolitik für gesellschaftlichen Zusammenhalt**

Bilanz von Rot-Grün	SPD-Programm	CDU/CSU Programm	Bewertung
<ul style="list-style-type: none"> <li>→ Bekenntnis zur gesellschaftlichen Verantwortung gegenüber den großen Lebensrisiken</li> <li>→ Gesetz zu Korrekturen in der Sozialversicherung und zur Sicherung der Arbeitnehmerrechte (Kündigungsschutz, Schlechtwettergeld, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall)</li> <li>→ GKV - Solidaritätsstärkungsgesetz (Rücknahme Kostenerstattung) (Prinzip der Reproduktion als solidarisch zu sichernde gesellschaftliche Aufgabe)</li> <li>→ Gesetzliche Neuregelung der 630,- DM Jobs und der Scheinselbstständigkeit</li> <li>→ Gesetz zur Eindämmung illegaler Beschäftigung (Arbeit unter humanen Ansprüchen)</li> <li>→ Job-Aktiv-Gesetz</li> <li>→ Solidarpaktfortführungsgesetz (Aufbau Ost)</li> <li>→ Familienpolitik</li> <li>→ Finanzielle Verbesserung für Familien mit Kindern</li> <li>→ Verbesserte Einbeziehung erwerbstätiger Mütter in die Alterssicherung</li> <li>→ Rentenreform in vier Säulen</li> <li>→ GRV</li> <li>→ Betriebliche Altersversorgung</li> <li>→ Private Vorsorge</li> <li>→ Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital</li> <li>→ Vorlage eines Armuts- und Reichtumsberichts</li> <li>→ Jump-Programm gegen Jugendarbeitslosigkeit</li> <li>→ Maßnahmen zur Integration besonderer Gruppen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>→ Politik muss nachhaltig sein</li> <li>→ Die Idee des Generationenvertrags bezieht soziale Dimensionen der Nachhaltigkeit bewusst ein</li> <li>→ Ziel der Vollbeschäftigung wird beibehalten (Arbeitspotentiale nicht nutzen ist gesellschaftlich ineffizient und schränkt die Möglichkeiten der Menschen zur Lebensgestaltung ein)</li> <li>→ Fortsetzung der erfolgreichen Programme wie Jump Job-Aktiv-Gesetz „Mainzer Modell“</li> <li>→ „Offensive“ Arbeit und Qualifizierung</li> <li>→ flexible Ergänzungen zum Regelarbeitsverhältnis unter der Bedingung der sozialen Absicherung und Existenzsicherung</li> <li>→ flexible Arbeitszeitpolitik u. a.</li> <li>→ Langfristarbeitszeitkonten</li> <li>→ Lebensqualität in Städten und Gemeinden</li> <li>→ Familienfreundliche Städte</li> <li>→ Soziale Stadt</li> <li>→ Gemeindefinanzreform</li> <li>→ Familien im Zentrum</li> <li>→ Kinderbetreuung</li> <li>→ Generationen miteinander</li> <li>→ Gesundheitswesen nachhaltig gestalten</li> <li>→ Vorsorge</li> <li>→ Medizinisch erforderliche Leistungen für alle</li> <li>→ Gesundheitspotentiale fördern</li> <li>→ Verbraucherpolitik als Feld nachhaltiger Politik</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>→ <u>Rot-Grün:</u></li> <li>→ Befriedigend</li> <li>→ (Maßnahmen die der sozialen Dimension der Nachhaltigkeit genügen, werden nicht in diesen Zusammenhang gestellt)</li> <li>→ <u>SPD-Programm:</u></li> <li>→ Gut</li> <li>→ (Maßnahmen werden in Zusammenhang einer Nachhaltigkeitsstrategie gestellt)</li> <li>→ <u>CDU/CSU Programm:</u></li> <li>→ Mangelhaft</li> <li>→ (Die Sozialpolitik vernachlässigt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und wird von neoliberalen Ideologien beeinflusst. Besonders deutlich wird dies in Arbeitspolitik und Gesundheitspolitik).</li> </ul>

Genau wie wir für die Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit oder die Zielvorgabe zur Sicherstellung von Ausbildungsplätzen und Arbeit für Jugendliche klare Ziele verabredet haben, brauchen wir auch im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung feste, überprüfbare Ziele. Warum soll man sich nicht z. B. darauf einigen, dass die Steigerung der Energieeffizienz pro Jahr mindestens 3% besser sein muss als das Wirtschaftswachstum?

Wir sollten deshalb die Chance der Nachhaltigkeitsdebatte nutzen, um Cardiff und Lissabon mit ins Boot zu bekommen. Insofern ist es ein Erfolg, dass nach dem Gipfel von Göteborg erstmals sechs Umweltindikatoren in die Liste der Strukturindikatoren zur Messung der Nachhaltigkeit aufgenommen worden sind:

- die Höhe der Treibhausgas-Emissionen zur Messung des Klimawandels
- die Energieintensität der Wirtschaft zur Beurteilung einer verbesserten Energieeffizienz
- das Transportvolumen im Verhältnis zum BIP, um die Entkopplung des Verkehrswachstums vom realen BIP-Wachstum zu überwachen
- die Verkehrsverteilung nach Verkehrsträgern (Modal Split) zur Überwachung der Verlagerung von Straße und Luft auf Schiene, Wasserstraßen und öffentliche Verkehrsmittel
- die städtische Luftqualität als Gesundheits-Indikator für die Bevölkerung
- die kommunale Abfallmenge zur Feststellung der gesellschaftlichen Produktions- und Verbrauchsmuster

Diese Umweltindikatoren werden den vorhandenen sozioökonomischen Indikatoren hinzugefügt und im Frühjahr in einem zusammenfassenden Bericht vorgelegt. Dieser Synthesebericht dokumentiert die Fortschritte bei der EU-Strategie für eine nachhaltige Entwicklung in wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Hinsicht.

Da die Strukturindikatoren (Anlage 1) 2003 erstmals auf die Beitrittsländer Anwendung finden, müssen diese im Hinblick darauf unbedingt bereits jetzt Vorbereitungen treffen und Daten sammeln.

Diskutiert wird darüber hinaus die Weiterentwicklung einer Reihe von zusätzlichen Indikatoren (Anlage 2). Im Umweltbereich sind dies der Verbrauch an gefährlichen Chemikalien, die behinderungsfreie Lebenserwartung, die biologische Vielfalt, die Ressourcenproduktivität, Recyclingraten und die Erzeugung gefährlicher Abfälle.

**IV Widersprüche**

Natürlich ist die Realität der EU-Politik nicht frei von Widersprüchen. Die eigenen Zielvorgaben sind auch in der EU nicht durchgängig handlungsleitend:

Das von der Kommission vorgelegte Weißbuch über die europäische Verkehrspolitik bis 2010 prognostiziert eine weiter steigen-

dem Armut und soziale Ausgrenzung als zentrale Themenfelder benannt worden, die sich allerdings nicht adäquat in dem Dokument wiederfinden. Ähnlich ging es Kommissionspräsident Prodi, der zur Vorbereitung auf Göteborg überraschend mit einem sehr guten Papier für eine Strategie zur nachhaltigen Entwicklung auftrumpfte, welches selbst das EP beeindruckte. Die Mitgliedstaaten im Rat der Europäischen Union sind vielfach zu sehr einzelnen nationalen Interessen verpflichtet, so dass das jeweilige Ergebnis unter den gegenwärtigen Entscheidungsabläufen als Kompromiss kontroverse Punkte ausklammert. Dieses Manko ist in der EU jedoch glücklicherweise in der konkreten Gesetzgebung durch die veränderte Kräftebalance nach Einführung des Mitentscheidungsverfahrens ausgeräumt. Zu hoffen ist, gerade auch im Hinblick auf die Nachhaltigkeit, dass die EU-Entscheidungs-

strukturen durch die Reformanstrengungen des Konvents insgesamt weiter verbessert werden.

**III Konkrete Ziele**

Es ist zweifelsohne notwendig, dass wir uns auf zentrale Punkte einer Nachhaltigkeitsstrategie konzentrieren. Denn wir stellen hier ein ganz zartes Pflänzchen in die gesellschaftliche Landschaft, welches entwickelt werden muss, um dann sukzessive darauf aufbauen zu können.

Das Fokussieren zentraler Themenfelder bedarf auch des konkreten Definierens von Zielen. Dann kann man schrittweise abhaken und sagen: Das haben wir erreicht, oder: da sind noch Defizite. Deshalb ist die Definition dafür geeigneter Indikatoren für das Europäische Parlament ganz zentral; das BIP/BSP als alleiniger Indikator für den Fortschritt einer Gesellschaft hat längst ausgedient.

**Wir brauchen auch für die nachhaltige Entwicklung überprüfbare Ziele**

de Dominanz und Überlastung des Straßenverkehrs, wenn keine klare Trendwende eingeleitet wird. In Göteborg einigte man sich auf folgenden Wortlaut: „Es sind geeignete Maßnahmen erforderlich, um den Anstieg des Verkehrsaufkommens deutlich vom BIP-Wachstum abzukoppeln, insbesondere durch eine Verlagerung von der Straße auf die Schiene, die Wasserwege und den öffentlichen Personennahverkehr.“ Allerdings wird dieses ehrenwerte Ziel in Vorschlägen der Kommission u.a. zum Ausbau der Transeuropäischen Netze, zur Intensivierung des LKW-Verkehrs durch Aushöhlung des Wochenendfahrverbotes, bei der Subventionierung der LKW-Unternehmen oder beim Zurückschrecken vor einer leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe konterkariert. Hier muss das EP stetig nacharbeiten. Im Energiebereich verlaufen die Konfliktlinien in verschiedenen Vorschlägen zwischen Versorgungssicherheit, Ausstieg aus der Kernenergie, Liberalisierung der Energiemärkte und Umweltschutzziele. Unsere Ressourcen sind endlich, doch auf der ande-

**Die Zukunftsfähigkeit ist ein Markenzeichen für die EU und ihre Erweiterung**

ren Seite werden im Zuge einer Liberalisierung des Strommarktes Anreize zur effizienteren Energienutzung abgeschwächt; ebenso wie durch fehlende Internalisierung der Umwelt- und Sozialkosten die die Gesellschaft aufzubringen hat. Eine EU-weite CO2/Energiesteuer könnte das kompensieren und Anreize zur Nutzung effizienter Energietechnologien geben. Die Ausgestaltung der zweiten Runde der Liberalisierung des Strom- und Erdgasmarktes hat gerade vom EP die notwendigen Verbesserungen erfahren, um den verstärkten Einsatz von erneuerbaren Energien und die Energieeffizienz abzusichern. Auf der Gemeinsamen Agrarpolitik liegt sicher, gerade im Zeichen der bevorstehenden Erweiterung, ein ganz besonderes Augenmerk. Ressourcenschonung, ökologischer Landbau und fairer Handel stehen gegen die Interessen der Agrarlobby, z.B. wenn es um die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik geht. Aktuell wird über einen Vorschlag zur Förderung von Biokraftstoffen diskutiert: Während die Agrarier applaudieren und schon ihre Erträge steigen

sehen, schlagen Umweltschützer die Hände über dem Kopf zusammen, weil in der Gesamtbilanz einen Anstieg schädlicher Klimagase und einer Belastung der Böden zu befürchten sind. Zudem bleibt völlig ausgeblendet, welche Konsequenzen die verstärkte Nachfrage nach Biokraftstoffen für die ländlichen Strukturen in den Entwicklungsländern hat. Die EU-Kommission muss Selbstkritik üben: schon bei der Entstehung einiger Gesetze liegen der Anspruch an eine nachhaltige Entwicklung und die politische Wirklichkeit leider häufig genug weit auseinander. Immer wieder kommen Gesetzesvorschläge auf den Tisch, wo wenig nachhaltig gedacht wird. Auch die Umsetzung einzelner Rechtsvorschriften in der jetzigen EU kann nicht überzeugen.

**V Nachhaltigkeit als Baustein einer europäischen Identität**

Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung dient ohne Zweifel der Verbesserung unserer Lebensbedingungen und stellt zudem einen wichtigen Baustein einer europäischen Identität dar. Hier ist gemeinsam Verantwortung zu übernehmen. Die zukunftsfähige Entwicklung ist ein Markenzeichen, das auch für den Erweiterungsprozess der EU Brücken baut. Insofern müssen wir sehr schnell versuchen, die Nachhaltigkeitsstrategie in den Kontext der Beitrittsverhandlungen und der konkreten Politik in den Beitrittsländern aufzunehmen. Sicher werden die Beitrittskandidaten an der einen oder anderen Stelle eine harte Nuss zu knacken haben, wenn es etwa darum geht, sämtliche Umweltrichtlinien der EU zu übernehmen. Da muss über vernünftige Übergangsfristen verhandelt werden. Auch hier ist also gemeinsam ein Ausgleich zwischen sozial zumutbar, ökologisch notwendig und wirtschaftlich machbar zu finden. Natürlich müssen auch die derzeitigen Mitgliedstaaten ihre eigenen Hausaufgaben machen, bevor sie auf die korrekte Umsetzung und Anwendung der Gesetze in den neuen Mitgliedsländern sehen. Dieser Prozess kann ein spezifisches europäisches Bewusstsein entwickeln. VI Nachhaltigkeit ist ein Win-win-Konzept Langsam wächst die Einsicht, dass sich die Verfolgung von Umweltzielen dynamisch auf das Wachstum, die Entwicklung und den sozialen Wohlstand auswirken kann. Ebenso liefert die Nachhaltigkeitsstrategie einen entscheidenden Beitrag zur Entwicklung neuer Produktionsmodelle und neuer Arbeitsorganisationsformen, welche letztendlich in neue qualifizierte Arbeitsplätze umgesetzt werden können. Mit anderen Worten: Nachhaltigkeit ist ein Win-Win-Konzept! Das belegt eine gerade von Ecotec („The benefits of Compliance with the environmental Acquis for the Candidate Countries“, 2001.) vorgelegte Studie über die positiven Folgen einer Anwendung des EU-Umweltrechts in den Beitrittsstaaten. Demnach würde die

**INDIKATOREN FÜR DEN SYNTHESEBERICHT 2002**

Liste von 36 Strukturindikatoren für den Synthesebericht 2002
Gesamtwirtschaftlicher Hintergrund
a. Pro-Kopf-BIP (in KKS) und reale BIP-Wachstumsrate
b. Arbeitsproduktivität (je Beschäftigten und je Arbeitsstunde)
c. Arbeitslosenquote
d. Inflationsrate
e. Realer Lohnstückkostenanstieg
f. Öffentlicher Finanzierungssaldo
I. Beschäftigung
1. Beschäftigungsquote (insgesamt und geschlechtsspezifisch)
2. Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer
3. Geschlechtsspezifisches Lohngefälle
4. Steuerquote von Niedriglohneempfängern
5. Lebenslanges Lernen (Erwachsenenbeteiligung an Aus- und Weiterbildung)
6. Arbeitsunfälle (Arbeitsqualität)
II. Innovation und Forschung
1. Öffentliche Bildungsausgaben
2. FuE-Ausgaben
3. Internet-Zugang
4. Promotionen in naturwissenschaftlichen und technologischen Fachrichtungen
5. Patente
6. Wagniskapital
III. Wirtschaftsreform
1. Relative Preisniveaus und Preiskonvergenz
2. Preise in den netzgebundenen Wirtschaftszweigen
3. Marktstruktur in den netzgebundenen Wirtschaftszweigen
4. Öffentliche Beschaffung
5. Sektorale und ad-hoc-Beihilfen
6. Kapitalaufkommen an den Aktienmärkten
IV. Sozialer Zusammenhalt
1. Einkommensverteilung (oberstes/unteres Quintil)
2. Armutsquote vor und nach Sozialleistungen
3. Persistenz der Armut
4. Regionaler Zusammenhalt
5. Frühzeitige Schulabgänger ohne weitere Bildungs- oder Ausbildungsmaßnahmen
6. Langzeitarbeitslosigkeit
V. Umwelt
1. Treibhausgasemissionen
2. Energieintensität der Wirtschaft
3. Verkehrsvolumen (Tonnen- und Personenkilometer) im Verhältnis zum BIP
4. Verkehrsverteilung nach Verkehrsträgern (Modal Split)
5. Index der städtischen Luftqualität
6. Kommunale Abfälle

EU-Erweiterung ganz Europa sauberer machen, durch Kostenersparnis aufgrund vermiedener Schäden und erhöhter Effizienz die Wirtschaft entlasten und insgesamt letztendlich die Lebensqualität von Millionen von Menschen verbessern.

Qualitative und quantitative Gewinne würden insbesondere durch eine sauberere Luft, sauberes Trinkwasser und ein sichereres und effizienteres Abfallmanagement erzielt werden. Bei einer vollständigen Umsetzung der EU-Gesetzgebung zur Luftqualität würden z.B. die Fälle der Atemwegserkrankungen rapide abnehmen (und proportional dazu die entsprechenden Behandlungskosten), genauso wie etwa die Fläche der sanierungsbedürftigen Gebäude. Auf der anderen Seite könnte der landwirtschaftliche Ertrag aufgrund einer geringeren Schadstoffbelastung steigen.

Eine Verringerung der grenzüberschreitenden Luftverschmutzung wird auch den derzeitigen Mitgliedstaaten der EU und anderen Nachbarländern zugute kommen, sowohl in punkto Lebensqualität, als auch was die Kosten angeht: für die EU könnte die Anwendung der gemeinschaftlichen Luftrichtlinien durch die Beitrittsländer Einsparungen in Höhe von 6,5 Mrd. ermöglichen.

Das ganze gibt es natürlich nicht geschenkt – im Gegenteil, das muss man ganz nüchtern betrachten, werden für die Erweiterungsländer Kosten von 80 bis 120 Mrd. prognostiziert. Langfristig gesehen, profitiert die Wirtschaft jedoch durch vermiedene Reparaturkosten und effizientere Abläufe! Die anfangs notwendigen hohen Investitionskosten werden positive Auswirkungen auf Wirtschaft, Umwelt und soziale Entwicklung haben und somit eine Multiplikatorwirkung in alle Bereiche entfalten. Kosten von 130 bis 600 Mrd. könnten eingespart werden.

**VII Chance für Europa**

Ein gemeinsames europäisches Handeln ist angesichts einer zunehmend globalisierten Welt unabdingbar, um ein neues modernes Fortschrittsmodell Wirklichkeit werden zu lassen, das ökonomische, soziale und ökologische Ziele umfasst. Wir müssen Nachhaltigkeit als Chance begreifen und nicht etwa soziale oder Umweltkriterien als Hindernis innerhalb eines wirtschaftlichen Wettbewerbskampfes.

Meines Erachtens brauchen wir aber auch eine Absicherung unserer Nachhaltigkeitsstrategie nach außen hin. Wir haben ständig Konflikte mit den Vereinigten Staaten im Rahmen der WTO, ob das etwa den Hormoneinsatz bei der Fleischproduktion oder die Geräuschemission von Flugzeugen betrifft. Deshalb müssen wir auch eine starke globale Ausrichtung der Nachhaltigkeitsstrategie schaffen. Nur so können wir in der WTO adäquat Einfluss nehmen und insbesondere Nachhaltigkeitsvorbehalte in den Unterabkommen wie TRIPS (über handelsbezogene

<b>Liste von Indikatoren, die weiter zu entwickeln sind</b>	
<b>Synthetische Indikatoren</b>	
<b>Gesamtwirtschaftlicher Hintergrund</b>	
1. Produktionspotenzial 2. Gesamte Faktorproduktivität	
<b>I. Beschäftigung</b>	
3. Offene Stellen 4. Arbeitsqualität 5. Effektiver Grenz- und Durchschnittssteuersatz 6. Einrichtungen zur Kinderbetreuung	
<b>II. Innovation und Forschung</b>	
7. Synthetischer Indikator zur wissensbasierten Wirtschaft 8. Öffentliche und private Ausgaben für Humankapital 9. E-Commerce 10. E-Verwaltung 11. ICT-Investitionen	
<b>III. Wirtschaftsreform</b>	
12. Unternehmensdemografie 13. Unternehmensregistrierung 14. Kapitalkosten 15. Finanzintegration	
<b>IV. Sozialer Zusammenhalt</b>	
Der Sozialschutzausschuss und die Kommissionsdienststellen werden mit der Entwicklung von Indikatoren fortfahren	
<b>V. Umwelt</b>	
16. Verbrauch toxischer Chemikalien 17. Behinderungsfreie Lebenserwartung (DALE) 18. Biologische Vielfalt 19. Ressourcenproduktivität 20. Recyclingrate bei ausgewählten Materialien 21. Erzeugung gefährlicher Abfälle	

Rechte des geistigen Eigentums) und GATS (allgemeines Handelsabkommen im Dienstleistungssektor) der WTO durchsetzen, damit das, was wir uns hier sehr ehrgeizig und ehrenwert vornehmen, auch angesichts der weltweiten Verpflichtungen Bestand haben kann. Wir müssen also aktiv darauf drängen, dass die Nachhaltigkeitsstrategie der EU auch in internationale Abkommen Eingang findet und nicht umgekehrt derartige Abkommen unsere europäischen Standards unterlaufen und aushöhlen.

**VIII Johannesburg 2002**

Die Nachhaltigkeitsstrategie der EU hat sich auch gerade in ihrer externe Dimension zu bewähren. Ende August 2002 beginnt in Johannesburg der Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung, die Folgekonferenz zum Umwelt- und Entwicklungsgipfel in Rio. Nach zehn Jahren wird Bilanz gezogen, wie es um die nachhaltige, zukunftsfähige Entwicklung unserer Erde bestellt ist. Allerdings können die Ausgangsbedingungen im Vergleich zu

Rio nicht unterschiedlicher sein. 1992 gab es weltweit eine Aufbruchstimmung. Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Welt versprach der Aufbruch neue Ufer. Heute ist klar, dass sich die Situation nicht verbessert hat. Zum einen ist der Grad der Ausbeutung der sogenannten Entwicklungsländer gestiegen,

**Die positiven Ansätze der EU müssen in Johannesburg zum Exportschlager werden**

die Industrieländer sind ihren Verpflichtungen, 0,7% des BIP für Entwicklungshilfe auszugeben nicht nachgekommen und viele Entwicklungsländer empfinden Forderungen der Nachhaltigkeit als zusätzliche Hindernisse ihres Entwicklungsprozesses. Zum anderen hat sich die Politik der USA substanziell geändert. Die US-Amerikanischen Interessen werden mit Macht im sogenannten Kampf gegen den Terror durchgesetzt und die eigene Ökonomie wird mit protektionistischen Maßnahmen und Subventionen (Stahl, Farm Bill) geschützt. Insofern wird es nicht leicht, in Johannesburg für die nächsten zehn Jahre eine globale Nachhaltigkeits-Tagesordnung zu verabreden. Allerdings ist auch klar, dass der Prozess ohne eine Vereinbarung sterben wird.



Die durchaus positiven Ansätze der EU müssen in Johannesburg zum Exportschlager werden und zum Verabreden verbindlicher globaler Zielvorgaben beitragen. Genauso wie bei dem erfolgreichen Abschluss des Kyoto-Protokolls zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen wird hier die EU der Motor sein und eine Führungsrolle einnehmen müssen. In dieser besonderen Verantwortung setzt die EU auf wenige Prioritäten, welche mittels Partnerschaften zwischen Regierungen, Privatsektor und Zivilgesellschaft erreicht werden sollen:

Bis 2015 soll die Anzahl der Menschen, die keinen Zugang zu sauberem Wasser und sanitären Anlagen haben, halbiert werden. Dies wäre ein großer Schritt zur Verbesserung der Gesundheitssituation und der ökonomischen Entwicklungsmöglichkeiten; Die Energienutzung soll effizienter, die Brennstofftechnologien sauberer werden und bis 2010 156 % der Primär-Energie gewonnen werden;

der Verbreitung übertragbarer Krankheiten soll der Kampf angesagt werden, nicht zuletzt durch eine verbesserte Gesundheitsversorgung;

Es soll bis 2015 eine Trendumkehr eingeleitet werden beim Verschwinden der biologischen Vielfalt und der Verschwendung natürlicher Ressourcen;

Im Rahmen eines 10-Jahresprogramms soll der Übergang zu nachhaltigen Verbrauchsmustern und Produktionsmustern geschafft werden, wobei den Industrieländern eine Vorbildfunktion zukommt, die sie anhand bestehender Instrumente wie Lebenszyklusanalysen, Ökolabels und Umweltverträglichkeitsprüfungen vorleben müssen;

Für diese Prioritäten liegen Konzepte vor, es ist an der Zeit real Maßnahmen zur ergreifen. Klar und deutlich muss für solche Verabredungen auch Geld auf den Tisch. Die EU legt als Ausgangspunkt 2,1 Mrd. für die ersten beiden Be-

reiche hin. Neben den notwendigen Vereinbarungen zur Nachhaltigen Entwicklung ist genauso klar, dass die Industrieländer nicht um eine positivere Ausgestaltung des Globalisierungsprozesses im Bereich der Finanzen und des Handels umhin kommen.

#### IX Das Nachhaltigkeitsprinzip in der Gesellschaft verankern

Nachhaltigkeit ist eine kollektive Herausforderung auf globaler, regionaler, nationaler und lokaler Ebene. Ein breiter Dialog über die Ausgestaltung der Nachhaltigkeitsstrategie ist Voraussetzung für eine positive Auffassung und Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern (letztendlich auch der Erweiterung). Der lokalen und regionalen Ebene kommt bei der Ausgestaltung und Umset-

zung einer Politik der nachhaltigen Entwicklung eine besondere Bedeutung zu. Sie sind wesentliche Akteure in so wichtigen Bereichen wie Verkehr, Versorgung und Entsorgung, Wohnungsbau oder Raum-

planung. Den Bürgerinnen und Bürgern am nächsten, tragen sie eine große Verantwortung, die Menschen im Alltag für die nachhaltige Entwicklung zu sensibilisieren.

Auch hier leistet die EU Unterstützung, um Ansatzpunkte zu entwickeln: z.B. mit der Kampagne zukunftsfähiger Städte und Gemeinden im Kontext der lokalen Agenda 21 – Prozesse und der grenzübergreifenden Zusammenarbeit in Projekten und Partnerschaften.

Die gemeinsame Strategie zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie folgt einem einheitlichen partizipatorischen Ansatz und soll ein praktisches Beispiel verantwortungsvoller Regierungsführung liefern. Die Strategie gewährleistet, dass Beitrittskandidaten, Nichtregierungsorganisationen und andere Interessengruppen in die Umsetzung der Richtlinie einbezogen werden. Auf diese Weise sorgt sie für ihre stärkere Beteiligung

### Ein breiter Dialog über die Nachhaltigkeitsstrategie ist Voraussetzung für deren Akzeptanz

bei der Umsetzung neuer gemeinschaftlicher Rechtsvorschriften.

Einen erfolgsversprechenden länderübergreifenden Ansatz zur Verbesserung des Gewässerschutzes bietet das Projekt „Internationale Abwasserpartnerschaften“ aus Niedersachsen, ein Aktionsprogramm, welches die Zusammenarbeit zwischen kommunalen Körperschaften in der EU, aber auch gerade in den Beitrittskandidatenländern auf dem Gebiet der Abwasserbeseitigung fördern soll. Durch Informationsveranstaltungen, Fachseminare und die Gelegenheit zum gegenseitigen Erfahrungsaustausch wird den Kommunen praktische Hilfe bei der Umsetzung einer wichtigen Umweltgesetzgebung gegeben.

Bei der Gewährleistung einer nachhaltigen Entwicklung und dem Ausgleich zwischen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aspekten kommt der Unternehmenspolitik eine zentrale Rolle zu. Die sozialen Verantwortung der Unternehmen ist neben ordnungsrechtlichen und vertraglichen Möglichkeiten eine Baustelle nachhaltiger Entwicklung. Hier können sich Perspektiven unter Teilhaben der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entwickeln. Das EP unterstützt die EU-Kommission einen Rahmen hierfür zu entwickeln. Jüngst hat sie mit der Mitteilung über „die soziale Verantwortung der Unternehmen: ein Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung“ einen Vorschlag vorgelegt. Klarheit tut hier Not, damit die Veranstaltung nicht zum Alibi für verstärkte Produktion wird; es geht vielmehr darum, soziale Verantwortung für ökonomische, ökologische und soziale Probleme zu übernehmen, Lösungen zu entwickeln und dies als integraler Teil der Unternehmenspolitik. Damit werden Rahmenbedingungen für langfristigen wirtschaftlichen Erfolg entwickelt. Volkswagen hat in diesem Zusammenhang ein positives Zeichen gesetzt: Als eines der ersten weltweit operierenden Unternehmen verpflichtet es sich freiwillig in einer „Erklärung zu den sozialen Rechten und industriellen Beziehungen bei Volkswagen“, die Kernrechte von Arbeitnehmern und Gewerkschaften der Internationalen Arbeitsorganisation als Mindestbedingungen anzuerkennen. Das bedeutet im Klartext keine Kinderarbeit, keine Diskriminierung, keine Zwangsarbeit und wichtige Errungenschaften im Bereich Arbeits-, Umwelt- und Gesundheitsschutz.

Nachhaltigkeit ist leider noch kein Massenartikel. Formel 1 und Fußballweltmeisterschaft bewegen die Herzen und die Köpfe der Menschen zur Zeit noch mehr. Neben der Frage der konkreten Zielformulierung und der konkreten Instrumenten-Diskussion wird das Entscheidende sein, dass wir gerade im Vorfeld von Johannesburg die nachhaltige Entwicklung in der Zivilgesellschaft insgesamt versuchen zu verankern. Nachhaltigkeit gehört eben nicht in die Nische, sondern mitten ins Leben.

# Anforderungen und Möglichkeiten für einen umweltschonenden Nahverkehr

## Umweltstandards im ÖPNV

Von Michael Müller

Bislang gelten Bus und Bahn als die umweltfreundlichere Alternative zum Pkw. Der Umweltbonus gehört neben der sozialen und verkehrlichen Funktion zu den wesentlichen Systemvorteilen des ÖPNV. Diese sind ein wichtiger Grund für die finanzielle Förderung mit öffentlichen Mitteln. Allerdings steht der ÖPNV nach wie vor in Konkurrenz zum motorisierten Individualverkehr und angesichts der sich wandelnden Rahmenbedingungen (Liberalisierung der Verkehrsmärkte und zunehmende Ausschreibung von ÖPNV-Leistungen) stellt sich daher die Frage: Wie können die umweltseitigen Potenziale des ÖPNV auch unter diesen doppelten Wettbewerbsbedingungen zur Geltung gebracht werden?

### Die Ausgangslage

Ausschreibungen im ÖPNV sind bereits in einigen EU-Ländern, insbesondere in Skandinavien die Regel. In Deutschland wurden bisher noch sehr wenige Aufträge im Rahmen einer Ausschreibung vergeben (Ausnahme: Ausschreibung einzelner Linien im Schienenpersonennahverkehr). Die Zeichen aus Brüssel lassen aber keinen Zweifel, dass die wettbewerbliche Vergabe von ÖPNV-Leistungen bald in ganz Europa die vorherrschende Praxis sein wird. Besondere Relevanz kommt dem noch ausstehenden Urteil des Europäischen Gerichtshofs über die rechtliche Zulässigkeit bestimmter öffentlicher Finanzzuweisungen an kommunale Verkehrsunternehmen zu. Sollten diese Finanztransfers unzulässig sein, müsste sehr rasch ein Großteil der bisher in Deutschland konzessionierten Linien gemäß den rechtlichen Vorgaben des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) ausgeschrieben werden. Daher müssen sowohl die Kommunen als auch die Verkehrsunternehmen die verbleibende Zeit nutzen, um sich zielgerichtet auf den Wettbewerb vorzubereiten.

Damit der Wettbewerb nicht zu Lasten der Qualität erfolgt, müssen entsprechende Vorgaben für die Angebotsqualität und Umweltverträglichkeit der gewünschten ÖPNV-

Leistungen formuliert werden, die von den Verkehrsunternehmen einzuhalten sind. Der Verkehrsclub Deutschland (VCD) hat im Rahmen eines von Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt geförderten Forschungsvorhabens untersucht, wie Qualitäts- und Umweltvorgaben in den Ausschreibungen verankert werden können.

### Bus, Bahn und Pkw im Umweltvergleich

Um zu zeigen, welches Stadtverkehrsmittel heute und in Zukunft das umweltschonendste ist, hat das Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg (Ifeu) im Auftrag des Verkehrsclub Deutschland (VCD) die wichtigsten Umweltauswirkungen von Diesel- und Erdgasbus, Straßen-, Stadt und U-Bahn mit denen von Otto- und Diesel-Pkw verglichen. Für den Umweltvergleich wurden die Parameter Primärenergieverbrauch, Ausstoß von Luftschadstoffen und klimawirksamen Gasen sowie Lärm und Flächenbedarf herangezogen. Als Bezugsgröße diente das Platzangebot der jeweiligen Verkehrsmittels (Systemvergleich).

Das Ergebnis: Bus und Bahn haben im Umweltvergleich die Nase vorn, aber der Pkw holt auf. Pkw wurden in letzter Zeit immer sauberer, besonders sparsame Fahrzeuge erreichen künftig in wichtigen Umweltkategorien sogar das Niveau öffentlicher Verkehrsmittel. Dennoch liegt der durchschnittliche Energieverbrauch von Pkw im Schnitt etwa drei mal höher als beim ÖPNV. Letztlich ist entscheidend, in welchem Umfang sogenannte 3-Liter-Autos auf der Straße fahren. Andererseits beanspruchen Pkw – auch besonders sparsame – deutlich mehr Flächen als öffentliche Verkehrsmittel. Da bei Bus und Bahn große Potenziale zur weiteren Umweltentlastung vorhanden sind, pegeln sich künftig die Umweltauswirkungen sowohl bei Pkw als auch beim ÖPNV auf niedrigerem Niveau ein. Besonders umweltschonend sind Erdgasbusse, die bereits heute die künftigen europäischen Abgasgrenzwerte mühelos erreichen. Problematisch aus Umweltsicht sind derzeit die Schadstoffemissio-

nen älterer Dieselfahrzeuge, die noch immer ein Großteil der Busflotte bei Verkehrsunternehmen stellen, sowie hohe Lärmemissionen von Straßenbahnen.

### Neue EU-weite Standards zur Luftqualität

Die Reduzierung verkehrsbedingter Belastungen steht im Vordergrund der Bemühungen für eine saubere Luft, für weniger Lärm und damit für eine Verbesserung der städtischen Lebensqualität. Daneben gehört auch der Klimaschutz zu einer der wichtigsten Aufgaben. Daran muss sich auch der ÖPNV orientieren. Besonderer Handlungsdruck besteht vor dem Hintergrund der Umsetzung der neuen Luftqualitätsrichtlinien der EU in deutsches Recht, die ab 2005 deutlich strengere Immissionsgrenzwerte für bestimmte Luftschadstoffe – insbesondere für Stickoxide und Partikel (PM10) – vorsehen. Bei Erreichen bestimmter Alarmschwellen sind verursacherbezogene Maßnahmen zur Reduzierung der Schadstoffbelastung der Luft zu ergreifen. Dies beinhaltet auch Verkehrsbeschränkungen an stark belasteten Straßen. Der ÖPNV darf dann nicht Teil des Problems sondern muss Teil der Lösung sein.

### Möglichkeiten zur Reduzierung der Umweltbelastungen im ÖPNV

Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen müssen alle technischen und organisatorischen Möglichkeiten ausschöpfen, um insbesondere auch bei schwach ausgelasteten Linien und in nachfrageschwachen Zeiten die Umweltpotenziale des ÖPNV zur Geltung zu bringen. Der vordringlichste Handlungsbedarf besteht beim Busverkehr, der vielerorts das Rückgrad des ÖPNV bildet. Neben der Auswahl emissionsarmer Fahrzeuge im Rahmen der Ersatzbeschaffung stehen hier insbesondere Maßnahmen zur Reduzierung der Emissionen bei Altfahrzeugen im Bestand, wie z.B. die Nachrüstung mit einem Partikelfilter und die Verwendung von schwefelfreiem Dieseldieselkraftstoff. Nachgedacht werden muss auch über die verstärkte Integration bedarfsgesteuerter Verkehre – z.B. Anrufsammeltaxen und Rufbusse – sowie den Einsatz kleinerer Fahrzeuge. Besonders effektiv sind spezielle Fahrerschulungen, die dazu beitragen können, den Kraftstoffverbrauch zu senken und die technischen Potenziale der Fahrzeuge optimal auszunutzen.

**Politik im Nachhaltigkeitstest – Teil 5**

**Bildungspolitik**

Bilanz von Rot-Grün	SPD-Programm	CDU/CSU Programm	Bewertung
Bafög-Reform (Entwicklung aller Potentiale, Chancengleichheit) Verbesserung der Aufstiegsfortbildung (Meister-Bafög) Alle Schulen ans Netz als Infrastrukturmaßnahme für Neues Lernen Jugendpolitisches Programm	Politik muss nachhaltig sein: Bildung ist einbezogen Bildung und Qualifizierung Ausschöpfen aller Bildungspotentiale Chancengleichheit, Bildung ist soziale Frage des 21. Jahrhundert Förderung aller Potentiale Durchlässigkeit der Bildungsinstitutionen Bildung hat die Aufgabe sozialer Integration Bildung von Anfang an Mehr Ganztagschulen Autonomie der Schulen Mehr Ausbildungschancen Mehr akademische Abschlüsse Weiterbildung als Grundlage lebensbegleitenden Lernens	„Bildung ist Schlüssel für individuelle Lebenschancen und Motor für gesellschaftliche Entwicklungen. (...) Ein gegliedertes, begabungsgerechtes Schulwesen bietet allen Kindern die besten Chancen. Die grundlegenden Kulturtechniken – Lesen, Schreiben, Rechnen, aber auch der Umgang mit neuen Medien und die Verarbeitung der heute verfügbaren Informationsmengen – müssen sicher beherrscht werden. In den weiterführenden Schulen müssen mit Blick auf den raschen Wandel in Technik und Wirtschaft Mathematik, Naturwissenschaften und wirtschaftliches Grundwissen stärker berücksichtigt werden. Der Religionsunterricht muss im Fächerkanon der Schulen seinen festen Platz haben. Es gibt keine Bildung ohne Erziehung und keine Erziehung ohne Werte (...) Wir brauchen einen transparenten und ehrlichen Leistungsvergleich zwischen den Schulen in Deutschland. Wir sagen offen: Für Wertevermittlung und Chancengleichheit können nur Schulen sorgen, die Leistung fordern und fördern.	<b>Rot-Grün:</b> Befriedigend (Maßnahmen werden nicht in Nachhaltigkeitszusammenhang gestellt) <b>SPD-Programm</b> Sehr gut (Ist als Kern Bestandteil einer Strategie nachhaltiger Entwicklung definiert und setzt die richtigen Akzente) <b>CDU/CSU Programm:</b> Die Ausführungen des CDU-Programms sind leerformelhaft und werden in ihrem Beharren auf dem gegliederten Schulsystem und einem staatlichen Begabungsbegriff weder der internationalen Entwicklung des Bildungsverständnisses noch den Ansprüchen an Nachhaltige Bildung gerecht.

selbusse werden mit einem Partikelfilter nachgerüstet. Das sind die wesentlichen Ergebnisse einer Best-practice-Recherche in Deutschland, Belgien, Frankreich und Schweden, die im Rahmen des Forschungsvorhabens durchgeführt wurde. Im Fokus standen Beispiele, bei denen durch politische Vorgaben der Kommune zur Verbesserung der städtischen Luftqualität oder auch durch Eigeninitiative des Verkehrsunternehmens der Einsatz umweltschonender Busse forciert wurde.

**Das „VCD ÖPNV-Umweltranking“ feiert Premiere**

Basierend auf den Ergebnissen des Forschungsvorhabens hat der VCD im Sommer 2001 – mit finanzieller Förderung von Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt – als Folgeprojekt das erste deutsche ÖPNV-Umweltranking gestartet. Analog zur jährlichen VCD Auto-Umweltliste sollte die Umweltperformance der Verkehrsunternehmen gemessen und bewertet werden, um vorbildliche Verkehrsunternehmen herauszustellen und öffentlich zu prämiieren. Mittels eines Fragebogens, der gemeinsam mit dem Lehrstuhl für Verkehrsökologie der TU Dresden entwickelt wurde, konnten die Verkehrsunternehmen Auskunft über eingesetzte Fahrzeuge, Verkehrsleistungen und Umweltmanagement geben. Der Fokus richtete sich dabei auf den kommunalen ÖPNV mit Bussen, Straßen-, Stadt und U-Bahnen. Der Schienenpersonennahverkehr wurde nicht berücksichtigt.

**Kommunale Vorgaben beeinflussen Umweltwirksamkeit des Verkehrs**

Da künftig Städte und Kreise als Besteller in verstärktem Maße die Qualität des von ihnen finanzierten ÖPNV-Angebots festlegen müssen, wurden zusätzlich in das Ranking bereits bestehende kommunale Vorgaben, die direkten Einfluss auf den ÖPNV haben, integriert. Dazu zählen beispielsweise die Verteilung finanzieller Mittel auf den ÖPNV bzw. Umweltverbund und den MIV oder das Vorhandensein von separaten ÖPNV-Spuren und Vorrangschaltungen an Lichtsignalanlagen, die einen erheblichen Einfluss auf den Erfolg und die Umweltwirksamkeit des Unternehmens haben können. Die Trennung von kommunalem und betrieblichem Rahmen ist notwendig, damit an sich „gute“ Verkehrsunternehmen nicht durch ein schwaches kommunales Engagement bestraft werden.

**Umweltfreundlichste Verkehrsunternehmen werden prämiert**

Alle Teilnehmer des ÖPNV-Umweltrankings werden nach Auswertung der Fragebögen am 19. August 2002 in Berlin im Rahmen einer Preisverleihung gewürdigt. Die umweltfreundlichsten Verkehrsunternehmen erhalten eine Auszeichnung durch Bundesumweltminister Jürgen Trittin. Nach dem Vorbild

**Qualitätssteuerung im Wettbewerb**

Als Besteller von ÖPNV-Fahrzeugen bestimmen Verkehrsunternehmen maßgeblich die Umweltverträglichkeit ihrer Fahrzeugflotte (Entscheidung zwischen verschiedenen Herstellern und Typen, Kraftstoffart, Emissionsstandard, Ausstattungen usw.). Umweltaspekte spielen nur dann eine wichtige Rolle, wenn Unternehmen damit unter wirtschaftlichen Aspekten ein Kosten-Nutzen-Vorsprung im vorgeschalteten Markt erzielen können. Der Einsatz emissionsarmer Fahrzeuge verschafft dann Vorteile im Wettbewerb, wenn der Aufgabenträger in seiner Ausschreibung entsprechende Vorgaben setzt. Die zentralen rechtlichen Gestaltungsinstrumente, mit denen der Aufgabenträger derzeit Einfluss auf bestimmte Qualitätsaspekte nehmen kann, sind der Nahverkehrsplan und die Vereinbarung gemeinwirtschaftlicher Leistungen. Künftig werden diese beiden Instrumente die vorherrschende Praxis zur Qualitätssteuerung im ÖPNV darstellen. Durch zielgerichtete Anreize (Bonus/Malus) im Verkehrsvertrag werden Verkehrs-

unternehmen animiert, auch Fahrzeuge anzuschaffen, die einen höheren als den geforderten Mindest-Standard erfüllen. Anspruchsvolle Umwelt- und Qualitätsstandards stärken die Position der Bestandsunternehmen und treten der Gefahr entgegen, dass Unternehmen, die nur aufgrund des Einsatzes alter und wenig umweltfreundlicher Fahrzeuge das billigste Angebot abgeben, die Ausschreibung gewinnen. Die Mehrkosten für anspruchsvolle Umweltstandards sind bei der Betrachtung der Gesamtkosten im Verkehrsunternehmen vernachlässigbar. Sie liegen beispielsweise für die Verwendung von schwefelfreiem Diesel oder den Einbau eines Partikelfilters unterhalb von zwei Prozent streckenbezogener Leistungsentgelte.

**Umweltschonende Busse in Europa**

Durch europäische Städte rollen immer mehr schadstoff- und lärmarme Busse. Viele Verkehrsunternehmen stellen ihre Busflotte ganz oder zumindest teilweise auf Erdgas oder andere alternative Kraftstoffe um; Die-



der Auto-Umweltliste, die der VCD regelmäßig seit 1989 herausgibt, werden die umweltbezogenen Aktivitäten deutscher Verkehrsunternehmen in einer Broschüre zusammengestellt und Mitte September veröffentlicht.

### Umwelt- und Qualitätsvorgaben im Fokus

Als Umwelt- und Verbraucherverband setzt sich der VCD für die Interessen von Bus- und Bahnkunden ein. Ziel des Umweltrankings ist, Entscheidungsträger aus Verkehrsunternehmen und Kommunen für eine stärkere Berücksichtigung von Umwelt- und Qualitätsvorgaben zu sensibilisieren und konkrete Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Denn: Nur über entsprechende Qualitätsvorgaben kann sichergestellt werden, dass der künftige Wettbewerb nicht zu Lasten der Qualität erfolgt und der Öffentliche Nahverkehr seinen Umweltvorteil gegenüber dem MIV behaupten und neue Fahrgäste gewinnen kann. Neben der Förderung weiterer Aktivitäten bei Verkehrsunternehmen und Kommunen soll die Markteinführung umweltverträglicher Techniken beschleunigt werden. Eine Ausrichtung der Unternehmenspolitik an Umweltschutzziele und am Fahrgast erhöht das Image und steigert die Kundennachfrage. Als moderner Mobilitätsdienstleister können sie sich so auf dem Markt etablieren und Vorteile im Wettbewerb erzielen. Die Teilnahme am ÖPNV-Umweltranking ist ein erster Schritt: Sie zeigt, Umweltschutz und Kundenorientierung ist den Verkehrsunternehmen wichtig.

### BMU-Wettbewerb „Anspruchsvolle Umweltstandards“

Parallel zum VCD ÖPNV-Umweltranking hat Bundesumweltminister Jürgen Trittin deutsche Verkehrsunternehmen und Aufgabenträger zu einem Wettbewerb „Anspruchsvolle Umweltstandards“ aufgerufen. Anlass gab die Erfahrung, dass nach wie vor Kosten- und damit Wettbewerbsargumente häufig gegen offensive umweltorientierte Unternehmensstrategien und anspruchsvolle, über die gesetzlich geforderten Mindeststandards hinausgehende Maßnahmen vorgebracht werden. Aufgabenträger bzw. Besteller von Busverkehren sollten darlegen, wie Anreize zur permanenten Verbesserung der Umweltqualität der Dienstleistung geschaffen werden, ÖPNV-Unternehmen sollten für den Busverkehr ihre Strategie der Vorbereitung auf den Qualitätswettbewerb im Hinblick auf umweltrelevante Aktivitäten formulieren. Für die vorbildlichsten Aktivitäten wurden äußerst zinsgünstige Kredite für die Beschaffung von Bussen als ökonomischer Anreiz zur Verfügung gestellt.

Die besten Konzepte lieferten die Berliner Verkehrsbetriebe BVG und das vergleichsweise kleine Unternehmen Stadtverkehrsgesellschaft Frankfurt/Oder, die damit eine Förderung erhalten. Die BVG wird erstmalig Dieselsebusse anschaffen, die die derzeit an-

Foto: Christian Kiel (Berlin)



spruchsvollste europäische Abgasnorm EEV (environmentally enhanced vehicles) erfüllen. Frankfurt/Oder geht noch einen Schritt weiter: Hier wird die gesamte Busflotte in einem Schritt auf Erdgasantrieb umgestellt. Beide Unternehmen konnten damit demonstrieren, dass sich anspruchsvolle Umweltstandards unabhängig von der Unternehmensgröße realisieren lassen.

Eine weitere Säule des BMU-Projekts ist auch der Schienenpersonennahverkehr (SPNV). Der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg hat erstmals in Zusammenarbeit mit dem BMU und UBA anspruchsvolle Umweltstandards in eine Ausschreibung für vier wichtige Regionalbahnlinien aufgenommen. Den Zuschlag werden nur Bieter erhalten, die abgas- und lärmarme Schienenfahrzeuge einsetzen.

### Fazit

Anspruchsvolle Qualitäts- und Umweltstandards stärken angebotsorientierte ÖPNV-Leistungen und erhöhen die Wettbewerbsfähigkeit der Bestandsunternehmen. Daneben müssen ein offensives Kundenmarketing und die Bevorzugung des ÖPNV bei der Verkehrsplanung Hand in Hand gehen, um die umweltentlastenden Potenziale des ÖPNV stärker zu nutzen. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der EU-weiten Öffnung des ÖPNV-Marktes für den Wettbewerb sind geeignete Strategien notwendig, damit der Wettbewerb über die Qualität und nicht über die Kosten entschieden wird: Mit Lohndumping und abgetakelten Fahrzeugen gewinnen Bus und Bahn keine neuen Kunden. Daher sind vor allem die Städte und Kreise aufgerufen, mit anspruchsvollen Umwelt- und Qualitätsvorgaben bei künftigen Ausschreibungen für eine hohe Qualität des ÖPNV zu sorgen. Die bisherigen Demonstrationsprojekte zeigen: Die Vorgabe von Umweltstandards setzt sowohl bei Verkehrsunternehmen als auch bei der Fahrzeugindustrie Innovationen frei, die sich in einem entsprechenden Angebot niederschlagen.

spw 4/2002

### Literatur:

VCD Fakten „Bus, Bahn und Pkw im Umweltvergleich – Der ÖPNV im Wettbewerb“, Bonn 2001, 24 Seiten  
 VCD Fakten „Umweltstandards im ÖPNV – Ein Leitfadens für Entscheidungsträger“, Bonn 2001, 24 Seiten  
 VCD Fakten „ÖPNV-Umweltliste“, Bonn 2002 (voraussichtlicher Erscheinungstermin Mitte September)  
 Die Broschüren sind jeweils gegen Einsendung von 5 EUR erhältlich beim: Verkehrsclub Deutschland (VCD), Stichwort „ÖPNV-Umweltstandards“, Postfach 170 160, 53027 Bonn.

Ein individueller Weg für  
IHR politisches Engagement

**FRAUEN**  
VERNETZTE

Diskussionsforen  
 Newsletter  
 Adressen  
 Links  
 Termine  
 Veranstaltungstipps

[www.vernetzte-frauen.de](http://www.vernetzte-frauen.de)

# »Nachhaltige Globalisierung«?

## *Sustainable Development* als Kitt des neoliberalen Scherbenhaufens

Von Uli Brand, Christoph Görg

Mitte dieses Jahres findet der World Summit on Sustainable Development statt, 10 Jahre nach der Umweltkonferenz in Rio. Uli Brand und Christoph Görg ziehen Bilanz und untersuchen die geänderten Rahmenbedingungen nachhaltiger Politik.

In den 1980er Jahren war das Scheitern überkommener Entwicklungsvorstellungen wie auch die sich zuspitzende Krise gesellschaftlicher Naturaneignung offenkundig geworden. Von sozialen Bewegungen wie von kritischen Intellektuellen auf die Tagesordnung gesetzt, schienen beide Probleme auf eine Revision der Leitvorstellungen gesellschaftlicher Entwicklung hinzudeuten. Mit der Veröffentlichung des Brundtland-Reports setzte sich im öffentlichen und wissenschaftlichen Diskurs ein neues Stichwort durch, welches fortan richtungsweisend sein sollte: *sustainable development*, meist als nachhaltige Entwicklung übersetzt. In den Vorbereitungen auf die *United Nations Conference on Environment and Development* (UNCED) seit Anfang der 90er Jahre und deren Durchführung in Rio de Janeiro 1992 manifestierte sich die Idee »nachhaltiger Entwicklung«; institutionelle und gesellschaftliche Reformen sollten folgen. Wie erfolgreich dieser Prozess war, ist Gegenstand der Diskussionen vor und nach dem *World Summit on Sustainable Development* (WSSD) in Johannesburg Mitte des Jahres 2002.

Seit Rio haben sich Entwicklungsvorstellungen wesentlich verändert. Eine auf »Globalisierung« setzende Politik ist zur richtungsweisenden Koordinate geworden, zu der sich alles andere in Bezug setzen muss, auch die Nachhaltigkeit. Oder wie es UNO-Generalsekretär Kofi Annan in seiner Zukunftsvision formuliert: »Making globalization work for sustainable development and to jump start implementation efforts.« (Annan 2001)

Diese Umorientierung hat jedoch Konsequenzen für den Umgang mit ökologischen Problemlagen.

### Postfordistische Naturverhältnisse

Aus dem Auge gerät dabei der Zusammenhang zwischen ökologischer Problematik und gesellschaftlichen Umstrukturierungen, die als *Übergang vom Fordismus zum Postfordismus* zu begreifen sind und die sowohl die innergesellschaftlichen wie auch die internationalen Strukturmuster erheblich verändert haben. Die ökologische Krise war – symbolisch wie materiell – bis dahin eng mit der Krise des Fordismus verbunden. Auf der einen Seite war das fordistisch-fossilistische Wohlstandsmodell der nördlichen Industriegesellschaften auf materiell-stofflicher Seite maßgeblich verantwortlich für die enorme Ausweitung des Ressourcenverbrauchs und die Überlastung der Umwelt durch Schadstoffe. Auf der anderen, symbolischen Seite thematisierten soziale Bewegungen und Intellektuelle die ökologische Krise als eine gesellschaftliche Krise, d. h., es wurden die sozialen Ursachen der Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse zu benennen versucht. Doch diese Konstellation geriet in den 80er Jahren immer stärker unter den Sog des neoliberalen Umbaus der Gesellschaft. Die zentrale Strategie zur Durchsetzung des postfordistischen Kapitalismus war die neoliberale Ausrichtung der Gesellschaft an den Imperativen der Effizienz und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Auch staatliche Politik wurde immer stärker daran ausgerichtet. Ein weiterer Punkt kommt hinzu. Seit den 90er Jahren hat die Entwicklung neuer Technologien, insbesondere die Informations- und Kommunikationstechnologien sowie die neueren Bio- und Gentechnologien auch auf ökonomisch-technischer Ebene zur Herausbildung veränderter, »postfordistischer Naturverhältnisse« beigetragen (Görg / Brand 2001). Mit dem immer stärker werdenden, von machtvollen Interessen gesetzten Imperativ internationaler Wettbewerbsfähigkeit wird der Umgang mit Natur als Ressource bzw. deren Inwertsetzung zunehmend stärker den Rentabilitätskalkülen des Kapitals unterworfen.

Auf internationaler Ebene bildet sich damit ein *Kooperations-Konkurrenz-Paradox*

als zentrale Rahmenbedingung internationaler Umweltpolitik heraus. Davon wird in der Politikwissenschaft meist nur die eine Seite erwähnt: ein wachsender Druck zur kooperativen Bearbeitung grenzüberschreitender Umweltprobleme. Dieser Druck setzt sich nicht naturwüchsig als direkte Folge ökologischer Problemlagen durch, sondern immer vermittelt durch seine öffentliche Symbolisierung durch soziale Akteure (NGOs, WissenschaftlerInnen etc.). Dieser Druck hat in den vergangenen Jahren zu einer kaum noch überschaubaren Zahl internationaler Umweltabkommen geführt, ohnedass sie die zwischenstaatliche Konkurrenz sowie die zwischen verschiedenen ökonomischen Sektoren und Regionen aufheben. Vielmehr prägt diese Konkurrenz die bestehenden Abkommen im hohen Maße, und zwar desto mehr, je mehr von einzelnen Abkommen komplexe Querschnittsprobleme tangiert werden.

Der Postfordismus ist von zwei Elementen gekennzeichnet. Erstens kommt es zu einer neuen Grenzziehungen zwischen Politik und Ökonomie. Diese Entwicklung wird in den Sozialwissenschaften oft als Erosion des Nationalstaats missverstanden. Tatsächlich verliert der Nationalstaat zwar in manchen Punkten seine Steuerungsfähigkeit und seine Souveränität über ein bestimmtes Territorium. Aber er verschwindet dabei nicht einfach, sondern transformiert sich in Richtung des stärker den globalen Konkurrenzbedingungen unterworfenen *nationalen Wettbewerbsstaats* und gleichzeitig in Richtung einer *Internationalisierung des Staates* (Hirsch 2000; Brand u. a. 2001). Auch auf internationaler Ebene geht es in zunehmendem Maße um die Absicherung der bürgerlichen Rechts- und Eigentumsordnung. Dies betrifft gerade die internationale Umweltpolitik.

Bezogen auf ökologische Problemlagen hat sich der postfordistische Kapitalismus zwar in gewisser Weise durchaus auf diese eingestellt, jedoch nicht im Sinne einer erfolgreichen Bearbeitung der materiellen Dimensionen der ökologischen Krise. Vielmehr haben vor allem *Strategien ökologischer Modernisierung* Aussicht auf Erfolg, die entweder auch die Kosten senken helfen oder ein neues Absatzfeld für neue Technologien etc. eröffnen. Nicht mehr die Forderung nach einer grundlegenden Transformation der Gesellschaft, sondern

Bei diesem Beitrag handelt es sich um eine gekürzte und leicht veränderte Version aus: Christoph Görg/Ulrich Brand (Hg.): *Mythen globalen Umweltmanagements. Rio + 10 und die Sackgassen »nachhaltiger Entwicklung«*, das im Mai im Verlag Westfälisches Dampfboot (Münster) erscheint. Der Beitrag erschien zuerst in der Frankfurter Zeitschrift *Diskus* Mai 2002

Effizienz und Standortsicherung prägen nun Umweltschutz-Diskurse. Eine vertiefte Ursachenanalyse wird von einem von »oben gedachten« technokratischen Modernisierungsdiskurs verdrängt.

### Zugangssicherung zu weltweiten Naturressourcen

Im Hinblick auf die Nord-Süd-Problematik lässt sich eine ähnliche Entwicklung beobachten. Auch hier werden unter dem Deckmantel der internationalen Umweltpolitik oftmals ganz andere Prozesse vorangetrieben. An der Frage nach dem Verhältnis zwischen den internationalen Umweltabkommen und anderen internationalen Vertragswerken und Institutionen zeigt sich dies deutlich. Zugespielt formuliert ist das wichtigste Abkommen der 90er Jahre, das die gesellschaftlichen Naturverhältnisse tiefgreifend transformiert, weder die Konvention über die biologische Vielfalt (CBD) noch die Klimarahmen-Konvention (FCCC), sondern die Welthandelsorganisation (WTO). Dies hat damit zu tun, dass gerade die Nichtbeachtung umweltpolitischer wie sozialer Belange in der wichtigsten internationalen Institution sehr weitreichende Folgen hat. Die »Liberalisierung des Welthandels« hat nicht nur direkte, ökologische wie soziale Folgen, bspw. in der Erhöhung der Güterströme oder dem Eingriff in die nationale Umwelt-, Sozial- und Gesundheitspolitik. Darüber hinaus geht es auf dem Gebiet der Umweltpolitik oftmals auch um die Durchsetzung neuer Technologien und den dazu gehörenden politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen. Am bekanntesten sind hier die Beispiele der Gentechnologie im Umgang mit der biologischen Vielfalt bzw. mit genetischen Ressourcen sowie die ökonomischen Instrumente zum Klimaschutz. Die umwelt- und entwicklungspolitischen Institutionen sind längst nicht mehr Sammelbecken progressiver Interessen.

Am Beispiel der *Konvention über die biologische Vielfalt* (CBD) lassen sich die Konsequenzen gut verdeutlichen. Während in der öffentlichen Diskussion die Auffassung vorherrscht, dass es dabei um umweltpolitische Maßnahmen geht, die den Verlust der Biodiversität stoppen oder verlangsamen sollen, zielen die staatlichen Maßnahmen und die internationalen Abkommen noch auf etwas anderes. Im Ganzen dienen sie der institutionellen Verregelung des Umgangs mit genetischen Ressourcen, von der Sicherheit im Umgang mit gentechnisch-modifizierten Organismen bis zur Etablierung eines Regimes zur Verteilung von Verfügungsrechten. Dabei geht es zuvorderst um die Regelung der Zugangs- und der mehr oder weniger exklusiven Nutzungsrechte an genetischen Ressourcen. Sie treiben damit eine Ökonomisierung der Natur voran.

Foto: Christian Kiel (Berlin)



### Das Hegemoniedefizit der »neuen Weltordnung«

Wie bereit 1992 liegt auch heute der Schatten der »neuen Weltordnung« über den Bemühungen, kooperativ aus den umwelt- und entwicklungspolitischen Sackgassen herauszukommen. Wurde das Datum »1989« noch mit den Chancen einer Suche nach neuen Politikformen verbunden, so wurde der Vorbereitungsprozess der UNCED zu Beginn der 90er Jahre von einem anderen Ereignis deutlich überlagert. Denn der Einmarsch der irakischen Armee in Kuwait im Sommer 1990 und die militärische Antwort der USA bzw. der NATO darauf im Januar / Februar 1991 waren eine weltpolitisch entscheidende Zäsur. Der damalige US-Präsident George Bush proklamierte im Januar 1991 eine »Neue Weltordnung«. Nicht Kooperation und die gemeinsame Suche nach Wegen zur Lösung der »Weltprobleme«, sondern die gegebenenfalls militärische Absicherung der dominanten Interessen stand im Zentrum dieser Politik.

Der 11. September bedeutet nicht nur auf der militärisch-politischen Ebene einen weitergehenden Einschnitt als der zweite Golfkrieg 1991, sondern auch auf der ideologischen. Denn mehr und mehr wird deutlich, dass die Versuche einer Verrechtlichung der internationalen Beziehungen – und d.h. von machtförmig und konkurrenzhaft strukturierten und auch potentiell kriegerischen Verhältnissen zwischen den Staaten – wieder zugunsten der Interessen dominanter Staaten untergraben werden. Und dies hat Konsequenzen für alle Ansätze globaler Reformen wie für kritisch-emanzipatives Handeln und damit auch für eine Politik, die die einst formulierten Ansprüche nachhaltiger Entwicklung ernst nehmen will.

Wir haben es auf den ersten Blick mit einer Rückkehr in eine Ordnung zu tun, in der je-

der Staat, solange er nur über entsprechende Macht verfügt, die Gewaltmittel einsetzen kann, die ihm zur Verfolgung seiner Absichten opportun erscheinen. Insofern ist das »Ende der Westlichen Ordnung« auch nicht mit einem »Ende des Nationalstaats« zu verwechseln. Denn die reale Souveränität von Staaten war schon immer ungleich verteilt. Und diese Machtungleichgewichte haben sich nicht nur weiter verstärkt – auch das Gegengewicht einer Verrechtlichung der Beziehungen wird zunehmend in den Hintergrund gedrängt. Unter Berufung auf nationale Sicherheitsinteressen werden grundlegende menschen- und völkerrechtliche Standards wie etwas die Genfer Konvention oder das Verbot der Vereinten Nationen eines Angriffskriegs missachtet und immer mehr als bindende Normen desavouiert. Damit wird eine Entwicklung verschärft, die sich schon vor den Anschlägen abgezeichnet hat, und die sogar als eine ihrer tiefer liegenden Ursachen angesehen werden muss – das *Fehlen von Hegemonie im internationalen System*. Denn die einzige verbleibende militärische und politische Supermacht, die USA, ist in einer ganzen Reihe von internationalen Abkommen und Regimen weder Willens noch in der Lage, die politische Führung zu übernehmen. Dazu würde neben politisch-militärischer und wirtschaftlicher Stärke auch die Bereitschaft gehören, Akteure mit anderen und möglicherweise gegensätzlichen Interessen in einen Kompromiss einzubinden, notfalls auch durch punktuelle Zugeständnisse. Nur dadurch ließe sich auch die Hoffnung auf eine kooperative Bearbeitung globaler Probleme rechtfertigen, denn diese setzt voraus, dass auf den Einsatz von Machtpotentialen zugunsten einer Lösungsstrategie verzichtet wird, der verschiedene Akteure nach Vorgabe des Hegemons bzw. hegemonialer Diskursstrategien zustimmen, in die sie eingebunden werden können.

Selbst diese kooperative Problembearbeitung wäre dann vorrangig durch den Interessenkompromiss der beteiligten Akteure bedingt und daher per se keineswegs sachgemessen bzw. eine wirkliche Problemlösung. Durch die Politik des »America first« wird aber selbst diese Minimalbedingung für eine kooperative Reaktionsstrategie in zunehmenden Maße erschwert. Ironischerweise geschieht dies sogar in den internationalen Regimen, bei deren Gründung die Interessen der USA eigentlich eine zentrale Rolle gespielt haben, wie in der WTO, oder die gerade zum jetzigen Zeitpunkt eine wichtige Rolle spielen könnten, wie die Bio-Waffenkonvention. Während die US-Regierung im WTO-Prozess zu keinen Zugeständnissen bereit ist und damit im Umfeld der Doha-Konferenz der WTO als wichtigster Bremser angeklagt wurde, ist sie aus anderen Regimen inzwischen faktisch ausgestiegen oder betätigt sich allein als Verhinderer – nicht nur in der Biowaffenkonvention, sondern auch im Rahmen des Kyoto-Protokolls der Klimarahmenkonvention und in anderen internationalen Abkommen.

Diese Entwicklung lässt auch den Umgang mit ökologischen Problemlagen nicht unberührt. Ökologische Sicherheit ist zu einem neuen Schlagwort geworden, bei dem ökologische Problemlagen für den Sicherheitsdiskurs funktionalisiert und militärische und ökologische Überwachungssysteme miteinander verquickt werden. Wenn die Naturverhältnisse ein Aspekt in den Machtbeziehungen zwischen Staaten und Regionen sind, dann ist es nur folgerichtig, auch Umweltprobleme verstärkt unter dem Blickwinkel nationaler Interessen und nationaler Sicherheit zu re-interpretieren. Zugespitzt ließe sich feststellen, dass in den Zeiten »nachhaltiger Globalisierung« die machtgestützte und notfalls militärische Absicherung der nationalen Interessen ein vielleicht sogar zunehmend bedeutender Faktor in der Kontrolle über die Naturverhältnisse werden könnte – und nicht mehr die Suche nach kooperativen Bearbeitungsformen (wie unzureichend diese auch waren).

Eine kritische Position muss sich bei dieser Problematik vergegenwärtigen, dass die Alternative »Multilateralismus versus Bila-

teralismus« falsch gestellt ist. Auch in multilateraler Politik und internationaler Verrechtlichung ist keineswegs klar, inwieweit die Interessen schwächerer Akteure eine Rolle spielen. Darum geht es aber ganz entscheidend.

### Neue Dynamiken: Globalisierungskritik

Relativ unabhängig von der Debatte um Nachhaltigkeit hat sich in den letzten Jahren die praktische und theoretische Kritik am neoliberalen Kapitalismus verstärkt. Stichworte wie »Seattle« und »Genua« stehen für vielfältige Proteste, bei denen es um negative Auswüchse der neoliberalen Globalisierung geht. Dabei kam es zu einer Politisierung des Globalisierungsbegriffs: Der damit benannte Prozess, seine für viele Menschen katastrophalen Wirkungen und die damit verbundenen Interessen werden nicht mehr als hinzunehmende »Risiken« oder zu behobende Begleiterscheinungen verstanden, sondern immer stärker als immanente Bestandteile der gesellschaftlichen Veränderungen und als Folge sozialer Kämpfe. Gerade auf lokaler und nationaler Ebene bleiben die skizzierten dominanten Trends »nachhaltiger Entwicklung« keineswegs unwidersprochen. Die sich zuspitzenden Widersprüche (deren bloße Existenz erst einmal nichts heißt) werden von dieser heterogenen Bewegung politisiert. Die seit Seattle immer offenkundigere Globalisierungskritik ist auch eine Zurückweisung der Idee, »Weltprobleme« ließen sich von oben, durch Experten und kooperativ lösen. Der mit der UNCED erstmals derart breit propagierte Politiktypus der »globalen Runden Tische« (an denen auch und gerne viele NGOs saßen) und die damit einhergehende Delegitimierung konfrontativer Politikansätze wird von der internationalen Protestbewegung – was immer bedeutet: von vielen verschiedenen Bewegungen und Organisationen auf nationaler und lokaler Ebene – gründlich in Frage gestellt.

Die größte Gefahr für die Bewegung dürfte in nächster Zeit von der Metapher der *nachhaltigen Globalisierung* ausgehen. Natürlich nicht von dem Begriff selbst, sondern von dem damit transportierten Verständnis. Denn die »zivilgesellschaftlichen« Politikvorstellungen des Rio-Prozesses basierten lange

Zeit auf der Annahme, dass mit Kooperation, alternativer Expertise und dem Appell an die aufgeklärten Eigeninteressen in Wirtschaft und Politik das Leitbild durchgesetzt werden könnte. Die 90er Jahre haben besonders deutlich gezeigt, dass die damit verbundenen politischen Konzepte sich nicht als erfolgreich er-

wiesen haben. Oft genug dienten sie eher der Legitimation der »großen« Entscheidungen von Regierungen, Unternehmen und Medien. Diese konnten die ihnen genehmen Aspekte von Kritik herauspicken und sich auf diese Weise auch noch selbst legitimieren. Die neoliberale Globalisierung hat sich durchgesetzt – und zwar nicht kooperativ, sondern vor allem konfliktiv »von oben«. Heute zu meinen, dass dieser ungleich machtvollere Prozess wiederum mit Kooperation, Expertise und dem Appell an Einsichtsfähigkeit zu stoppen sei, ist bestenfalls naiv. Diesem Glauben nicht aufzusitzen, das ist einer der wichtigsten Beiträge der aktuellen globalisierungskritischen Bewegung. Und dies sollte nicht mit einer neuen Runde der »Hofferei« (Wolf-Dieter Narr) im nun anlaufenden Johannesburg-Prozess verschenkt werden. »Nachhaltige Globalisierung« – das könnte zum ideologischen Kitt des neoliberalen Scherbenhaufens werden. Wichtig wäre stattdessen in der öffentlichen Auseinandersetzung, den Glauben an die technokratischen Allheilmittel und das »Management« von Problemen infrage zu stellen. Selbstbestimmung, Menschenwürde und die Befriedigung elementarer Bedürfnisse werden nicht durch Effizienzdenken und Managerismus erreicht. Dagegen gilt es kritische Praxen zu stärken. Ob und wie diese sich auf die Formel der »nachhaltigen Entwicklung« beziehen, erscheint zweitrangig. Wichtiger scheint dagegen zu sein, wie konkrete Inhalte aufgegriffen werden, wie mit sozialen Interessen umgegangen und ob eine Kritik an den herrschenden Verhältnissen, d. h. eine umfassende Herrschaftskritik, mitgedacht wird. Vor allem wäre ein Glaube zu unterlaufen, der trotz und wegen allem pragmatischen Managerismus doch deren Fundament ist: der Glaube an die Unhintergebarkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse, an die Alternativlosigkeit kapitalistischer Globalisierung. Und gerade hier haben die Bewegungen der letzten Jahre die meisten Erfolge zu verzeichnen. Nicht eine »nachhaltige Globalisierung«, sondern die nachhaltige Zurückdrängung ihrer treibenden Kräfte muss das Ziel einer wirklich nachhaltigen Entwicklung sein. In diesen Auseinandersetzungen entwickeln sich bereits heute Alternativen, Reformvorschläge und Vorstellungen einer anderen, vielleicht dann »nachhaltig« genannten Gesellschaft.

spw 4/2002

### Literatur

- Annan, Kofi (2001): Implementing Agenda 21. Report from the Secretary General to the ECOSOC, [www.johannesburgsummit.org](http://www.johannesburgsummit.org)  
 Brand, Ulrich / Görg, Christoph (2001): Access & Benefit Sharing. Zugang und Vorteilsausgleich – das Zentrum des Konfliktfelds Bio  
 diversität, Hrsg. von Germanwatch und dem Forum Umwelt & Entwicklung, Bonn  
 Hauff, Volker; Hg (1987): Unsere gemeinsame Zukunft. Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Greven



### Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung

Der Fachinformationsdienst für Globalisierung, Nord-Süd und internationale Ökologie

Die 12 W&E-Monatsbriefe und ca. 6 Sonderdienste pro Jahr enthalten orientierende Kurzanalysen, Fachartikel und Beiträge zur **Strategiediskussion** der Bewegung für globale Gerechtigkeit. Die Rubriken **W&E-Update** und **W&E-Infospiegel** halten auf dem Laufenden mit Kurzinfor, Lesehinweisen und einer ausführlichen Terminvorschau. Jahresabo für Einzelpersonen 23,- €, für Institutionen, Organisationen und Medien 46,- €, jeweils zzgl. Versandkosten.

Abos und Probeexemplare: WEED, Bertha-von-Suttner-Pl. 13, D-53111 Bonn, Tel. +4228/766130, Fax 696470, E-mail: [weed@weedbonn.org](mailto:weed@weedbonn.org), Internet: [www.weedbonn.org](http://www.weedbonn.org)

# Wo war die linke Alternative zu Chirac?

## Wahlen 2002 in Frankreich

von Christian Rentzsch

Die Ergebnisse der französischen Präsidentschafts- und Nationalversammlungswahlen sind für die Linke enttäuschend. Zwar hat sie mehr Stimmen und mehr Abgeordnete als bei der letzten Wahlniederlage 1993 – aber sie hat eben verloren. Die Wahl eines affärenbelasteten Präsidenten schadet dem Ansehen der französischen Republik und der Demokratie, die Rechtsextremen haben erneut – zumindest bei den Präsidentschaftswahlen – ein besorgniserregendes Ergebnis erzielt und die Enthaltung oder besser gesagt die Nichtteilnahme an den Wahlen hat neue Rekordzahlen erreicht (39% im zweiten Wahlgang zur Nationalversammlung, zum Vergleich: 29% 1997 und 32% 1993).

### Sozialisten bleiben zentrale Kraft im progressiven Lager

Die Kommunisten haben sowohl bei den Präsidentschafts-, als auch bei den Nationalversammlungswahlen sehr stark verloren, auch wenn sie ihr Minimalziel von 20 Abgeordneten erreicht haben und mit 21 leicht darüber liegen. Die Grünen haben sich zwar in den Prozentzahlen gehalten, aber nur noch 3 Abgeordnete gegenüber 7 nach den Wahlen von 1997. Die Sozialistische Partei bleibt so nach den Nationalversammlungswahlen die zentrale Kraft im progressiven Lager (138 Sitze, 35%).

Einzig die republikanische Mobilisierung gegen rechtsextrem nach dem ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahl war ein Lichtblick, und man sollte nicht vergessen, dass Chirac mehr Stimmen aus dem linken als aus dem rechten Lager im zweiten Wahlgang erhielt.

Die vielen Affären Chiracs ließen Jospin glauben, er würde in Präsidentschaftswahlen bessere Siegeschancen haben, als in Parlamentswahlen. Vor allem aber, war Jospin die Cohabitation ein Dorn im Auge, und er war sich sicher, dass es günstig sei, die Präsidentschaftswahlen vorzuziehen, um eine neue Cohabitation zu verhindern. Im Nachhinein kann man feststellen, dass Jospin seine Siegeschancen überschätzt hat, aber recht damit hatte, dass nach einer Prä-

sidentschaftswahl der Wahlsieger auch eine parlamentarische Mehrheit erzielt. Die Chirac-Partei hat jetzt die absolute Mehrheit mit 47% der Stimmen 309 Sitzen in der Nationalversammlung erungen.

### Die Alternative zur neoliberalen Politik war nicht erkennbar

Die Ursachen für diese Lage sind vielfach, einige sind sicherlich rein französisch, andere eher europäisch und weltpolitisch.

Aber sprechen wir das Kernproblem an: in der Gesellschaft fehlt eine weit geteilte soziale progressive Alternative zur neoliberalen Politik. Dieses Problem gilt weltweit. Die sozialistische und sozialdemokratische Bewegung müsste diese Politik vertreten, tut es aber meistens nicht. Wenn ihr aber das Image einer sozialliberalen Partei anheftet, so verliert sie die Wahlen, es sei denn, den rechten

Parteien fehlt jede Glaubwürdigkeit. Eines der Probleme des französischen Wahlkampfes war es, dass Jospin sich in eine sozialliberale Ecke hatte stellen lassen. Das ist umso trauriger, da vieles dafür spricht, dass das nicht voll und ganz Jospins Orientierung entspricht, sondern seinem Willen bürgerliche Wählerstimmen zu gewinnen. Jospin sagte dem Wähler: stimmt für mich, denn ich bin anständig und versuche, eure Probleme so gut wie möglich zu lösen. In den nächsten fünf Jahren fahre ich damit fort, was ich bis jetzt getan habe, und Sorge dafür, dass die Arbeitslosenzahl erneut um 900 000 fällt. Das war den französischen Wählern aber wohl zu wenig. Wer keine Arbeit hat, möchte welche. Positive Statistiken reichen ihm nicht.

### Die Gauche Socialiste im Wahlkampf

Die Gauche Socialiste hat den Wahlkampf natürlich nach besten Kräften unterstützt



und versucht, linke Impulse in der Programmdebatte zu setzen.

So hat Jospin sich nicht in der Rentenfrage festgelegt, während Vertreter der sozialliberalen Linie eine Reform forderten: derzeit hat man in Frankreich vollen Rentenanspruch bei 40 Jahren Beitragszahlungen in der Privatwirtschaft und 37,5 im öffentlichen Dienst. Michel Sapin ein Minister Jospins forderte 40 Jahre für alle, während Gewerkschaften und linke gegen diesen sozialen Rückschritt sind.

So hat Jospin Marie-Noëlle Lienemanns Idee einer Politik des Wohnungsbaus mit dem Ziel genügend Wohnraum für alle zu schaffen, so dass es keine Obdachlosen mehr geben muss, aufgegriffen.

Unter dem Strich hat Jospin sich aber zu wenig links orientiert, so dass er gerade dort viele Wählerstimmen verloren hat. Außerdem hat die Vielzahl (5 linke und 3 linksextreme) von linken Präsidentschaftskandidaten unser politisches Lager gespalten. Die Linke hat verloren, weil sie es nicht geschafft hat, die Gesellschaft zu mobilisieren. Jetzt hat die Rechte freie Bahn, um neoliberale Politik durchzusetzen. Die Aufgabe der Sozialisten ist es, parlamentarisch und gesellschaftlich dagegen zu halten. Im Zuge der Wahlen haben einige Sozialliberale, von Laurent Fabius angeführt, angefangen, zu versuchen die Partei unter ihre Kontrolle zu bringen. Die Linken, Gauche Socialiste und der Abgeordnete Henri Emmanuelli, halten zusammen mit Martine Aubry (ehemalige Ministerin und derzeit Bürgermeisterin von Lille) dagegen. Sie werden versuchen, beim nächsten Parteitag im Frühjahr 2003, ihre Positionen in der Partei zu stärken, damit diese in Zukunft eine klare linke Politik vertritt, denn diese Politik ist es, die den Menschen wieder Hoffnung in die Zukunft geben kann.

spw 4/2002

# Marx als Philosoph

Zu Marx in Soho – Staatstheater Kassel 19.1.2002

Wolfdietrich Schmied-Kowarzik

Wir haben gerade das sehr spritzige und hintergründige Stück von Howard Zinn *Marx in Soho* gesehen, das man vielleicht erst dann ganz goutieren kann, wenn man die Biographie von Marx etwas kennt. Aber auch der, der mit dieser Biographie nicht so vertraut ist, wird durch die kongeniale Darstellung von Marx durch Wolfram Mucha den pfiffigen Grundton dieses Stückes miterlebt haben.

Pfiffig ist das Stück, weil es Marx liebevoll entmythologisiert, sowohl den heroisierten als auch den verteufelten Marx, und es kommt mit einer guten Portion Schalk ein ganz gewöhnlicher Ehemann, Vater und Freund in seinen alltäglichen Existenzsorgen und Hoffnungen zum Vorschein.

In einem ganz anderen Bereich möchte ich in Thesen etwas Analoges zu *Marx in Soho* versuchen, ich möchte den Philosophen Marx wieder in die Normalität der Philosophie heimholen.

Sie wissen sicherlich, dass Karl Marx, der 1841 über die klassische griechische Philosophie promoviert wurde und auch sonst keine unbedeutenden philosophischen Werke geschrieben hat, an Philosophischen Fakultäten westdeutscher Universitäten kaum gelehrt wurde und wird. Das war bis zu Beginn der 70er Jahre des 20. Jhs. so und ist nach einer kleinen Unterbrechung von zwei Jahrzehnten mit wenigen Ausnahmen auch heute wieder so.

Wir haben hiermit ein spezifisch deutsches Phänomen vor uns, denn von Japan bis Südamerika gehört Karl Marx selbstverständlich zum Kanon philosophischer Denker, an dem man als Student der Philosophie schon allein philosophiegeschichtlich gesehen, nicht vorbei kommt.

Nun könnte man dies vielleicht als ein Relikt des Kalten Krieges in unserem zweigeteilten Land deuten: Was im Osten zuviel an Personenkult mit Marx getrieben wurde, versuchte man im Westen mit radikaler Ignoranz wettzumachen. Aber die Teilung ist schon ein Jahrzehnt vorbei und geblieben ist die fast totale Fehlanzeige von Auseinan-

dersetzungen mit Marx als Philosoph, stattdessen vernebelt eine wilde Gerüchteküche weiterhin die Medien aller Art.

Ich will hier nicht den Gründen dafür nachgehen, sondern – rückgreifend auf Bücher, die ich bereits in den 80er Jahren vorgelegt habe – in sechs Thesen eine Heimholung von Karl Marx in die Philosophie anregen.

1. Marx hat nicht nur seine Dissertation über die klassische griechische Philosophie vorgelegt, sondern auch bis in sein Spätwerk hinein auf Platon und Aristoteles Bezug genommen. So merkt er auch in seinem späteren Hauptwerk *Das Kapital* an, dass es Aristoteles war, der als erster die Grunddifferenz zwischen der Gutswirtschaft (Oikonomia) und der Gelderwerbswirtschaft (Chrematistik) herausgearbeitet hat. Die Handlungskreisläufe und die Zielsetzungen der Oikonomia sind immer an dem Wohlergehen der Mitglieder des gutwirtschaftlichen Hauses orientiert. Die Chrematistik dagegen hat die unnatürliche, ja perverse Struktur an sich, dass hier mit Geld mehr Geld erwirtschaftet werden soll und dies ein grenzenloser Vermehrungstrieb sei, der alle menschlichen und natürlichen Kreisläufe durchbricht und gefährdet. Aristoteles ist nun der Überzeugung, dass die Politik die Grenzenlosigkeit der Gelderwerbswirtschaft in ihre Kontrolle bekommen muss. Anders sein Lehrer Platon, er war der Überzeugung, dass Geld und Ehrgeiz jegliche Polisgemeinschaft zersetzen, und dass erst dort die Gerechtigkeit die Polis bestimmen kann, wenn der ungleiche Besitz unter den Bürgern aufgehoben sein wird. Daher denkt Platon in sehr drastischer Form über die Möglichkeiten einer kommunistischen Gemeinschaft nach.

2. Schon dies zeigt uns, dass sich Marx in einer guten alten philosophischen Tradition befindet. Doch springen wir in die Neuzeit, zur bürgerlichen Philosophie seiner Zeit. Die Marx-Rezeption in den Staaten des realen Sozialismus wurde uns immer wieder weiß zu machen versucht, dass Marx ein Gegner der bürgerlichen Errungenschaften gewesen sei. Dies ist Unsinn, Marx ist kein Gegner der

bürgerlichen Errungenschaften, sondern sie gehen ihm nicht weit genug – und das ist etwas völlig anderes. Viele die Marx verteideln, wissen wahrscheinlich nicht, dass der junge Marx in seiner Kritik an Hegels Rechts- und Staatsphilosophie von 1843 die philosophisch differenzierteste Verteidigung der Demokratie geschrieben hat, die je in unserer Tradition verfasst worden ist, die argumentativ noch über Rousseau hinausgeht.

Wenn er bereits wenige Monate später darüber hinausgeht, so nicht um die Demokratie zu beseitigen, sondern um sie zu überhöhen. Die bürgerliche Emanzipation ist nicht nur eine politische, d.h. sie macht die Menschen als Staatsbürger gleich, aber sie lässt die soziale Ungleichheit unangetastet bestehen, sie macht Halt vor der ökonomischen Entwicklung, die sie dem Wildwuchs der Privatsphäre überlässt. Daher fordert Marx nun eine über die bürgerliche, die politische Emanzipation hinausgehende *menschliche Emanzipation*, durch die die soziale Gleichheit der Menschen in einer menschlichen Gesellschaft verwirklicht werden kann. („Jeder nach seinen Leistungen, jedem nach seinen Bedürfnissen“)

3. Wenn man über die Errungenschaften der bürgerlichen Emanzipation hinaus an die darüber hinausgehende menschliche Emanzipation herankommen will, so muss man zu einer kritischen Analyse der herrschenden politischen Ökonomie (so die Übersetzung der englisch-französischen Bezeichnung der seit der Neuzeit herrschenden kapitalistischen Wirtschaftsform), denn in ihr werden durch unser aller Mitwirkung tagtäglich die Gegensätze von Reichtum und Armut und alle anderen Formen sozialer Ungleichheit reproduziert.

Der Marxsche Kerngedanke ist der der Dialektik gesellschaftlicher Praxis: Überall seit es Menschen auf Erden gibt, erzeugen die Menschen nicht nur die Lebensmittel und Produktionsmittel zu ihrer Lebenserhaltung, sondern sie erzeugen damit auch die Bedingungen ihres sozialen Zusammenlebens. Dies aber, dass die Menschen durch ihre gesellschaftliche Arbeit auch ihre sozialen Verhältnisse produzieren, geschieht ihnen unbewusst. Auch wir merken nicht, inwiefern wir allein schon durch Kauf und Verkauf von Waren und Dienstleistungen das bestehende System immer wieder neu reproduzieren und damit soziale Ungleichheiten bekräftigen und erneuern.

Da die Menschen in gesellschaftlicher Arbeit – wenn auch bewusstlos – ihre gesell-

Prof. Dr. Wolfdietrich Schmied-Kowarzik, lehrt Philosophie an der Universität Gesamthochschule Kassel, er lebt in Kassel

Mit diesem Aufsatz setzen wir die Dokumentation der Beiträge fort, die in einer Diskussionsreihe anlässlich der Inszenierung von „Marx in Soho“ (von Howard Zinn) gehalten wurden, die am Kasseler Staatstheater stattgefunden hat (Siehe hierzu die Beiträge in spw 124, S. 50/51 sowie spw 125, S. 39/40).

schaftlichen Verhältnisse selbst hervorgebracht haben und hervorbringen, muss es auch möglich sein, dass sie mit Bewusstsein und in solidarischer Kooperation diese Verhältnisse auch verändern, umwälzen können. Aber es besteht nicht nur die Möglichkeit dazu, sondern inzwischen auch die Notwendigkeit, wenn die Menschen menschlich überleben wollen. Denn die (bewusstlose) Vergesellschaftung weltweiter ökonomischer Entwicklungen – wir nennen diese heute Globalisierung – hat einen Grad angenommen, wo die menschlichen Produktivkräfte – wenn sie nicht bewusst gesteuert werden – in Destruktivkräfte umschlagen. Wir kennen alle allein aus der Zeitung genügend Beispiele: dass die BSE-Krise bei uns in Europa für 100.000 von Kindern und älteren Menschen in Afrika den Hungertod bedeuten kann, und dass die Tarifvereinbarungen heute über die Möglichkeit der Arbeitsfindung unserer Kinder und Kindeskinde mitentscheiden.

4. Von diesem philosophischen Grundgedanken her ist Marx an sein Projekt der *Kritik der politischen Ökonomie* herangegangen, das er nur im aller ersten Teilstück des ersten Bands *Das Kapital* selbst noch vollendet hat. In dieser *Kritik der politischen Ökonomie* versucht Marx kritisch herauszuarbeiten, nach welchen Gesetzmäßigkeiten die kapitalistische Produktionsweise funktioniert. Wie jede andere Gesellschaftsformation auch, ist die kapitalistische Wertökonomie auf die die Reichtümer hervorbringende lebendige Arbeit der Menschen, aber auch die Reichtümer der Erde (Lebensmittel und Rohstoffe) angewiesen, aber gemäß ihrer inneren Wertlogik ist die kapitalistische Ökonomie nicht an den menschlichen Lebensbedürfnissen interessiert, sondern allein – wie dies Aristoteles für die Gelderwerbswirtschaft aufzeigte – an der unendlichen Kapitalvermehrung, der Akkumulation des Kapitals.

Dies führt – das ist der zentrale Gedanke von Marx *Kritik der politischen Ökonomie* –, wenn wir nicht bewusst und solidarisch etwas dagegen tun, notwendig zu einem

Konflikt, der sich gegen die arbeitenden Menschen und ihre Lebensqualität wendet. Denn all die ökonomischen Phänomene mit ihren sozialen Konsequenzen, die wir alle aus der täglichen Berichterstattung kennen – wie strukturell zunehmende Arbeitslosigkeit, wie die Ausplünderung der Dritten Welt, die Verseuchung der Biosphäre – sind im letzten nur Ausdruck dafür, dass die herrschende kapitalistische Wertökonomie in ihren Akkumulationsprozessen nur an ihrer eigenen Wertvermehrung, nicht aber an der Erhaltung und Steigerung der Lebensqualität aller Menschen interessiert ist.

5. Philosophisch hat Karl Marx – und das müssen sogar seine größten Widersacher anerkennend einräumen – der politischen Philosophie eine neue Form gegeben, nämlich die der Kritik. Hatte die vorhergehende Philosophie – insbesondere die Hegels – darauf bestanden, dass sie als Philosophie nicht in die bestehende Welt eingreifen, sondern diese in ihrem Wesen nur erkennen könne und dürfe. (Hegel: „Die Vernunft als die Rose im Kreuze der Gegenwart zu erkennen und damit dieser sich zu erfreuen, diese vernünftige Einsicht ist die *Versöhnung* mit Wirklichkeit...“)

Für Marx dagegen steht die politische Philosophie vor der Aufgabe, das Kreuz der Gegenwart, in dem die Rose gefangen ist, kritisch herauszuarbeiten, damit die das Kreuz erkennenden Menschen in die Lage versetzt werden, bewusst und solidarisch gegen dieses anzukämpfen. Die Marxsche Philosophie ist eine kritische Philosophie gesellschaftlicher Praxis, die nicht etwa für sich als Philosophie die Welt zu erkennen versucht, sondern sich – wie es Marx sagte – im Dienste der Geschichte zu begreifen und die Menschen dadurch zu einer selbstbestimmten und solidarischen Bewältigung ihrer (bewusstlos selbst erzeugten) gesellschaftlichen und geschichtlichen Probleme zu verhelfen hat.

6. Der Philosoph Marx gibt uns keine Heilsbotschaft und er gibt uns keine Rezepte an die Hand, er ist – wie uns das Stück *Marx in*

*Soho* vorgeführt hat – ein menschlicher Mensch mit all seinen Schwächen und Schrüllen und dies nicht nur im familiären Leben, sondern auch als Philosoph, aber wir können eine philosophische Aufgabenstellung lernen, die wir für uns zu bewältigen haben: nämlich unserer geschichtlichen Verantwortung als Menschen nachzukommen.

Was Marx in seiner *Kritik der politischen Ökonomie* kritisch als die Wertlogik des Kapitals aufgedeckt hat, hat sich – wenn man sein Werk philosophisch zu lesen versteht – in all seinen Punkten nicht nur als zutreffend erwiesen, sondern wir wissen heute, dass die Kapitalakkumulation viel rasanter voranschreitet und daher für uns Menschen viel gefährbringender ist, als es Marx im 19. Jh. vorausahnen konnte.

Die Ausbeutung der arbeitenden Menschen hat nicht abgenommen, im Gegenteil sie hat sich drastisch verschärft. Allerdings hat sich dieser Konflikt aus den Industrienationen des Nordwestens weitgehend herausverlagert in einen Konflikt zwischen den Industrienationen und den Länder der Dritten Welt.

Die Ausplünderung der Natur und ihre Vergiftung, vor denen Marx bereits sehr eindringlich warnte, hat inzwischen verheerende und bedrohliche Formen zumindest für die kommenden Generationen angenommen. Hier ist es immer wieder notwendig an die eindringlichen Sätze von Karl Marx aus dem dritten Band des *Kapitals* zu erinnern: „Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie als *boni patres familias* den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen.“

Mit seiner kritischen Philosophie gesellschaftlicher Praxis gibt uns Karl Marx keine Lösungen vor sondern weist uns auf die gesellschaftspolitischen Aufgaben hin vor die wir gestellt sind und die wir zu lösen haben. Gerade dies macht ihn für uns zu einem bedeutenden Denker, von dem wir noch viel zu lernen haben werden.

spw 4/2002

## SPÖ und SPD haben viel gemeinsam.

Franz Vranitzky sollte Schröder ein Beispiel sein.

Von Matthias Micus

Es stehen Wahlen an in Deutschland, doch trotz einiger geschickter Manöver, trotz manch erfolgreich durchgesetzter Reformen und eines wenig überzeugenden Er-

scheinungsbildes der großen Oppositionspartei, dümpeln die Wahlaktien von Schröder und Co. im Demoskopen-Keller. Sollten die Sozialdemokraten im September tat-

sächlich den Weg zurück auf die harten Oppositionsbänke antreten müssen, werden die Analysen wieder schnell bei der Hand sein, die die Niederlage auf das geringe Wirtschaftswachstum, die hohe Arbeitslosigkeit, kurzum: die schlechten ökonomischen Basisdaten, zurückführen. So plausibel diese Begründung ist, entspricht sie doch nicht den jüngst gemachten Erfahrun-

Matthias Micus studiert Politikwissenschaft, Soziologie sowie Geschichte und arbeitet am Politikwissenschaftlichen Seminar der Universität Göttingen

gen auf internationaler Ebene. Auch in Dänemark und Norwegen wurden kürzlich sozialdemokratisch geführte Regierungen abgewählt, bei der Präsidentschaftswahl in Frankreich ganz aktuell der sozialistische Premierminister abgestraft – unbeachtet einer anhand wirtschaftlicher Kriterien erfolgreichen Politik. Diese Beispiele beweisen, dass bloßer ökonomischer Erfolg noch lange kein Garant für einen politischen Wahlerfolg ist. Freilich hätte es dazu nicht erst der skandinavischen und französischen Ereignisse bedurft, boten doch bereits die österreichischen Erfahrungen während der Kanzlerschaft Franz Vranitzkys Anschauungsmaterial zur Genüge.

Nun gibt es heute, wie zu jeder anderen Zeit auch, viele Bezeichnungen zur Symbolisierung des aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungsstandes. Wie das Gemeinwesen, in dem wir leben, nun aber wirklich genannt werden soll, ob Dienstleistungs-, Wissens- oder Informationsgesellschaft, ob Moderne, Postmoderne oder gar Post-Postmoderne, darüber herrscht noch keine Klarheit. Unbestritten aber scheint zu sein, dass im politischen Bereich die Medien eine immer wichtigere Rolle spielen, die Personalisierung zunimmt und somit der Person des Spitzenkandidaten gegenüber der Parteiorganisation eine historisch unvergleichbare Bedeutung für den Wahlausgang zukommt. Insofern ist es angemessen, auf die Spitzenpolitiker – Vranitzky und Schröder – zu rekurrieren und auf der Grundlage eines Vergleiches Ursachen der elektoralen Probleme zu benennen und Lehren zu ziehen.

Dieser Vergleich bietet sich v.a. deshalb an, weil Franz Vranitzky – jenseits aller Differenzen in der öffentlichen Selbstdarstellung – ähnlich telegen war wie Schröder, die mediale Darstellung auch zu seinen Stärken gehörte und beider Sympathiewerte vergleichbar konstant über denen ihrer Parteien lagen bzw. liegen. Eine Parallele aber fällt

bei der Betrachtung des österreichischen Alt-Kanzlers und des deutschen Amtsinhabers besonders ins Auge. Beide sind proletarischer Abstammung, befanden sich einmal weit unten, wuchsen unter ärmlichen Verhältnissen auf und kämpften sich bis ganz nach oben, an die jeweilige Spitze ihres Staates. Entscheidend ist nun, dass bei beiden – dem Marxschen Determinismus vom Sein, welches das Bewusstsein bestimmt entsprechend – aus der Herkunft ableitbare Tugenden auszumachen sind, die den politischen Werdegang wie Standpunkt wesentlich prägten. Keinem war der spätere Erfolg in die Wiege gelegt, beide mussten früh lernen, dass man sich durchbeißen, hochrackern muss, dass das Leben eine permanente Herausforderung ist, der man sich ständig aufs Neue zu stellen hat. Sie entwickelten, was Arbeiterkinder entwickeln müssen, wenn sie sozial aufsteigen wollen, nämlich Eifer, Beharrlichkeit und Willensstärke. Die in der Herkunft verwurzelte Leistungsbereitschaft ist ein wesentlicher Faktor des späteren Erfolges, mit mittelmäßigem Ehrgeiz hätte er nicht erreicht werden können. Schröder führte er über Parteiämter und die Landespolitik an die Spitze von Sozialdemokratie und Staat, Vranitzky gut österreichisch über Posten in der verstaatlichten Wirtschaft. Solche Typen sind bodenständig, undogmatisch und machtbewusst, an Theoriedebatten haben sie wenig Interesse. Abstrakten Plänen zur Verbesserung der Welt ziehen sie konkrete Maßnahmen vor, theoretischem Rechthaben die praktische Macht. Insbesondere aus der Erfahrung relativer Machtlosigkeit gespeistes, kompensatorisches Machtbewusstsein leitet sie. Sie haben erfahren, was es heißt, machtlos zu sein, immer Leuten gegenüberzustehen, die einflussreicher sind, seien es in der Schule die Bürgerkinder, die qua Geburt von den Lehrern anders behandelt wurden, im Arbeitsleben die Arbeitgeber oder im

sozialen Leben die Honoratioren, denen aufgrund gesellschaftlicher Stellung Achtung zufließt. Der Wunsch, die eigene Stellung durch sozialen Aufstieg zu verlassen, speiste sich im Wesentlichen aus dem Willen, zu dieser anderen Seite zu gehören, aus dem Streben nach Einfluss, Respektabilität und Anerkennung. Gerhard Schröder legt dafür bereidt Zeugnis ab, wenn er bekennt, Macht fasziniere ihn „seit jenem Moment, da ich, ohne weiter führenden Schulabschluss und höhere Perspektiven im Westfälischen als Lehrling hinterm Ladentisch stand“. Bestandteil dieses Machtwillens ist die Eigenschaft, von jeder erklommenen Sprosse der Karriereleiter das Augenmerk gleich wieder auf die nächst höhere zu richten, sich mit Halbheiten nicht zufrieden zu geben, „die ganze Grüte (zu wollen), und nicht nur einen Teller voll“. Die Spitze ist das Ziel. Dort oben angekommen, gilt es, sich zu halten – und sei es gegen die Bedenken der eigenen Genossen. So erneuerte Franz Vranitzky nach der Nationalratswahl 1995 das Regierungsbündnis mit Wolfgang Schüssel, obwohl jener die Wahl mit seiner Aufkündigung der erst 11 Monate zuvor gebildeten Regierungskoalition überhaupt erst nötig gemacht hatte und trotz des Drängens des linken Parteiflügels auf Erneuerung und Regeneration der damals schon ausgelaugten Partei in der Opposition.

Noch ein weiteres bedeutsames Verhaltensmoment wurzelt in der frühen Sozialisation. Menschen, die in ihrer Vita ein angestammtes gesellschaftliches Milieu verlassen und in ein anderes hinüberwechseln, neigen in ihrem neuen Lebenszusammenhang zur Überanpassung, zum quasi prophylaktischen Beweis ihrer Zugehörigkeit. Gerade die Sozialdemokratie hat in ihrer Geschichte mit diesem Phänomen Erfahrung und von ihm auch beträchtlich profitiert. Denn zahlreiche Bildungsbürger, deren Herkunft gänzlich unproletarisch war und deren politischer Ort eigentlich der organisierte Liberalismus hätte sein müssen, die sich aber von ihrer Herkunftsklasse aufgrund mangelnder Prinzipienfestigkeit abgestoßen fühlten, fanden in der Sozialdemokratie eine neue Heimat. Hier trugen sie dann oftmals nicht nur nicht zu einer Annäherung von Arbeiterschaft und Bürgertum sowie einer Öffnung der Arbeiterbewegung bei, sondern förderten noch die sozialistischen Dogmen und gebärdeten sich besonders radikal. Bei Aufsteigern mit proletarischer Vergangenheit scheinen dieselben Effekte, nur spiegelbildlich umgedreht, wirksam zu sein. In arrierte gesellschaftliche Kreise emporgearbeitet, mit sozialer Anerkennung bedacht, tragen sie ihre bürgerlichen Insignien demonstrativ zur Schau. In diesem Sinne präsentierte sich Vranitzky als Golfspieler und Trüffelkoch; während Schröder in feinem Zwirn mit Zigarre für eine Modezeitschrift posierte und generös



Foto: Christian Kiel (Berlin)



eine Zuschauerin der Sendung „Wetten dass...“ in seiner Kanzlerlimousine nach Hause chauffieren ließ. Aus demselben Grund sind beide in der Vergangenheit immer durch besondere Nähe und Vertrautheit zu den Wirtschaftsbossen aufgefallen, ein jeder ein „Genosse der Bosse“. Und schließlich zeigte sich bei den Neu-Bürgern ein Verhaltensmerkmal, das in gleicher Weise auch bei den Neu-Proletariern festgestellt werden konnte – nur in gegensätzlicher Ausprägung. Dogmatisierten diese mit ihrer Hinwendung zur Arbeiterschaft die sozialistische Theorie, so nahmen jene mit ihrem Aufstieg Abstand von jeglicher Utopie. Vranitzkys Satz, „Wer Visionen hat, braucht einen Arzt“, steht paradigmatisch für diese Einstellung.

So fremd jedenfalls den bürgerlichen Sozialdemokraten zur Jahrhundertwende die Interessen ihrer ursprünglichen Sozialgruppe geworden waren, so sehr scheinen sich Vranitzky wie Schröder im Verlauf ihrer politischen Karrieren von den Anliegen ihrer Herkunftsschicht entfernt zu haben.

Die Resultate, die eine dadurch geprägte Politik für die Wahlchancen der Sozialdemokratie zeitigt, lassen sich am österreichischen Beispiel inspizieren. Trotz anhaltend hervorragender Sympathiewerte für den Politiker Vranitzky verlor die Partei unter seiner Führung bei 4 von 5 Wahlen. Der Anteil sozialdemokratischer Wählerstimmen schrumpfte zwischen 1986 und 1996 von 43% auf 29%. Sprechen schon diese Gesamtdaten für sich, so werden hierdurch doch zwei Entwicklungen überdeckt, durch die die Probleme der Sozialdemokraten noch potenziert werden.

Gemeint sind einerseits die deutlich überproportionalen Wahlverluste in der Arbeiterschaft. Selbst bei dem einzigen SPÖ-„Wahlsieg“ unter Vranitzky, der Nationalratswahl 1995, als die Sozialdemokraten ihr Ergebnis von 1994 um 4 Prozentpunkte auf 38% verbessern konnten, gleichwohl 5 Prozentpunkte unterhalb des Ausgangswertes von 1986 lagen, hatten sie im Vergleich zur 1986er Wahl bei den Arbeitern 16 Prozentpunkte verloren. Diese Verluste bezogen sich auf die gesamte Arbeiterschaft, auf die Facharbeiter ebenso wie auf die an- und ungelerten Arbeiter. Die einstmaligen Gegner so gut wie uneinnehmbaren Bastionen der Arbeiterschaft (1986 votierten noch 57% der Arbeiter für die SPÖ) waren 1995/96 arg geschliffen, die Verluste bei den sogenannten Kernschichten fielen besonders hoch aus. Die Freiheitlichen, die in diesen Jahren ihren Siegeszug antraten, zogen mit den Sozialdemokraten in diesem Wählersegment annähernd gleich. Die Stimmen aber, die Vranitzkys wirtschafts- und sozialpolitischer Kurs bei den Arbeitern kostete, konnten in anderen Bevölkerungsgruppen nicht auch nur annähernd kompensiert werden. Wenn seine Regierungszeit

überhaupt für etwas stand, dann war es die Abkehr von Kreiskys Wirtschaftspolitik. Vranitzky propagierte die Notwendigkeit von Haushaltskonsolidierung und Wirtschaftsbelebung, er initiierte die Privatisierung der verstaatlichten Wirtschaft, senkte die Steuern und ließ Sparpakete schnüren. Damit griff er Forderungen auf, wie sie von den österreichischen Konservativen und von Wirtschaftswissenschaftlern seit langem gestellt wurden und wie sie im neo-liberalen Mainstream der Zeit lagen. Den Verlusten bei der Arbeiterschaft standen jedoch kaum Gewinne bei den von Vranitzky umworbenen Schichten gegenüber. 1995 wählten immer noch nur 18% aus der Gruppe der Selbständigen und der freien Berufe SPÖ. Das war zwar gegenüber 1986 eine Steigerung von 4 Prozentpunkten, im Vergleich zum Anteil bei Facharbeitern bzw. an- und ungelerten Arbeitern (40 bzw. 43%) aber nach wie vor ein bescheidener Wert und im Vergleich zu den Verlusten in diesem Bereich ein ebenso bescheidener Zuwachs.

Mit der zweiten durch die akkumulierten Daten verdeckten Entwicklung sind die sozialdemokratischen Verluste bei den Jungwählern gemeint. Setzt man wieder die Wahlergebnisse von 1986 und 1995 zueinander ins Verhältnis, so übertreffen die Reduktionen bei den 18-29jährigen wie bei den 30-44jährigen (-9 und -7 Prozentpunkte) das Gesamtminus von 5 Prozentpunkten noch. Dieser Trend mutet auf den ersten Blick paradox an. Schließlich müssten es doch gerade die jüngeren Wählergruppen in ihrer Funktion als Avantgarde der gewandelten Beziehung zwischen Wählern und Parteien sein, die in pragmatischen Politikern die angemessenen Sachwalter ihrer Interessen erblicken. Denn wo infolge der Milieuerosion ideologische und gewohnheitsmäßige Bindungen zu den Parteien abnehmen, da würden rationale Wahlmotive deren Platz einnehmen, würden zunehmend durchgesetzte Entscheidungen, politisches Handeln, realisierte Ergebnisse die Wahlentscheidung beeinflussen. Und „pragmatisch“ war eines der am häufigsten auf Vranitzky angewandten Attribute, der insofern gerade bei diesen Wählern hätte Erfolg haben müssen. Das scheinbare Paradoxon löst sich allerdings auf, betrachtet man die Bedeutung des Wortes Pragmatismus genauer. Denn dann steht Pragmatismus für „ein zielgerichtetes Handeln, das am praktischen Erfolg gemessen wird“. Voraussetzung pragmatischen Handelns wäre folglich die Existenz eines Zieles. Dieses zu erreichen, Wege und Möglichkeiten zu seiner Verwirklichung einzuschlagen, wäre demnach das Wesen des Pragmatismus, Handlungsprinzip eines pragmatischen Politikers. Und genau in diesem Sinne war Vranitzky eben nicht pragmatisch, vielmehr dessen Gegenteil. Es ermangelte ihm an einem Ziel,

einer Vision oder Zukunftsvorstellung, der zufolge er das Land zu reformieren gedacht hätte. Er schien deshalb zu administrieren statt zu handeln, zu verwalten statt zu gestalten. „Wenn er einen Weg ging“, so Robert Menasse, „wie den in die EU, dann deshalb, weil der Weg ihn trug wie ein Förderband“. Ohne klare Zielvorstellungen galt er bald als Getriebener, als jemand, „dem in den heraufziehenden Stürmen des Zeitalters der Globalisierung der Kompass fehlte“. Gerade zu Zeiten, in denen überlieferte Milieus ihre Bindekraft verlieren, suchen die Menschen nach einem neuen Kitt, der nach Lage der Dinge nur in einer inspirierenden und integrierenden Botschaft, in einem spezifischen Gestaltungsversprechen begründet sein kann. Diese neuartigen, pragmatischen Bedürfnisse konnte Vranitzky trotz aller ihm zugeschriebenen Modernität nicht erfüllen, weshalb ihm die Wählerschaft der Zukunft, die jüngeren Jahrgänge, überproportional von der Stange liefen.

Und das alles, obwohl die ökonomischen Basisdaten auf eine erfolgreiche Politik schließen lassen konnten: der Landstrich zwischen Bregenz und Eisenstadt verfügte am Ende der Ära Vranitzky über die drittbesten aller Wirtschafts- und Sozialdaten in Europa, er hatte mit einer Arbeitslosigkeit von 4% gegenüber 11,3% im EU-Durchschnitt deutlich unterproportionale Arbeitsmarktprobleme und konnte darüber hinaus die EU-weit geringsten Werte in puncto Jugendarbeitslosigkeit vorweisen.

Das oben Genannte lässt sich deswegen so gut auf Deutschland übertragen, da jenseits der politischen Spitzenkräfte auch SPÖ und SPD und im weitesten Rahmen beide Länder überhaupt große Ähnlichkeiten aufweisen. Beide Parteien haben eine bedeutende Vergangenheit als Mitglieder- und Milieuparteien vorzuweisen. Ihre Mitglieder organisierten sie nicht nur politisch sondern auch in einem breit gefächerten sozialen und kulturellen Raum, die Milieus umfassten eigene Sport-, Gesangs- und Wandervereine, spezielle Bildungseinrichtungen und Theatergruppen, spezifische Erziehungsmethoden und Bestattungsszenarien. Man stellte Versuche mit einer eigenen Sprache – dem Esperanto – an, um die internationalen Verständigungsschwierigkeiten zu überwinden, feierte eigene Feste und erstrebte die Erziehung zu „neuen Menschen“. Beide Parteien prägten zudem jahrelang weit über ihre nationalen Grenzen hinaus die internationale sozialistische Bewegung. Besaß vor dem Ersten Weltkrieg die deutsche Sozialdemokratie Vorbildcharakter für die anderen sozialistischen Parteien, so war es in der Zwischenkriegszeit ihre österreichische Schwester, die die staunenden Blicke auf sich zog. Das lag einmal an ihren Leistungen und ihrer Organisationsdichte im „roten“ Wien und an der Tatsache, dass der Austromarxismus lange Jahre die Ab-



spaltung einer kommunistischen Partei verhindern konnte; und andererseits daran, dass mit Otto Bauer der damals wohl bedeutendste theoretische Kopf des internationalen Sozialismus in Wien wirkte. Blickt man auf die sozialistischen Theoretiker genauer, so fällt eine weitere Parallele zwischen deutscher und österreichischer Sozialdemokratie auf. Von Karl Kautsky über Otto Bauer und Karl Renner bis zu Rudolf Hilferding besaßen die Chefideologen beider Parteien einen gemeinsamen Hintergrund: sie alle hatten ihr Handwerkszeug an der Universität Wien mitbekommen.

Bemerkenswerte Gemeinsamkeiten gibt es auch zwischen Deutschland und Österreich allgemein, zumindest was die Mentalität der Bevölkerung angeht. Weder hier noch dort fanden in der jüngeren Geschichte Revolutionen statt, in der Bundesrepublik wie in der Zweiten Republik zog die Mehrheit im Zweifelsfall dem Unbekannten das Vertraute, dem Sturm die Ruhe vor. Selbst wenn, wie 1918, der Bankrott des Überkommenen endgültig und ein Neuanfang unausweichlich war, präferierte man konsensorientiertes Anpassen vor konsequentem Wandel. Die Aussage des ehemaligen Chefredakteurs des Nachrichtenmagazins „profil“, Hubertus Czernin, dass wenn „anderswo Revolutionen und bewusst vorgenommene Kontinuitätsbrüche neue staatliche und nationale Wirklichkeiten schaffen, Österreich wie die Müllabfuhr durch die Geschichte (fährt), die alles aufammelt, was sich ihr in den Weg stellt“, gilt genauso für Deutschland. Auch hier wurden 1918/19 „als die demokratische Republik über die autokratische Monarchie siegte (...) die tragenden Kräfte des alten Kaiserstaates, insbesondere die legitimistisch orientierte Bürokratie, in das neue politische System (übernommen)“.

Im übrigen ist auch Deutschland in gewissem Sinn eine Konkordanzdemokratie –

wenn auch nicht im gleichen Umfang wie Österreich. In der BRD sind Parteien und Sozialpartner ebenfalls über Personalverflechtungen miteinander verbunden. So haben nach wie vor die meisten Gewerkschafter ein sozialdemokratisches Parteibuch und sind mit Walter Riester und Ursula Engelen-Kefer gewerkschaftliche Interessen in der Regierung wie im SPD-Parteivorstand vertreten. Nicht viel anders verhält es sich zwischen Unternehmerverbänden und der CDU. Auch bei der Besetzung nicht-politischer Ämter schließlich haben die Parteien teilweise ihre Finger mit im Spiel, so beispielsweise bei der Bestellung von Mitgliedern der Bundesgerichte, der Postenvergabe im öffentlich-rechtlichen Medienwesen und im Bundesbankvorstand.

Wo sich Länder, Menschen und sozialdemokratische Parteien so ähnlich sind, wie das beim deutsch-österreichischen Beispiel der Fall ist, da ist es gerechtfertigt, Schlüsse aus den Erfahrungen der einen Seite auch für die andere zu ziehen.

Für Gerhard Schröder und die SPD bleibt in diesem Sinne aus den Niederlagen der SPÖ unter Vranitzky die Erkenntnis festzuhalten, dass ein zu technokratischer, visionsloser und an der Tagespolitik ausgerichteter Politikstil der sozialdemokratischen Sache eher schadet. Gerade durch eine solche Politik werden Wählersegmente wie die traditionellen Kernschichten und Jungwähler abgeschreckt.

Schröder hat in dieser Hinsicht schon einiges falsch gemacht. Er hat dabei – und das ist das eigentlich Erstaunliche –, ob eigenhändig oder schlecht beraten, basale Erkenntnisse der Parteizentralen missachtet, gegen Grundlagenwissen der Wahlkampfmanager verstoßen. Diese wissen um die Bedeutung von Zielgruppenarbeit, sie wissen, dass bestimmte Wählergruppen, deren Unterstützung zwar nicht mehr automatisch oder selbstverständlich ist, die trotzdem aber „potenziell gewinnbar“ bleiben, einer besonderen Betreuung bedürfen. Für die SPD ist das nach wie vor die Arbeiterschaft. Trotzdem hat Schröder gerade dieses Wählersegment in der zurückliegenden Legislaturperiode vielfach sträflich vernachlässigt. Die von ihm geführte Regierung hat den Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung der Rentenversicherung beschlossen, im Gesundheitswesen kündigt sich ähnliches an; sie hat eine Steuerreform beschlossen, deren belastende Effekte im Zusammenhang mit der damit verknüpften Haushaltssanierung und den Kürzungen bei den Staatsausgaben besonders bei dem unteren Drittel der Gesellschaft zu spüren sind; und sie hat den großen Konzernen eine steuerfreie Veräußerung ihrer Beteiligungen geschenkt, während sie von den Arbeitnehmern Jahr für Jahr lohnpolitische Zurrückhaltung forderte. Jetzt fühlen sich die Arbeitnehmer vernachlässigt und ent-

täuscht, und die Gewerkschaften blasen zum Streik.

Schröder hat zudem übersehen, wie beständig sich Kompetenzzuschreibungen halten und wie wichtig es in diesem Sinne für Parteien ist, immer wieder „ihre Kompetenzen und Kompetenzvorsprünge heraus(zu)arbeiten“. Der zentrale Kompetenzvorsprung der Sozialdemokratie gegenüber der politischen Konkurrenz besteht in allen Fragen und Punkten, die um die soziale Gerechtigkeit kreisen. Mit einer Catch-all-Strategie, mit dem Versuch, sich auf den unterschiedlichsten übrigen Politikfeldern neu zu positionieren und als kompetent darzustellen, scheitert die SPD zumindest dann, wenn diese Neu-Adjustierung auf Kosten der sozialen Gerechtigkeit geht. Vorhandenes Vertrauen verliert man schneller, als neues gewonnen werden kann. Damit soll nicht einem sturen und unbeweglichen Festhalten an überkommenen Positionen das Wort geredet werden. Viel zu klar ist es, dass die bundesrepublikanische Gesellschaft vom Arbeitsmarkt bis zum Sozialsystem reformbedürftig ist. Die sozialdemokratischen Strategien dürfen sich aber nicht in einem Nachplappern konservativer oder neo-liberaler Vorstellungen erschöpfen. Die SPD muss sich stattdessen endlich wieder auf die Suche nach dritten Wegen begeben, auf die Suche nach einer neuen originär sozialdemokratischen Botschaft. Einer Botschaft, deren überwölbendes Dach die soziale Gerechtigkeit ist, unter die sich alle Einzelmaßnahmen und Reformvorschläge subsumieren lassen.

Dass die politische wie elektorale Entfremdung von der Sozialdemokratie in Deutschland bis heute eher in der Wahlenthaltung zum Ausdruck kommt als in der Protestwahl einer rechtspopulistischen Partei kann dabei kein Grund zur Entwarnung sein. Spricht doch einiges dafür, dass es in Deutschland bisher nur an dem charismatischen Führer a la Haider auf der Rechten fehlte, der die politischen Kräfte zu bündeln und das Wählerpotential zu mobilisieren vermag. Dass andererseits die Verluste bei Kernwählerschichten und die Abstinenz der Jungwähler die SPD auch gegenwärtig schon schmerzen, erkennt man nicht zuletzt an der erneuten innerparteilichen Konjunktur von Vorschlägen zur Parteireform.

Franz Vranitzky hat mit seiner Politik den Grundstein des Regierungswechsels von 1999 gelegt. In seiner Amtszeit erlangte die Partei seines Erzrivalen Haider die elektorale Stärke, die sie in die heutige Regierung führte. Es ist spät für Gerhard Schröder, wahrscheinlich aber noch nicht zu spät. Wenn er die nächsten Bundestagswahlen gewinnen und (mindestens) eine weitere Legislaturperiode an der Spitze seines Landes stehen will, täte er gut daran, aus Vranitzkys Beispiel Lehren zu ziehen.

# Rechtspopulismus in der Mitte?

## Über die aktuellen Tendenzen zu einer Renationalisierung der politischen Kultur in Deutschland

Von Christoph Butterwegge

Seit der DDR-„Wende“ und der Wiedervereinigung 1989/90 verschiebt sich das geistig-politische Koordinatensystem der Bundesrepublik nach rechts. Gleichzeitig wurde die demokratische Kultur des Landes durch die 1991/92 extrem zugespitzte Asyldebatte, die Walsler-Bubis-Kontroverse über Auschwitz 1998, die „Doppelpass“-Kampagne der Union vor der hessischen Landtagswahl 1999, die Parole „Kinder statt Inder“ des CDU-Politikers Jürgen Rüttgers als Reaktion auf die Green-Card-Initiative von Bundeskanzler Gerhard Schröder im Februar 2000 sowie Diskussionen über die „deutsche Leitkultur“ im Herbst 2000 und den (vor allem bei Bundesumweltminister Jürgen Trittin vermissten) Stolz, ein Deutscher zu sein, im Frühjahr 2001 beschädigt. Auch die Art und Weise, wie fortan über Zuwanderung diskutiert wurde, war einer Demokratie im Grunde unwürdig. Nach den Terroranschlägen in New York und Washington am 11. September dominierte ein autoritärer Sicherheitsdiskurs. Durch die Anti-Terror-Pakete von Bundesinnenminister Schily wurde der sich scheinbar abzeichnende Paradigmenwechsel auf migrations- und integrationspolitischem Gebiet konterkariert. „Beinahe schon klassisch zu nennende Argumentationsmuster der äußersten Rechten wurden von Politikern und Parteien der Mitte aufgegriffen, um Verschärfungen im Ausländerrecht durchzusetzen, die schon lange auf ihrer Wunschliste gestanden hatten.“ (Reißlandt 2002, 40)

Mehr noch: Man hat den Eindruck, dass tiefgreifende politische Umbrüche das Parteiengefüge der westlichen Demokratien erschüttern. Fast überall in Europa erstarken (ultra)rechte Strömungen und verzeichnen rechtspopulistische Kräfte zum Teil erhebliche Einflussgewinne. Jörg Haiders FPÖ verhalf den österreichischen Konservativen zur Macht; der Medienmogul Silvio Berlusconi wurde erneut italienischer Ministerpräsident; nach ihrem großen Wahlerfolg im November 2001 wurde die Dänische Volkspartei zwar nicht an der Regierung ihres Landes beteiligt, nahm jedoch genauso viel Einfluss auf die Gesetzgebung wie die postfaschistische Alleanza Nazionale und die separatistische Lega Nord in Italien. Bei der französischen Präsidentschaftswahl im April/Mai 2002 erreichte Jean-Marie Le Pen den Stichent-

scheid, und die Liste des kurz vorher ermordeten Pim Fortuyn avancierte bei der niederländischen Parlamentswahl auf Anhieb zur zweitstärksten Kraft. Gleichzeitig wurde die sozialdemokratische Neue Mitte in den meisten EU-Staaten abgewählt und politisch-ideologisch marginalisiert.

### Die pseudowissenschaftlich-publizistische Umdeutung des Rechtsextremismus zum „Rand-“ oder „Jugendproblem“

Die öffentlichen Debatten über den „Extremismus“ begegnen dem Problem eines heute offensiver, offener und brutaler agierenden Rassismus bzw. Nationalismus fast ausschließlich ereignisfixiert, sensationslüstern und banalisierend oder hysterisierend. Nicht die moralische Empörung über rechte Gewalttaten ist fragwürdig, wohl aber der vielfach unreflektierte und opportunistische Umgang mit ihnen. Diskussionen über Angriffe auf Migrant(inn)en, Gewerkschafter/innen oder Demokrat(inn)en sind keineswegs frei von widersprüchlichen Deutungen, Verkürzungen und Bemühungen um eine politische Instrumentalisierung, wie man überhaupt den Eindruck gewinnt, dass in der politischen wie der Fachöffentlichkeit häufiger Entschuldigungen als Erklärungen für rassistische Gewalttaten gesucht werden (vgl. hierzu: Butterwegge 2001).

Im Mittelpunkt des Interesses standen Themenkomplexe wie „Jugendgewalt“, fremdenfeindliche Übergriffe und Hetzjagden, antisemitische Vorfälle (z.B. Schändungen jüdischer Friedhöfe und von Synagogen) oder die Forderung nach einem Verbot der NPD. Weitgehend unberücksichtigt blieben die politisch-sozialen Strukturbedingungen für Rechtsextremismus, Rassismus und Nationalismus. Eine monokausale Reduzierung des Problems auf seine verfassungsrechtlichen oder jugend- oder gewaltspezifischen Aspekte verengt den Blick auf sichtbare Phänomene und verhindert somit, dass analytische Erkenntnisse in Bezug auf die Ursachen des Rechtsextremismus gewonnen werden.

Rechtsextremismus wird als Randphänomen im doppelten Wortsinn – als Problem marginalisierter Gruppen einerseits und als politische Marginalie andererseits – oder sogar als Protestphänomen behandelt, das sich gegen die ganze Gesellschaft, ihre Führungskräfte

bzw. den parlamentarisch-demokratischen Staat richtet (vgl. hierzu: Butterwegge/Häusler 2002). Dadurch entlastet sich die „Mitte“ und delegiert die Verantwortung für „extremistische Auswüchse“ oder „fremdenfeindliche“ Exzesse an „die Jugend“ oder „die Skins“. Sie selbst trifft folglich keine Schuld mehr an rechtem Terror und rassistischen Übergriffen, die zu einer bloßen „Abwehrreaktion“ sozial benachteiligter Gruppen am untersten Ende der Schichtungshierarchie entschärft werden.

Neben solchen Parteien wie den REPublikanern, der DVU und der NPD avancierte die Skinhead-Szene zum Identifikationsobjekt für Ansätze zur Erklärung der Rechtsentwicklung. Tendenzen zur Ethnisierung wurden jedoch nicht kritisch analysiert, sondern durch die öffentliche Fokussierung auf das Thema „Jugend und Gewalt“ in den Hintergrund gedrängt. Zitiert sei eine Zeitungsmeldung, die so tut, als handle es sich um eine Modifikation unpolitischer, in der Tierwelt zu beobachtender Rivalitäten in der männlichen Adoleszenz: „Revierkämpfe“ wurden unter Heranwachsenden auch in früherer Zeit zuweilen mit den Fäusten ausgetragen. Doch wenn aus ‚Langeweile, Frust und Hass‘ geschlagen, getreten oder gar getötet wird, dann sind Tabugrenzen überschritten, taugen alte Maßstäbe nicht zur Erklärung.“ (Weser-Kurier v. 29.1.2001)

Rechtsextremismus wird letztlich – herausgelöst aus seinem gesamtgesellschaftlichen Kontext – als etwas „Fremdes“ begriffen. „Rechts“ oder „rechtsextrem“ sind demnach nur „die Ewiggestrigen“ oder „die gewaltbereiten Jugendlichen“, „die Skinheads“ oder Parteien wie die NPD. Auf solche wahrnehmbaren – besser: nicht mehr zu übersehenden – Erscheinungsformen beschränkt sich die öffentliche und institutionelle Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Da die meisten Massenmedien praktisch nur über solche rechtsextremen Aktivitäten berichten, die strafbar sind, und hierbei wiederum das Hauptaugenmerk eindeutig auf Gewalttaten richten, erscheint der Rechtsextremismus weniger als politisches und soziales denn als Kriminalitätsproblem, was den Blick für seine Organisationsstrukturen, programmatischen Zielsetzungen und propagandistischen Erfolge trübt. „Darüber hinaus tauchen die intellektuelle Neue Rechte und ihre Verbindungen zu bürgerlich-konservativen Kreisen in der Berichterstattung selten bis gar nicht auf.“ (Pfeiffer u.a. 2002, 277)

### Rechtsextremismusforschung zwischen Extremismustheorie und einer Analyse des „Extremismus der Mitte“

Ob radikal gegen rechts oder militant rassistisch – aus Sicht der „Extremismus“-Forschung werden linke und rechte Szenen ungeachtet ihrer politischen Wertmaßstäbe gleichgesetzt. Im Zentrum einer solchen ideologisch motivierten Zuschreibung steht der Verweis auf ein den „politischen Rändern“ gleichermaßen zugeordnetes Gewaltpotenzial. Rassistische Gewaltakte werden zu willkürlichen Ereignissen und systematisch verharmlost: „Die ‚Szene‘ der rechtsextremen und fremdenfeindlichen Skinheads entwickelte überwiegend keine formalisierten Organisationsstrukturen, sondern bestand aus lockeren Cliques ohne Programmatik und Planung. Fremdenfeindliche Anschläge geschahen zumeist spontan und unter Alkoholeinfluß.“ (Backes 1998, 33)

In solchen Ausführungen paart sich Bagatelisierung mit glatten Unwahrheiten. Denn neben dem Phänomen alltäglicher rassistisch motivierter Gewalt ohne organisierten politischen Bezugsrahmen weisen diverse in sog. Freien Kameradschaften organisierte rechtsextreme Skinheadszenen und andere Gruppen, etwa die sog. Hammerskins, sowohl straffe Organisationsstrukturen als auch einen programmatischen NS-Bezug auf. Neonazistische Rechtsrock-Netzwerke wie „Blood & Honour“ oder militante Neonazi-Gruppen wie die „Skinheads Sächsische Schweiz“ (SSS) wurden daher verboten. Bei der zuletzt genannten Vereinigung handelte es sich um eine Terrorgruppe, die Waffen und Sprengstoff besaß; sie rekrutierte sich nicht etwa aus sog. Modernisierungsverlierern, sondern „angesehenen Bürgern“ – vom Handwerksmeister über den Bankkaufmann bis zum Gemeinderat (vgl. Carstens 2000). Unter der Überschrift „Nazis aus der Mitte der Gesellschaft“ schrieb Peter Gärtner (2001) in der *Hersfelder Zeitung*: „Sie kommen aus der Mitte der Gesellschaft und gehen ganz normalen Berufen nach.“

Die wissenschaftliche Konzentration auf „die Extreme“ lenkt zwangsläufig von der Mitte und ihrer Verantwortung für die politische Entwicklung des Landes ab. Extremismusforscher/innen blenden nicht nur den historischen Entstehungszusammenhang, sondern auch die Rolle des Staates bei der Entwicklung von Rechtsextremismus aus. Sie analysieren Personen, Organisationen und Ideologien, ignorieren aber überwiegend die (fragwürdige bzw. fehlende) Reaktion von Institutionen. „Das von der konventionellen Extremismusforschung übernommene Begriffspaar Demokratie/Extremismus setzt voraus, daß die Institutionen sich ‚demokratisch‘ ver-

halten gegenüber dem ‚antidemokratischen‘ Extremismus. Praktisch wird dieser empirisch zweifelhafte Zusammenhang jedoch kaum thematisiert.“ (Jaschke 1991, 46)

Extremismustheoretiker behandeln den Rechts- wie den Linksextremismus primär als Gegner der politischen bzw. Staatsordnung, nicht als ein soziales Phänomen, das in der Gesellschaft wurzelt. Sie setzen auf eine „wehrhafte Demokratie“, die Extremisten von links und rechts nicht an ihrem Engagement hindern, aber aus dem politischen Machtzentrum heraushalten soll; eine Maßgabe, die sich schon angesichts der in Europa seit den 1990er-Jahren entstandenen Bündnisse zwischen den sog. Volksparteien und rechtspopulistischen, separatistischen oder auch rechtsextremen Strömungen als kontraproduktiv erwiesen hat. Extremismusforscher geben sich sachlich-objektiv und neutral; ihre Relativierungen dienen jedoch nicht nur der Diskreditierung antifaschistischen Engagements, sondern auch der Abwehr von Kritik an strukturellem Rassismus. In einem solchen argumentativen Kontext werden institutionelle Einschränkungen von Minderheits- und Bürgerrechten als notwendig zum Schutz vor Rechtsextremismus interpretiert. Dass neben den Publikationen des Bundesamtes und der Landesämter für Verfassungsschutz auch die Ergebnisse der Extremismusforschung ganz eindeutig politisch motiviert sind, zeigt die Kooperation ihrer führenden Repräsentanten mit Rainer

Zitelmann, einem Wortführer der sog. Neuen Rechten, auf die Wolfgang Wippermann (2000, 24 f.) hinweist, der die ganze Forschungsrichtung unter Ideologieverdacht stellt.

Umstritten ist auch die von Seymour Mar-

tin Lipset 1958 geprägte Bezeichnung „Extremismus der Mitte“ (vgl. dazu: Kraushaar 1994), weil sie zwar auf die soziale Basis des Phänomens bzw. auf die bürgerliche Herkunft seiner Hauptprotagonisten verweist, jedoch seine Richtungsbezogenheit und die Wechselbeziehungen zwischen Zentrum und Peripherie negiert. Termini wie „Extremismus der Mitte“ oder „Neue Rechte“ dokumentieren die zunehmende Unsicherheit der (Fach-)Öffentlichkeit in Bezug auf Wesen, Wurzeln und Ausdrucksformen eines sich wandelnden Phänomens.

### Rechtspopulismus als Problem und Politikform der Mitte

Betrachtet man die Erforschung des Rechtsextremismus, so springt eine doppelte Tendenz ins Auge: Einerseits ist davon die Rede, dass durch seine Einbettung in eine „völkisch-rassistische Alltagskultur“ mit szenetypischer Symbolik, Kleidung, Musik usw. ein „Rechtsex-

tremismus neuen Typs“ (Funke 2002) entstanden sei. Andererseits geht beispielsweise Frank Decker (2002, 31) davon aus, dass der Rechtspopulismus – durch die Partei Rechtsstaatlicher Offensive (PRO) des Hamburger Innensenators Ronald B. Schill trotz ihrer Beteiligung an der Bundestagswahl bei uns freilich erst regional präsent – europaweit „zu einer normalen Begleiterscheinung der politischen Systeme geworden ist; in ihm offenbart der Parteienwettbewerb seine problematische Kehrseite. Eine rechtspopulistische Kraft auf der nationalen Ebene würde die Bundesrepublik also lediglich der europäischen Normallage anpassen.“

„Rechtspopulismus“ wird oft anstelle und in Abgrenzung von „Rechtsextremismus“ benutzt, um damit deutlich zu machen, dass es sich um eine modernisierte und salonfähige Form derselben Richtung handelt. Der Populismusbegriff ist deshalb schillernd, weil darunter sowohl basis- und radikaldemokratische wie auch antidemokratische Strömungen/Bestrebungen subsumiert werden. Er charakterisiert nicht die Politik einer Partei, sondern die Art, wie sie gemacht und „an den Mann (auf der Straße) gebracht“ wird: „Populistisch“ genannte Bewegungen und Strömungen appellieren an das ‚Volk‘ im Gegensatz zu den Eliten, insbesondere an die ‚einfachen Leute‘, und nicht an bestimmte Schichten, Klassen, Berufsgruppen oder Interessen.“ (Puhle 1986, 13) Rechtspopulisten haben zwar wenig Hemmungen, ihrerseits – etwa als Parlamentsabgeordnete oder Minister – die Privilegien der Mächtigen und Regierenden in Anspruch zu nehmen, verlangen jedoch von diesen, sich persönlich nicht zu bereichern, sondern selbstlos der Sache des Volkes zu dienen.

Problematisch ist der Terminus „Rechtspopulismus“, wenn er als eine Art politischer Kosenamen für den Rechtsextremismus benutzt wird und einer Verharmlosung von dessen Gefahrenpotenzial dient. Durch sein populistisches Auftreten verändert der Rechtsextremismus sein Gesicht, aber nicht sein Wesen (vgl. hierzu: Butterwegge 2002a, 23). Bei dem, was „Rechtspopulismus“ genannt wird, handelt es sich weder um ein neues Phänomen noch um eine mit dem Extremismus kontrastierende und konkurrierende Strömung. Dagegen kann man die im modernen Rechtsextremismus dominante Agitationstechnik populistisch nennen. Dabei werden Sorgen, Nöte und Bedürfnisse des „einfachen Volkes“ zu demagogischen Zwecken aufgegriffen und so in ein Projekt gegen die politische Klasse eingebaut, dass Eigentums-, Macht- und Herrschaftsverhältnisse unangetastet bleiben. Stattdessen wendet sich der rechte Populismus gegen (Rand-)Gruppen, denen man die Schuld an Missständen (sog. Sündenbock-Funktion) zuschiebt. Beispielsweise wird die Verarmung breiter Schichten nicht als Konsequenz einer ungerechten Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums zwi-

Die öffentlichen Debatten über den „Extremismus“ begegnen diesem fast ausschließlich, sensationslüstern und banalisierend.

schen „Oben“ und „Unten“, sondern als Resultat der großen Durchlässigkeit bzw. Aufhebung des Unterschiedes zwischen „Innen“ und „Außen“ (Einheimischen und Migranten) thematisiert. „Die populistische Ansprache aktiviert in latenter Form vorhandene ausländerfeindliche Ressentiments, verbalisiert diese und läßt sie durch die Auslöser-Funktion der Rede manifeste Formen annehmen.“ (Pfahl-Traughber 1993, 42)

Wenn die Kritik an einem angeblich überbordenden, die Wirtschaft lähmenden und den Standort gefährdenden Wohlfahrtsstaat im Mittelpunkt der Wahlkampfpropaganda einer Rechtspartei steht, spricht Frank Decker (2000, 213 f.) von „ökonomischem Populismus“, den er gegenüber einer „politischen“ (bzw. „institutionellen“) sowie einer „kulturellen“ Variante desselben Phänomens innerhalb westlicher Demokratien abhebt.

Betrachtet man die Parteienlandschaft der Bundesrepublik, so wird man wohl noch am ehesten die sog. Schill-Partei als rechtspopulistisch bezeichnen können, wenngleich sie von ihrer Gründung an versucht, sich ideologisch und organisatorisch vom Rechtsextremismus abzugrenzen. Da sich die PRO im letzten Wahlkampf zur Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg fast nur mit dem Thema „Innere Sicherheit“ bzw. „(Ausländer-)Kriminalität“ beschäftigt, „Law and order“-Parolen verbreitet und einen Ausbau der Polizei gefordert hat, weist ihr Profil gewisse Überschneidungen mit rechtsextremem Programmatik auf. Die starke Personalisierung auf den Parteigründer hat mit zu ihrem Image als Rechts- bzw. Führerpartei beigetragen, die sich auf populistische Weise der Sorgen „kleiner Leute“ annimmt.

### Themen der Rechten werden zu Themen der Mitte gemacht

Argumentationsmuster rechter bzw. rechtsextremer Strömungen beziehen sich häufig auf Diskurse der „Mitte“. Diese wiederum greift zunehmend Problemstellungen auf, die zunächst in ultrarechten Kreisen erörtert worden sind, weshalb ich die These verrete, dass es immer mehr Überlappungen zwischen Themen der Rechten und jenen der Mitte gibt. Angesichts des Bundestagswahlkampfes stellt sich die Frage, ob der Rechtsextremismus, von dem sich alle etablierten Parteien distanzieren, ein Rand(gruppen)-problem oder ein Phänomen der Mitte ist. In der Fachdiskussion wird heute zunehmend anerkannt, dass Rassismus, Rechtsextremismus bzw. -populismus nicht losgelöst von Diskursen der Mitte begriffen werden können. Bezogen auf die seit dem Sommer 2000 geführte Debatte über den organisierten Rechtsextremismus, seine Ursachen und noch am ehesten Erfolg versprechende Gegenstrategien stellt beispielsweise Wilhelm Heitmeyer (2000, 10) fest: „Die aktuelle Diskussion ist defensiv und hechelt den rechtsextremen Gruppen hinterher. Man setzt am

Ende der Entwicklungsprozesse von menschenfeindlichen Einstellungen an, die in die Wählerschaften der demokratischen Parteien hineinragen und auf die man bei knappen Wahlentscheidungen angewiesen ist.“ Was bedeutet die Feststellung, dass der Rechtsextremismus in der gesellschaftlichen Mitte wurzelt, für seine Untersuchung? Einen zur Beantwortung dieser Frage wichtigen Hinweis gibt Thomas Herz (1993, 247): „Da politische Kultur öffentlich ist und kollektive Geltung besitzt, kommt es für die Forschung darauf an, die ‚Wort-Führer‘ in den Blick zu nehmen.“ Führungsgruppen in Wirtschaft, Politik und Verwaltung prägen nicht nur das geistig-moralische Klima eines Landes, sondern auch die Entwicklung des öffentlichen Lebens und außerparlamentarischer Kräfte. Als zentrales Ergebnis seiner Analysen zur politischen Kultur in Deutschland hält Herz (1996, 496) fest: „Die Gewalt von rechtsradikalen und neonazistischen Jugendlichen gegen Asylbewerber, Ausländer und andere Minderheiten ist das Ergebnis eines Diskurses über Ausländer und Fremde, der vor allem durch Eliten produziert worden ist.“ Anne Claire Groffmann (2001, 67) hat im Rahmen ihrer Analyse der 1991/92 kampagnenartig zugespitzten Asyldebatte nachgewiesen, dass die jugendlichen Gewalttäter von der Union und ihren publizistischen Helfern in doppelter Hinsicht funktionalisiert wurden: „Zum einen dienten sie als Beweis dafür, wie die Zuwanderung die Bevölkerung in eine Notlage gebracht habe. Zum anderen lenkte die starke Stigmatisierung von der inhaltlichen Nähe ab und stellte eine scheinbar klare Distanz zwischen den Argumenten der Unionsparteien und den Taten der Jugendlichen her.“

Ethnisierende Zuschreibungen und nationalistische Positionen sind stärker in die politische Mitte der Gesellschaft gerückt. Daher hat der viel beschworene „Konsens der Demokraten“ gegen den grassierenden Rechtsextremismus auch eine problematische Note. Denn die dringend notwendige Abwehr von Rechtsextremismus, Rassismus und Nationalismus kann nur Wirkung zeigen, sofern die Bekämpfung seiner strukturellen Ursachen nicht vernachlässigt wird. Wenn es allerdings um die eigene Mitverantwortung an exzessivem Rassismus sowie Auswüchsen rechtsextremer Militanz geht, wandelt sich der öffentlich proklamierte Antifaschismus der etablierten Politik zu völliger Ignoranz bzw. Verweigerung: „Ich halte nichts von der These, dass der Extremismus aus der Mitte kommt“, bekundete etwa Innenminister Schily, gefragt danach, ob das Gerede über die „deutsche Leitkultur“ die Übergriffe auf

Ausländer mit hervorbringe und dem Rechtsextremismus Vorschub leiste.

In einem Interview, das am 2. November 2000 in der ZEIT erschien, warb Schily, auf Probleme der Integration von Türken und Tendenzen zur Gettoisierung (Stichwort: Berlin-Kreuzberg) angesprochen, zwar für all jene Migrant(inn)en um Verständnis, die, nach Deutschland kommend, zu Menschen mit der ihnen vertrauten Sprache und denselben Gewohnheiten ziehen. Er fügte hinzu: „Das ist übrigens eine Eigenschaft, die auch dem deutschen Volkscharakter nicht fremd ist. Deutsche haben in Übersee auch immer die Nähe zu Deutschen gesucht.“ Mit einem Begriff wie

„deutscher Volkscharakter“ leistet man der Ethnisierung sozialer Verhaltensweisen allerdings selbst dann Vorschub, wenn er im Rahmen der Argumentation für Migration, Integration und multikulturelles Zusammenleben benutzt wird.

Meistens werden im Kontext der Zuwanderung aber Bedrohungsszenarien entworfen, die Klischees, Ressentiments und Abwehrhaltungen gegenüber Migrant(inn)en und Flüchtlingen erzeugen. Dabei gibt gerade die Umdeutung sozioökonomischer Krisenprozesse in ethnische Konfliktkonstellationen dem Rassismus argumentativ Nahrung. Hier spielt die Boulevardpresse eine besonders unrühmliche Rolle, aber auch Journalist(inn)en der seriösen Medien werden ihrer Verantwortung nicht gerecht (vgl. hierzu: Butterwegge/Hentges 2001). Wellen rassistisch motivierter Gewalt und rechtsextremer Anschläge stehen im Zusammenhang mit der öffentlichen Diskussion um (Möglichkeiten bzw. Grenzen der) Zuwanderung und (Probleme der) Asylpolitik. Rechte Straftäter können sich – teils nicht ohne Grund – als Vollstrecker eines breit bekundeten „Volkswillens“ fühlen, was durch entsprechende Erklärungen und Stellungnahmen etablierter Politiker unterstrichen wird. Die immer wieder behauptete Weltoffenheit scheint auf für den „eigenen“ Wirtschaftsstandort bzw. die nationale Kapitalakkumulation „Nützliche“ beschränkt zu sein; den oft als „Sozialschmarotzer“ oder „Parasiten“ diffamierten Asylbewerber(inne)n schlägt jedoch eine wachsende Ablehnung entgegen.

Rassistisch motivierte Gewalttaten vollziehen sich in einem gesellschaftlichen Klima, das durch Horrormeldungen über den demografischen Wandel („Vergreisung“ und „Schrumpfung“ der Bevölkerung) einerseits sowie Auseinandersetzungen über die Formen der Zuwanderung und des interkulturellen Zusammenlebens andererseits geprägt ist. In den öffentlichen Debatten

## Die wissenschaftliche Konzentration auf „die Extreme“ lenkt von der Mitte und ihrer Verantwortung für die politische Entwicklung des Landes ab.

darüber droht eine zunehmende Ethnisierung sozialer Beziehungen und ökonomischer Konflikte (vgl. dazu: Bukow 1996). Typisch hierfür sind Kontroversen um die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts („Doppelpass“), Initiativen zur Anwerbung ausländischer Fachkräfte („Green Card“) sowie von den Zuwandern erwartete Integrationsleistungen (Anpassung an die „deutsche Leitkultur“). Neonazis und andere Rechtsextremisten beziehen sich zunehmend auf Politiker und Publizisten der „Mitte“, die so zu Stichwortgebern für antidemokratische Kräfte werden und ihnen manchmal regelrechte politische Steilvorlagen liefern (vgl. hierzu: Butterwegge 2002b). Umgekehrt greifen sie nicht selten Problemstellungen auf, die zuerst nur in ultrarechten Kreisen erörtert worden sind, weshalb es heute immer mehr Überlappungen bzw. ideologische Schnittmengen zwischen Themen der Rechten und solchen der Mitte gibt.

## Argumentationsmuster rechter bzw. rechtsextremer Strömungen beziehen sich häufig auf Diskurse der „Mitte“.

spw 4/2002

### Literatur

- Backes, Uwe (1998): Rechtsextremismus in Deutschland. Ideologien, Organisation und Strategien, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament* 9/10, 27-35
- Bukow, Wolf-Dietrich (1996): *Feindbild: Minderheit, Zur Funktion von Ethnisierung*, Opladen
- Butterwegge, Christoph (2001): *Entschuldigungen oder Erklärungen für Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt? Bemerkungen zur Diskussion über die Entstehungsursachen eines unbegriffenen Problems*, in: *der/Georg Lohmann (Hrsg.), Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt. Analysen und Argumente*, 2. Aufl. Opladen, 13-36
- Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun (2001): „Ausländer und Asylmissbrauch“ als Medienthema: Verantwortung und Versagen von Journalist(innen), in: *der/Georg Lohmann (Hrsg.), Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt. Analysen und Argumente*, 2. Aufl. Opladen, 83-99
- Butterwegge, Christoph (2002a): *Rechtsextremismus*, Freiburg im Breisgau/Basel/Wien
- Butterwegge, Christoph (2002b): *Die politische Mitte als Stichwortgeberin für antidemokratische Kräfte*, in: Norman Paech/Eckart Spoo/Rainer Butenschön (Hrsg.), *Demokratie – wo und wie?*, Hamburg 2002, 78-86
- Butterwegge, Christoph/Häusler, Alexander (2002): *Rechtsextremismus, Rassismus und Nationalismus: Randprobleme oder Phänomene der Mitte?*, in: Christoph Butterwegge u.a., *Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewusstsein*, Opladen, 217-266
- Carstens, Peter (2000): *Die angesehenen Bürger von den „Skinheads Sächsische Schweiz“*, in: FAZ v. 30.6.
- Decker, Frank (2000): *Parteien unter Druck. Der neue Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien*, Opladen
- Decker, Frank (2002): *Perspektiven des Rechtspopulismus in Deutschland am Beispiel der „Schill-Partei“*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament* 21, 22-31
- Funke, Hajo (2002): *Paranoia und Politik. Rechtsextremismus in der Berliner Republik*, Berlin
- Gärtner, Peter (2001): „Skinheads Sächsische Schweiz“: *Nazis aus der Mitte der Gesellschaft*, in: *Hersfelder Zeitung* v. 6.4.
- Groffmann, Anne Claire (2001): *Das unvollendete Drama.*

Jugend- und Skinheadgruppen im Vereinigungsprozess, Opladen

Heitmeyer, Wilhelm (2000): *Rechts kommt nicht aus dem Nichts*, in: *SozialExtra* 9, 10 f.

Herz, Thomas (1993): *Politische Kultur im neuen Staat. Eine Kritik der aktuellen Forschung*, in: *PROKLA* 91, 231-250

Herz, Thomas A. (1996): *Rechtsradikalismus und die „Basiserzählung“*. Wandlungen in der politischen Kultur Deutschlands, in: Jürgen W. Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen R. Winkler (Hrsg.), *Rechtsextremismus Ergebnisse und Perspektiven der Forschung*, Opladen (PVS-Sonderheft 27), 485-501

Jaschke, Hans-Gerd (1991): *Streitbare Demokratie und Innere Sicherheit. Grundlagen, Praxis und Kritik*, Opladen

Kraushaar, Wolfgang (1994): *Extremismus der Mitte. Zur Geschichte einer soziologischen und sozialhistorischen Interpretationsfigur*, in: Hans-Martin Lohmann (Hrsg.), *Extremismus der Mitte. Vom rechten Verständnis deutscher Nation*, Frankfurt am Main, 23-50

Pfahl-Traughber, Armin (1993): *Rechtsextremismus Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung*, Bonn

Pfeiffer, Thomas/Jansen, Kerstin/Stegmann, Tim/Tepper, Sandra (2002): *Vom Aufstand der anständigen Presse. Rechtsextremismus-Berichterstattung in deutschen Tageszeitungen*, in: Christoph Butterwegge u.a., *Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewusstsein*, Opladen, 267-288

Puhle, Hans-Jürgen (1986): *Was ist Populismus?*, in: Helmut Dubiel (Hrsg.), *Populismus und Aufklärung*, Frankfurt am Main, 2-32

Reißlandt, Carolin (2002): *Kontroversen über Zuwanderung: Migrations- und Integrationspolitik unter neuen Vorzeichen?*, in: Christoph Butterwegge u.a., *Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewusstsein*, Opladen, 11-42

Wippermann, Wolfgang (2000): „Doch ein Begriff muß bei dem Worte sein“. Über „Extremismus“, „Faschismus“, „Totalitarismus“ und „Neofaschismus“, in: Siegfried Jäger/Alfred Schobert (Hrsg.), *Weiter auf unsicherem Grund. Faschismus – Rechtsextremismus – Rassismus Kontinuitäten und Brüche*, Duisburg, 21-47

# Neu im Juni! Jetzt bestellen!

Andrea Nahles, Benjamin Mikfeld (Hrsg.)

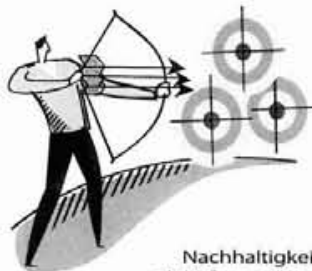


Jobs, Jobs, Jobs!

Wie weiter auf dem Arbeitsmarkt?

spw

Ulla Burchardt, Reinhold Rünker (Hrsg.)



Nachhaltigkeit als Reformprinzip

Festschrift zum 65. Geburtstag von Horst Peter

spw

Detlev von Larcher (Hrsg.)



Jenseits des Sparzwangs

Perspektiven für eine gerechte Finanz- und Steuerpolitik

spw

Alle Bücher haben einen Umfang von ca. 120 Seiten und kosten 9,90 Euro  
Bestellungen an: [verlag@spw.de](mailto:verlag@spw.de) oder über [www.spw.de](http://www.spw.de)

# Emanzipation durch Lohn für Hausarbeit?

von Gisela Notz

Die Arbeiten der Frauen im Haus und bei der Erziehung der Kinder fallen in der Bundesrepublik immer noch wenig in die Diskussion, weil sie bekanntlich nicht bezahlt werden und angeblich auch unbezahlbar sind. Nach allgemeinem Verständnis ist Arbeit Erwerbsarbeit bzw. Lohnarbeit. Die gesellschaftliche Gesamtarbeit in der Bundesrepublik ist das Ergebnis von zwei Dritteln unbezahlter und einem Drittel bezahlter Arbeit. Seit Beginn der „neuen“ Frauenbewegung Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre in der Bundesrepublik West, wird die Frage nach Lohn für Hausarbeit diskutiert. Teile der Frauenbewegung erhofften sich durch eine Entlohnung der Hausarbeit, dass diese Arbeit gesellschaftlich sichtbar und wertvoll wird und diejenigen Technologien eingesetzt werden, die die Hausarbeit wirklich reduzieren. Wenn die Frauen materiell unabhängig sind, so hofften damals die Frauen, seien sie auch imstande, die Hausarbeit und ihre Organisation zu hinterfragen, also diese Arbeitsform zu verweigern und ihre Vergesellschaftung oder zumindest eine Gleichverteilung zwischen den Geschlechtern zu fordern. Konzepte zur Vergesellschaftung der Hausarbeit standen allerdings nicht zur Debatte und außer in einigen Wohngemeinschaften studentischer oder intellektueller Individuen wurde zu Beginn der Frauenbewegung kaum von der Einbeziehung der Männer in diese Arbeitsform gesprochen. Obwohl der berühmte Tomatenwurf anlässlich der Rede von Helke Sander auf der 23. Delegiertenkonferenz des (Sozialistischen Deutschen Studentenbund) SDS am 13. September 1968 in Frankfurt/Main auch diesem Problem galt. Helke hatte den Genossen vorgeworfen, die spezifische Ausbeutung der Frauen im privaten Bereich zu tabuisieren. Von einer Organisation, die die gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse ändern wollte, erwartete sie, dass nicht weiter bestimmte Bereiche des Lebens vom gesellschaftlichen abgetrennt, tabuisiert und mit dem Namen „Privatleben“ versehen werden. Zu diesen Bereichen gehört freilich auch die Hausarbeit. Das aber interessierte außer den neu entstandenen „Weiberräten“ (fast) niemanden. Auch innerhalb der Frauenbewegung war es schon damals umstritten, ob das Werfen von Gemüse ein adäquates Mittel der Auseinandersetzung zwischen den Geschlechtern ist. Heute ist der Slogan der „neuen“ Frauenbewegung „das Private ist politisch“, durch den in

Erweiterung des traditionell-männlichen Politikbegriffs die politische Dimension scheinbar privater Beziehungsstrukturen hervorgehoben werden sollte, beinahe vergessen. Gegenwärtige neoliberale Ideologien zielen mehr oder weniger offen auf die Propagierung von häuslicher Kindererziehung und Altenpflegearbeit in der „Kernfamilie“. Aus feministischer Sicht erscheint dies problematisch, denn diese Arbeiten werden unbezahlt und weitestgehend isoliert vor allem durch Frauen geleistet. Dennoch erscheint es fraglich, ob eine erneute Forderung nach Lohn für Hausarbeit bzw. diesmal Familienarbeit ein Ausweg aus dem Dilemma sein kann. Wenn alle jetzt unbezahlt geleisteten Hausarbeiten in bezahlte Arbeiten umgewandelt werden würden, hätte das zur Folge, dass alle Arbeiten, die der Befriedigung immaterieller Bedürfnisse nach Kommunikation, Zuwendung, Zärtlichkeit etc. dienen, den Kriterien der Lohnarbeit unterworfen und damit kaufbar und zur Ware würden. An der geschlechtsspezifischen Zuweisung dieser Arbeiten wäre durch eine Bezahlung kaum etwas geändert. Das wird am Beispiel bezahlter Erziehungsarbeit und Altenpflege deutlich: Es sind immer noch vereinzelt Männer, die in diese Berufe eindringen. Argumente gegen ein Hausfrauen- oder Familiengehalt sind vor allem die mangelnde Kollektivität dieser Arbeit, deren Bezahlung letztendlich dazu führen würde, dass es für einzelne Männer noch leichter ist, von der gesamten Alltagsarbeit befreit zu werden.

## Ein erhebliches Beschäftigungsrisiko für Frauen

Die Möglichkeit zur außerhäuslichen Erwerbstätigkeit der Frauen war seit Beginn der Industrialisierung eng mit der wirtschaftlichen und strukturellen Entwicklung der Industriegesellschaft verbunden. Zu Zeiten eines Überangebots von um bezahlte Arbeit Nachsuchenden wird die Notwendigkeit der kindlichen Versorgung und der Hilfe von Pflegebedürftigen im eigenen Haushalt ganz hoch aufgehängt. Heute fordern die bürgerlichen Parteien nun für etwas Bezahlung, das bisher im Rahmen ihrer Ideologie als selbstverständlich und unbezahlbar gegolten hat. Warum kommen sie auf diese Idee? Vor allem, weil die Frauen das Haus verlassen wollen und berufstätig sein wollen. Die ungebührliche „Erwerbsneigung“ der Frauen ist es angeblich, die die Arbeitslosenzahlen hochschnel-

len lässt. Weil es – Dank Frauenbewegung – in der BRD schwierig ist, Frauen direkt nach Hause zu schicken, lässt man sich subtilere Maßnahmen einfallen, um sozialstaatliche Kosten zu sparen und gleichzeitig den Arbeitsmarkt zu entlasten.

1986 führte die konservativ-liberale Regierung Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub ein, die an dem veralteten Familienmodell „Haupternährer“ und kinderversorgender Ehefrau orientiert waren, was dem seit 1949 im Grundgesetz verbrieften Recht auf Gleichberechtigung widerspricht. Daran hat auch die Reformierung durch Rot-Grün und die Umbenennung in „Elternzeit“ zum 1. Januar 2001 nicht viel geändert. Sie beträgt weiterhin drei Jahre. Innerhalb der ersten zwei Jahre nach der Geburt eines Kindes wird ein Erziehungsgeld in Höhe von 300 Euro gezahlt, aber nur dann, wenn der erziehende Elternteil nicht erwerbstätig ist oder eine Teilzeitarbeit von höchstens 30 Wochenstunden ausübt und das Einkommen des Ehepartners einen bestimmten Betrag nicht überschreitet. Alleinerziehende bekommen zusätzlich Sozialhilfe, eine deklassierende und diffamierende Regelung. Während der Elternzeit besteht ein Recht auf Arbeitszeitreduzierung für beide Elternteile. Sie gilt aber nur für Betriebe ab 15 Beschäftigte und nur wenn dringende betriebliche Gründe nicht dagegen sprechen. Der erweiterte Kündigungsschutz beinhaltet keine Garantie auf den alten Arbeitsplatz. Mit der gesetzlichen Neuregelung kann die Elternzeit auch gleichzeitig oder abwechselnd durch Vater und Mutter in Anspruch genommen werden. Vor allem finanzielle Gründe, aber auch Gründe des Statusverlustes, halten Väter immer noch davon ab, Elternzeit zu nehmen. Väter, die früher Erziehungsurlaub und jetzt Elternzeit nehmen, haben die 2 % Grenze nie überschritten. Um die finanziellen Einbußen auszugleichen, sind viele sogar zur Mehrarbeit bereit. Das Gesetz hat viel Kritik geerntet, die sich vor allem auf den phasenweisen Ausstieg von fast ausschließlich Frauen aus dem Arbeitsmarkt bezieht. In vielen Verlautbarungen aus Politik, Praxis und Wissenschaft wird es als ein Gesetz angesehen, das für junge Frauen ein erhebliches Beschäftigungsrisiko mit sich bringt, für die Berufschancen junger Männer jedoch keine Auswirkungen hat. Ca. die Hälfte der Frauen kehrt nach Ablauf der drei Jahre nicht mehr in den Beruf zurück bzw. kann dorthin nicht mehr zurückkehren.

Andere Optionen als die „Elternzeit“ stehen für viele Eltern – auch Alleinerziehende – nicht zur Verfügung, weil in der BRD (West) nur für 3,8 % der Kinder unter drei Jahren Kinderbetreuungsplätze vorhanden sind (Ost noch 37,3 %).

### Erziehungsgehalt oder Familiengeld

Seit einiger Zeit wird in der Bundesrepublik das Konzept „Erziehungsgehalt“ oder „Familiengeld“ breit diskutiert. Als Begründung für die finanzielle Aufwertung der Erziehungsarbeit werden Geburtenrückgang und zunehmende Vernachlässigung von Kindern genannt. Nach den Konzeptionen sollen Eltern zwischen 500 und 1000 für das erste und 500 für jedes weitere Kind bekommen, bis das jüngste Kind sieben Jahre alt ist. Wer drei Kinder hat, hätte dann ein Erziehungsgehalt, das einem durchschnittlichen Arbeitnehmerinkommen entspricht. Für Alleinerziehende ist ein Zuschlag von 15 % vorgesehen, weil sie keinen „Hauptnährer“ zu Hause haben. Faktisch wird ein Anreiz zum Ausstieg für diejenigen Einkommensgruppen gegeben, bei denen das Erziehungsgehalt höher ist als das durch Erwerbsarbeit erzielte Einkommen. Für Väter wäre das Erziehungsgehalt oder Familiengeld wahrscheinlich ebenso wenig attraktiv, wie die Elternzeit. Letztlich gehen auch diese Modelle von einem traditionellen Rollenverständnis aus und an der gelebten Realität einer Pluralität von Lebensformen vorbei. Familienverbände fürchten einen Abbau von sowieso schon nicht ausreichenden Betreuungsplätzen sowie die Senkung professioneller Standards dieser Einrichtungen. Die Modelle sind geeignet, Frauen noch weiter aus dem Erwerbsarbeitsmarkt zu verdrängen. Viele Frauen finden schon nach der „Elternzeit“ nicht mehr in ihren ursprünglichen Beruf zurück, wer eine noch längere Familienpause einlegt, muss mit sich oft mit „ungeschützten Beschäftigungen“ zufrieden geben. Die in einem langen Qualifizierungsprozess angeeigneten Qualifikationen werden entwertet. Und auch bei der Höhe der Rente zeigt sich noch immer, dass die Erziehung von Kindern keine Alternative zur existenzsichernden Erwerbsarbeit sein kann. Das Ziel einer eigenständigen Alterssicherung für Frauen wird durch die neue kapitalgedeckte Zusatzversorgung nicht erreicht. Die Erhöhung der Renten durch Anerkennung von Kindererziehungszeiten ist minimal. Armut im Alter wäre weiterhin die Folge.

### Zur aktuellen Diskussion

Familienpolitik ist im Wahlkampfjahr das zentrale gesellschaftspolitische Thema. Alle Parteien haben die Familie neu entdeckt. Familienpolitik ist nicht nur ein sozialpolitisches, sondern auch ein wichtiges ökonomisches Problem geworden und – seit die Ergebnisse der PISA-Studie bekannt wurden – ein bildungspolitisches obendrein. Familienpolitik hat ganz offensichtlich die Frauenpolitik abgelöst. Es geht nicht mehr um Ebenbürtigkeit zwischen den Geschlechtern, sondern um Standortfragen für die Wirtschaft und um Bevölkerungspolitik, deshalb sprechen alle Parteien von Familie und von Kindern. Wie und mit welchen Ressourcen und

Methoden die Familie gestärkt werden soll, darüber sind sich die Parteien untereinander überhaupt nicht einig. Vorerst wird unisono die Bevorzugung der Kinderlosen beklagt.

Das Kernstück des familienpolitischen Konzepts der CDU/CSU ist das „Familiengeld“.

Es soll ab 2003, vorausgesetzt die CDU übernimmt die Regierung, einkommensunabhängig in Höhe von 600 monatlich an alle Familien gezahlt werden und zu einer echten Wahlfreiheit zwischen Familie und Beruf führen. Das versteckte Ziel auch dieser Familiengeldidee ist die Absenkung der „Erwerbsneigung“ der Frauen. Die Kosten für das Familiengeld werden auf 20 Milliarden beziffert. Das Geld soll durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe eingespart werden. Rot-Grün kritisiert diese Finanzierung als „völlig illusorisch“, Schröder (SPD) nennt dieses Konzept „Wahlkampfgetöse“ und das Familiengeld „Küchenprämie“.

SPD und Grüne haben erkannt, dass monetäre Leistungen für Familien alleine nicht ausreichen. In einer Regierungserklärung zur Familienpolitik hat Bundeskanzler Schröder am 18. April 2002 ein milliardenschweres „Zukunftsprogramm Bildung und Betreuung“ angekündigt. „Flexible Kinderbetreuung“ fordert die SPD in ihrem Wahlprogramm. Praktische Umsetzungsschritte und pädagogische Konzepte werden dabei offensichtlich auf die nächste Legislaturperiode vertagt. 4 Milliarden Euro sollen für den Ausbau von Ganztagschulen zur Verfügung gestellt werden. Familien sollen steuerlich mehr entlastet und das Kindergeld steuervereinfacht werden. Der Spitzenkandidat der Grünen, Joschka Fischer, wirbt für die Grünen als Familienpartei. Sie wollen Nachhaltigkeit neuerdings als Politik für Kinder und nicht nur für Umweltschutz interpretiert wissen. Sie fordern nicht nur eine Kindergrundsicherung, sondern wollen, falls sie wieder mitregieren sollten, sogar mehr als die Sozialdemokraten, nämlich fünf Milliarden Euro, in den Ausbau der Ganztagesbetreuung in Kinderkrippen und Schule stecken. Die PDS fordert ein existenzsicherndes Kindergeld für alle Kinder und Kindertagesstätten und Ganztagschulen. Auf die Konzepte der Regierungsparteien reagiert die CDU ihrerseits, indem sie sie als leere Wahlversprechen abtut.

### Visionen einer humanen Ökonomie

Es kann nicht darum gehen, Menschen (vorwiegend Frauen), die Familienarbeit schmackhaft zu machen, weil Berufstätigkeit und Kinder haben so schlecht zu kombinieren geht und weil der Arbeitsmarkt ohnehin entlastet werden muss. Die Frage,

Foto: Christian Kiel (Berlin)



die an alle Maßnahmen gestellt werden muss, heißt: ermöglichen sie eine Veränderung des traditionellen Geschlechterarrangements? Um dies zu erreichen, wird eine Neuverteilung von (jetzt) bezahlt und (jetzt) unbezahlt geleisteter Arbeit zwischen den Geschlechtern notwendig. Voraussetzung ist eine radikale Arbeitszeitverkürzung für alle im Bereich der Vollzeitarbeit Tätigen (6-Stunden-Tag), eine aktive Arbeitsmarktpolitik und die Verbesserung des Zugangs zu Arbeitsplätzen für Menschen mit Kindern sowie die Professionalisierung etlicher jetzt unbezahlt geleisteten Arbeiten im Haushalt und im Sozial- und Gesundheitsbereich. Die Elternzeit müsste mit einer steuerpflichtigen Lohnersatzleistung und mit einer Rückkehrgarantie auf den alten Arbeitsplatz, nach der Phase der ca. 12monatigen Unterbrechung, die durch Männer und Frauen, die gemeinsam Kinder erziehen wollen, verbindlich zu teilen wäre, versehen sein. Für Alleinerziehende müsste die gesamte Zeit zur Verfügung stehen, sie müsste aber auch auf Antrag auf andere Bezugspersonen übertragbar sein. Zudem werden flächendeckende pädagogisch wertvolle Kinderbetreuungseinrichtungen für Kinder aller Altersgruppen und Ganztagschulen notwendig.

Besser als die Bezahlung von isoliert geleisteter Haus- und Erziehungsarbeit ist die Förderung von Rahmenbedingungen, die es beiden Geschlechtern und Menschen, die in unterschiedlichen Formen zusammenleben, ermöglichen, sinnvolle Erwerbstätigkeit mit Haus- und Sorgearbeiten, künstlerischen, kulturellen, politischen oder gemeinwesenorientierten Arbeiten zu verbinden. Visionen einer humanen Ökonomie und innovativen Familienpolitik sind bereits bestehende Formen gemeinschaftlichen, egalitären Lebens und Arbeitens, wie es durch zahlreiche Wohnprojekte, Wohngemeinschaften, selbstverwaltete Betriebe, Genossenschaften und kommunale Lebens- und Arbeitsformen bereits praktiziert wird.

spw 4/2002

### Literatur

Gisela Notz: Verlorene Gewissheiten? Individualisierung, soziale Prozesse und Familie, Frankfurt/M. 2000 (2. Aufl.)



# Produktivgenossenschaften als Rettungsanker der Arbeitsmarktpolitik?

Ein Beitrag zur Entmystifizierung des Genossenschaftsbegriffes

von Sabine Smentek und Margrit Zauner

In die deutsche Debatte über die Perspektiven aktiver Arbeitsmarktpolitik und die Rolle eines Öffentlich geförderten Beschäftigungssektors zum Abbau von Arbeitslosigkeit hat sich ein scheinbar neues Instrument gestohlen: die Produktivgenossenschaft als Heilsbringerin der Arbeitsmarktpolitik. So findet sich in der Berliner rot-roten Koalitionsvereinbarung ein Spiegelstrich unter der Rubrik Arbeitsmarktpolitik, nach dem Produktiv- und Stadtteilgenossenschaften besonders gefördert werden sollen. Bei der Diskussion der PDS-Bundestagsfraktion zum Thema ÖBS tauchte gleichrangig das Thema Genossenschaften auf.

Die Autorinnen, beide Aufsichtsrätinnen in der WeiberWirtschaft eG, mit 1500 Genossinnen die größte (Frauen-)Genossenschaft Europas, und beide durchaus in der arbeitsmarktpolitischen Debatte zu Hause, wollen in ihrem Beitrag zunächst aufklären – was unterscheidet eine Genossenschaft, eine Produktivgenossenschaft, von anderen Unternehmensformen? Hierbei sollen die Besonderheiten durchaus kritisch beleuchtet und die Genossenschaft so auch einer gewissen Lagerfeuerromantik entzogen werden. Die Hauptthese dieses Beitrages lautet: Genossenschaften sind besondere Unternehmen, aber nicht per se besonders als Instrument der Arbeitsmarktpolitik geeignet. Genossenschaften sind zunächst einmal eine Rechtsform für Unternehmen mit eigener Gesetzesgrundlage: dem Genossenschaftsgesetz. Sie werden mit dem Ziel gegründet, ihre Mitglieder wirtschaftlich zu fördern (§ 1 GenGes). Die Besonderheiten der Genossenschaft liegen vor allem in der demokratischen Entscheidungsfindung. Mitglieder nach Gesetz können juristische oder natürliche Personen sein. Jedes Mitglied hat, unabhängig von der Anzahl der Anteile, eine Stimme auf der Generalversammlung. Als höchstes Beschlussfassungsorgan verfügt diese über sehr umfassende Informations- und Kontrollrechte. Die gesetzlich vorgeschriebene Prüfung durch ei-

nen Genossenschaftsverband bringt den umfassenden demokratisch-transparenten Charakter der Genossenschaft besonders zum Ausdruck. So wird in der Prüfung nicht nur die Wirtschaftlichkeit der Genossenschaft unter die Lupe genommen, sondern auch die Arbeit der Organe Vorstand und Aufsichtsrat beurteilt. In keiner anderen Rechtsform ist die Stellung der Gesellschafterinnen und Gesellschafter eines Unternehmens so stark geschützt. Die Mitglieder haften zunächst nur mit ihrem Anteil, die Nachschusspflicht im Falle von Verlusten kann ausgeschlossen werden.

## Warum wird man Mitglied einer Genossenschaft?

Die Entmystifizierung dieser Unternehmensform beginnt genau an dieser Stelle. In eine Genossenschaft tritt man (oder frau) dann ein, wenn er oder sie sich (wirtschaftliche) Vorteile davon erhofft – eine preiswerte Mietwohnung, die gemeinsame Nutzung von Maschinen oder Vertriebsstrukturen mit anderen Unternehmen, oder die Erhaltung bzw. Schaffung des eigenen Arbeitsplatzes (letzteres sind dann übrigens Produktivgenossenschaften). Genossinnen und Genossen dieser Art sind deshalb zunächst profitorientiert agierende Individuen! Genossenschaften können darüber hinaus auch gesellschaftspolitische Ziele verfolgen und gemeinwirtschaftliche Aufgaben wahrnehmen. Gerade die demokratische Verfasstheit der Genossenschaft prädestiniert sie für Aufgaben mit gesellschaftspolitischem Hintergrund. Unternehmen in der Rechtsform der Genossenschaft, ins. Produktivgenossenschaften führen den Widerspruch von Kapital und Arbeit im Begriff Mitunternehmer zusammen: Die UnternehmerInnen sind ArbeitnehmerInnen und umgekehrt.

## Wann ist die Genossenschaft die richtige Rechtsform für ein Unternehmen?

Die Frage, ob die Genossenschaft die richtige Rechtsform für ein Unternehmen ist, ent-

scheidet sich an der Frage, ob die Gründerinnen und Gründer eine demokratische und vor allem transparente Leitungsstruktur in ihrem Unternehmen für sinnvoll halten. Und diese Entscheidung hat Folgen für die tägliche Arbeit.

## Das Management – der kritische Erfolgsfaktor

Jedes Mitglied kann konstruktiv und kreativ seine Kenntnisse und Fähigkeiten für den Erfolg der Genossenschaft einbringen. Dies tun Genossinnen und Genossen aber nur dann, wenn sie ständig dazu ermuntert werden und auch wissen, wann ihr Beitrag benötigt wird und – was sie persönlich davon haben. So hat das Management einer Genossenschaft, der Vorstand, neben der normalen Geschäftsführung immer auch eine Informations- und Kommunikationsaufgabe, um die Genossinnen und Genossen an der Arbeit teilhaben zu lassen – oder einfach nur Mehrheiten auf der Generalversammlung sicherzustellen (fast wie in einer politischen Partei...). Demokratie im genossenschaftlichen Leben bedeutet unter Umständen eben auch wechselnde Mehrheiten und unvorhergesehene Ereignisse auf Generalversammlungen mit für das Unternehmen negativen wirtschaftlichen Folgen, wenn die innergenossenschaftliche Information und Kommunikation vernachlässigt wird. Diese Aufgabe, das innergenossenschaftliche Leben zu organisieren, ist eine anspruchsvolle Tätigkeit, kann aber andererseits für den Geschäftserfolg der Genossenschaft unglaublich positiv wirken. Die Fähigkeit, Genossinnen und Genossen zu mobilisieren und zu motivieren, geht aber über die üblichen Führungsaufgaben in anderen Betrieben weit hinaus. An die sozialen Fähigkeiten eines Vorstandsmitgliedes einer Genossenschaft müssen deshalb besondere Anforderungen gestellt werden.

Neben der Information und Kommunikation geht es in einer Genossenschaft immer auch um die Integration unterschiedlichster Individualinteressen bzw. Interessengruppen (auch fast wie in einer Partei...). Je nach Geschäftszweck der Genossenschaft ringen dann auf der Generalversammlung ArbeitnehmerInnen und Mitglieder mit Arbeitgeberfunktion miteinander, oder Mieter- und VermietervertreterInnen versuchen, ihren Vorteil durch entsprechende

Margrit Zauner, Vorsitzende der SPD/Fraktion in der BVV von Berlin Tempelhof-Schoeneberg und Mitglied des AsF Landesvorstandes Berlin

Sabine Smentek, Diplom-Kauffrau, arbeitet als Beraterin in Berlin

Beschlussfassungen zu erhöhen. Bei diesen systemimmanenten Interessenkonflikten kommt es auf transparente Managemententscheidungen und moderne Konfliktlösungsmechanismen an. Wenn die Mitglieder nicht den Eindruck haben, ihre Interessen werden durch die Genossenschaft auf Dauer gewahrt, werden sie einfach austreten. Die Fähigkeit, Entscheidungen transparent zu fällen und einen ergebnisoffenen Konfliktlösungsweg zu installieren, ist ebenfalls eine Herausforderung an das Management einer Genossenschaft, die in anderen Rechtsformen nicht von so existentieller Bedeutung sind. Treten jedoch Mitglieder aus der Genossenschaft aus, nehmen sie in der Regel ihren Anteil am Eigenkapital mit. Diese Abstimmung „mit den Füßen“ ist deshalb für eine kleinere Genossenschaft schnell existenzbedrohend. Auch aus diesem, ökonomisch leicht nachvollziehbaren Grund stellt der Interessenausgleich zwischen den Mitgliedern einer Genossenschaft eine zentrale Herausforderung für den Vorstand dar.

### Das Eigenkapital – Voraussetzung für wirtschaftliche Unabhängigkeit

Für ein Unternehmen gleich welcher Rechtsform ist Eigenkapital eine wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Marktteilnahme. Mitglied einer Genossenschaft können natürliche oder juristische Personen werden – und jedes Mitglied hat eine Stimme. Akkumulation von Kapitalanteilen ist daher unter Machtgesichtspunkten nicht erstrebenswert. Es gibt schlicht keine Mehrheit aufgrund des Erwerbs mehrerer Anteile. Also müssen je nach Geschäftsfeld andere Anreize zur Zeichnung von Eigenkapital gefunden werden.

Viele Genossenschaften halten den Wert pro Anteil eher klein, um möglichst vielen Personen den Erwerb zu ermöglichen. Hier stellt sich das nächste strukturelle Problem. Solche Genossenschaften werden mit höherer Wahrscheinlichkeit immer eigenkapital-

schwach bleiben, da für die Akquise von Eigenkapital immer neue Personengruppen angesprochen werden müssen. Eine solche Genossenschaft befindet sich – um den Vergleich zu Aktiengesellschaften heranzuziehen – ständig in der Phase der Kapitalerhöhung. Eine arbeitsintensive Aufgabe für den Vorstand, bzw. eine kostenintensive ständige Werbekampagne.

### Die Genossenschaft – Rettungsanker für Linke?

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Besonderheiten und Herausforderungen an das Management einer Genossenschaft scheint die derzeit wahrnehmbare Glorifizierung dieser Rechtsform gerade durch linke Kreise nicht gerade hilfreich.

Die Genossenschaft ist nicht die Lösung für die selbstverwalteten westdeutschen Betriebe der 70er und 80er Jahren. Diese Betriebe, überwiegend als GmbHs organisiert, sind im Zweifelsfall genau an den Stellen gescheitert, wo es eine Genossenschaft auch tun wird, wenn das Management nicht wirtschaftlich und gleichzeitig demokratisch-transparent agiert: am jeweiligen Markt. Überlebt haben sie, wenn Produkt und Motivation mit dem professionellen Management zusammenkommen und zu einer neuen Stärke werden.

Die Genossenschaft an sich bewirkt auch keine Selbsthilfe und Erschließung brach liegender Potentiale im Stadtteil, wie so gerne von einigen DiskutantInnen der lokalen Ökonomie und der neuen Genossenschaftsbewegung deklamiert wird. Kreativität und Motivation der Mitglieder muss gerade in einer Genossenschaft, die auf Freiwilligkeit und individueller Nutzenerhöhung beruht, jeden Tag neu erhalten und aufgebaut werden. Sie ist keineswegs die einfachste Art, endogene Potentiale im Stadtteil zielgerichtet zu aktivieren, da sich in der Genossenschaft selbst die unterschiedlichen Interessen gleichberechtigt artikulieren und somit auch neutralisieren können.

Und schließlich: keine Genossenschaft der Welt kann besser als andere bezahlte (!) Arbeit schaffen – womöglich noch überwiegend für sozial Benachteiligte und Langzeitarbeitslose. Was Arbeitsförderbetriebe, soziale Betriebe, soziale Wirtschaftsbetriebe oder vergleichbare Modelle in der Form von gGmbHs oder GmbHs nicht geschafft haben, kann die Genossenschaft nicht richten: Was sich nicht rechnet, kann gerade in einer eigenkapitalschwachen Genossenschaft nicht bezahlt werden. Mangelnde Produktivität kann durch demokratische Entscheidungsprozesse nicht ausgeglichen werden. Diese Erkenntnis wird in allen Genossenschaften – wie auch in allen anderen Unternehmensformen – sehr schnell und sehr schmerzhaft Realität.

Auch arbeitsmarktpolitische Ziele und Instrumente sowie deren Finanzierung müs-

sen unabhängig von der Rechtsform diskutiert werden. Nicht die Genossenschaft steht hier im Vordergrund, sondern der politische Streit um die beste Möglichkeit, die Massenarbeitslosigkeit abzubauen. Im Instrumentenkasten der Arbeitsmarktpolitik können dann auch Genossenschaften ihren Beitrag leisten – wie jede andere Unternehmensform.

Potenziale ergeben sich eher im Feld der Wirtschaftsförderung und der Förderung von Existenzgründungen: Produktivgenossenschaften als Form eines anderen unternehmerischen Handelns, als Zusammenschluss von verschiedenen Gründungswilligen, die gemeinsam den Weg in Selbständigkeit gehen und Verantwortung und unternehmerisches Risiko tragen.

Und so reduziert sich der Genossenschaftsgedanke auf das, was er ist, die Realisierung von Demokratie in einem privatwirtschaftlich organisierten Unternehmen und die alte Erkenntnis, dass sich viele Ziele in der Gemeinschaft besser realisieren lassen. Genossenschaften sind immer dort die adäquate Rechtsform, wo viele Individuen tatsächlich ein gleichartiges wirtschaftliches Interesse am besten gemeinsam verfolgen können. Die berühmten „Synergien“, die in anderen Unternehmen erst mühsam konzipiert werden, sind gleichsam der Gründungsgedanke der Genossenschaft.

Hinzu tritt die in den letzten Jahrzehnten in der traditionellen Managementlehre immer wichtiger werdende Erkenntnis, dass die beste Motivation durch teamorientierte Führung zu erreichen ist. Wirklich teamorientierte Führung bedingt transparente und demokratische Entscheidungsprozesse. Teiligungsorientierte Arbeitsstrukturen verbessern das Arbeitsergebnis, weil sie die Stärken jedes Einzelnen am besten zur Entfaltung bringen. Diese Arbeitsstrukturen sind in der Genossenschaft schon kraft Gesetz vorgesehen.

Die Genossenschaft ist deshalb eine gleichermaßen traditionsreiche und moderne Unternehmensform, die für viele Unternehmen die richtige Rechtsform sein kann. Hierfür gilt es zu werben und die Gründung von Genossenschaften zu erleichtern. Als Rechtsform muss sie endlich in der deutschen Wirtschaftspolitik genauso wie andere Rechtsformen wahrgenommen und auch unterstützt werden.

Der Genossenschaftsgedanke darf jedoch nicht durch andere – von uns durchaus geteilte – gesellschaftspolitische Ziele überfrachtet werden. Genossenschaften müssen immer dort scheitern, wo sie als Vehikel für die Durchsetzung von gesellschaftspolitischen Interessen dienen und ihre eigentlichen betriebswirtschaftlichen Stärken gar nicht erst zum Tragen kommen. Für die Realisierung arbeitsmarktpolitischer Ziele tut's jede andere Rechtsform genauso!

**Friedenspolitischer Kongress**  
vom 30.8. bis 1.9.2002 in Hannover

Bilanz, Ausblick, Gegenwehr:

**Vorträge, Arbeitsgruppen,  
Podiumsdiskussionen,  
SchülerInnen-workshop,  
Kultur- und Filmprogramm**

**„Krieg gegen den Terror“**  
Ein Jahr

mit Maria Mies, Matin Boraki,  
Lindsey German, Bernhardt  
Graefrath, Brigitte Young, Eckart  
Spoo, Peter Strutyński, Frank  
Deppe, Marianne Notten, Werner  
Ruf, Sabine Kebir, Sabah  
Alnasser, Anne Rieger, Kurt  
Haymann u.a.

Kongressbeitrag: 12 Euro und 8 Euro ermäßigt  
Veranstaltungsort: Kulturzentrum Pavillon  
Lister Meile 4, 30161 Hannover

[www.friedenskongress-hannover.de](http://www.friedenskongress-hannover.de)

# Zeit zum Handeln: Die Erneuerung des Verbandes fortführen!

Von Björn Böhning und Marc Herter

Mit der Erneuerung von Strukturen und Anspracheformen haben die Jusos ihre Kampagnenfähigkeit gesichert. Mit der „lebenspolitischen Orientierung“ wurde darüber hinaus eine inhaltliche Neubestimmung vorgenommen. Es galt, die Jusos als Teil der jungen Generation zu positionieren und mit der Politik des Verbandes an deren Ansprüchen und deren Erfahrungshorizont „anzusetzen“.

## Die Jusos im flexiblen Kapitalismus

Die Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft hinterlassen in der politischen Landschaft und damit auch bei den Jusos ihre Spuren. Die Jusos sind nicht mehr der Massenverband der 70er Jahre. Sie sind aber auch nicht mehr der alleinige Vorreiter linker Zukunftsdiskussionen. Gleichwohl hat die Verbandserneuerung die Jusos neu positioniert: Im Mittelpunkt der Diskussion über das zukünftige Leben, Arbeiten und Wirtschaften. Diese Orientierung gilt es fortzuführen und dabei die innerverbandliche Diskurslosigkeit zu überwinden.

Notwendig für ein sozialistisches Zukunftsprojekt ist eine Neue Linke, die sich absetzt von den „fordistischen Sozialromantikern“ und den Zeitenwandel als Ausgangspunkt nimmt, für die Herauskristallisierung neuer Umbauprojekte in Ökonomie, Gesellschaft und Kultur. Die Jusos müssen strategischer Mittler einer Neuen Linken sein. Sowohl als Bindeglied für Impulse aus der jungen Wissenschaft, der neuen sozialen Bewegung und der gewerkschaftlichen Zukunftsdiskussion, als auch als Katalysator in die Partei und deren Meinungsführerschaft hinein.

Wir haben den Juso-Verband stets als sozialistischen und feministischen Richtungsverband verstanden und seine politische Praxis darauf ausgerichtet. Wir können und wollen dabei aber nicht die reale Verbandsentwicklung ignorieren: Die Jusos entwickeln sich zunehmend zu einem pluralen linken Jugendverband, in dem sozialistische und feministische Positionen eine weiterhin wichtige Rolle spielen, jedoch insbesondere an der Verbandsbasis eine geringere Verankerung finden, als dies noch in den 80er und

90er Jahren der Fall war. Daraus ergibt sich für uns die Aufgabe, das grundsätzliche sozialistische Selbstverständnis von Jusos zwischen Regierungs- und Richtungsverband auf allen Ebenen neu zu verankern und an der Alltagsrealität und dem konkreten politischen Handeln junger Menschen auszurichten. Das bedeutet, auf Basis einer modernen Analyse kapitalistischer Verhältnisse in Neuen Zeiten die immanenten Widersprüche kapitalistischer Bewegung herauszuarbeiten sowie Alternativen für das politische Tagesgeschäft handhabbar zu machen.

Die Jusos werden nur dann politisch überlebensfähig sein, wenn sie über die eigenen Strukturen hinaus sich in Netzwerken mit jungen kritischen Menschen in Kommunalpolitik, Wissenschaft, Kultur und Bewegung organisieren.

## Kulturbruch mit den Ritualen der 90er

Die Verbandslinke war in der Vergangenheit nicht mehr in der Lage, über Einzelpersonen und zweckgerichtete Machtbündnisse hinaus zu agieren. Dies hat den inhaltlichen und strategischen Neuaufbau eines linken Zusammenhangs erschwert. Wir halten jedoch weiterhin einen Zusammenhang, der die Weiterentwicklung des Juso-Verbandes und dessen Positionen betreiben kann, für notwendig. Dazu ist jedoch ein Kulturbruch mit den Ritualen der 90er zu suchen. Die aufreibenden verbandspolitischen Auseinandersetzungen – im wesentlichen über sinnentleerte Phraseologie inszeniert – haben dazu beigetragen, dass die „Verfechter des wahren Glaubens“ ihre eigene Reformunfähigkeit konservieren und am Ende noch romantisieren konnten.

Wir verstehen uns im Gegensatz dazu als linke, fortschrittliche aber auch pragmatische junge Kraft im Zentrum des Juso-Verbandes, die Ansprüche an eine inhaltliche Weiterentwicklung, sowie an moderne Anspracheformen und moderne Kampagnenführung formulieren.

Notwendig ist eine Öffnung der Strukturen. Die stattfindenden Strukturveränderungen auf den Ebenen der Bezirke geht notwendigerweise mit einer Aufwertung der Landes-

verbände aber auch der Unterbezirksebene einher. Ein qualifizierter Generationenaufbau innerhalb der Jusos wird eine professionelle, flexible und inhaltliche Stärkung sowohl der Unterbezirksstrukturen, als auch eine Reorganisation der Vorfeldorganisationen benötigen. Landesverbände, die diese Entwicklung nicht hinreichend beachtet haben, sind schon heute kaum mehr in der Lage qualifiziertes Personal für die Arbeit im Verband zu mobilisieren.

Die Aufwertung der Unterbezirke kann sich nicht auf den politisch-administrativen Bereich beschränken, sondern muss mit einer „Qualifizierungs- und Vernetzungsinitiative“ aus einem Guss verbunden werden. Dabei sind nicht nur die Bezirks- und Landesverbände, sondern zunehmend auch der Bundesverband als Kompetenzzentrum in der Pflicht, Formen moderner Kampagnenführung in die Unterbezirke hinein zu verlängern. Darüber hinaus müssen die Jusos stärker als in der Vergangenheit die Ansprüche junger Menschen an politisch-inhaltlicher Arbeit aufgreifen und als zentralen Bestandteil in ein modernes Themen- und Qualifizierungsmanagement einbauen.

An dieser Schnittstelle wird aber auch die Zukunft der Verbandslinken entscheidend mitbestimmt. Gelingt es einer neuen Verbandslinken nicht, die Ansprüche der Unterbezirke an Qualifizierung, modernen Anspracheformen, flexiblem Politikmanagement sowie Debattenführung inhaltlich und fortschrittlich aufzugreifen, hat sie ihre Daseinsberechtigung als Linke eines Gesamtverbandes verloren. In den letzten Jahren verdeutlichte sich diese Entwicklung, da sich viele Bezirke und Landesverbände als regionale Machtzentren verselbständigten und somit den Anspruch, die Zukunft des Juso-Verbandes in seiner Gänze zu gestalten, aufgaben.

Notwendig ist daher ein Bruch mit den alten Verbandslinken-Strukturen. Ein neuer Zusammenhang muss ein Netzwerk zwischen den organisierten Jusos in den Unterbezirken sowie den Verantwortlichen der Landes- und des Bundesverbandes bilden. Dabei geht es um direkte Kommunikation- und Beteiligungsformen der Unterbezirke an inhaltlichen Diskursen sowie politischen Richtungs- und Zielbestimmungen. Dies schließt gemeinsame Entwicklungen von politischen Kampagnen ausdrücklich ein. Wir verstehen diesen An-

Björn Böhning ist stellv. Juso-Bundesvorsitzender, Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Berlin

Marc Herter ist Juso-Landesvorsitzender NRW und lebt in Hamm

satz auch als eine Verknüpfung mit dem Generationenaufbau innerhalb der sozialdemokratischen Linken.

Die Erneuerung des Verbandes ist zum großen Teil auch eine Erneuerung über den Generationswechsel. Die Verjüngung der Jusos geht auch mit einer notwendigen Neuorientierung linker Strukturen einher. Das Ziel muss ein linkes Netzwerk sein, das im Zentrum des Gesamtverbandes steht und den Generationenaufbau innerhalb der Jusos befördert. Dabei geht es darum, diesen Generationenaufbau für eine pragmatische, sozialistische und feministische Neustrukturierung, Neuorganisation und Neuorientierung der Jusos zu nutzen. Das bedeutet auch, einen Beitrag für eine fortschrittliche und eingriffsfähige Linke in der SPD zu leisten.

#### Ein Netzwerk Linkes Zentrum entsteht

Das Netzwerk Linkes Zentrum stellt sich dieser Aufgabe. Die kommenden Wochen und Monate nach der Bundestagswahl müssen

dafür genutzt werden, die Grundlage für die weitere Erneuerung des Verbandes zu bilden. Anhand folgender Säulen ist die Erneuerung politischer Arbeit zu organisieren:

Eine neue sozialistische Zukunftsdiskussion Denjenigen, die über das politische Tagesgeschäft hinaus Interesse am Theoriediskurs haben, soll mit dem „Plenum moderner Sozialismus“ (PlemS) ein entsprechendes Angebot gemacht werden. Die inhaltliche Erneuerung des Verbandes wollen wir so über die Fortführung der Diskussion zur Analyse eines flexiblen Akkumulationsregimes vorantreiben.

#### Diskurse in regionalen Zusammenhängen

Die Ergebnisse der Zukunftsdiskussion müssen in den Regionen rückgekoppelt und verankert sein. Dazu sollen regionale Akteure gesammelt und sowohl regionalwirtschaftliche Themen als auch Fragen der Milieubildung diskutiert werden.

# spw intern

Endlich ist unsere kleine Buch-Reihe zur Bundestagswahl komplett, in der spw-AutorInnen eine Bilanz von vier Jahren rot-grün ziehen. Nachdem Anfang Juni die Titel „Jenseits des Sparzwangs“, herausgegeben von Detlev von Larcher, sowie „Nachhaltigkeit als Reformprinzip“ als Festschrift zum 65. Geburtstag von Horst Peter (hrsg. von Ulla Burchardt und Reinhold Rünker) erschienen sind, kommt nun das Buch zur Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik von Andrea Nahles und Benjamin Mikfeld heraus. Das Buch mit dem Titel „Jobs, Jobs, Jobs“ ist ca. 130 S. stark und kostet ebenfalls 9,90 €. Alle Titel können im Internet unter [www.spw.de](http://www.spw.de) oder per Fax an 0231/ 4024 16 bestellt werden – und natürlich in jeder guten Buchhandlung.

Gemeinsam mit anderen linken Verlagen hat sich spw an dem Buchprojekt „Unterhaltungen über den Sozialismus“ beteiligt. Herausgegeben von Wolfgang Fritz und Frigga Haug und dem Berliner Institut für Kritische Theorie diskutieren namhafte WissenschaftlerInnen und PraktikerInnen sozialistischer

Überzeugung über die Möglichkeiten sozialistischer Theorie und Praxis nach dem Verschwinden des Real-Sozialismus.

Im Klappentext heißt es dazu:

„Drei Mal trafen sich Intellektuelle aus West- und Ostdeutschland, um die Fragen nach Perspektiven und Subjekten von Sozialismus neu aufzunehmen: Die aus der Oktoberrevolution hervorgegangene und dem Stalinismus anheimgefallene Welt liegt in Trümmern; die Sozialdemokratie, von der Krise des Fordismus getroffen, hat sich zu einer neoliberalen Politik der „neuen Mitte“ gewendet.

(...) Die Mitwirkenden kommen aus unterschiedlichen Traditionen und Generationen. Sie verständigen sich über Bedingungen und Möglichkeiten linker Politik heute und in naher Zukunft“.

Das Buch ist ein verdienstvolles Unterfangen, das dazu geeignet ist, gerade auch nachwachsenden Generationen in Politik und Wissenschaft nahe zu bringen, warum es sich auch heute noch lohnt, sich mit sozialistischer Theorie und Praxis zu beschäftigen. Das Buch kostet 8 € und ist ebenfalls über den spw-Verlag oder den Buchhandel zu bestellen.

spw hat einen guten Freund und Weggefährten verloren: Volker Grube, der in den zurück liegenden Jahren viel zur Professionalisierung des spw-Zusammenhangs und nicht zuletzt der Jusos beigetragen hat, ist am 17. Juni 2002 nach schwerer Krankheit im Alter von 45 Jahren verstorben. Wer sich nachträglich für die Arbeit bei Volker bedanken will, kann für die Kinderhilfsorganisation Camaquito für Projekte in Kuba spenden: „Camaquito/Volker

#### Bildung für alle: Das Bildungswerk

Die Qualifizierung der Verbandsaktiven wird für die Jusos zur entscheidenden Zukunftsfrage. Eine professionelle Bildungsarbeit braucht sowohl inhaltliche Zielmarken als auch ein verbandliches Dach. Dieses gilt es, ausgehend von den traditionellen GSP-Schulen, zu entwickeln.

Die Linke innerhalb der Jusos steht jetzt vor der Herausforderung, der skizzierten Entwicklung eine fortschrittliche Richtung zu verleihen. Das Netzwerk Linkes Zentrum will seinen Teil dazu beitragen, die Erneuerung der Jusos als sozialistischer und feministischer Richtungsverband zu forcieren und die Zukunftsdiskussion zusammen mit Gewerkschaften, junger Wissenschaft und fortschrittlichen Jugendverbänden fortzuführen. Ohne eine solche Erneuerungsstrategie gefährdet die Linke über kurz oder lang ihre Mehrheitsfähigkeit bei den Jusos und in der jungen Generation insgesamt.

spw 4/2002



Grube“, Konto 44032, BLZ 480 501 61, Sparkasse Bielefeld.

Vormerken sollten sich alle Interessierte den Termin für die **spw-Jahrestagung**, die am **Samstag 02. November 2002** in Hannover stattfinden wird. Thema der Tagung werden die Konsequenzen aus der Bundestagswahl vom 22. September sein – allerdings weniger im tagespolitischen Sinne, sondern mehr hinsichtlich der mittelfristigen Perspektive radikalreformerischer Politik und ihrer künftigen Träger. Nähere Informationen gibt es in den nächsten Wochen auf [www.spw.de](http://www.spw.de).

Reinhold Rünker

In den beiden folgenden Beiträgen werden die Risiken und Chancen, die sich aus der Einführung der „Junior-Professur“ ergeben, kontrovers diskutiert. Weitere Informationen zum Thema gibt es u. a. auf den Internetseiten: [www.bmbf.de](http://www.bmbf.de); [www.gew.de](http://www.gew.de); [www.forum-recht-online.de](http://www.forum-recht-online.de); [www.spiegel.de/unispiegel/jobundberuf/](http://www.spiegel.de/unispiegel/jobundberuf/); [www.uni-heidelberg.de/presse/ruca/ruca\\_2002/meinungen.html](http://www.uni-heidelberg.de/presse/ruca/ruca_2002/meinungen.html)  
Eine ausführlichere Literaturliste kann per eMail an [redaktion@spw.de](mailto:redaktion@spw.de) angefordert werden.

# Juniorprofessuren – auch eine Chance in der universitären Personalstruktur?!

Von Maria-Eleonora Karsten

Juniorprofessuren für Frauen und Männer stellen heute gleichzeitig ein Synonym für Modernisierung der Personalstruktur der deutschen Universität dar und sie sind problematischer Indikator für eine scheinbar „blinde“ Übernahme von Amerikanismen oder Teilelementen des amerikanischen Universitätssystems, deren Einführung notwendig zu kurz greife. Wie immer, wenn sich die Geister in viele pro und mindestens ebenso viele contra scheiden, ist es geboten, Sach- und Interessenpositionen genauer zu betrachten und, wenn möglich zu versachlichen, zumal dann, wenn es darum gehen soll, einer Neuerung Chancen (auch für Frauen) abzugewinnen in Kenntnis, dass eben diese, die im Gewande der Modernität auftritt, in Deutschland schon perse und unausweichlich auf Bedenkenträger trifft. Die nachfolgende Argumentation bezieht sich hinsichtlich der Chancen, die Juniorprofessuren eröffnen, auf die Situation in Niedersachsen, ohne damit zu behaupten, dies sei an jeder Universität schon so geschehen.

Anfang bis Mitte 2001 kündigte Frau Ministerin Bulmahn das politische Programm der Einführung von Juniorprofessuren an. Deren Realisierung wurde – leicht vergoldet – mit einem Bundeszuschuss in Höhe von 75.000 unterstützt.

Das Land Niedersachsen, kaum zufällig Herkunftsland der Ministerin, ergänzte diese Zuwendung durch eigene zusätzliche Mittel von Höhe von 50.000, so dass für die in 2003 besetzten Juniorprofessuren pro Person 125.000 vorgesehen und im Haushalt eingestellt wurden.

Diese Mittel, zugleich Anreizprogramm für die Universitäten und für die Interessenten und Interessentinnen können für Sach- und Personalmittel eingesetzt werden und bieten den StelleninhaberInnen die Möglichkeit, die erwarteten Forschungsaktivitäten zu stützen und die Lehre personell z.B. durch Hilfskräfte zu unterfüttern.

Im Rahmen dieses Programms wurden Uni-

versitäten aufgerufen, ein Gesamtkonzept für die Einführung der Juniorprofessur als Modell zu erarbeiten und beim Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) zur Förderung einzureichen. Förderfähig sind Nachwuchswissenschaftler/innen, deren Promotion nicht länger als fünf Jahre zurück liegt und die seitdem weitere wissenschaftliche Leistungen erbracht haben.

Mehr als 50 Universitäten hatten sich bis Ende 2001 um Fördermittel des BMBF für Juniorprofessuren beworben, für deren Erstausrüstung in dieser ersten Runde (Start 02.07.2001) jeweils 150.000,- DM vorgesehen waren. Insgesamt wurden 2001 Mittel in Höhe von 12 Millionen DM zur Verfügung gestellt. Insgesamt wird das BMBF ca. 3000 Juniorprofessuren mit rd. 180 Millionen fördern und trägt somit deutlich zur Unterstützung der Länder bei der Realisierung der Dienstrechtsreform bei.

Nach der deutlich positiven Resonanz auf die erste Förderprogrammphase wird das Programm zur Einführung der Juniorprofessur um ein Jahr bis Ende 2003 verlängert.

Als Förderbetrag wird den Hochschulen je Juniorprofessur ein pauschaler Zuschuss für die Erstausrüstung von 60.000 zur Verfügung gestellt. Die auf die Juniorprofessurstellen zu berufenden Wissenschaftler/innen verfügen somit über eine drittmittelfähige Grundausrüstung, die ihnen erleichtert, Projektmittel in Deutschland oder der EU einzuwerben.

## Konkretisiert wurde die Programmatik in Lüneburg wie folgt:

Nach einem Gremienmeinungsbildungsprozess während der Sommerpause 2001 wurden insgesamt potentielle Juniorprofessurwidmungen sowie Tauschstellen, die dafür einzusetzen waren, zu einem Konzept gebündelt und auf dieser Basis die Bundeszuschüsse beantragt. Parallel wurde die Landesverhandlung geführt, so dass die

Ausschreibung für sieben Juniorprofessuren Anfang 2003 erfolgte mit Bewerbungsfrist zu Beginn des Sommersemesters.

Dieser gesamte Prozess war getragen von dem gemeinsamen Interesse von Hochschulleitung, Fachbereichen und Frauenbeauftragter, eine doch sehr alte, historisch gewachsene Personalstruktur einer jungen Universität in der Nachfolge einer alten pädagogischen Hochschule so weiterzuentwickeln, dass entsprechend der Hochschulentwicklungsplanung Nachwuchsfrauen und -männer auch diese Wege in eigenständige Forschung ermöglicht werden. Und genau hier setzt bereits die erste Besonderheit des Prozesses ein: eine Personalentwicklung in einem Organisationsklima, das von Gestaltungsbereitschaft aller Beteiligten gekennzeichnet ist, bietet die Voraussetzung dafür, dass eine neue Stellenart auch konstruktiv genutzt werden kann. Dies kennzeichnet jede gelingende Personalentwicklung, sie sichert sich des aktiven Mithandelns aller Beteiligten.

Entsprechend diesem Organisationsklima wurden im Sommersemester 2002 alle Verfahren mit den Schritten Bewerbung, schriftliche Präsentation bezogen auf einen hochschuleigenen Fragebogen, mündliche Präsentationen, üblicherweise „Vorsingen“ genannt, durchgeführt, die vergleichenden Gutachten eingeholt und die Fachbereichs- und Senatsbeschlüsse zur Einstellung der ersten vier Juniorprofessuren/innen gefällt sowohl an der Konzeption als auch an allen Verfahren war die Frauenbeauftragte beteiligt. Die Einstellung erfolgt zur Zeit. Drei weitere Juniorprofessuren sind derzeit im Verfahren und werden voraussichtlich zum Wintersemester 2002/ 2003 eingestellt. Die Auswahlkriterien für interne und externe Bewerbungen entsprachen den Kriterien für C2-C4 Professuren, konkretisiert für das Eingangsniveau in den Feldern Forschung, Lehre, Hochschulmanagement und wissenschaftliche Dienstleistungen, wobei für jeden Bereich nachgewiesene Leistung, Kompetenz und Potenzialabschätzung in ein fachlich gebotenes, sinnvolles Verhältnis gesetzt wurden. Als zusätzliches Kriterium galt für diese erste Runde, dass die Erarbeitung der Promotion programm-

gemäß nicht länger als fünf Jahre zurückliegen durfte.

Die oben genannten Bereiche werden auch zum Ende der ersten drei Jahre Gegenstand der Evaluation sein und über die Verlängerung in die zweite Phase entscheiden.

Im Ergebnis der Auswahl und des Entscheidens wird voraussichtlich ein Verhältnis von 4:3 Frauen und Männern entstehen.

Die Senatskommission für ‚Forschungsförderung und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses‘ begleitet die zukünftigen Juniorprofessoren/innen und wird gemeinsam mit der Frauenbeauftragten und dem Büro für Frauenförderung und Gleichstellung einen zweitägigen Kurs zum Hochschulmanagement anbieten, in dem die Aufgaben von ProfessorInnen von der Lehre über Prüfungen bis zu Gutachten, Hochschuldidaktik und Drittmittelwerbung Thema ist. Hiermit wird ein Beitrag dazu geleistet, die Juniorprofessuren mit den StelleninhaberInnen aktiv und hochschulpolitisch-professionell auszugestalten.

Soweit der Bericht zu einem hochpositiven Prozedere im gemeinsamen Verständnis, Juniorprofessuren als Chance nutzen zu wollen, um für und mit Frauen und Männern im wissenschaftlichen Nachwuchs diesen neuen Weg in die Wissenschaft als Beruf zu bahnen.

Welche Veränderungen aber werden in der Hochschul- und Forschungslandschaft die Einführung von Juniorprofessuren auslösen?

Zuallererst wird die Professorenschaft in ihrer Zusammensetzung, in Altersstruktur und im Verhältnis von Frauen und Männern dadurch verändert, wenn es, wie vorne beschrieben im Besetzungsprozess gelingt, jüngere Frauen vermehrt zu gewinnen. Und dies ist vielleicht die tiefgreifendste Strukturveränderung: junge ProfessorInnen, Frauen und Männer, die unmittelbar mit ihrer Berufung alle Rechte und Pflichten haben, die das Hochschulrahmengesetz und die Hochschulgesetze der Länder für sie vorsehen, eben eigenständige Lehre, eigene Mittel für Forschung, Gleichberechtigung in der Professorengruppe und dazu ein Alter, das ggf. ebenso wie ihre finanziellen Ressourcen „Neid“ erweckt. Damit ist eine erste Grenze der möglichen Chancen formuliert: die geübten eingefahrenen Entscheidungsweisen, der Umgang, die Konventionen und Rituale in der Professorenschaft, in Professorien, Fachbereichs- und Fakultätenratssitzungen, in Gremien anderer Art, prinzipiell bis in die Senate, also an vielen Entscheidungsarten und in Entscheidungsfeldern, in denen neue Nachfragen, Unwissen oder Besserwissen, neue Interessen und neue Perspektiven herausfordern, ungewohnt sind, Widerstände erzeugen oder Irritationen und Unsicherheiten. Sich produktiv irritieren zu lassen, dies positiv zu werten, ist die Chance – für die JuniorprofessorInnen

und die Hochschulorganisation – ‚die Irritationen aber abzuwehren könnte Verhärtungen bringen und die Chance ins Gegenteil verkehren.

Da noch niemand Erfahrungen auf Dauer haben kann, bleibt es die Aufgabe einer kontinuierlichen Betrachtung, welche Effekte sich tendenziell durchsetzen – die positiven oder problematischen – also diejenigen mit der Chance auf Organisationslernen oder diejenige mit den Bedenken und damit der Organisationsverfestigung der Universität ‚alter Art‘. Dies ist heute noch offen. Betrachten wir die Forschungslandschaft insgesamt, so ist wiederum zwischen Chancen und Gefahren zu differenzieren. Chancen können darin gesehen werden, dass sich die Anzahl und damit die Potenziale (auch und gerade von Frauen) in Forschung und Lehre erhöhen, sind die Juniorprofessorinnen doch qua Programm geradezu dazu verpflichtet vom Tag der Ernennung an besonders aktiv zu sein, sich disziplinar und interdisziplinär zu verorten, Texte und Projekte zu produzieren und die Kongresslandschaft zu bevölkern, um Netzwerke zu bilden, Platzierungen zu erreichen und sich im wahrsten Sinne des Wortes „einen Namen“ zu machen.

Und genau in diesem allseitigen Aktivwerden liegt wiederum eine weitere grundsätzliche Gefahr: Allein schon mit Anzahl gleichberechtigter Professuren erhöht sich eben auch die Anzahl der Konkurrenten und Konkurrentinnen um knappe Mittel und die etablierten Professoren (überwiegend -90%-Männer) haben über Gutachten, Referatstätigkeit und ihre Netzwerke fachlich weiterhin die wesentliche Definitionsmacht, wer von diesen „Youngster-Pros“ zu welchem Feld der Forschungslandschaft zugelassen und dort dauerhaft akzeptiert wird. Dass dies nicht alleine Ergebnis von Kompetenz und Exzellenz, von wissenschaftlicher Produktivität und kritisch-kreativer Wissenschaftspotenz ist, wurde im Hinblick auf Professorinnen insbesondere in Frauenwissenschaftsforschungsprojekten belegt und kennzeichnet bis heute die geringe Teilhabe von Frauen in Professuren.

Insbesondere trans- und interdisziplinäre Vorhaben in Promotion und postdoctoralen wissenschaftlichen Arbeiten stellen hier eine besondere Schwierigkeit dar, weil Disziplinarität weiterhin häufig ein herausragendes Berufungskriterium im Sinne der Selbstrekrutierung der Disziplin ist: Hüter der Disziplin aber sind wiederum vorrangig männliche Professoren, die in diesen Disziplinen ihre (zu verteidigenden) claims sehen (vgl. Hofmeister u.a. 2002).

Ohne hier die Schwierigkeiten zu sehr zu betonen, so ist eine Universität strukturell doch bis heute eine männerdominierte Organisation, so dass ein Automatismus, mit der Einführung von Juniorprofessuren könne eine große Bewegung erreicht werden,

nicht unterstellt werden kann. Es bedarf vielmehr der aktiven, bewussten und gewollten Organisationsentwicklung. Dann besteht in Universität und Forschungslandschaft die Chance, Verjüngung, Frauenbeteiligung und Interdisziplinarität durch die Personen der Juniorprofessuren zu befördern.

Mit den Juniorprofessuren ist außerdem die Intention verbunden, die Habilitation abzuschaffen und den Weg in eine Professur zeitlich und biographisch zu verkürzen. Prinzipiell kann dies dann gelingen, wenn die Promotion und weitere wissenschaftliche Leistungen und Zugangsalter sinnvoll verknüpft werden.

Noch allerdings gelten Habilitation und Habilitationsäquivalenz verbreitet als Voraussetzung für C3 und C4 (zukünftig W2 und W3) Professuren und es ist zu erwarten, dass ‚Habilitation-Haben‘ und ‚Habilitation-Nicht-haben‘ zu einem besonderen Auswahlargument in Berufungskommissionen wird. Je nach Zusammensetzung und fachlichem Selbstverständnis sowie Fachkulturen wird die Habilitation oder „das zweite Buch“ (Landfried, Präsident der HRK) herangezogen werden, um die wissenschaftliche Potenz zu belegen.

Positiv betrachtet wird neben der Habilitation das „zweite Buch“ und weitere wissenschaftliche Leistungen gleichwertig eingeschätzt werden. Problematisierend gilt zu bedenken, dass es nunmehr die Berufungskommissionszusammensetzungen sind, die Gleichwertigkeit bescheinigen oder negieren. Die Anerkennung der zukünftigen Leistungen der Juniorprofessoren und Juniorprofessorinnen findet nunmehr ‚und zukünftig also vermehrt, in den direkten Entscheidungsprozeduren vor Ort statt, nicht mehr in einem allgemeinen Verfahren einer Fakultät oder eines Fachbereiches. Dies kann – ohne jemanden etwas zu unterstellen – auch neben der positiven Chance zu einem Mehr an Berufungswillkür beitragen. Dass der Weg über die Juniorprofessur in eine Dauerprofessur angesichts des organisationalen Beharrungsvermögens von Universitäten schnell anerkannt wird, ist nicht zu erwarten, zumal auch andere Wege zugelassen und sinnvoll sind.

Wenn aber besonders viele Frauen den Weg über die Juniorprofessur gehen, dann kann dies zur Folge haben, dass ihre Kompetenzen im Sinne von Frauenförderung ganz besonders positiv gewertet werden oder aber, wahrscheinlich sogar gleichzeitig, werden sie als leichteren, Frauen-Weg eben, diskreditiert.

Hier liegt ein neues besonderes Feld für Gleichstellungs- und Frauenförderpolitik: Es gilt die Gleichwertigkeit des Juniorprofessuren-Weges für Frauen und Männer praktisch zu realisieren.

Wenn es gelingt, für den Juniorprofessuren-Weg, aber eben bewusst nicht nur für die-

sen einen Weg, eine erhöhte Aufmerksamkeit für Gleichstellung und Frauenförderung im Generationenwechsel zu erarbeiten, zu erzeugen und wach zu halten, dann kann es gelingen, Juniorprofessuren und den Personalstrukturwechsel im Interesse von Frauen zu nutzen.

Juniorprofessuren allein werden hier nur wenig verändern, zumal dies zu einem „junge-Frauen-niedrig-entlohnte-befristete-Professuren-Syndrom“ führen könnte.

Wissenschaftliche Potenz, Kreativität, Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit im internationalen Maßstab hängt prinzipiell nicht am (universitären) Status einer Wissenschaftsperson, da Wissenschaft als Beruf längst in

einer Vielzahl gesellschaftlicher Felder – Forschungsinstitute, Medien, NGO's, Politik – verwirklicht wird.

Die neue Personalstruktur, zu der Juniorprofessuren gehören, ist seit 1970, mit leichten Unterschieden in den einzelnen Bundesländern West und Ost, ungefähr die 4. Oder 5. Novellierung, die in jeder Hochschule bis heute nebeneinander existieren. Auch die neue W-Personalbesoldung und die dementsprechende Professurenstruktur wird zu diesen Vorläufern zunächst zuaddiert. Im Generationenwechsel bis 2010 besteht immerhin die Chance, dass die Karrierewege und damit auch die Juniorprofessur in dieser Struktur positiv ausgestaltet und dadurch

national und international anerkannt gemacht werden. Von allein wird dieses jedoch nicht geschehen.

Es bedarf dafür vielmehr der gemeinsamen Anstrengungen von Hochschulmanagement, Frauen- und Gleichstellungsarbeit und eines neuen professionellen Selbstverständnis in den Science-communities sowie in interdisziplinären und internationalen Netzwerken.

Gender- und Nachhaltigkeitsdenken, selbstreflexiv angewendet auf Universitäten und Hochschulen, könnten hier ein wesentlicher Motor sein – das wäre dann tatsächlich eine Chance für eine gender-gerechtere Personalstruktur.

spw 4/2002

## Die Richtung stimmt, die Strategie war falsch, der Erfolg steht noch in Frage

Von Harald Völker

In der Debatte um die Dienstrechtsreform und das im Februar in Kraft getretene neue Hochschulrahmengesetz war sich der Wissenschaftliche Nachwuchs unbeschadet aller unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen im Grundsatz einig: So, wie die Qualifizierung des Wissenschaftlichen Nachwuchses in Deutschland derzeit ist, kann sie nicht bleiben. THESIS hat das in seinen Stellungnahmen und Presseerklärungen ebenso deutlich gemacht wie ‚wissenschaftlichernachwuchs.de‘ oder die Initiative deutscher Wissenschaftler in den USA, die sich im Frühjahr letzten Jahres mit einem offenen Brief zu Wort gemeldet hatte.

Trotz der gemeinsamen Einsicht in die Notwendigkeit einer Reform der wissenschaftlichen Qualifizierungswege haben der Prozess des Zustandekommens als auch das verabschiedete Gesetz beim Wissenschaftlichen Nachwuchs einen schalen Beigeschmack hinterlassen. Während des ganzen Politikprozesses haben Politik und Ordinarien über den Wissenschaftlichen Nachwuchs diskutiert, mit ihm haben aber die wenigsten geredet. Das hat zu Fehlern geführt, Fehler, die vermeidbar gewesen wären. Paradebeispiel ist die verunglückte und dann nur kosmetisch korrigierte Neuregelung der befristeten Arbeitsverträge.

Auf Bundesebene ist das Thema inzwischen weitgehend abgeschlossen. Dennoch könnte die zentrale Reformidee, die Juniorprofessur, eine Leerformel werden, wenn sie nicht

in den Ländern und Hochschulen von pfliffigen und guten Ideen flankiert wird. Allerdings: Diese fehlen. Sie fehlen in der Frage der Arbeits- und Institutsorganisation, die durch Hierarchie und Selbstblockade gekennzeichnet sind. Sie fehlen im Bereich der unbürokratischen Forschungsförderung. Noch immer ist der bürokratische Aufwand für die Beantragung von Drittmitteln zu groß. Sie fehlen im Bereich der Hochschuldidaktik, der innerhalb der einzelnen Disziplinen nicht einmal ein Schattendasein vergrößert wird. Sie fehlen im Bereich der erkenntnis-, nicht ruhmfördernden Organisation des disziplinären und interdisziplinären Wissenschaftsdialogs: Wann wird das tradierte Format des ‚Kongresses‘ mit Vorträgen und doppelbödigen Diskussionsbeiträgen um Kreativ- und Teamtechniken zur Erarbeitung von echten Gruppenergebnissen ergänzt? Sie fehlen im Bereich des Wissenstransfers in die Gesellschaft hinein und sie fehlen in der öffentlichen Eigendarstellung der Wissenschaften außerhalb des akademischen Biopops. Sie fehlen hinsichtlich des ‚Alles-oder-nichts‘-Charakters der Qualifikationswege, für den ein Blick nach Frankreich mehr Erkenntnis gebracht hätte als die zwanghafte Fixierung der Politik auf die USA.

### Investitionen in die übernächste Generation, aber nicht in die nächste

Im internationalen Kontext ist der Wissenschaftliche Nachwuchs daran gewöhnt,

dass die Qualifikationsstellen unterschiedliche Namen haben. Aus diesem Grund dürften die Abschaffung der Assistentenstellen und die Einführung der Juniorprofessur alleine nur geringe Auswirkungen auf die Attraktivität Deutschlands für international orientierte junge Wissenschaftler haben. Was entscheidend ist, sind Ausstattung, Förderung der Eigenqualifikation und Arbeitsklima. Was die Weiterqualifizierung und die Ausstattung der derzeitigen und zukünftigen Qualifikationsstellen angeht, so liegt nun die Verantwortung bei den Hochschulen, Fakultäten und Instituten. Hier wird sich schnell die Spreu vom Weizen trennen, und Hochschulen, die nicht heute schon gezielte Maßnahmen zur Nachwuchsförderung ergriffen haben, werden bei der Anwerbung motivierter und guter Leute bald das Nachsehen haben.

Was das Arbeitsklima angeht, so ist die Dienstrechtsreform mit einem fatalen Geburtsfehler behaftet. Die politischen Protagonisten haben sich dafür entschieden, rhetorisch, finanziell und legislativ ausschließlich auf die Juniorprofessur zu setzen, statt auch das innovative Potenzial des derzeit in Qualifikation befindlichen Wissenschaftsnachwuchses zu nutzen. In Gesprächen mit Politikerinnen und Politikern stößt man immer wieder auf befremdliche Assoziationsketten wie „C1 – überaltert – nicht international – wenig innovativ“ und „Juniorprof – weit unter zwanzig – Frau – kommt aus dem Ausland – hochinnovativ“. Wer die heutige C1-Generation kennt, weiß, dass dies nichts mit der Realität zu tun hat. Auch die ersten Berufungen auf Juniorprofessuren zeigen, dass diese Gleichsetzungen

nicht aufgehen. Denn erstens hat, wer heute frisch promoviert ist und sich auf eine Juniorprofessur bewirbt, das alte System durchlaufen müssen und damit im allgemeinen weniger ein „Fördern und Fordern“ denn ein Ausnützen erfahren, und zweitens ist insbesondere für junge Frauen die Verunsicherung über die Berechenbarkeit der Rahmenbedingungen durch die Einführung der Juniorprofessur eher größer als kleiner geworden. Der strategische Fehler besteht darin, dass man auf einen Systembruch setzt, der erst in zehn Jahren die Hochschullandschaft wirklich verändern wird, anstatt auch in den jetzt aktiven Wissenschaftlichen Nachwuchs zu investieren. Die 28-jährige frisch promovierte Wirtschaftswissenschaftlerin, die in einem Jahr in Hessen eine C1-Stelle antreten wird, wird genauso schulterzuckend ihrem Schicksal überlassen wie der 37-jährige kurz vor der Habilitation stehende Mediziner mit Auslandserfahrung, dem durch die Befristungsregel der Boden unter den Füßen weggezogen wird. Diese Haltung des „Wo gehobelt wird, da fallen eben Späne“ hat zu Frustrationen geführt, die kontraproduktiv sind. Denn auch wer keine der erst nach und nach zu schaffenden Juniorprofessuren erhält, kann heute schon eine junge, innovative und internationale Wissenschaftlerin sein, kann viel zur Veränderung des drögen und nicht selten potenziell hemmenden Arbeitsklimas in den Instituten beitragen. Es ist unverständlich, warum die Qualifikationsgeneration zwischen Ende zwanzig und Ende dreißig, die in ihrer großen Mehrheit noch mit dem alten System zurechtkommen muss, nicht in den notwendigen Modernisierungsprozess mit einbezogen worden ist und statt dessen immer wieder systematisch verprellt wird.

### Die Juniorprofessur

Diese Mängel bedeuten nicht, dass die Idee der Juniorprofessur schlecht wäre. Wenn sie erst einmal etabliert ist, kann sie dazu beitragen, das kreative Potenzial des Wissenschaftlichen Nachwuchses früher zur Entfaltung zu bringen. Ob es tatsächlich dazu kommt, hängt von der Umsetzung ab. THESIS hat dazu eine Reihe von Anregungen formuliert:

- Nicht nur auf der Ebene der Professur, sondern auch schon auf der Ebene der Juniorprofessur sollten ‚Quereinsteige‘ auch mehr als 6 Jahre nach Promotionsbeginn möglich sein. Wir benötigen in der Wissenschaft – morgen noch mehr als heute – auch Menschen, die, von der Seite kommend, in ihrem Denken zu radikalen Perspektiven- und Paradigmenwechseln in der Lage sind. Die Überbetonung des Zeitfaktors, wie sie im 5. HRGÄndG zum Ausdruck kommt, läuft dem zu wider.
- Um der Gefahr vorzubeugen, dass die Institute aufgrund personeller Unterbeset-

zung den Juniorprofessuren unangemessen viele Funktionsaufgaben zuweisen, müssen im Mittelbau gleichzeitig mit den Juniorprofessuren genügend unbefristete Funktionsstellen für Lehr- und Verwaltungstätigkeiten eingerichtet werden. Diese Stellen bieten darüber hinaus den sehr guten, aber nicht exzellenten Nachwuchswissenschaftler/innen eine berufliche Perspektive.

- Wer den akademischen Lehrbetrieb und den Qualifikationsdruck aus der Praxis kennt, weiß, dass in den meisten Fächern eine Lehrverpflichtung von bis zu 8 Semesterwochenstunden (SWS) in jeder Phase der Qualifikation indiskutabel ist. Die Lehrverpflichtung sollte in den ersten drei Jahren 4 SWS nicht überschreiten und danach höchstens 6 SWS betragen.
- Die Hochschulen müssen Sorge dafür tragen, dass sich der/die Juniorprofessor/in akademische Schlüsselqualifikationen in den Bereichen Hochschuldidaktik, universitäre Selbstverwaltung, Projektmanagement, Wissenstransfer, Medienkompetenz, Personalführung etc. aneignen kann. In der Industrie wird seit Jahren großer Wert darauf gelegt, den Führungsnachwuchs frühzeitig und gezielt auf seine zukünftigen Aufgaben vorzubereiten. Wir erwarten, dass in Zukunft auch im akademischen Sektor Klarheit darüber besteht, in welcher Weise der Wissenschaftliche Nachwuchs die angeführten akademischen Schlüsselqualifikationen erwerben soll.
- Die Beantragung von Drittmitteln ist durch einen hohen Verwaltungsaufwand sehr zeitraubend und erfordert viel Erfahrung und Fingerspitzengefühl im Umgang mit Drittmittelgebern. Wir fordern deshalb für die Drittmittelbeschaffung flankierende Maßnahmen, z.B. in Form einer im Ministerium oder bei der DFG angesiedelten Betreuungsstelle für Juniorprofessuren, deren Aufgabe es sein soll, die Nachwuchswissenschaftler/innen beim Einwerben von Drittmitteln zu beraten, zu unterstützen und mit aktuellen Informationen über Fördergelder auf dem Laufenden zu halten.
- THESIS tritt dafür ein, dass nach einer Übergangsphase spätestens ab 2012 die Möglichkeit des tenure track in die Juniorprofessur integriert wird. In einer Übergangsphase bis ca. 2012 ist es freilich wichtig, dass nicht zu viele Professuren frühzeitig durch Juniorprofessuren mit tenure track blockiert sind, damit Bewerberinnen und Bewerber, die sich noch nach dem alten System qualifizieren müssen, die gleichen Chancen bei der Berufung auf Professuren haben. Die Übergangsphase errechnet sich daraus, dass mit der Umsetzung in Landesrecht erst nach und nach Chancen bestehen, sich auf einer Juniorprofessur qualifizieren zu können.
- Wir halten im Sinne der wissenschaftlichen Qualifikation zwei Forschungsfrei-

semester pro 6 Jahre Juniorprofessur für unabdingbar, davon eines in den ersten drei Jahren. Forschungsfreiemester für Professuren sind Standard, so dass nicht einzusehen ist, warum ausgerechnet die unter Qualifizierungsdruck stehenden Juniorprofessor/innen darauf verzichten sollten.

- Um bundesweite Vergleichbarkeit und Transparenz der Evaluierung zu gewährleisten, halten wir es für unerlässlich, dass eine Rahmenrichtlinie erlassen wird, in der eine gleichgewichtige Evaluierung von Forschung, Lehre und administrativer Tätigkeit festgeschrieben wird. Außerdem fordern wir eine Verschiebung der Evaluation auf das 4. Jahr, da es nicht realistisch ist, bis zum 3. Jahr ein Forschungs- oder Publikationsprojekt zu Ende zu führen. Beim Verdacht unfairer Evaluation müssen der/die Stelleninhaber/in Widerspruchsmöglichkeiten eingeräumt werden.
- Ein besonders kontraproduktives Hindernis für die wissenschaftliche Laufbahn besteht in den nach wie vor fehlenden Berufsperspektiven für diejenigen, die nicht auf eine Professur berufen werden. Auch wer keinen Ruf erhält, muss seine Leistungsfähigkeit sowohl in der Forschung als auch auf dem außeruniversitären Arbeitsmarkt angemessen entfalten können. Dazu bedarf es des – auch anderweitig notwendigen – Ausbaus von Funktionsstellen im akademischen Mittelbau. Weitere wichtige Maßnahmen wären die konsequente und unbürokratische Öffnung des gymnasialen Lehramts und der Fachhochschulen für Seiteneinsteiger aus der Universitätslehre, sowie kompetenzspezifische Placement-Hilfen für den freien Arbeitsmarkt.

Ein Erfolg der Reform wäre wünschenswert. Zweifellos wird die Reform kein Selbstläufer werden. Einem Erfolg stehen nicht nur Beharrungskräfte bei Teilen der wissenschaftlichen Standesorganisationen entgegen, sondern auch die institutionelle Komplexität des deutschen Bildungsföderalismus. Wer den Erfolg der Reform will, muss deshalb die Expertise der Betroffenen ernst nehmen. Wegen der Ausgrenzung des Wissenschaftlichen Nachwuchses war der reformbegleitende Politikprozess bislang sicher kein Glanzstück beteiligungsorientierter Demokratie. Das sollten die Länder und insbesondere die Hochschulen, ihre Fakultäten und Institute jetzt anders angehen. Dort sollte viel weniger *über* und viel mehr *mit* dem Wissenschaftlichen Nachwuchs gesprochen werden. Darüber hinaus sollten sich die Politik und der Wissenschaftliche Nachwuchs Gedanken darüber machen, wie die Kommunikation miteinander auch langfristig verbessert werden kann. Was etwa spricht gegen einen „Jungen Wissenschaftsrat“ für Promovierende und Promovierte in der wissenschaftlichen Qualifikationsphase?



## Wolfgang Abendroth – Wissenschaftlicher Politiker

Friedrich Martin Balzer, Hans Manfred Bock, Uli Schöler: „Wolfgang Abendroth – Wissenschaftlicher Politiker – Bio-bibliographische Beiträge“ Verlag Leske und Budrich, Opladen 2001

Am erstaunlichsten für den kundigen Leser ist sicherlich, dass das Buch mit diesen Herausgebern, zum Anlass des fünfzigjährigen Jubiläums der Gründung des politikwissenschaftlichen Instituts zu Marburg, im in Politikwissenschaft und politischer Bildung renommierten Verlag Leske und Budrich überhaupt zustande kommen konnte.

Die Biographie Abendroths birgt vor allem wegen des Praxisbezugs seines Wissenschaftsverständnisses, das es als politischer Wissenschaftler und kritisch wissenschaftlicher Politiker persönlich vorlebte, und seiner Auffassung, dass die Arbeiterklasse als Gesamtlinke trotz organisatorischer Trennungen zusammenwirken müsse, um erfolgreich zu sein, die Gefahr von spezifischen Zuordnungen zu linken Strömungen aber auch von Vereinnahmungen. Es ist das Verdienst der Herausgeber solche Vereinnahmungen größten Teils vermieden zu haben.

Genauso konfliktträchtig ist sicherlich der Bezug des Buches zu der Geschichte des Politikwissenschaftlichen Instituts in Marburg, das in seinem Selbstverständnis einer kritischen und eingreifenden Politikwissenschaft unmittelbar vom Wissenschaftler Wolfgang Abendroth geprägt wurde und als Marburger Schule seinen Platz in der Geschichte der Politikwissenschaft gewonnen hat, dessen wissenschaftliches Verständnis sich jedoch Ende der 60er Jahre insbesondere im Lichte der Entwicklung der DKP konfliktreich ausdifferenzierte. Es ist vor allem Jörg Kammler gelungen, in seinem Beitrag „Abendroth, Abendroth-Schule und die Marburger Einführung in die politische Wissenschaft, die inhaltlichen Elemente des Selbstverständnisses der Marburger Schule in ihrer Bedeutung für die Politikwissenschaft aufzuzeigen, ohne die Ende der 60er Jahre eintretende „deutliche politisch-wissenschaftliche Differenzierung des Schülerkreises“ auszublenden. Dadurch treten Leben und Werk Wolfgang Abendroths und die Ausstrahlung des Politikwissenschaftlichen Instituts in ihrer für die Wissenschafts- und Politikgeschichte der Bundesrepublik aber – wie das Buch zeigt – für die Aktualität für die Reformbestrebungen der Linken in Deutschland umso klarer hervor, da sie nicht durch kleinliches Gezänk und Vereinnahmungsversuche durch Teile der Linken verdunkelt werden.

Das dürfte auch der Grund dafür sein, dass der Verlag Leske und Budrich das Wagnis

Friedrich Martin Balzer  
Hans Manfred Bock  
Uli Schöler (Hrsg.)



### Wolfgang Abendroth



eines Buchprojektes eingeht, das eigentlich in allen seinen Teilen gegen den aktuellen publizistischen und politischen Mainstream steht: Das Beispiel gebende Leben und Wirken des autonomen marxistischen Intellektuellen, der nicht in die üblichen Fraktionierungskästchen passt, da er das Ganze der Linken höher schätzt als seine Teile. Politischer Wissenschaftler und wissenschaftlicher Politiker zugleich, der sich taktische Freiheiten nimmt, um dem strategischen Ziel der sozialistischen Transformation der bundesrepublikanischen Gesellschaft auf die ihm am zweckmäßigsten scheinende Art zu dienen. Die von ihm getragene Schule der Politischen Wissenschaft, die sich als „kritisch-emanzipatorische Politikwissenschaft“ versteht, mit kapitalismuskritischer und demokratiekritischer Transformationsperspektive. Sie kritisiert positivistische Wissenschaft, integriert Marxsche Theorie in den wissenschaftlichen Diskurs. Und vor allem zielt sie auf praktische Intervention in den realen politischen Prozess.

Das Buch konzentriert sich mit Recht auf Wolfgang Abendroth, da er auch die prägende Persönlichkeit für das spezifische Verständnis von der „Wissenschaft von der Politik“ des Politikwissenschaftlichen Instituts in Marburg ist und im Werk seiner Schüler weiterwirkt. (vgl. die Beiträge von Tjaden und Kammler)

Die Einleitung des Buches von Uli Schöler (SPW hat den Text in SPW 123 abgedruckt) spürt behutsam fragend der politischen Lebensgeschichte Wolfgang Abendroths nach. Er findet damit eine Form, die geeignet scheint, „sein Leben voller Brüche und Wendungen“ als einen von strategischen Grundüberzeugungen getragenen Lebensweg, der auch taktische Wendungen aushält, zu interpretieren. Als prägend für Abendroths Verständnis von Politik und sein Engagement als Wissenschaftler die

Spaltung und in der Folge die Schwächung der Arbeiterbewegung zumindest arbeits-tauglich zu überwinden sieht Schöler im Zentrum „seines Wirkens“. Im „Bund Freier Sozialistischer Jugend“ erlebt er das Zusammenarbeiten von Personen und Gruppen unter einem Dach trotz unterschiedlicher Sozialisation und politischer Herkunft bzw. ideologischer Orientierung. Aus dieser konkreten Erfahrung des jungen Kommunisten und Juristen erwuchs Abendroths „Einheitsorientierung“. Gekoppelt mit hoher moralischer Integrität und praktizierter Solidarität gewissermaßen als „Gegenmoral gegen die herrschende Gesellschaft“ war er in der Lage, trotz politischer Wendungen, gradlinig zu sein. So wie der Autor dieser Zeilen als Student und Lehrer, der von ihm als Gemeinschaftskundelehrer weitergebildet wurde, Wolfgang Abendroth erlebt hat, scheint mir diese frühe politische Prägung, gerade bei der Bedeutung, die für ihn die frühe Sozialisation seiner Studentinnen und Studenten besaß, eine überzeugende Sichtweise.

In diesem Buch über Wolfgang Abendroth mit Beiträgen von Autoren, die für die Entwicklung der Linken in Deutschland der Nachkriegsgeschichte und auch der 68er- und nach '68er Zeit stehen, spiegelt sich Abendroths Wirken in Zusammenhängen, die heute als Netzwerk beschrieben würden. Dabei reicht die Bandbreite von Richard Löwenthal und Jakob Moneta über Jürgen Seifert, Oskar Negt, Joachim Perels oder Jürgen Habermas, Arno Klönne, Helga Grebing bis zu Georg Fülberth, Frank Deppe u. a. Die meisten Beiträge sind anlässlich des Todes von Wolfgang Abendroth verfasst. Jeder einzelne trägt Facetten bei zum Verstehen von Wolfgang Abendroth als Verfassungsrechtler, politischer Soziologe und politischer Intellektueller.

Oskar Negt bringt seine aktuelle Bedeutung auf den Punkt:

„Wo viele sich in Abschwörungen groß tun und heute schon vergessen haben, was sie gestern gedacht und wofür sie sich entschieden hatten, hält er die Idee des Sozialismus lebendig – nicht als Erneuerungssymbol, sondern in der begründeten Erwartung, dass eine Befreiung der Menschen ohne sozialistische Gesellschaftsordnung unmöglich ist. Der kollektive Gedächtnisverlust ist das bedrohlichste Symptom des gegenwärtigen Zustandes der Linken. Die kritische Verarbeitung der politischen Biographie Abendroths wäre ein wichtiger Schritt auf dem Wege der Neuorientierung der Linken, die ohne entwickelte Vorstellungen von einer künftigen sozialistischen Gesellschaft auf Dauer nicht auskommen wird.“ (S. 184 f)

Da Abendroths Vorstellungen einer sozialistischen Gesellschaft nicht auf ein dogmatisch-verengtes Gesellschaftsmodell und dessen Durchsetzung abzielten, son-

dem das Leitziel vertraten, die verstreuten Emanzipationsansätze auf eine Bewegung hin zu organisieren, welche die Arbeiterklasse zu ihrem materiellen Träger hat, hatte sein Eintreten für sozialistische Politik stets den aktuellen Ansatz der Intervention: Sozialismus als diesseitige, historisch herstellbare Möglichkeit (Joachim Perels, S. 141). So war Abendroth intervenierender politischer Publizist und Redner: Im Kampf um soziale Verbesserungen, gegen die große Koalition, gegen die Notstandsgesetze und für praktische Perspektiven einer sozialistischen Opposition (Kammler, S. 145 f).

Besondere kritische Sprengkraft für die gegenwärtige Politik könnte die Auseinandersetzung mit den staatlichen Vorstellungen Wolfgang Abendroths zum Grundgesetz und zum Sozialstaat entfalten. Die Beiträge zu diesen Fragen von Jürgen Seifert, Helmut Ridder und Peter Römer sind lesenswert, auch wenn sie schon vor 15 Jahren geschrieben wurden.

Wesentlich für Abendroths Verfassungstheorie ist die Unterscheidung zwischen Staatsapparat einerseits und demokratischer Verfassung andererseits. Deshalb ist demokratische und soziale Teilhabe für Abendroth der politische Kern des Grundgesetzes. Der Kampf um Verfassungspositionen durch die politisch-sozialen Kräfte im Sinne der Tradition der Arbeiterbewegung wird um die demokratische Politik geführt. Teilhaberrechte umreißen für Abendroth die demokratische Teilhabe des Bürgers im Sinne der demokratischen Mitwirkung aller am Gemeinwesen und in der Gesellschaft. Teilhaberrecht bedeutet auch soziale Teilhabe. Er hat das Sozialstaatspostulat des Grundgesetzes mit dem Demokratiegebot des Artikels 20 zusammengeführt und beide mit dem Gleichheitssatz in Verbindung gesetzt. Der Auftrag des Volkes sei es die „soziale Demokratie“ zu verwirklichen. Sein Leitgedanke war, den verfassungsrechtlichen Rahmen des Grundgesetzes offen zu halten für gesellschaftliche Veränderungen. Diese Veränderungen sollten politisch ausgetragen werden und nicht durch juristische Schranken unmöglich gemacht werden können.

„Deshalb kämpfte Abendroth um die wirtschaftspolitische Neutralität des Grundgesetzes und den Begriff der „sozialen Demokratie“, für demokratische und soziale Teilhabe, für Meinungsfreiheit, Demonstrationsfreiheit, das Streikrecht (mit dem Demonstrationsstreik und dem politischen Streik zum Schutze der Verfassung) und gegen die Versuche, den politischen Aktionsraum der Arbeiterbewegung durch Notstandsbefugnisse, strafrechtliche Bestimmungen, Repressalien und Berufsverbote zu beschneiden (Seifert, S. 79).

Der Begriff der „sozialen (und ökologischen) Demokratie“ könnte aktuell den sozialen

Kräften gegen Gesellschaftsspaltung und Naturzerstörung einen Orientierungspunkt geben.

Gleichen Aktualitätsbezug entfaltet die Beschäftigung mit Abendroths Wissenschaftsverständnis und –praxis. Besonders die Beiträge von Jörg Kammler und Hans Manfred Bock ordnen Abendroth in die intellektuellengeschichte der Bundesrepublik ein. Insbesondere Hans Manfred Bock vermittelt in seinem Beitrag „Ein unangepasster Marxist im Kalten Krieg“ einen Einblick von links in die Geistesgeschichte der Nachkriegszeit in der Bundesrepublik, die auch Abendroths Rolle in vielfältiger, in der Verbindung zu politischen Prozessen und als Teil seiner Biografie immer wieder kontrovers diskutierter Form nicht ausspart. Hier wird der Titel des Buches „wissenschaftlicher Politiker“ für jeden, der Wolfgang Abendroth kannte, lebendig: Der nicht in Dogmen passende Kommunist, von Thalheimer, Brandler, Levi beeinflusst, mit Sympathie für den Austromarxismus; der Sozialdemokrat mit dem sich selbst auferlegten Gestaltungs- und Neuordnungsauftrag, gespeist aus der geschichtlichen Erfahrung der Spaltung der Arbeiterbewegung und der Unterdrückung und Verfolgung durch die Nazis, in Kommunikation mit den überlebenden Sozialisten in den Gewerkschaften (Willi Bleicher, Otto Brenner), der Sozialdemokratie und auf Einheit zielenden Gruppen; Ausschluss aus der SPD, aber weiter starken Einfluss auf wissenschaftlichen und pädagogischen Nachwuchs ausübend; Einfluss auf die Neue Linke, der sich besonders auf den Frankfurter Kongress „Notstand der Demokratie“ (Oktober 1966) niederschlägt, theoretische Deutungsmuster für die APO in die Diskussion einbringend.

Bock beschreibt Abendroths Rolle (S. 244 f) „Vermittler zu spielen zwischen kritischen demokratischen Strömungen zu der ‚freischwebenden Intelligenz‘ und kritischen – einfach aus der Situation geborenen – Wiederherstellungsbestrebungen des Gedankengutes der Arbeiterbewegung in dieser Arbeiterbewegung selbst“. Eine Rolle, die er auch angesichts der Hypostasierung der politischen Möglichkeiten der Studentenrevolte, wie sie in der antiautoritären APO vorgenommen wurde, beibehielt. So ist auch nachvollziehbar, dass er in den Auseinandersetzungen der Linken in den 70er Jahren stets näher bei Positionen war, die bei Jusos aber auch in den studentischen Organisationen der DKP vertreten wurden als in den antiautoritären Diskursen. Bock beschreibt gerade diese Phase seines Lebens sehr differenzierend und begegnet ergänzend den Fragen Uli Schölers aus der Einleitung des Buches.

In der Beschreibung des wissenschaftlichen Selbstverständnisses und der wissenschaftlichen Arbeit seiner Schülerinnen und Schü-

ler ergänzen sich die Beiträge Bocks und Kammlers.

Politische Wissenschaft – wie sie das Politikwissenschaftliche Institut verstand – dokumentiert sich in der von Kammler dargestellten „Marburger Einführung in die Politische Wissenschaft“ von 1968. Sie versteht sich als gesellschaftlich fundierte und interdisziplinär orientierte Integrationswissenschaft verbunden damit ist die Kritik an „hochentwickeltem unpolitischen Spezialisten“, das gesellschaftlich affirmativ wirkt. Hier ist die Kritik an der Beliebigkeit heutiger Gesellschaftswissenschaft qualitativ vorweggenommen. Hier liegen durchaus Berührungspunkte mit der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule. Das Spezifische der „Marburger Einführung“ liegt im doppelten Praxisbezug: einmal im Hinblick auf die politische Bildung in Hochschule (Studium Generale), Schule, Erwachsenenbildung insbesondere der gewerkschaftlichen Bildung, zum anderen in der wissenschaftlichen kritischen Intervention in den grundlegenden politisch-sozialen Auseinandersetzungen auf der Basis marxistischen Denkens und im Sinne radikaldemokratischer und sozialistischer Optionen. Abendroth begriff die Politische Wissenschaft als kritische „Politische Soziologie“.

Kammler und Bock sehen durchaus, dass die Fernwirkungen der Abendrothschen Politischen Wissenschaft oft nicht richtig eingeschätzt werden, da sie zu häufig in den Zusammenhang mit den auch parteipolitisch zur DKP hin orientierten verengten Verständnis der politischen Wissenschaft von in Marburg verbliebenen Abendroth-Schülern gestellt werden. Die Spannungen werden im Beitrag Friedrich-Martin Balzers insbesondere im Hinblick auf die Kontroverse um die „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung“ nicht unter den Teppich gekehrt (S. 339 f).

Das Buch belegt in dem von Hans Manfred Bock zusammen gestellten Gruppenporträt der Abendrothdoktoranden einmal die vielfältigen Nachwirkungen auf die Politische Wissenschaft an andere Hochschulen aber auch die Fernwirkung auf die Schulen und die Praxis der politischen Bildung im gesellschaftswissenschaftlichen Lernbereich der Schulen und von da oft wieder in die Didaktik der politischen Bildung.

Gerade dieser letzte Bereich der Wirkung Abendroths, in die sich der Autor dieser Besprechung sieht, hätte in dem Buch einen eigenständigen Beitrag verdient gehabt.

Aus der Kritik an den Aufstiegsschranken aus der Arbeiterklasse in die intellektuelle Schicht wollte er das Bildungsmonopol der besitzenden Klassen und der „Mittelschichten“ brechen. So verwandte er viel politische Mühe einerseits Studierende aus dem Arbeitermilieu eine wissenschaftliche Karriere zu eröffnen und sie bei der Promotion

zu unterstützen andererseits die praxisorientierte Lehrerbildung zu fördern. Dabei hatte er das Glück, dass die Hessische Landesregierung ihm gegen alle Widerstände in die Fortbildung der Gymnasiallehrer für

## „Die Wut wächst“

Oskar Lafontaine, „Die Wut wächst“, Econ Verlag, München; 272 Seiten; 22 Euro; Rezension des Buches „Die Wut wächst“ von Oskar Lafontaine. Seit dreieinhalb Jahren bekleidet er kein politisches Amt mehr, aber wenn er sich meldet, erregt er immer noch das Interesse einer breiten politischen Öffentlichkeit. Eine Woche nach Erscheinen steht es auf Platz 12 der Bestsellerliste, in der zweiten Woche auf Platz 3 – mit Recht, wie ich meine. Lafontaine liefert eine Menge politischer Fakten, die uns von den Medien vorenthalten werden, da sie unter dem Einfluss von finanzstarken Interessengruppen stehen, was u. a. auch Thema des Buches ist. Das Buch trägt den Untertitel „Politik braucht Prinzipien“, das ist und bleibt seine Überzeugung. Und so bleibt er der Querdenker für Frieden und soziale Gerechtigkeit, als der er immer von sich Reden gemacht hat, egal was gerade als „modern“ verkauft wird. Dazu kommt seine Gabe, schwierige politische Zusammenhänge allgemeinverständlich darzustellen, ohne platt sein zu müssen, wie er es als Kolumnist der BILD-Zeitung manchmal ist. Beispiel Steuerpolitik: „Die Steuerpolitik ist das entscheidende Instrument, um in der Gesellschaft Verteilungsgerechtigkeit herzustellen. Dabei sollen die Starken mehr zum Steueraufkommen beitragen als die Schwachen. Letztlich geht es um die Fähigkeit der Gesellschaft zur Solidarität....Die Unternehmenssteuern tragen immer weniger zum Steueraufkommen bei. In den letzten Jahren waren es nur noch 17 Prozent, 40 Jahre zuvor lag der Anteil der Unternehmenssteuern noch doppelt so hoch. Wäre die Höhe der Steuern aus Unternehmenstätigkeit und Vermögen derzeit noch so groß wie damals, dann würden über 50 Milliarden Euro zusätzlich in den klammen öffentlichen Kassen klingeln.“ Besser kann man es nicht sagen. Die Mächtigen-Steuersenkler Stoiber und Westerwelle haben bei Lesern dieser Fakten wenig Chancen. Das Buch ist wie ein Politkrimi geschrieben, Beispiel reiht sich an Beispiel, Zahlen belegen das Gesagte; aber da er versteht, das Wichtige vom Unwichtigen zu unterscheiden, gibt es keine Zahlenfriedhöfe und auch keine langweiligen wissenschaftlichen Abhandlungen. So spannend wie Steuer-, Renten- und Sozialpolitik behandelt er die Terroranschläge von New York, den unseligen Afghanistankrieg, die riesige Waffenproduktion vor allem der Vereinigten Staaten und die völlig unzureichende Entwicklungshilfepolitik der zivilisierten Länder, alles gespickt mit geschichtlichen Fakten und Zahlen. Selbstverständlich erfahren wir auch etwas über die horrenden Probleme der

das neue Oberstufenfach Gemeinschaftskunde einbezog.

Kurzum: Wolfgang Abendroth hat seinen Platz in der Geschichte der Linken in der Bundesrepublik und der Geschichte kriti-

Globalisierung und die globalisierungskritische Organisation Attac. Beispiel: Von den 100 größten Wirtschaftseinheiten der Welt sind 51 Unternehmen und nur noch 49 Nationalstaaten. Die Finanzmärkte, die Gütermärkte und die Arbeitsmärkte wurden globalisiert, ohne den Ordnungsrahmen zu vereinbaren, der zwingend dazugehört.“

Im Kapitel „Keine eigenen Toten“, der Kriegsstrategie der Vereinigten Staaten, beschreibt er neue Waffenentwicklungen unbemannter Aufklärungs- und Kampfflugzeuge sowie Bodenroboter. Beispiel: „.....werden Miniroboter kreiert, die mit Wärmesensoren und Sprengstoff ausgestattet sind. Sie sollen im Gelände Soldaten aufspüren, sich an deren Körper heften und explodieren.“ Dazu zitiert er einen Bericht der „Welt“, in der ein Experte darauf hinweist, dass unbemannte Waffensysteme – m. E. Gipfel des technischen Wahns – störanfällig sind. Lafontaine zitiert ca. 250 Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Philosophie, Geschichte, Literatur und Religion, ohne dass es störend unterbricht und der unverwechselbare Originalton „Oskar Lafontaine“ verfremdet wird; das Ganze mit einem Stichwortverzeichnis leicht auffindbar gemacht. Über die von ihm als Bundesfinanzminister vorgelegte Steuerreform nach dem Regierungswechsel 1998 schreibt er: „Die betroffenen Unternehmen heulten regelrecht auf. Sie drohten, zehntausende von Arbeitsplätzen ins Ausland zu verlagern. Die Versicherungen waren so gekränkt, dass sie keine deutschen Anleihen mehr kaufen wollten. Der Finanzkonzern Allianz verkündete die Absicht, den Firmensitz nach London zu verlagern. Ich hätte dieser ehrenwerten Gesellschaft gerne die Daumenschrauben angezogen, aber längst wurden hinter meinem Rücken Absprachen getroffen. Reformregierungen scheitern oft an Parvenüs und Renegaten. Der Parvenü sonnt sich in der Gunst der Mächtigen, der Renegat nimmt den Glauben seiner Gegner an und vertritt ihn mit Inbrunst. Nach der neoliberalen Wende der Regierung Schröder im Jahr 1999 wurde die alte Umverteilung von unten nach oben wieder eingeführt.....Die Steuerspezialisten der Industrie und des Finanzministeriums hatten für die Großbetriebe so viele neue Schlupflöcher geschaffen, dass in den Buchhaltungen nur noch Champagner gereicht wurde.“ Dass die Parvenüs und Renegaten der rot-grünen Regierung das nicht gern hören, ist verständlich. Sie schweigen, damit möglichst wenig über diese peinlichen Wahrheiten an die Öffentlichkeit dringt. Über die Gesundheitspolitik: „Seit vielen Jah-

scher Wissenschaft. Das Buch belegt dabei seine Fernwirkungen auf gegenwärtige Auseinandersetzungen.

spw 4/2002

Horst Peter, Kassel

ren hören wir überall dasselbe Klagegedicht. Die Gesundheitskosten sind zu hoch.....Warum ...lamentieren alle über zu hohe Aufwendungen bei dem, was uns am meisten wert ist? Eigentlich dürfte uns für das kostbarste Gut, das wir haben, nichts zu teuer sein. Zudem bedeuten steigende Gesundheitsausgaben auch mehr Arbeitsplätze – ein Argument, das bei vier Millionen Arbeitslosen Gewicht haben sollte. Die Auflösung des Rätsels: Die Unternehmer zahlen die Hälfte der Krankenversicherungsbeiträge und das tun sie nicht gerne.....Es geht nicht zuerst darum, steigende Gesundheitsausgaben zu vermeiden, sondern das Ziel einer humanen Gesellschaft muss es sein, eine allen zur Verfügung stehende Krankenversorgung zu finanzieren.....Eine Jahrhundertreform der Sozialversicherung wäre es, nicht nur die Löhne und Gehälter, sondern auch die Vermögenseinkommen zur Finanzierung des Sozialstaates heranzuziehen.....Vorbildlich ist in diesem Sinne die Schweiz.....So sind bei den Eidgenossen die Versicherungsbeiträge niedriger und laute Klagen über zu hohe Gesundheitskosten sind nicht bekannt.“ Ich finde es erstaunlich, dass kein anderer deutscher Politiker das Schweizer Modell, bekanntlich nicht aus einem sozialistischen Staat, in die öffentliche Diskussion bringt.

Für jeden, dem Frieden und soziale Gerechtigkeit ernsthafte Anliegen sind, ist die Lektüre dieses neuen Buches von Oskar Lafontaine Pflicht. Konrad Adenauer würde sagen „Für einfache Jemüter wie mich genau das Richtige“.

spw 4/2002

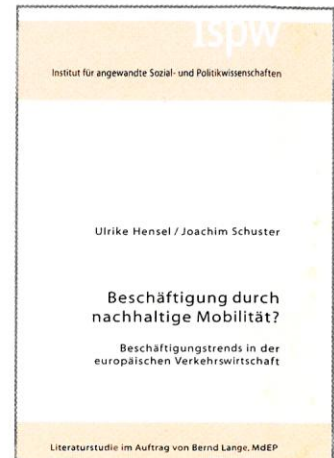
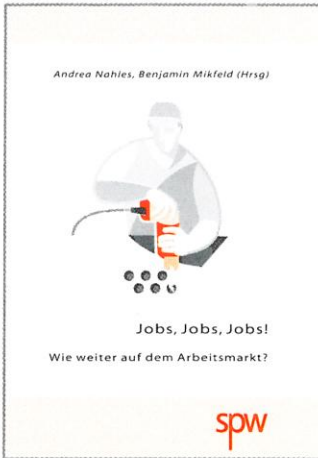
Bernd Höpken, Oldenburg



...wissen, was die SPD-Linke diskutiert – spw!

# 2002 ist wieder Wahljahr!

Was hat die rot-grüne Bundesregierung geschafft? Was ist aus dem rot-grünen Reformprojekt von 1998 geworden? Welche Perspektiven gibt es über den Wahltag hinaus? In drei aktuellen Büchern, die im Mai 2002 erscheinen werden, ziehen spw-AutorInnen Bilanz



## Sie haben die Wahl – bestellen Sie jetzt:

Titel	Stück	Preis	Gesamt
<i>Jobs, Jobs, Jobs. Wie weiter auf dem Arbeitsmarkt?</i>	_____	9,90 Euro	_____
<i>Jenseits des Sparzwangs. Perspektiven für eine gerechte Finanz- und Steuerpolitik</i>	_____	9,90 Euro	_____
<i>Nachhaltigkeit als Gestaltungsprinzip</i>	_____	9,90 Euro	_____
Ebenfalls neu im Verlagsprogramm: <i>Ulrike Hensel/Joachim Schuster:</i> Mehr Beschäftigung durch nachhaltige Mobilität? ca. 120 S., erscheint im Mai 2002			
	_____	9,90 Euro	_____
Gesamt:	_____		

Und was die SPD-Linke vor und nach dem Bundestagswahlkampf diskutiert, erfahren Sie in spw!

- Bitte schicken Sie mir ein spw-Probeheft
- Ich abonniere spw für mindestens 12 Monate
  - Normalabo 34 Euro
  - Bei Bankeinzug 32 Euro
  - Auslandsabo 37 Euro

Absender/Lieferadresse:

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

Vertrauensgarantie: Diese Bestellung kann ich innerhalb von zwei Wochen (Poststempel) widerrufen. Hiermit bestätige ich, daß ich über mein Widerrufsrecht informiert wurde. Ich bin einverstanden, dass die Post etwaige Änderungen meiner Anschrift an den Verlag weiterleitet.

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

Ich bezahle per Bankeinzug von meinem Konto:

Konto \_\_\_\_\_

Bank \_\_\_\_\_

Bankleitzahl \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

Bestellungen an: spw-Verlag – Postfach 12 03 33 – 44 293 Dortmund oder Fax 02 31 – 40 24 16